Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. August 1978
Jg. 6 Nr. 34

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Schweden: Hartnäckiger Streik für Lohnerhöhung

z.job. Seit mehr als neun Wochen streiken die 43 Arbeiter einer Autoreparaturfirma in Boden (Nordschweden). Nach dem zentralen Lohnraubabschluß von 27 Öre forderten die Arbeiter in den lokalen Verhandlungen 2 kr mehr. Bereits zwei Wochen nach Streikbeginn erklärte das Arbeitsgericht den Streik für „ungesetzlich", was den Kapitalisten ermöglicht, von den Arbeitern „Schadensersatz" zu fordern. Sie verlangen von jedem Arbeiter 1 200 kr, ungefähr einen Wochenlohn. Die Metallarbeiter aus Boden demonstrierten vor dem Arbeitsgericht in Stockholm. Die schwedische Arbeiterklasse antwortet geschlossen auf den Angriff der Kapitalisten: 80 000 kr Streikgelder wurden bis zum 4.8., dem Tag des Urteils, gesammelt. Trotz des bisher höchsten Schadensersatzurteils (400 kr plus 320 kr Gerichtskosten) beschlossen die Arbeiter einmütig, den Streik fortzusetzen.

USA: Postarbeiter, Polizisten, Feuerwehr im Streik

z.emp. Für acht Tage nahmen die 1 100 Polizisten und 1 400 Feuerwehrleute von Memphis trotz Verbots ihren Streik wieder auf. Der Bürgermeister setzte 1 000 Nationalgardisten ein und ließ 90 Streikende verhaften. Nach Androhung eines Generalstreiks durch den örtlichen Vorsitzenden des AFL-CIO machte der Dienstherr ein neues Angebot. Die Löhne der Polizisten (Grundlohn 1 148 Dollar) sollen rückwirkend ab 5. Juli um 6,65 %, ab 1.7.79 um 22,50 Dollar und ab 1.10.79 um 7,5 % erhöht werden. Die der Feuerwehrleute ab sofort um 6 %, ab 1.4.79 um 30 Dollar und ab 1.10.79 um 7,5 %. Der Dienstherr wurde gezwungen, die Streikzeit zu bezahlen und keine Maßnahmen gegen Streikende vorzunehmen. Auf getrennten Versammlungen stimmten die Streikenden zu. – Das Ergebnis der brieflichen Urabstimmung der 500 000 Postler wird erst Ende August feststehen. Meany, Präsident des AFL-CIO, kritisierte den Abschluß als zu niedrig und ging von seiner Ablehnung aus.

Streik der britischen Marinearbeiter beendet

z.hef.London. 2 100 Arbeiter der Marinebasis Faslanef beschlossen am letzten Montag die Beendigung ihres Streiks. Sie hatten den Streik am Donnerstag zuvor begonnen, als das Verteidigungsministerium unter starker Militärpräsenz mehr als 100 Arbeiter aussperrte, die entsprechend dem Beschluß der Belegschaft die Arbeit an dem Polaris-U-Boot „Resolu-

USA: Postarbeiter, Polizisten, Feuerwehr im Streik

z.emp. Für acht Tage nahmen die 1 100 Polizisten und 1 400 Feuerwehrleute von Memphis trotz Verbots ihren Streik wieder auf. Der Bürgermeister setzte 1 000 Nationalgardisten ein und ließ 90 Streikende verhaften. Nach Androhung eines Generalstreiks durch den örtlichen Vorsitzenden des AFL-CIO machte der Dienstherr ein neues Angebot. Die Löhne der Polizisten (Grundlohn 1 148 Dollar) sollen rückwirkend ab 5. Juli um 6,65 %, ab 1.7.79 um 22,50 Dollar und ab 1.10.79 um 7,5 % erhöht werden. Die der Feuerwehrleute ab sofort um 6 %, ab 1.4.79 um 30 Dollar und ab 1.10.79 um 7,5 %. Der Dienstherr wurde gezwungen, die Streikzeit zu bezahlen und keine Maßnahmen gegen Streikende vorzunehmen. Auf getrennten Versammlungen stimmten die Streikenden zu. – Das Ergebnis der brieflichen Urabstimmung der 500 000 Postler wird erst Ende August feststehen. Meany, Präsident des AFL-CIO, kritisierte den Abschluß als zu niedrig und ging von seiner Ablehnung aus.

Streik der britischen Marinearbeiter beendet

z.hef.London. 2 100 Arbeiter der Marinebasis Faslanef beschlossen am letzten Montag die Beendigung ihres Streiks. Sie hatten den Streik am Donnerstag zuvor begonnen, als das Verteidigungsministerium unter starker Militärpräsenz mehr als 100 Arbeiter aussperrte, die entsprechend dem Beschluß der Belegschaft die Arbeit an dem Polaris-U-Boot „Resolu-

tion" als Teil der Kampfaktionen für mehr Lohn ablehnten (siehe KVZ 32). Die Arbeiter blockierten durch Streikposten vor dem Tor fast die gesamte Zulieferung. Am Freitag legte die Regierung ein neues höheres Angebot für alle 183 000 in Regierungseinrichtungen beschäftigten Arbeiter vor. Die Gewerkschaftsführung stimmte am Sonntag zu. Die Erhöhung beträgt 9 %, ein bisher gezahlter Zuschlag von 8,60 Pfund wöchentlich wird Bestandteil des Tariflohns. Über die von den Arbeitern geforderte Lohnangleichung an die Löhne in vergleichbaren Zivilfirmen will die Regierung eine „Lohnuntersuchung" anstellen.

Stadtpolizei von Messina macht Dienst „nach Vorschrift"

z.ulg.Rom. Seit dem 1. August weigern sich die Gemeindepolizisten von Messina/Sizilien, Nachtdienst zu machen und Schreibmaschinen oder Sprechfunkgeräte zu benutzen, bis ihre Lohnforderungen erfüllt sind. Die Polizisten fordern die Wiedereinführung der ihnen im letzten September gestrichenen Polizeizulage und Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit. Weil die Stadtverwaltung kein Angebot gemacht hat, sind die Polizisten am vorletzten Freitag dazu übergegangen, die Papiere der städtischen Fahrzeuge zu kontrollieren. Von den Müllwagen z.B. war kein einziger seit 1972 zur jährlich fälligen Hauptuntersuchung gewesen. Die Fahrzeugscheine wurden eingezogen. Als die Stadtverwaltung daraufhin am letzten Montag private Lastwagen für die Müllbeseitigung anheuerte, wurden auch diese angehalten. Die Stadtpolizisten stellten fest, daß die Fahrer keine Genehmigung für den Mülltransport hatten, und zogen die Fahrzeuge aus dem Verkehr.

„Fluchtkapital" verläßt Zimbabwe

Streik der Kupferarbeiter / Kolonialregime schreit nach Anlagekapital / BRD gegen UNO-Jahr des „Kampfs gegen Apartheid"

z.mif. Auf dem Mangula-Kupferbergwerk 150 km nordwestlich von Salisbury streiken seit dem 15.8. die Arbeiter und erheben Lohnforderungen. Sie haben sich, bis zu 3 000 Mann, vor dem Direktionsbüro versammelt, mit Eisenstangen, Äxten und Knüppeln bewaffnet. Die Polizei riegelte das Büro ab und warf Tränengas. Die Arbeiter zogen sich zurück, sammelten sich erneut und versuchten, die Polizeikette zu durchbrechen. Die Polizei erschoß vier Arbeiter und verletzte fünf schwer. Weitere sechs Arbeiter wurden festgenommen. Die Arbeiter in diesem größten Kupferbergwerk Zimbabwes förderten 1974 17 800 t.

Gleichzeitig ist die ZANU in der Lage, militärische Aktionen neuer Qualität durchzuführen. Am Samstag letzter Woche war eine Landmine auf der Hauptstraße zwischen Salisbury und der östlichen Grenzstadt Umtali gelegt worden, erstmals auf einer so wichtigen und vielbefahrenen Straße. Mehrere Hinterhalte wurden in der Nähe städtischer Zentren gelegt, ein Flugzeug der Air Rhodesia wurde während des Flugs zum Haupttouristenzentrum Victoria Falls mit einer Rakete beschossen. Von allen Seiten werden die Profitquellen des Kolonialregimes angegriffen.

Der Kolonialistengeneral Walls erklärte im rhodesischen Rundfunk am 1.8., es seien drei in Tansania ausgebildete Regimenter der Patriotischen Front in Mozambique eingetroffen, mindestens 2 700 Mann.

Der ANC von Azania hat bekanntgegeben, daß er keine hundert Meilen von Pretoria entfernt zehn südafrikanische Soldaten getötet hat.

Die Imperialisten und ihre Kolonialstatthalter sind in der Brenne. Muzorewas UANC hat einen Sonderparteitag durchführen und die „Opposition" ausschließen müssen, darunter einen bereits aus dem Marionettenamt zurückgetretenen Minister. Die „Opposition" hatte die Beteiligung am Smith-Regime angegriffen und den Sturz Muzorewas gefordert. Angesichts der Lage will der britische Außenminister Owen eine „All-Parteien-Konferenz" einschließlich der Patriotischen Front noch im August durchführen. Die Marionette Sithole war nach London bestellt worden und hat ihre Zustimmung gegeben. Muzorewa hat erklärt, ein solches Treffen gefährde ernsthaft die Aussichten allgemeiner Wahlen. Smith hat erklärt: „Ich zweifle ein wenig daran, ob wir so weit kommen, dieses Referendum abzuhalten, wenn sich die Sicherheitssituation nicht verbessert, denn die Deeskalierung des Terrorismus ist Teil unserer Übereinkunft und ich glaube nicht, daß man diese Übereinkunft durchführen kann, wenn Teile davon fehlen." „Wenn der Guerillaführer Robert Mugabe dieser Tage in Maputo behaupten konnte, die Guerilleros kontrollierten heute 80 % Rhodesiens, so dürfte daran soviel wahr sein, daß 80 % des Landes nicht mehr von der Regierung kontrolliert werden", jammerte die Frankfurter Rundschau.

Der Vermittlungsausschuß des US-Kongresses hat beschlossen, das Rhodesien-Embargo demnächst offen zu durchbrechen: „Die Sanktionen sollen nach dem 31. Dezember 1978 nicht mehr durchgesetzt werden, falls die Regierung Rhodesiens ihre Bereitschaft bekundet hat, auf einer All-Parteien-Konferenz unter internationaler Schirmherrschaft in gutem Glauben über alle offenen Fragen zu verhandeln und falls bis dahin eine Regierung im Amt ist, die aus freien Wahlen hervorgegangen ist, an denen alle politischen Gruppen frei teilnehmen konnten, und die unter Aufsicht unparteiischer, in-

Fortsetzung Seite 2

Akkordhetze in Westdeutschland – Hungerlöhne für afrikanische Arbeiter



Bei SEL – der westdeutschen Tochtergesellschaft des US-amerikanischen ITT-Konzerns wurden seit 1976/77 in fast allen Montageabteilungen die außertariflichen Zulagen auf die erzielten 100 % Akkord gekürzt und 87 ganz gestrichen. Bei SEL-Westberlin (unser Bild) wurden in der Doppelrelaisjustage 1977 die Zeiten für 100 Relais von vorher 480 Minuten auf 390 Minuten gekürzt. 483 Relais müssen im Monat mehr justiert werden, um bei 6,71 DM in der Stunde auf brutto 1 127,30 DM zu kommen. Das Kapital, mit dem der ITT-Konzern die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Zimbabwe organisiert, hat der SEL-Konzern zuvor aus der westdeutschen und der ITT-Konzern aus der amerikanischen Arbeiterklasse gepreßt. Durchschnittlich 153 Rand zahlen die Elektrokonzerne den afrikanischen Arbeitern im Monat – 10 Rand weniger als die vom südafrikanischen Kolonialistenregime angegebene Armutsgrenze von 163,60 Rand für eine fünfköpfige Familie in Soweto. Allein 1976 betrugen die Aufwendungen des ITT-Konzerns „zur Absicherung der politischen und wirtschaftlichen Risiken ... der Beteiligungen in Rhodesien und Portugal" 63 Mrd. Dollar.

Qualität durchzuführen. Am Samstag letzter Woche war eine Landmine auf der Hauptstraße zwischen Salisbury und der östlichen Grenzstadt Umtali gelegt worden, erstmals auf einer so wichtigen und vielbefahrenen Straße. Mehrere Hinterhalte wurden in der Nähe städtischer Zentren gelegt, ein Flugzeug der Air Rhodesia wurde während des Flugs zum Haupttouristenzentrum Victoria Falls mit einer Rakete beschossen. Von allen Seiten werden die Profitquellen des Kolonialregimes angegriffen.

Der Kolonialistengeneral Walls erklärte im rhodesischen Rundfunk am 1.8., es seien drei in Tansania ausgebildete Regimenter der Patriotischen Front in Mozambique eingetroffen, mindestens 2 700 Mann.

Der ANC von Azania hat bekanntgegeben, daß er keine hundert Meilen von Pretoria entfernt zehn südafrikanische Soldaten getötet hat.

Die Imperialisten und ihre Kolonialstatthalter sind in der Brenne. Muzorewas UANC hat einen Sonderparteitag durchführen und die „Opposition" ausschließen müssen, darunter einen bereits aus dem Marionettenamt zurückgetretenen Minister. Die „Opposition" hatte die Beteiligung am Smith-Regime angegriffen und den Sturz Muzorewas gefordert. Angesichts der Lage will der britische Außenminister Owen eine „All-Parteien-Konferenz" einschließlich der Patriotischen Front noch im August



Bei SEL – der westdeutschen Tochtergesellschaft des US-amerikanischen ITT-Konzerns wurden seit 1976/77 in fast allen Montageabteilungen die außertariflichen Zulagen auf die erzielten 100 % Akkord gekürzt und 87 ganz gestrichen. Bei SEL-Westberlin (unser Bild) wurden in der Doppelrelaisjustage 1977 die Zeiten für 100 Relais von vorher 480 Minuten auf 390 Minuten gekürzt. 483 Relais müssen im Monat mehr justiert werden, um bei 6,71 DM in der Stunde auf brutto 1 127,30 DM zu kommen. Das Kapital, mit dem der ITT-Konzern die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Zimbabwe organisiert, hat der SEL-Konzern zuvor aus der westdeutschen und der ITT-Konzern aus der amerikanischen Arbeiterklasse gepreßt. Durchschnittlich 153 Rand zahlen die Elektrokonzerne den afrikanischen Arbeitern im Monat – 10 Rand weniger als die vom südafrikanischen Kolonialistenregime angegebene Armutsgrenze von 163,60 Rand für eine fünfköpfige Familie in Soweto. Allein 1976 betrugen die Aufwendungen des ITT-Konzerns „zur Absicherung der politischen und wirtschaftlichen Risiken ... der Beteiligungen in Rhodesien und Portugal" 63 Mrd. Dollar.

„Trendwende in der Inflationsrate"?

Manöver gegen den Lohnkampf

z.hek. „Der Preisanstieg hat sich im Juni weiter abgeschwächt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Juni nur noch um 2,4 % höher als vor Jahresfrist (nach Steigerungsraten von 2,9 v.H. im April und 2,7 v.H. im Mai). Dies ist der niedrigste Anstieg seit Dezember 1969" („Bulletin" der Bundesregierung vom 4.8.78). Über die Zusammensetzung des Index für Preissteigerungen haben wir, soweit das nach den amtlichen Zahlen möglich ist, in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 1 und 10/78 berichtet. Ebenso über die Binsenwahrheit, daß der Warenkorb des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mittleren Einkommens", welcher sich laut Bundesregierung 1977 auf 2 084,01 DM belief, nicht verfügbar ist, weil nicht vorhanden für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter. Die nichtvorhandenen 2 084,01 DM und die amtlich bestätigte „Abschwächung des Preisanstiegs" gedenkt die Bourgeoisie zu nutzen, um weiteren drastischen Lohnsenkungen vorzuarbeiten. „Tendenzwende" in der Inflationsrate – Unter dieser Losung marschiert sie. Allein der Vergleich der Indexzahlen, mit denen die Bourgeoisie alles überkleistern will, für bestimmte Güter der Lebenshaltung von Juni 1977 zu Juni 78 zeigt, daß sie die Steigerung der Preise für den Luxuskonsum der Kapitalisten, die tatsächlich niedrig ist, mit den Preissteigerungen für die notwendigen Lebensmittel des Arbeiterhaushalts „verrechnet".

Preissteigerung von Juni '77 bis Juni '78 in %

Frischer Fisch	5,0
Brot und Backwaren	5,4
Kleidung und Schuhe	7,0
Wohnungsmiete	4,4
Elektrizität	7,4
Gas	5,7
Kohle	8,6
Verkehrszwecke	6,1
Friseurleistungen	12,3
Theater, Kino Sportveranstaltungen	7,2
Frischobst	12,4
Zucker, Süßwaren	6,4
Alkoholfr. Getränke	5,0
Nichtelektr. Haushaltsmaschinen u. Geräte	6,0

In ihrem „Bulletin" weisen die Fachleute für solcherlei Betrügereien darauf hin, „daß der Zuwachs der nominalen Tarifverdienste (1978: 5,8 %) in diesem Jahr etwas niedriger ausgefallen (ist) als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (6,9)." Dieses *etwas* niedriger bedeutet Milliardenbeträge. Doch etwas niedriger ist nicht niedrig genug. Der ideologische Hintergrund für die Manöver der Reformisten und Revisionisten, die schon etliche Zeit mit „Inflationsausgleich" rummachen, ist wie für die Lohnsenkung geschaffen. Erholt zurück aus dem parlamentarischen Sommerurlaub, steht die Arbeit an, die Preissteigerungsrate soweit sinken zu lassen, daß ideologischer Flankenschutz für einen Lohnstopp oder eine Lohnsenkung dabei herausspringt. Alle „wissenschaftlichen" Indexberechnungen verhindern indes nicht, daß in vielen Arbeiterhaushalten Ultimo schon am 20. ist und es zur dringenden Notwendigkeit für die Arbeiterklasse wird, diesen Zustand zu ändern. Die Erscheinung, daß das Nichtvorhandensein von Lohn zur Beschaffung lebensnotwendiger Güter im eigenen „Unvermögen", richtig zu wirtschaften, liegt, wird durch intensives Studium der Lohnzettel in den Betrieben – zum Teil von ganzen Abteilungen – wirksam widerlegt. Die Spaltung nicht nur dieses Zusammenschlusses ist allemal Ziel der Kapitalisten. So bemerkt das „Bulletin", daß „bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen sich im Mai gegenüber dem Vorjahr sogar ein Rückgang von knapp 5 % (ergab)". Die Bourgeoisstatistik weist für denselben Zeitraum ein Absinken von 7,1 % aus, für Milch 10,3 und für Gemüse 126,8 Indexpunkte weniger als im Mai 1977.

Beschleunigt wird durch sinkende landwirtschaftliche Erzeugerpreise primär das Legen der kleinen und mittleren Bauern. Etliche Untersuchungen in dieser Zeitung belegen das. Die ehemaligen Bauern, die sich als Landarbeiter verdingen müssen, werden sich über den Kauf ihrer Produkte zu den um vielfaches höheren Verbraucherpreisen ihr Teil denken. Es wäre schon „erleichternd" für die westdeutschen Imperialisten, die Arbeiterklasse für das Drücken der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise „zwecks Preisstabilität" zu gewinnen, während diese andererseits – als Zeichen der Solidarität – *ihr* Opfer in Form von Lohnverzicht zu bringen hätte. Ein schmutziger Versuch, aber nicht der einzige. Auch die „Verbilligung der Importgüter" hatte einen „mildernden" Einfluß auf die „Kostenbelastung der Unternehmen", führt das „Bulletin" aus. Allerdings muß der „Solidarbeitrag" für die westdeutsche Industrie, deren Exportoffensive durch besagten sinkenden Dollar gefährdet ist, in „Senkung der Lohnkosten" bestehen. Für den Fall einer Verweigerung von wertvollen Rohstofflieferungen für wertlose Dollars oder der „Bedrohung" westdeutscher Kapitalanlagen in den Ländern der Dritten Welt durch die, die dort zu Niedrigstlöhnen ausgebeutet werden, sind die Fregatten im Bau. Steuern müssen sie die westdeutschen Volksmassen. Die Aussicht, daß die westdeutschen Imperialisten in das Fadenkreuz von Kanonen geraten, wächst unter anderem mit der Erkenntnis, daß ihre „Niedriglohn-Niederlassungen" nichts mit der Preissteigerungsrate, aber erheblich mit ihren geplanten Lohnsenkungen zu tun haben. Die Kämpfe der Völker der Dritten Welt für die vollständige nationale Befreiung und für wirtschaftliche Selbständigkeit sind eine wuchtige Stütze für den Lohnkampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen.

„Fluchtkapital“ verläßt Zimbabwe

Fortsetzung von Seite 1
ternational anerkannter Beobachter stattfanden.“

Das sind Aufforderungen an das Smith-Regime, bestimmte Manöver durchzuführen, um unter den Massen Zimbabwes endlich die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Intervention des US-Imperialismus Aussicht auf Erfolg hat.

Entsprechend hat die Smith-Regierung „Maßnahmen gegen Rassendiskriminierung“ beschlossen: Theater, Hotels und Parks sollen allen Rassen offenstehen. Im Erziehungswesen, in den Krankenhäusern und in den Wohnviertel-Reservaten soll sich nichts ändern. Wen wollen Smith und seine drei schwarzen Handpuppen damit täuschen? Als drei Minister auf einer breit angekündigten Veranstaltung im Sportstadion des Kohlebergwerks Wankie Collerie in Nordrhodesien (10000 Einwohner) sprechen wollten, kamen ganze sieben. Kaum besser erging es anderen Ministern wie Gabellah und Chikerema bei Arbeitern einer Teeplantage auf dem östlichen Hochland, von 2500 blieben 200.

Angesichts dieser Lage hat der Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO, ECOSOC, große Bedeutung. Er hat sämtliche Staaten aufgefordert, „alle Formen der Kollaboration ihrer nationalen, transnationalen und anderer Unternehmen mit den rassistischen Minderheitsregimen im südlichen Afrika zu beenden.“ Das setzten die Länder der Dritten Welt auf der Tagung in Genf durch. 35 Länder stimmten dafür, neun enthielten sich, dagegen stimmten USA, Großbritannien, BRD und Frankreich.

Die westdeutschen Imperialisten, in ihrer Eigenschaft als EG-Vorsitzende gegenwärtig besonders großmäulig, haben stattdessen einen Antrag eingebracht, „auf die Proklamierung von Internationalen Jahren künftig zu verzichten, wenn keine konkreten Anlässe dafür vorliegen. Generalsekretär Waldheim wird aufgefordert, dem ECOSOC ein Jahr vor einem geplanten Internationalen Jahr über die möglichen Resultate Bericht zu erstatten. Der Rat und die UNO-Vollversammlung sollen nur dann besondere Jahre verkünden, wenn sie von einem unabhängigen Gremium als sinnvoll bezeichnet werden“ („Neue Zürcher Zeitung“, 6.8.78).

Das Jahr gegen die Apartheid, das seit 21. März dieses Jahres läuft, wurde von der UNO-Generalversammlung am 14.12.1977 beschlossen. Die Generalversammlung stützte sich damit auf ihren Beschluß vom 9. November 1976, wo gegen die Stimmen von USA, BRD, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Niederlanden bei 27 Stimmenthaltungen ein Aktionsprogramm gegen die Apartheid beschlossen worden war.

Die westdeutschen Imperialisten haben das allerdringendste Interesse am Fortbestehen der Kolonialregime im südlichen Afrika. Allein 1977 haben sie der Südafrikanischen Eisenbahn ein Darlehen über 31 Mio. DM gewährt (8 1/4% Zinsen, dreijährige Laufzeit). Die 300 in Südafrika vertretenen westdeutschen Kapitalisten haben dort insgesamt 3,4 Mrd. DM Kapital in die Ausbeutung der Arbeiterklasse investiert. Sie unternehmen große Anstrengungen, den US-Imperialismus als zweitgrößten „Handelspartner“ Südafrikas nach Großbritannien zu verdrängen.

Über die Senkung des Dollarkurses, die die Goldpreise in die Höhe treibt, wollen die südafrikanischen Kolonialherren das größte Geschäft ihrer Geschichte machen. Da die Unze Gold derzeit bei über 200 Dollar liegt, wollen sie für 4 Mrd. Rand Gold verkaufen.

Die westdeutschen Imperialisten haben Ende Januar Prinz Casimir J. Wittgenstein, Vizepräsident der Frankfurter Metallgesellschaft (größte Nichteisen-Metallgruppe der Bundesrepublik) nach Südafrika geschickt, um Erkundigungen über die „Erschließung von Chrom-, Uran-, Zink- und Flußspatvorkommen“ einzuziehen.

Trotz aller Reichtümer betragen die Netto-Auslandsinvestitionen in neue Industrievorhaben in Südafrika 1977 nur 2,9 Mio. R (1976: 7,4; 1975: 151,8; 1974: 27,4). Da das für die Kolonialisten bedrohlich ist, hat die Anglo-American Corporation of South Africa, die das Diamantenmonopol und ein weitgehendes Gold- und Uranmonopol in Südafrika besitzt, in vielen Zeitungen inseriert: „Ein Wirtschaftsboykott Südafrikas würde die schwarze Bevölkerung am stärksten treffen und Unruhen heraufbeschwören.“ Die Anglo-American hat einen Gewinn von 195 Mio. R in den letzten 15 Monaten gemacht und erklärt, es sei „für Südafrika von allergrößter Bedeutung, daß dem Land wieder größere Mengen Anlagekapital aus dem Ausland zufließen.“

Der „Blick durch die Wirtschaft“ stellt am 14.8. bezüglich Zimbabwe fest: „Trotz höchster Strafandrohung verläßt immer mehr Fluchtkapital das Land. Der Vertrauensschwund in Kreisen der Wirtschaft nimmt ständig zu.“ Bei der Überprüfung des rhodesischen Haushalts wird festgestellt: „Im Mittelpunkt steht eine Kriegsanleihe mit einem Zinssatz von 12,5%. ... fragen sich weiße Wirtschafts- und Finanzkreise in Salisbury, wer denn die Garantie für die Rückzahlung einer solchen Anleihe überhaupt noch übernehmen kann.“

Das ist die Furcht vor dem bewaffneten Befreiungskampf.

Grußadressen an die KP Chinas und die Partei der Arbeit Koreas

Kommunistischer Bund
Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee

An den Generalsekretär
der Partei der Arbeit Koreas
Genossen Kim Il Sung

Anläßlich der Feiern des 25. Jahrestages des Sieges im vaterländischen Krieg für die Befreiung Koreas übermittle ich die revolutionären Grüße des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an das Zentrale Komitee der Partei der Arbeit Koreas.

Der Sieg, den das koreanische Volk vor 25 Jahren gegen den US-Imperialismus errungen hat, ist ein großartiger Beweis für die Kraft eines revolutionären Volkes, das entschlossen für seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen den imperialistischen Aggressor kämpft. Es ist seither ein großes Beispiel und eine große Ermutigung für die Völker der Welt. Dieser Sieg wurde fortgeführt in den bedeutenden Fortschritten, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen beim Aufbau des Sozialismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea gemacht haben. Gleichzeitig wird das Land immer noch durch den US-Imperialismus und seine Marionette Pak Kung Li gespalten, ein Teil des Volkes immer noch vom US-Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt und wird ein Teil des Landes von Truppen des US-Imperialismus unter der Flagge der UNO besetzt gehalten.

Es bedeutet einen großen Sieg des Volkes von Korea, daß die Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten seinem Kampf für die friedliche Wiedervereinigung des Landes frei von jeglicher äußerer Einmischung und in voller Übereinstimmung mit den drei Prinzipien der Unabhängigkeit, friedlichen Wiedervereinigung und Großen Nationalen Einheit, wie sie im Nord-Süd-Abkommen vom 4. Juli 1972 niedergelegt sind, erneut die Unterstützung ausgesprochen hat.

Dies ist ein wichtiger Beweis für die Tatsache, daß eine gerechte Sache bei allen Völkern der Welt Unterstützung findet. Wir versichern unsere Unterstützung für diesen Kampf und sind davon überzeugt, daß das Volk von Korea beim Aufbau des Sozialismus in der DVRK und in seinem Kampf um Wiedervereinigung weitere Siege erringen wird.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)
Frankfurt, den 13. 8. 1978

Kommunistischer Bund
Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Sekretär
Frankfurt, den 13. August 1978

An den Vorsitzenden
des Zentralen Komitee der
Kommunistischen Partei Chinas
Genossen Hua Guo-Feng

Werter Genosse Hua Guo-Feng,
Zum Tod des Genossen Lo Jui-ching, Mitglied des ZK der KP Chinas, Mitglied des Ständigen Komitees und Generalsekretär der Militärkommission des ZK der KP Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des 5. Nationalen Volkskongresses und hervorragender Führer der Volksbefreiungsarmee, spricht das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland dem Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Chinas sein tiefempfundenes Mitgefühl aus.
Wir werden das Ansehen des hervorragenden proletarischen Revolutionärs, des Genossen Lo Jui-ching, stets ehren.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee

Christlich-sozialdemokratische Schulmilch

r.chs. „Schulmilch für 20 Pfennig wurde ein unerwarteter Absatzschlager.“ Das „Göttinger Tageblatt“ liegt ziemlich richtig mit seiner Überschrift. Jedenfalls trifft es die eine Seite der Angelegenheit. Schulmilch hat sich als „Marktlücke“ erwiesen. Seit dem 1. Juni gibt es an 15 niedersächsischen Schulen den Modellversuch Schulmilch. Für 20 Pfennig wird der viertel Liter Vollmilch verkauft, der früher 35 Pfennig gekostet hat, der Kakao für 35, statt für 40 Pfennig. Am Hainberg-Gymnasium in Göttingen ist seitdem der Milchverbrauch hochgeschnellt. Von 329 Tüten auf 3750, bei Kakao von 2000 auf 2065. Hätte diese Milch etwas mit Kuhmilch gemein und vorausgesetzt auch, daß sie unentgeltlich zur Verfügung steht, wäre der Fortschritt in der Gesundheitsversorgung erheblich.

Über ein Jahr hat es um diese Frage Gerangel gegeben. Die Landesregierung hatte sich stur gestellt: kein Geld. Aber nicht nur die „angespannte Haushaltslage“ hat sie bewogen, dies Projekt abzulehnen, sondern die „gesundheitspolitische Verantwortung“: Auf eine kleine Anfrage der SPD vom August 1977 hin hat sie es begründet: „Gegen eine Schulmilchspeisung werden von den Kinderärzten gewisse Bedenken erhoben: (...) b) der Fettgehalt der Trinkmilch liegt zu hoch. Dieser Energiespender hindert die Ärzte im Bemühen, die Übergewichtigkeit der Schulkinder zu senken. c) Häufiger Milchgenuß in zu großen Mengen ruft bei Schülern eine Minderung der Abwehrkräfte gegen Infektionen hervor.“ Im gleichen Atemzug weiter, nach dem Motto, wer sich Milch leisten kann, für den ist sie auch gesund: „Gegen ein Kaufangebot von Milch bestehen keine gesundheitspolitischen Bedenken. Es ist weiterhin bewiesen, daß Milch (...) hohen Nährwert hat, ein guter Energieträger ist ...“.

Woher jetzt der Sinneswandel bei der CDU? Die ganze Zeit haben die Sozialdemokraten der Albrechtregierung vorgerechnet, daß die Schulmilch eine billige Reform sei. 75% der Zuschüsse würden aus einem EG-Fonds bestritten.

Heute hat die CDU-Landesregierung den Kompromiß Modellversuch geschlossen – einen Monat vor Schuljahresende. Man möchte meinen, ein recht ungünstiger Termin für einen

New Yorker Drucker streiken gegen Rationalisierungspläne

z.bil. Seit Mittwoch, den 9. August, südlichen Afrika zu beenden.“ Das setzten die Länder der Dritten Welt auf der Tagung in Genf durch. 35 Länder stimmten dafür, neun enthielten sich, dagegen stimmten USA, Großbritannien, BRD und Frankreich.

Die westdeutschen Imperialisten, in ihrer Eigenschaft als EG-Vorsitzende gegenwärtig besonders großmäulig, haben stattdessen einen Antrag eingebracht, „auf die Proklamierung von Internationalen Jahren künftig zu verzichten, wenn keine konkreten Anlässe dafür vorliegen. Generalsekretär Waldheim wird aufgefordert, dem ECOSOC ein Jahr vor einem geplanten Internationalen Jahr über die möglichen Resultate Bericht zu erstatten. Der Rat und die UNO-Vollversammlung sollen nur dann besondere Jahre verkünden, wenn sie von einem unabhängigen Gremium als sinnvoll bezeichnet werden“ („Neue Zürcher Zeitung“, 6.8.78).

Das Jahr gegen die Apartheid, das seit 21. März dieses Jahres läuft, wurde von der UNO-Generalversammlung am 14.12.1977 beschlossen. Die Generalversammlung stützte sich damit auf ihren Beschluß vom 9. November 1976, wo gegen die Stimmen von USA, BRD, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Niederlanden bei

ist, solange die Kapitalistenklasse

Anläßlich der Feiern des 25. Jahrestages des Sieges im vaterländischen Krieg für die Befreiung Koreas übermittle ich die revolutionären Grüße des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an das Zentrale Komitee der Partei der Arbeit Koreas.

Der Sieg, den das koreanische Volk vor 25 Jahren gegen den US-Imperialismus errungen hat, ist ein großartiger Beweis für die Kraft eines revolutionären Volkes, das entschlossen für seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen den imperialistischen Aggressor kämpft. Es ist seither ein großes Beispiel und eine große Ermutigung für die Völker der Welt. Dieser Sieg wurde fortgeführt in den bedeutenden Fortschritten, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen beim Aufbau des Sozialismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea gemacht haben. Gleichzeitig wird das Land immer noch durch den US-Imperialismus und seine Marionette Pak Kung Li gespalten, ein Teil des Volkes im-

neue Tarifvertrag sieht vor, daß die ministerkonferenz der blockfreien Staaten seinem Kampf für die friedliche Wiedervereinigung des Landes frei von jeglicher äußerer Einmischung und in voller Übereinstimmung mit den drei Prinzipien der Unabhängigkeit, friedlichen Wiedervereinigung und Großen Nationalen Einheit, wie sie im Nord-Süd-Abkommen vom 4. Juli 1972 niedergelegt sind, erneut die Unterstützung ausgesprochen hat.

Dies ist ein wichtiger Beweis für die Tatsache, daß eine gerechte Sache bei allen Völkern der Welt Unterstützung findet. Wir versichern unsere Unterstützung für diesen Kampf und sind davon überzeugt, daß das Volk von Korea beim Aufbau des Sozialismus in der DVRK und in seinem Kampf um Wiedervereinigung weitere Siege erringen wird.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)
Frankfurt, den 13. 8. 1978

tariflichen Mindestlohn. Sie sind die
An den Vorsitzenden
des Zentralen Komitee der
Kommunistischen Partei Chinas
Genossen Hua Guo-Feng

Werter Genosse Hua Guo-Feng,
Zum Tod des Genossen Lo Jui-ching, Mitglied des ZK der KP Chinas, Mitglied des Ständigen Komitees und Generalsekretär der Militärkommission des ZK der KP Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des 5. Nationalen Volkskongresses und hervorragender Führer der Volksbefreiungsarmee, spricht das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland dem Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Chinas sein tiefempfundenes Mitgefühl aus.
Wir werden das Ansehen des hervorragenden proletarischen Revolutionärs, des Genossen Lo Jui-ching, stets ehren.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee

sondern die „gesundheitspolitische Verantwortung“: Auf eine kleine Anfrage der SPD vom August 1977 hin hat sie es begründet: „Gegen eine Schulmilchspeisung werden von den Kinderärzten gewisse Bedenken erhoben: (...) b) der Fettgehalt der Trinkmilch liegt zu hoch. Dieser Energiespender hindert die Ärzte im Bemühen, die Übergewichtigkeit der Schulkinder zu senken. c) Häufiger Milchgenuß in zu großen Mengen ruft bei Schülern eine Minderung der Abwehrkräfte gegen Infektionen hervor.“ Im gleichen Atemzug weiter, nach dem Motto, wer sich Milch leisten kann, für den ist sie auch gesund: „Gegen ein Kaufangebot von Milch bestehen keine gesundheitspolitischen Bedenken. Es ist weiterhin bewiesen, daß Milch (...) hohen Nährwert hat, ein guter Energieträger ist ...“.

Woher jetzt der Sinneswandel bei der CDU? Die ganze Zeit haben die Sozialdemokraten der Albrechtregierung vorgerechnet, daß die Schulmilch eine billige Reform sei. 75% der Zuschüsse würden aus einem EG-Fonds bestritten.

Heute hat die CDU-Landesregierung den Kompromiß Modellversuch geschlossen – einen Monat vor Schuljahresende. Man möchte meinen, ein recht ungünstiger Termin für einen

Modellversuch, oder wollte Albrecht die schlechten Zensuren mit Milch überspülen?

Jedenfalls scheinen sich die Landesregierung und die Sozialdemokraten in der Einschätzung der Lage nähergekommen zu sein. Die Forderung nach Lernmittelfreiheit steht, und der Kampf gewinnt an Kraft.

Während die Sozialdemokraten der Auffassung sind, daß man dem nur die Spitze nehmen kann, wenn die Schulmilch eingeführt wird, glaubt Albrecht, daß er mit einem Modellversuch über die Runden kommt. Das ist der einzige Unterschied.

New Yorker Drucker streiken gegen Rationalisierungspläne

z.bil. Seit Mittwoch, den 9. August, streiken die Druckarbeiter in New York. Die Herausgabe der drei großen US-amerikanischen Bourgeois-Zeitungen „New York Times“, „Daily News“ und „New York Post“ wird verhindert. Am Mittwoch war eine Schlichtung abgelehnt worden. Die Kapitalisten hatten daraufhin versucht, ihre Vorschläge für einen neuen Tarifvertrag einseitig in den Druckbetrieben in Kraft zu setzen. Als sie am Mittwoch Abend die „neuen Arbeitsbedingungen“ anschlagen ließen, haben die Arbeiter die Maschinen abgestellt. Seitdem ist keine Zeitung mehr erschienen. Alle anderen Gewerkschaften von den Journalisten bis zu den Zeitungsauslieferungsfahrern unterstützen den Streik und sind ebenfalls in den Ausstand getreten.

Es ist dies der erste gemeinsame Streik aller New Yorker Zeitungsdrucker seit 57 Jahren. In den Streikkämpfen der vergangenen Jahre war es nicht gelungen, einen einheitlichen Kampf aller Zeitungsdrucker zu führen; das hatte den Kapitalisten Spielraum gelassen. Als vor drei Jahren die Drucker der „Washington Post“ streikten und in schweren Kämpfen die Setzmaschinen zerstörten, haben die Kapitalisten die „Washington Post“ außerhalb drucken und durch Hubschrauber einfliegen lassen.

Die Druckkapitalisten haben bereits in den vergangenen Jahren über die Einführung von neuen Techniken Massenentlassungen durchgesetzt. Die Umstellung der handwerklich hergestellten Zeitung auf Computertechnik ist, solange die Kapitalistenklasse herrscht, nur Mittel, die Ausbeutung und Arbeitshetze noch mehr zu steigern. Die „New York Times“ hat jetzt die computergesteuerte Druck- und Satztechnik eingeführt. Bereits 1962 und 1963 hat es große Kämpfe der Druckarbeiter gegen verschärfte Ausbeutung durch Einführung neuer Technik gegeben. 114 Tage haben die



Druckarbeiter in New York damals gestreikt. Vier New Yorker Zeitungen mußten daraufhin die Produktion ganz einstellen.

Die neuen Arbeitsplatzregeln, die die Kapitalisten einführen wollen, sehen vor, daß die Belegschaften um die Hälfte reduziert werden. Die Drucker und Setzer, die die alten Maschinen bedient haben, sollen entlassen, das sogenannte technische Personal, das die elektronischen Maschinen bedient, soll ebenfalls reduziert werden. Der neue Tarifvertrag sieht vor, daß die Druckarbeiter gezwungen werden können, die Wochenarbeitszeit von 35 Stunden in vier Tagen anstatt in fünf Tagen abzuleisten. Es zeigt sich daran, daß, wenn die Forderung nach der 35-Stundenwoche an *fünf* Arbeitstagen nicht durchgesetzt ist, sie nur zu noch schärferer Arbeitshetze von den Kapitalisten angewandt wird. Die neuen Arbeitsplatzregeln bestimmen, daß denjenigen Druckarbeitern fünf Schichten in der Woche „garantiert“ werden, die seit dem 1. August 1975 bei einer New Yorker Zeitung und im letzten Jahr mindestens 200 Schichten gearbeitet haben, während die neueingestellten Drucker und Lehrlinge jederzeit entlassen werden können. Für die Lehrlinge gibt es keine Lehrzeit, die mit einem Gesellenbrief abschließt, sondern die jungen Arbeiter müssen von Anfang an voll mit in der Produktion arbeiten und erhalten dafür den tariflichen Mindestlohn. Sie sind die billigsten Arbeitskräfte.

Derzeit beträgt der wöchentliche Lohn ca. 320 Dollar. Der neue Tarifvertrag sieht eine Anhebung auf 350,18 Dollar für 1978, (351,41 Dollar für die Nachtschicht) und weitere 23 Dollar für das zweite und 22 Dollar für das dritte Vertragsjahr vor. Damit lassen sich nicht einmal die Preissteigerungen auffangen.

Die Kapitalisten sind in diesen Streik dem Anschein nach mit Stärke gegangen. Die Gesellschaft der „New York Times“ hat in den vergangenen Jahren durch den Ankauf von Papiermühlen und Druckereien in Kanada ihren Profit so vergrößert, daß ihre Existenz nicht mehr von der Herausgabe der „New York Times“ abhängt. Die Druckkapitalisten haben damit gerechnet, in den Sommermonaten, wo weniger inseriert wird, den Streik besser aushalten zu können. Der Kapitalist Murdoch, Verleger von „New York Post“, hat schon seit Monaten Personal in Texas angestellt, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist, um von dort aus die Auslieferung der „New York Post“ „sicherzustellen“.

Schon jetzt steht fest: Die Druckkapitalisten haben sich geirrt. Sie haben die Unterstützung und Kampfkraft der gesamten Arbeiterklasse unterschätzt. All ihre Vorbereitung ist nutzlos, weil die Journalisten, die Zeitungsausfahrer mit im Streik stehen und ohne sie keine Zeitung ausgeliefert werden kann.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 4 13080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 34: 32000

Der Chinesisch-Japanische Friedensvertrag: ein großer Sieg im Kampf gegen die beiden Supermächte

z.hev. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, welche Absichten die sowjetischen Sozialimperialisten in Asien verfolgen, so haben sie ihn nunmehr selbst geliefert. Wutschnaubend reagierten sie auf den am 12. August in Peking zwischen China und Japan unterzeichneten Friedens- und Freundschaftsvertrag – für Japan unterzeichnete der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Sunao Sonoda, für China der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Huang Hua. Kernpunkt der Angriffe der Sozialimperialisten ist die sogenannte „Antihegemonieklausel" im Artikel 2 des Vertrags: „Die vertragschließenden Parteien erklären, daß keine von ihnen Vorherrschaft in der asiatisch-pazifischen Region oder in irgendeiner anderen Region anstrebt und daß beide sich gegen Bemühungen irgendeines anderen Landes oder einer Gruppe von Ländern wenden werden, solche Hegemonie zu erreichen."

Im übrigen begrüßen China und Japan die Fortschritte in den Beziehungen der beiden Länder seit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués am 29. September 1972 in Peking, daß das gemeinsame Kommuniqué „die Grundlage der Beziehung von Frieden und Freundschaft zwischen den beiden Ländern darstellt", dessen Grundsätze „strikt beachtet werden sollten" und die „Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen voll respektiert werden sollten in der Hoffnung, zu Frieden und Stabilität in Asien und in der Welt beizutragen". China und Japan werden laut Artikel 1 ihre Beziehungen „auf der Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Achtung für die Souveränität und die territoriale Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz" entwickeln. Sie wollen ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen entwickeln und den Austausch zwischen den Völkern beider Länder fördern. Der Vertrag soll zehn Jahre in Kraft bleiben und danach mit einer einjährigen Frist kündbar sein, wenn eine der beiden Parteien dies schriftlich äußert.

Getroffene Hunde bellen, und die Sowjetunion fühlt sich zutiefst getroffen durch die Antihegemonieklausel. Nach der Methode des Diebes, der „Haltet den Dieb" brüllt, um nicht selbst gefaßt zu werden, bezichtigen sie China des Strebens nach Vorherrschaft in Asien. In Peking säße eine „hegemonistische Clique", die Japan zur „Kapitulation" gezwungen hätte. Aufschlußreich ist die Vorgeschichte der sozialimperialistischen Hetztiraden:

Noch 1956 hatte sich die Sowjetunion im Rahmen von Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Japan bereit erklärt, einen Artikel über die „territoriale Frage" in den Vertragsentwurf aufzunehmen. Ungeklärt war die Zugehörigkeit der südlichen Kurileninseln Habomai, Schikotan, Iturup und Urup. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu sehen, daß die Sozialimperialisten mit diesen Inseln vorgeschobene Posten gegen Japan haben und das Ochotskische Meer wie einen Riegel absperren können. Sie sind heute zu militärischen Festungen, zu Stellungen gegen die andere Supermacht, die USA, ausgebaut. Deshalb gibt es heute für die Sozialimperialisten „keine territorialen Fragen" mit Japan mehr. Im März 1976 dehnte die Sowjetunion die Fischereizone auf 200 Seemeilen aus und zwang Japan im Mai des gleichen Jahres bis 1980 eine Fangquote auf, die eine Kürzung für Japans Fischer um ein Drittel gegenüber 1975 bedeutete. Wie schon beim sogenannten „MIG-Zwischenfall" – ein russischer Pilot war im Oktober 1976 mit einer MIG 25 nach Japan geflohen, was Japan zu einer genauen Analyse des neuen Kampfflugzeuges nutzte – begleiteten die Sozialimperialisten die nach ihren Aussagen „freundschaftlichen Verhandlungen" mit Flottenmanövern, zum Teil nur wenige Meilen vor der japanischen Küste. Als „Gegenleistung" für die Erlaubnis, in der neu errichteten 200-Seemeilen-Zone fischen zu dürfen, forderte die Sowjetunion das „Recht", ihrerseits in der 12- (in Worten: zwölf) Seemeilen-Zone Japans fischen zu dürfen. Die Wut des japanischen Volkes über diese dreisten Knebelungsversuche war so groß, daß sich die revisionistische KP Japans gezwungen sah (Juni 1977), ebenfalls die Rückgabe der südlichen Kurillen-Inseln zu fordern. Fast zur gleichen Zeit schrieb Breschnew einen scheinheiligen Brief an den japanischen Premierminister, in dem er seinen Wunsch nach „Verbesserung der

für die Sozialimperialisten „keine territorialen Fragen" mit Japan mehr. Im März 1976 dehnte die Sowjetunion die Fischereizone auf 200 Seemeilen aus und zwang Japan im Mai des gleichen Jahres bis 1980 eine Fangquote auf, die eine Kürzung für Japans Fischer um ein Drittel gegenüber 1975 bedeutete. Wie schon beim sogenannten „MIG-Zwischenfall" – ein russischer Pilot war im Oktober 1976 mit einer MIG 25 nach Japan geflohen, was Japan zu einer genauen Analyse des neuen Kampfflugzeuges nutzte – begleiteten die Sozialimperialisten die nach ihren Aussagen „freundschaftlichen Verhandlungen" mit Flottenmanövern, zum Teil nur wenige Meilen vor der japanischen Küste. Als „Gegenleistung" für die Erlaubnis, in der neu errichteten 200-Seemeilen-Zone fischen zu dürfen, forderte die Sowjetunion das „Recht", ihrerseits in der 12- (in Worten: zwölf) Seemeilen-Zone Japans fischen zu dürfen. Die Wut des japanischen Volkes über diese dreisten Knebelungsversuche war so groß, daß sich die revisionistische KP Japans gezwungen sah (Juni 1977), ebenfalls die Rückgabe der südlichen Kurillen-Inseln zu fordern. Fast zur gleichen Zeit schrieb Breschnew einen scheinheiligen Brief an den japanischen Premierminister, in dem er seinen Wunsch nach „Verbesserung der

Beziehungen" ausdrückte, im Sinn hatte er wohl eher den Zugriff auf japanisches Kapital für Sibirien und eine Ausweitung der schon recht ansehnlichen japanischen Darlehenssumme von über 3 Mrd. US-Dollar.

Um Japan auf ihre Seite zu ziehen, benutzten die Sozialimperialisten den Hinweis auf die Besetzung Japans durch US-Truppen als Faustpfand. General Mac Arthur als Oberkommandierender der US-Besatzertruppen hat in den Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. Mai 1947 hineingeschrieben, daß Japan für alle Zeiten auf Land-, See- und Luftstreitkräfte verzichten müsse und kein Recht auf Kriegsführung habe. Den „Schutz" Japans wollten die USA übernehmen. Der „Schutz" besteht in der Besetzung Japans bis zum heutigen Tag. Als Besatzermacht zwangen die US-Imperialisten Japan 1951 das Handelsembargo mit China auf und ließen einige Tausend noch aus dem 2. Weltkrieg koreaerfahrener japanischer Soldaten als „UNO-Kontingent" Korea besetzen. 1951 schlossen sie unter Ausschaltung Chinas und der Sowjetunion einen Friedensvertrag mit Japan, der am 28. April 1952 in Kraft trat und angeblich die volle Souveränität Japans wiederherstellen sollte. Am gleichen Tag jedoch trat der „Amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag" in Kraft, mit dem sich die US-Imperialisten die weitere Besetzung Japans sicherten. Drei Tage später, am 1. Mai, forderte die japanische Arbeiterklasse den Abzug der US-Truppen und das Schleifen ihrer Stützpunkte. Das war der Auftakt zu immer intensiver geführten Kämpfen des japanischen Volkes, für den Abzug der US-Besatzer, die sich zuspitzten auf die Forderung nach Räumung der Insel Okinawa. Dort hatten die Besatzer 40% des kulitivierbaren Landes in Militärbasen verwandelt, die Bauern enteignet und als Lohnarbeiter auf den Stützpunkten ausgebeutet. Auf den „Schlüssel zum Pazifik", wie die US-Imperialisten Okinawa nennen, waren zeitweise 100000 US-Soldaten stationiert bei einer Gesamtbevölkerung von einer Million. Okinawa war der Ausgangspunkt für die B-52-Bombenflüge gegen Vietnam, dort befinden sich riesige Depots nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, die gegen die Völker Indochinas und Koreas eingesetzt wurden, dort sind „Anti-Guerilla-Schulen" unter „realistischen asiatischen Bedingungen".

Bis 1968 wurde der Ministerpräsident der Riukiu-Inseln, zu denen Okinawa gehört, von den US-Imperialisten ernannt. Als riesige Demonstrationen immer lauter den Ruf nach Abzug der US-Truppen erhoben, machte US-Präsident Nixon 1969 ein Manöver: Er kündigte die „Rückgabe" Okinawas an. Nach dem am 17. Juni 1971 geschlossenen Rückgabevertrag mußte Japan 320 Millionen US-Dollar bezahlen dafür, daß die US-Stützpunkte statt bisher 14,8% jetzt 12,3% der gesamten Fläche Okinawas ausmachten. Auf Okinawa gibt es immer noch 88 US-Stützpunkte, die Zahl der US-Soldaten wurde kaum verringert, statt dessen japanische Polizeieinheiten in der Stärke von ca. 4000 Mann stationiert, um die Besatzer aus Kämpfen gegen das japanische Volk herauszuhalten. In besonders hinterhältiger Manier sollte außerdem ein Spaltkeil zwischen das chinesische und das japanische Volk getrieben werden. Die Längen- und Breitengrade des Gültigkeitsbereichs des Vertrages sind so festgelegt, daß die chinesische Insel Daoyü und andere an Japan „zurückgegeben" werden. Die Antwort Chinas war eindeutig und ebnete den Weg für den jetzt abgeschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrag: „Das chinesische Volk wird nach wie vor den gerechten Kampf des japanischen Volkes für die Rückgewinnung Okinawas entschlossen unterstützen und entschieden gegen den Versuch der USA-Imperialisten ankämpfen, die freundschaftlichen Beziehungen zwi-

tionen immer lauter den Ruf nach Abzug der US-Truppen erhoben, machte US-Präsident Nixon 1969 ein Manöver: Er kündigte die „Rückgabe" Okinawas an. Nach dem am 17. Juni 1971 geschlossenen Rückgabevertrag mußte Japan 320 Millionen US-Dollar bezahlen dafür, daß die US-Stützpunkte statt bisher 14,8% jetzt 12,3% der gesamten Fläche Okinawas ausmachten. Auf Okinawa gibt es immer noch 88 US-Stützpunkte, die Zahl der US-Soldaten wurde kaum verringert, statt dessen japanische Polizeieinheiten in der Stärke von ca. 4000 Mann stationiert, um die Besatzer aus Kämpfen gegen das japanische Volk herauszuhalten. In besonders hinterhältiger Manier sollte außerdem ein Spaltkeil zwischen das chinesische und das japanische Volk getrieben werden. Die Längen- und Breitengrade des Gültigkeitsbereichs des Vertrages sind so festgelegt, daß die chinesische Insel Daoyü und andere an Japan „zurückgegeben" werden. Die Antwort Chinas war eindeutig und ebnete den Weg für den jetzt abgeschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrag: „Das chinesische Volk wird nach wie vor den gerechten Kampf des japanischen Volkes für die Rückgewinnung Okinawas entschlossen unterstützen und entschieden gegen den Versuch der USA-Imperialisten ankämpfen, die freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen dem chinesischen und dem japanischen Volk zu vergiften, indem sie beim Betrug mit der ‚Rückgabe' von Okinawa Chinas Territorium Daoyü und die anderen Inseln in den ‚Umfang der Rückgabe' mit einbeziehen." (Peking-Rundschau, 49/71)

Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion haben Japan zum Dreh- und Angelpunkt ihres strategischen Kalküls im Ringen um die Weltherrschaft im ostasiatischen Raum gemacht. Die US-Imperialisten halten Japan besetzt und beuten große Teile der geschickten japanischen Arbeiterklasse direkt aus, während sie mit der militärischen Kontrolle eine günstige strategische Ausgangsposition zu haben glauben, um die Völker Ost- und Südostasiens unter ihre Knute zu zwingen. Damit sind sie schon mehrfach gescheitert. Die Sozialimperialisten wollen die US-Imperialisten aus dem Feld räumen und sich an ihre Stelle setzen, dazu müssen sie angreifen, und sie sind deshalb zum Unruhestifter Nummer Eins in dieser wie auch anderen Regionen in der Welt geworden. Die Antihegemonieklausel im chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrag bringt sie folgerichtig zur Weißglut. Der Friedensvertrag ist ein großer Sieg des chinesischen Volkes in der Abwehr der Aggressionen der beiden Supermächte und eine Hilfe für das japanische Volk, die beiden Supermächte, die japanisches Territorium besetzt halten, vollständig zu vertreiben und die sozialistische Revolution durchzuführen.

Zehn Jahre

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Sozialimperialisten in die CSSR am 21. August 1968 hat sich die Einteilung der Kräfte der Welt ein gutes Stück geklärt. Seit dem 21. August 1968 sind erst zehn Jahre vergangen, und dennoch haben die Völker der Welt in dieser kurzen Zeit die internationale Lage gewaltig zu ihren Gunsten verändert. Wie Genosse Hua Guo-feng auf dem XI. Parteitag der KPCh feststellte: „Die gegenwärtige Weltlage ist außerordentlich gut, nicht aber halbwegs gut oder nur etwas gut."

Wider Willen hat der Sozialimperialismus mit seiner widerwärtigen Aggression gegen die CSSR zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Völker haben besser erkannt, wen sie im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu ihren Feinden zählen müssen und daß sie sich in diesem Kampf nur auf die eigene Kraft verlassen können. Mit dem 21. August 1968 stellte sich heraus, daß die Völker im Kampf für ihre Befreiung nicht nur mit dem US-Imperialismus, sondern auch mit dem Sozialimperialismus als Hauptfeind rechnen müssen. Die Machtergreifung des Revisionismus ist die Machtergreifung der Bourgeoisie. Durch die Eroberung der politischen Macht hat die sowjetische Revisionistenclique die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt, die nach Weltherrschaft strebt und die

ser kurzen Zeit die internationale Lage gewaltig zu ihren Gunsten verändert. Wie Genosse Hua Guo-feng auf dem XI. Parteitag der KPCh feststellte: „Die gegenwärtige Weltlage ist außerordentlich gut, nicht aber halbwegs gut oder nur etwas gut."

Wider Willen hat der Sozialimperialismus mit seiner widerwärtigen Aggression gegen die CSSR zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Völker haben besser erkannt, wen sie im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu ihren Feinden zählen müssen und daß sie sich in diesem Kampf nur auf die eigene Kraft verlassen können. Mit dem 21. August 1968 stellte sich heraus, daß die Völker im Kampf für ihre Befreiung nicht nur mit dem US-Imperialismus, sondern auch mit dem Sozialimperialismus als Hauptfeind rechnen müssen. Die Machtergreifung des Revisionismus ist die Machtergreifung der Bourgeoisie. Durch die Eroberung der politischen Macht hat die sowjetische Revisionistenclique die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt, die nach Weltherrschaft strebt und die

Rechte der Völker mit Füßen tritt. Spätestens seit dem 21. August kann jeder wissen, was „internationale Solidarität" oder „proletarischer Internationalismus" im Mund der sowjetischen Revisionisten heißt. Seither hat der sowjetische Sozialimperialismus immer hektischer seine Ambitionen nach Weltherrschaft ausgelebt. Immer häufiger hat er dabei von den Völkern Schläge einstecken müssen.

Bevor die sozialimperialistische Supermacht in die CSSR einmarschierte, hat sie sich bei der anderen Supermacht rückversichert. Wenn es gegen die Interessen der Völker geht, sind die beiden Supermächte zur Zusammenarbeit bereit. Aber ihre Rivalität hört dabei keinen Augenblick auf. Wenig später hat der US-Imperialismus seine Aggression in Südostasien ausgedehnt und ist in Kampuchea eingefallen, um den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu brechen und sich hier einen festen Stützpunkt im Kampf um die Weltherrschaft zu sichern. Die Zusammenarbeit der beiden Supermächte ist relativ, ihre Rivalität ist absolut.

Führt die Machtergreifung des Revisionismus in einem großen sozialistischen Staat zur Errichtung der Herrschaft des Sozialimperialismus, so führt die Herrschaft der Revisionisten in kleinen und mittleren Ländern unvermeidlich in Abhängigkeit und Unterwerfung. Die in der CSSR herrschende Revisionistenclique hat am 21. August die internationale Arbeiterklasse und das tschechoslowakische Volk verraten und zur Unterwerfung aufgerufen. Sie wollten ihre Haut retten und hofften, einen Flecken Macht zu behalten. Das Volk haben sie entwaffnet.

Wenige Tage nach dem Einmarsch

beiden Supermächte zur Zusammenarbeit bereit. Aber ihre Rivalität hört dabei keinen Augenblick auf. Wenig später hat der US-Imperialismus seine Aggression in Südostasien ausgedehnt und ist in Kampuchea eingefallen, um den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu brechen und sich hier einen festen Stützpunkt im Kampf um die Weltherrschaft zu sichern. Die Zusammenarbeit der beiden Supermächte ist relativ, ihre Rivalität ist absolut.

Führt die Machtergreifung des Revisionismus in einem großen sozialistischen Staat zur Errichtung der Herrschaft des Sozialimperialismus, so führt die Herrschaft der Revisionisten in kleinen und mittleren Ländern unvermeidlich in Abhängigkeit und Unterwerfung. Die in der CSSR herrschende Revisionistenclique hat am 21. August die internationale Arbeiterklasse und das tschechoslowakische Volk verraten und zur Unterwerfung aufgerufen. Sie wollten ihre Haut retten und hofften, einen Flecken Macht zu behalten. Das Volk haben sie entwaffnet.

Wenige Tage nach dem Einmarsch

unterschrieben die tschechoslowakischen Revisionisten in Moskau eine Kapitulationserklärung. Tschou En-lai hat damals festgestellt: „Das zeigt nur, daß sie beide eigentlich eines Stammes sind und es sich dabei um eine Rauferei zwischen großen und kleinen Hunden handelt." Geht es nach den Revisionisten, dann bleiben die Arbeiterklasse und die Volksmassen immer nur das Opfer von Ausbeutung, Unterdrückung und Aggression. Diese Lehre hat der 21. August 1968 vollauf bestätigt.

Schamlos hat der westdeutsche Imperialismus am 21. August seine Interventions- und Aggressionsgelüste gezeigt. Er hat mobilgemacht. In der Presse haben die Imperialisten ihre Beutegier als Freiheitsliebe verkaufen wollen: Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk haben sie gerufen. Aber bis heute haben sie das Münchner Abkommen nicht für von Anfang an null und nichtig erklärt. Noch etwas konnte man am 21. August 1968 sehen: Die Volksmassen sind gegen jede Intervention und wissen, daß gegenseitige Unterstützung der Völker Kampf gegen die imperialistischen Abenteuer der eigenen Bourgeoisie voraussetzt.

Der US-Imperialismus befindet sich seit seiner Niederlage gegen das koreanische Volk auf dem absteigenden Ast. Der sowjetische Sozialimperialismus will es dem US-Imperialismus nachtun. Er wird sich erst recht nicht zum Weltherrn aufwerfen können. Zweifellos wächst die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges. Aber auch die Wachsamkeit der Völker wächst. Die Völker werden den US-Imperialismus und den Sozialimperialismus bestimmt niederschlagen. Sie werden den Imperialismus jeder Spielart weiter bekämpfen und von Grund auf beseitigen. Der Vorsitzende Mao Tsetung stellte seinerzeit fest: „Die Völker

zeigt. Er hat mobilgemacht. In der Presse haben die Imperialisten ihre Beutegier als Freiheitsliebe verkaufen wollen: Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk haben sie gerufen. Aber bis heute haben sie das Münchner Abkommen nicht für von Anfang an null und nichtig erklärt. Noch etwas konnte man am 21. August 1968 sehen: Die Volksmassen sind gegen jede Intervention und wissen, daß gegenseitige Unterstützung der Völker Kampf gegen die imperialistischen Abenteuer der eigenen Bourgeoisie voraussetzt.

Der US-Imperialismus befindet sich seit seiner Niederlage gegen das koreanische Volk auf dem absteigenden Ast. Der sowjetische Sozialimperialismus will es dem US-Imperialismus nachtun. Er wird sich erst recht nicht zum Weltherrn aufwerfen können. Zweifellos wächst die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges. Aber auch die Wachsamkeit der Völker wächst. Die Völker werden den US-Imperialismus und den Sozialimperialismus bestimmt niederschlagen. Sie werden den Imperialismus jeder Spielart weiter bekämpfen und von Grund auf beseitigen. Der Vorsitzende Mao Tsetung stellte seinerzeit fest: „Die Völker

aller Länder, die Volksmassen, die mehr als 90% der Gesamtbevölkerung ausmachen, wollen unbedingt die Revolution und werden schließlich den Marxismus-Leninismus unterstützen. Sie werden den Revisionismus nicht unterstützen."

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Vorsitzender Hua Guo-feng besuchte vom 16. bis 21. August Rumänien. Er wurde u.a. begleitet vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Tschi Eng-kuei, Außenminister Huang Hua und dem Parteisekretär der Provinz Szetschuan, Tschao Tsu-wang. Die chinesische Delegation wurde vom rumänischen Volk begeistert begrüßt. Über 100000 Menschen hatten sich am Flughafen eingefunden. Die rumänische Presse würdigte den Besuch als „lebendigen Ausdruck der steten Entwicklung der Beziehungen enger Freundschaft, vielseitiger Zusammenarbeit und militanter Solidarität". Vorsitzender Hua sagte, durch die beharrliche Weigerung, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, leiste Rumänien „einen positiven Beitrag für die gerechte Sache der Völker der Welt".

Vogel: Lebenslänglich statt Sicherungsverwahrung

z.vom. Gegen den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des Inneren Friedens" (Bundestags-Drucksache 8/1845), der u.a. die Sicherungsverwahrung für „terroristische Ersttäter" vorsieht, hat Bundesjustizminister Vogel letzte Woche in einem Interview des WDR Stellung bezogen. Propagiert werden die Vorstellungen der CDU derzeit vor allem vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und seinem neuen Justizminister Schwind, dem „liberalen" Strafrechtsprofessor aus Göttingen. Das Land Niedersachsen stellt den Bau der ersten Sicherungsverwahranstalt allerdings bis zum Abschluß des Umbaus am alten Celler Knast zu einer Festung zurück. Vogel meint, in der Mehrheit der Fälle seien die Voraussetzungen für eine Sicherungsverwahrung ohnehin nicht gegeben und verweist darauf, daß den meisten Inhaftierten, die wegen Verstoßes gegen § 129 oder § 129a einsitzen, sowieso Mord vorgeworfen werde, sie also eine lebenslängliche Freiheitsstrafe zu erwarten hätten. Niemand wolle das Institut der Sicherungsverwahrung in Frage stellen, so Vogel in der Bundestagsdebatte am 16.2.1978, aber alle Vorschläge der Opposition, z.B. für bestimmte Straftatbestände das Höchstmaß derzeitiger Freiheitsstrafe von 15 auf 20 Jahre zu erhöhen, erwiesen sich bei näherer Prüfung als undiskutabel. Vogel wörtlich: „Glauben Sie wirklich, daß das zu allem entschlossene Terroristen abschreckt? Nach allem, was wir wissen, schreckt diese Terroristen nur eines ab, nämlich die Gewißheit, daß sie ergriffen, daß sie zu lebenslanger Strafe verurteilt und daß sie unter keiner Drohung oder Erpressung aus der Haft entlassen werden." Ausbau der Zwangsanstalten durch optische und akustische Isolation der Gefangenen von der Außenwelt, vollständige Unterbindung des Verkehrs der Gefangenen untereinander und mit dem Klassenkampf außerhalb der Gefängnisse wie durch das Kontaktsperregesetz, das sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung durchführt. Dies reiche, meint sie, um die Gefangenen kleinzukriegen und sich zu unterwerfen. Mag sein, daß dies bei dem einen oder anderen wie bei Horst Mahler hinhaut; trügerische Hoffnungen aber, die revolutionäre Arbeiterbewegung damit insgesamt von ihrem Ziel abhalten zu können.

6 Monate „Elternurlaub" – die Sache täuscht!

z.gah. Bundesfamilienministerin Antje Huber hat das „Konjunkturpaket" um eine „soziale Komponente" bereichert. Als Köder ausgelegt sind „Elternurlaub auch für Väter" und die „beschlossene Ausweitung des Mütterurlaubs auf 6 Monate als Einstieg in einen regelrechten Elternurlaub" (Süddeutsche Zeitung vom 14./15.8.). Stoltenberg hat die „Initiative" inzwischen im Namen der CDU be-

schlossene Terroristen abschreckt? Nach allem, was wir wissen, schreckt diese Terroristen nur eines ab, nämlich die Gewißheit, daß sie ergriffen, daß sie zu lebenslanger Strafe verurteilt und daß sie unter keiner Drohung oder Erpressung aus der Haft entlassen werden." Ausbau der Zwangsanstalten durch optische und akustische Isolation der Gefangenen von der Außenwelt, vollständige Unterbindung des Verkehrs der Gefangenen untereinander und mit dem Klassenkampf außerhalb der Gefängnisse wie durch das Kontaktsperregesetz, das sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung durchführt. Dies reiche, meint sie, um die Gefangenen kleinzukriegen und sich zu unterwerfen. Mag sein, daß dies bei dem einen oder anderen wie bei Horst Mahler hinhaut; trügerische Hoffnungen aber, die revolutionäre Arbeiterbewegung damit insgesamt von ihrem Ziel abhalten zu können.

6 Monate „Elternurlaub" – die Sache täuscht!

z.gah. Bundesfamilienministerin Antje Huber hat das „Konjunkturpaket" um eine „soziale Komponente" bereichert. Als Köder ausgelegt sind „Elternurlaub auch für Väter" und die „beschlossene Ausweitung des Mütterurlaubs auf 6 Monate als Einstieg in einen regelrechten Elternurlaub" (Süddeutsche Zeitung vom 14./15.8.). Stoltenberg hat die „Initiative" inzwischen im Namen der CDU be-
grüßt. Ein verlogenes Täuschungsmanöver ist da im Gang. Der für die Bearbeitung der Reform zuständige Referent des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (das auch damit befaßt ist), ein Herr Neumann am Telefon: „Ja, da sind leider einige Falschmeldungen an die Presse gedrungen (von wem, wollte er nicht sagen). Es ist nicht daran gedacht, einen Vaterschaftsurlaub einzuführen ... Ja, ein Kabinettsbeschluß liegt vor ... Es sind dort einige Grundsätze beschlossen ..., aber es gibt da zahlreiche recht schwierige Fragen, auch in finanzieller Hinsicht ..., möglicherweise kann das Gesetz noch einen ganz anderen Charakter erhalten." Bis Juli '79 soll es dann soweit sein, daß die Reform ihren Charakter vom Bonbon für die Steuerreform zur offen reaktionären Gesetzesvorlage entblößt. Die Richtung deutet sich schon an: Bislang haben die Kapitalisten die Differenz zwischen den 25 DM, die die Arbeiterinnen im Mutterschutz aus den in die Krankenversicherung eingezahlten Beitragsgeldern pro Tag bekommen und dem früheren Durchschnittsnettolohn zu zahlen. Dieser im Gesetz frech „Zuschuß" titulierte mickrige Lohnteil ist den Kapitalisten noch zu viel, weshalb sie ihn jetzt schon erst ganz am Ende des Mutterschutzes auszahlen, was ihnen nach dem Gesetz auch offensteht. Die geplante Reform ist ein Wegbereiter zur völligen Streichung: Sie sieht vor, daß das Mutterschaftsgeld nach 8 Wochen maximal 750 DM betragen darf und völlig aus Versicherungsgeldern gezahlt wird. Was liegt *für die Kapitalisten* näher, als den Charakter des Gesetzes so zu ändern, daß sie zukünftig keinen Pfennig mehr zahlen und die Arbeiter die notwendigen Existenzmittel im Mutterschutz ganz aus ihren eingezahlten Lohngeldern bestreiten sollen?

Ständig neue Anläufe, die Ladenschlußzeiten aufzuheben

„In den USA ist die Ladenzeit nicht gesetzlich geregelt. Sie besteht rund um die Uhr."

r.hoj. Schon lange ist der Bourgeoisie die bestehende Schranke gegen die maßlose Verlängerung des Arbeitstages der Beschäftigten im Handel ein Dorn im Auge. Der Versuch des ehemaligen Bundesministers und heutigen Vorstandssprechers der Dresdner Bank Friedrichs, die Ladenschlußzeiten in Westberlin an zwei Tagen in der Woche auf 21 Uhr auszudehnen, ist mit einer Gegenkampagne der Gewerkschaften zurückgeschlagen worden.

Nach dem gescheiterten Frontalangriff suchte die Bourgeoisie nach neuen Wegen, die ohnehin schon viehische Arbeitszeit im Handel weiter auszudehnen. In Westberlin wurden von vier großen Banken an Sonnabenden, unter Ausnutzung der „Touristenausnahmeregelung", Bankschalter in Kaufhäusern eingerichtet. Damit wurde der 8-Stunden-Arbeitstag an fünf Tagen in der Woche für die Angestellten gesprengt. Die Kaufhauskonzerne zogen nach: In Bahnhöfen und auf Flughäfen wurden Verkaufsstellen und Häuser eröffnet mit Öffnungszeiten bis 22 Uhr.

Robert Held würdigte in einem Kommentar in der FAZ vom 10.8.78 solche Versuche, die Verlängerung des Arbeitstages doch noch durchzusetzen: In Haiti erblickt er „einen Markt in der lauen Nacht, nur durch wenige Kerzen erhellt, primitiv ärmlich, aber voll des Lebens." Getrübt wird sein lyrischer Blick durch die „Paragraphen-Keule" der Gewerkschaften in Afrika, „die den naturgemäßen Brauch in äquatorialen Weltgegenden abwürgen." Doch mit scharfem Blick freut er sich über die Zustände in den USA und Frankreich, und man erkennt unschwer, welche Vorstellungen er hier für die Kapitalisten formuliert: „Die Einwanderungsfamilie, die in einer amerikanischen Großstadt schon früh um sieben frische Croissants verkauft und am Abend um elf immer noch die letzten Delikatessen; die Geschäfte, die in der französischen Kleinstadt am Sonntagmorgen noch offen halten: sie verstoßen sowohl gegen gewerkschaftliche wie gegen mittelalterliche zünftige Vorstellungen von der rechten Ordnung. Aber sie tragen mehr dazu bei, eine Stadt lebendig zu erhalten, als irgendwelches Geschwätz von Kulturreferenten. In den USA ist die Ladenzeit nicht gesetzlich geregelt. Sie besteht rund um die Uhr."

Laut Gesetzestext soll das Ladenschlußgesetz von 1956 gerechtere Wettbewerbsverhältnisse im Einzelhandel schaffen und den Arbeitnehmer durch eine Eingrenzung der Verkaufszeiten schützen. Gibt es diesen Schutz? Die tarifliche Arbeitszeit von 42,5 Stunden ist längst durch die zulässigen Öffnungszeiten an langen Samstagen ausgehöhlt. 64,5 bzw. 68,5 Stunden beträgt die Arbeitszeit in der Woche, in die der lange Samstag fällt. Somit wird die tarifliche Arbeitszeit um rund 50% überschritten. Die Beschäftigung von Angestellten nach 18.30 Uhr wird durch das Ladenschlußgesetz nicht verboten. In den Tarifverträgen ist die Nachtarbeit geregelt. Über die allgemeine Durchsetzung der Nachtarbeit im Handel bemerkt die „Forschungsstelle für den Handel" zynisch: „Im übrigen scheint man sich weithin der Tatsache nicht bewußt zu sein, daß in der Bundesrepublik nicht weniger als 2,5 Millionen Menschen regelmäßig sogar nachts arbeiten."

Das Ladenschlußgesetz hat die Ruinierung der kleinen Einzelhändler nicht verhindert. Täglich waren es in Westberlin zwei, die aufgeben mußten. Weitere Konzentration und Zentralisation im Handel, Vergrößerung der Arbeiterheere um etliche Hunderttausende, die die Kapitalisten in die Nachtarbeit pressen wollen, darauf läuft der Angriff der Bourgeoisie hinaus.

Die Warenhauskapitalisten gehen gezielt dazu über, immer mehr Teilzeitbeschäftigte einzustellen. Im wesentlichen sollen sie den Abendverkauf machen. In einer Studie über die „Variable Arbeitszeit im Einzelhandel" heißt es: „Eine teilweise Verschiebung der Ladenöffnungszeiten in die Abendstunden hinein würde zwar in stärkerem Maße als bisher die Einstellung von Teilzeitkräften erforderlich machen (...) Nach den bisherigen Erfahrungen stehen jedoch gerade für die Abendstunden Teilzeitkräfte zur Verfügung, da sie sich in der Regel aus ehemals berufstätigen Hausfrauen rekrutieren." Damit, so hoffen die Kapitalisten, soll es gelingen, jegliche Schranke gegen die Verlängerung des Arbeitstages einzureißen. Durch Umfragen bei „Verbrauchern" wurde ermittelt, daß diese mit großer Mehrheit gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes sind. Der „Druck der Verbraucher" stellt sich denn im nachhinein sehr schnell als das Bewußtsein vieler Millionen Lohnabhängiger dar, nicht zuzulassen, daß ein Teil der Lohnabhängigen in noch elendere Arbeitsbedingungen gepreßt werden soll. Bei den Streiks in den Westberliner Kaufhäusern hat man es sehen können – der „Kunde" wußte, um was es ging und unterstützte die Streikenden.

Die Beschäftigten im Handel haben ihre Forderung nach 120 DM mehr pro Monat noch nicht durchgesetzt. Bis zum Weihnachtsgeschäft denken die Warenhauskapitalisten ein gutes Stück in der weiteren Aushöhlung des Achtstundentages voranzukommen. Das Ladenschlußgesetz gibt den Kapitalisten schon die Möglichkeit, die Arbeitszeit unerträglich auszudehnen. Diese Möglichkeiten müssen beschnitten und die Forderungen nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit erhoben werden.

35-Stundenwoche für Brauereiarbeiter über 55?

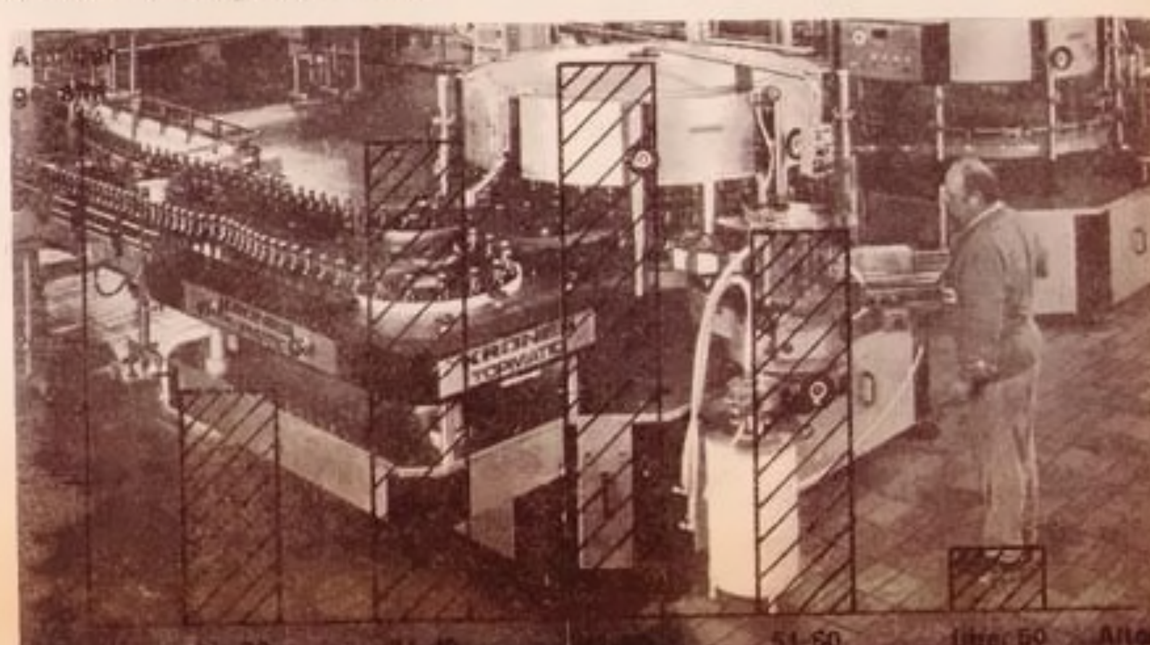
Ob man ihnen den Freizeitstreß ersparen will?

r.pel. Die Manteltarifverhandlungen für das Brauereigewerbe Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens sind gescheitert. In Nordrhein-Westfalen ist die Urabstimmung beschlossen. Die Kapitalisten setzen auf die Schlichtung, sie sehen noch „Kompromißmöglichkeiten". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.8.) Gleichzeitig begleiten sie die Tarifauseinandersetzung mit Hiobsbotschaften ihrer Pressemeute. Am letzten Freitag konnte man im „Weserkurier" erfahren, daß es schlecht steht um Deutschland: „Die deutschen Brauereien haben ihre früher unangefochtene Spitzenposition im US-amerikanischen Biermarkt (...) abgeben müssen. Sie wurden inzwischen von der niederländischen und kanadischen Konkurrenz *mehrfach* überrundet." Und die „Brauwelt", Organ der Kapitalisten, vermeldet für das erste Quartal 1978 einen Rückgang des Gesamtexports um 355%. „Dabei schlägt v.a. die Unterbindung der Biereinfuhr nach Nigeria zu Buch, das 1977 mit 745000 hl bedeutendstes Bezugsland für deutsches Bier war." (Brauwelt Nr. 23).

Die Maßnahmen der Staaten der Dritten Welt zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft schmecken den Brauereikapitalisten ganz und gar nicht und ausgesprochen verwundert wird registriert, daß Mexiko seinen

ausdrücklich bestätigt", weiß der Geschäftsbericht der Gilde-Brauerei zu vermelden, und daß es sich wieder auf wenige reduziert, dahin will das Finanzkapital kommen. Der Generalbevollmächtigte des Oetker-Konzerns, Sandler, fragt in der „Brauwelt" vom 13.4. blauäugig: „Wer sagt, daß 60 oder 70 Biermarken nicht ausreichen?" Es ist klar, einige werden über die Klinge springen, vor allem aber ist dies die Drohung an die Brauereiarbeiter, das letzte aus ihnen herauszuholen.

26,8% des gesamten Bierausstoßes von 94 Mio. Hektolitern kommt aus vier Brauereigruppen (Oetker, Reemtsma, DUB/Schultheiß und fünf bayrische Brauereien); die Erhöhung dieses Anteils wird gegenwärtig mit allen Mitteln betrieben. Die Patrizier-Bräu hat innerhalb von 17 Monaten die Belegschaft um 19% von 1395 auf 1130 Arbeiter und Angestellte reduziert, DUB/Schultheiß Dortmund will bis 1983 1469 Arbeiter wegrationalisieren. Dreischichtbetrieb ist in den größten Brauereien die Regel. Häufig müssen Arbeiter von Früh- auf Nachtschicht wechseln, d.h.: Arbeitsbeginn um 6.30 Uhr bis 12.00 Uhr, dann Pause und Wiederbeginn um 23.00 Uhr. In der Holsten-Brauerei müssen die Arbeiter, die die Füllmaschinen fahren, wegen Einrichten und



„Reine Kontrollfunktion an modernen Hochleistungsetikettiermaschinen", so preisen die Brauereien ihre Ausbeutungsarbeitsplätze an. Diese zwei Maschinen sollen nach Angaben des Herstellers leicht von einer Person bedient werden können. Für den Arbeiter bedeutet das schärfste Arbeitshetze und beim kleinsten Fehler kommt der Arbeiter aus dem Laufen nicht mehr heraus. Dagegen fordert die NGG die 35-Stundenwoche für über 55-jährige. Wie die Grafik zeigt, sind z.B. bei der Bavaria Brauerei über 50% der Beschäftigten über 50 Jahre. Bei anderen Brauereien ist es ähnlich. Deshalb sind die Kapitalisten *zunächst* einmal gegen die Forderung. Sie werden mitteilen, später könne man ja drüber reden. Später, nämlich dann, wenn sie die Arbeitshetze so gesteigert haben, daß nur noch die jungen Arbeiter das durchhalten und die älteren rausrationalisiert sind.

Höllenlärm, der mit Ohrschutzwatte nur auf den Pegel eines fahrenden D-Zuges zu reduzieren ist. Mit dieser Arbeitshetze ist es den Holsten-Kapitalisten gelungen, den Umsatz pro Kopf von 1976 auf 1977 um 25% auf 1500 hl zu steigern.

die älteren Arbeiter entlassen und die jüngeren in der Folge so auspressen, daß sie die 55 Jahre kaum noch erreichen. Der um die Zulagen reduzierte Lohn wird den Zwang zu längerer Arbeitszeit erhöhen.

Die Brauereiarbeiter können den

35-Stundenwoche für Brauereiarbeiter über 55?

Ob man ihnen den Freizeitstreß ersparen will?

r.pel. Die Manteltarifverhandlungen für das Brauereigewerbe Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens sind gescheitert. In Nordrhein-Westfalen ist die Urabstimmung beschlossen. Die Kapitalisten setzen auf die Schlichtung, sie sehen noch „Kompromißmöglichkeiten". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.8.) Gleichzeitig begleiten sie die Tarifauseinandersetzung mit Hiobsbotschaften ihrer Pressemeute. Am letzten Freitag konnte man im „Weserkurier" erfahren, daß es schlecht steht um Deutschland: „Die deutschen Brauereien haben ihre früher unangefochtene Spitzenposition im US-amerikanischen Biermarkt (...) abgeben müssen. Sie wurden inzwischen von der niederländischen und kanadischen Konkurrenz mehrfach überrundet." Und die „Brauwelt", Organ der Kapitalisten, vermeldet für das erste Quartal 1978 einen Rückgang des Gesamtexports um 355%. „Dabei schlägt v.a. die Unterbindung der Biereinfuhr nach Nigeria zu Buch, das 1977 mit 745000 hl bedeutendstes Bezugsland für deutsches Bier war." (Brauwelt Nr. 23).

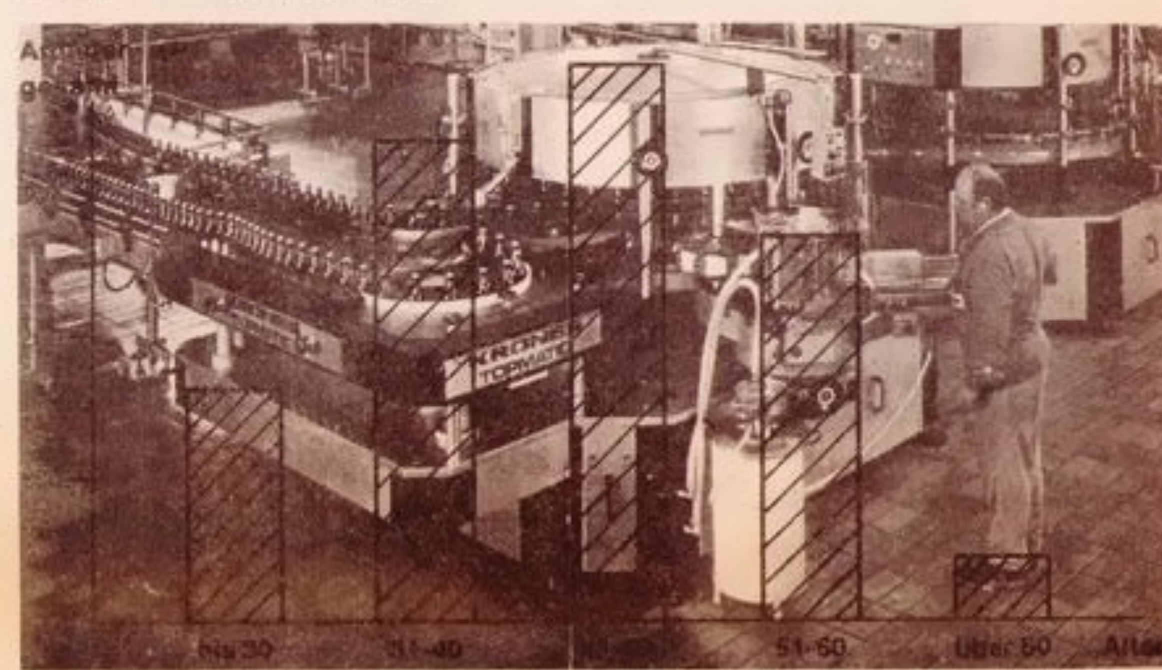
Die Maßnahmen der Staaten der Dritten Welt zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft schmecken den Brauereikapitalisten ganz und gar nicht und ausgesprochen verwundert wird registriert, daß Mexiko seinen
Bierexport in die USA um das sechsfache hat steigern können. Das Geschrei ist so laut, nicht weil kein Profit mehr gemacht würde – die meisten Brauereien zahlten 1977 Dividenden zwischen 16% und 20% – ‚sondern weil wichtige Märkte und Kapitalanlagesphären verlorenzugehen drohen und damit der Vorsprung in der Konkurrenz ums Monopol.

Der Gegenschlag wird gegenwärtig vorbereitet, und er zielt auf Konzentration und Erhöhung der Produktivität. Im 14. Jahrhundert wurde „nur wenigen (...) Bürgern das Recht mit Bier zu handeln, vom Landesherrn

ausdrücklich bestätigt", weiß der Geschäftsbericht der Gilde-Brauerei zu vermelden, und daß es sich wieder auf wenige reduziert, dahin will das Finanzkapital kommen. Der Generalbevollmächtigte des Oetker-Konzerns, Sandler, fragt in der „Brauwelt" vom 13.4. blauäugig: „Wer sagt, daß 60 oder 70 Biermarken nicht ausreichen?" Es ist klar, einige werden über die Klinge springen, vor allem aber ist dies die Drohung an die Brauereiarbeiter, das letzte aus ihnen herauszuholen.

26,8% des gesamten Bierausstoßes von 94 Mio. Hektolitern kommt aus vier Brauereigruppen (Oetker, Reemtsma, DUB/Schultheiß und fünf bayrische Brauereien); die Erhöhung dieses Anteils wird gegenwärtig mit allen Mitteln betrieben. Die Patrizier-Bräu hat innerhalb von 17 Monaten die Belegschaft um 19% von 1395 auf 1130 Arbeiter und Angestellte reduziert, DUB/Schultheiß Dortmund will bis 1983 1469 Arbeiter wegrationalisieren. Dreischichtbetrieb ist in den größten Brauereien die Regel. Häufig müssen Arbeiter von Früh- auf Nachtschicht wechseln, d.h.: Arbeitsbeginn um 6.30 Uhr bis 12.00 Uhr, dann Pause und Wiederbeginn um 23.00 Uhr. In der Holsten-Brauerei müssen die Arbeiter, die die Füllmaschinen fahren, wegen Einrichten und
Reinigen zwei Stunden früher als die anderen anfangen, was bei Nachtschicht mit zwei Überstunden heißt: Arbeitszeit von 18.00 Uhr bis 6.30 Uhr mit einer offiziellen Pause von einer halben Stunde. Überstunden von 40 bis 70 Stunden im Monat sind dort keine Seltenheit.

Die Maschinen werden rücksichtslos auf Umsatz gefahren. Folge: eine ist meistens defekt, und wird dann weitergefahren, kommt z.B. der Kontrolleur beim Aussortieren falscher Flaschen/Kästen oft nicht mehr nach. Dabei herrscht durch das Aneinanderstoßen der Flaschen auf dem Band ein


„Reine Kontrollfunktion an modernen Hochleistungsetikettiermaschinen", so preisen die Brauereien ihre Ausbeutungsarbeitsplätze an. Diese zwei Maschinen sollen nach Angaben des Herstellers leicht von einer Person bedient werden können. Für den Arbeiter bedeutet das schärfste Arbeitshetze und beim kleinsten Fehler kommt der Arbeiter aus dem Laufen nicht mehr heraus. Dagegen fordert die NGG die 35-Stundenwoche für über 55-jährige. Wie die Grafik zeigt, sind z.B. bei der Bavaria Brauerei über 50% der Beschäftigten über 50 Jahre. Bei anderen Brauereien ist es ähnlich. Deshalb sind die Kapitalisten zunächst einmal gegen die Forderung. Sie werden mitteilen, später könne man ja drüber reden. Später, nämlich dann, wenn sie die Arbeitshetze so gesteigert haben, daß nur noch die jungen Arbeiter das durchhalten und die älteren rausrationalisiert sind.

Höllenlärm, der mit Ohrschutzwatte nur auf den Pegel eines fahrenden D-Zuges zu reduzieren ist. Mit dieser Arbeitshetze ist es den Holsten-Kapitalisten gelungen, den Umsatz pro Kopf von 1976 auf 1977 um 25% auf 1500 hl zu steigern.

Dies ist die Grundlage für eine große Bewegung nach Verkürzung der Arbeitszeit. Die Sozialdemokraten in der NGG haben sie aufgreifen müssen, um sie sogleich zu verbiegen. Sie fordern die 35-Stundenwoche für Arbeiter über 55 Jahre und statt Schichtzuschlägen Sonderurlaub. Dies spaltet die meisten Belegschaften mittendurch (siehe Schaubild), verhindert den gemeinsamen Kampf und ist letztlich direkte Aufforderung an die Kapitalisten, die Rationalisierungsmaßnahmen voll durchzuziehen. Sie werden

die älteren Arbeiter entlassen und die jüngeren in der Folge so auspressen, daß sie die 55 Jahre kaum noch erreichen. Der um die Zulagen reduzierte Lohn wird den Zwang zu längerer Arbeitszeit erhöhen.

Die Brauereiarbeiter können den
Kampf erfolgreich nur unter der Forderung nach 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich *für alle*, und Verbot der Nacht- und Schichtarbeit führen. Daß sie den Lohnkampf darüber nicht vergessen, haben die Arbeiter von Haake-Beck bewiesen, die nach dem letzten Lohnabschluß von 6,5% eine „freiwillige" Prämie von 50 DM vom Kapitalisten erzwangen. Für die Forderung, Erschwerniszulagen durch Freizeit zu ersetzen, rechnet die Gewerkschaftsführung mit einer „Überzeugungsphase" bei ihren Mitgliedern. Die könnte sich hinziehen.

ABM-Beschäftigte ohne „Anspruch" auf Rechte

z.vom. „Die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes von Bund, Ländern und Gemeinden nehmen Arbeitnehmer, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt werden, in Hinblick auf die Besonderheit dieser – maßnahmebedingt befristeten – Beschäftigung von ihrem Geltungsbereich aus." (Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 8/2010) Aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung finanziert, erhalten die ABM-Beschäftigten weniger als den tariflichen Lohn, weniger Urlaub als die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, während sie durch die „Verpflichtungserklärung" den Knebelungen des öffentlichen Dienstrechts unterworfen werden. Als Stoßtruppe für die Durchsetzung von Lohnsenkungen und der Verwandlung des öffentlichen Dienstes in ein Zwangsarbeitslager sollen weitere 33000 ABM-Stellen dieses Jahr im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Um sie „kümmert" sich entsprechend der Bedeutung der Bundesminister des *Inneren.*

„Wohnungseigentum 100%ig fremdfinanziert"

z.diz. 1975 hat die Sparprämie für Bausparer noch 1,5 Milliarden DM betragen, dieses Jahr sollen es 500 Millionen DM weniger sein. Die Bundesmittel für den Städtebau, die dieses Jahr noch 190 Mio. DM betragen, sollen im nächsten Jahr auf 170 Mio. DM gekürzt werden. Auch am Wohngeld wollen sie sparen: der Abgeordnete Zywietz (FDP) hat schon angefragt, ob die Bauern und Förster nicht zuviel davon bekommen. Und von unten drücken steigende Mieten – das ist das „Eigentumsprogramm" der Bundesregierung für den Wohnungsbau. „Gelegen" kommt ihr da, „daß die Kreditwirtschaft .. eine möglichst breite Palette von Finanzierungsmodellen bietet". Vor allem hinter den „jungen" Familien sind sie her. Mit dem Geschwätz vom „Eigentum ohne eigenes Geld" in die Kreditfessel geschlagen, sollen sie ihr Leben lang an die Banken gekettet werden. Das einzige Eigentum, das hier vermehrt wird, ist das der Bau- und Finanzkapitalisten. Und was soll der Arbeiter mit einer Eigentumswohnung in München, wenn er durch Arbeitslosigkeit gezwungen wird, dem Kapital zu folgen und seine Arbeitskraft in Hamburg feilzubieten?

Möllemann propagiert Einführung der Wehrsteuer

z.wig. „Nach der Sommerpause" will die FDP im Bundestag eine „Ausgleichsabgabe für alle fordern, die weder Wehr- noch Ersatzdienst leisten". Laut FDP Möllemann, von der „Bildzeitung" in einem Interview als Wehrexperte vorgestellt, sollen sie zwischen dem dreißigsten und vierzigsten Lebensjahr „etwa ein Prozent Steuern mehr zahlen". Möllemann will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens: Die Steuern kassieren, was bei 510000 Wehrpflichtigen im Jahre 1985, von denen nur ca. die Hälfte in die Dienstpflicht gepreßt werden sollen, einen Facharbeiterlohn zur Berechnungsgrundlage genommen, 5,4 Mio. DM im Monat sind. Zweitens: Den Kampf der Soldaten für Lohnfortzahlung spalten und den Haß der Soldaten auf die Arbeiter lenken, die der Staatsapparat nicht in die imperialistische Dienstpflicht gepreßt hat. „Von diesem Geld sollen die Soldaten ein zusätzliches Übergangsgeld bekommen – etwa 2000 bis 3000 Mark." Übergangsgeld – also weitere Schmiergelder für die Zeitsoldatenrekrutierung.

Wilde Reiselust?

z.bil. „Obwohl der Mensch einen Freizeitnachwuchs von etwa 1700 Stunden gewonnen habe, wisse er nur wenig damit anzufangen – der kostbare Rohstoff Urlaub könne kaum mehr sinngemäß verwertet werden", das sagt ein Professor Heinz Prokop, der im übrigen davon ausgeht, daß Ur-

Fusionsvorbereitungen in westdeutscher Luft- und Raumfahrtindustrie sind weit gediehen

Zur Beschleunigung übernimmt der Bremer Senat Anteile

r.ana. Um die Gründung eines einheitlichen westdeutschen Luftfahrtkonzerns jetzt rasch über die Bühne zu bekommen, hat sich der Bremer Senat über die Hanseatische Beteiligungsgesellschaft, die 26% des deutschen VFW-Fokker-Anteils hält, an VFW beteiligt.

Der Aufbau der westdeutschen Luftfahrtindustrie wurde von langer Hand vorbereitet. Schon 1966 erklärte der damalige Verteidigungsminister Strauß: „Ich bin der Meinung: Lizenzbau – ja; auf gewissen Gebieten bedarf es aber einer eigenen nationalen Entwicklung, weil man sich international nur eine Eintrittskarte verschaffen kann, mit der man wirklich gleichberechtigt drinsitzt und alles mitkriegt." (Strauß, Bundestagsprotokoll vom 24.3.1966, S.1572) Schon drei Jahre später kann die Bundesregierung den Vollzug melden: „Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Forderungen des Parlaments ist es 1968/69 zu mehreren Zusammenschlüssen deutscher Firmen in der Luft- und Raumfahrtindustrie gekommen ... Gegenüber 5 Flugzeugfirmen mit einer durchschnittlichen Belegschaftszahl von 6000 im April 68 bestehen seit Ende 69 nur noch zwei Unternehmen mit knapp 20000 Beschäftigten und eine Firma mit ca. 6000 Beschäftigten ... Die deutschen Unternehmen haben jetzt eine günstigere Ausgangsposition, um als gleichberechtigte Partner mit Unternehmen des Auslands zusammenzuarbeiten und im internationalen Wettbewerb zu bestehen." (Bundesdrucksache 6/1044 vom 16.7.70) VFW-Fokker und Messerschmidt, Bölkow, Blohm (MBB) waren jedoch noch immer nur halb so groß bezüglich Umsatz und Beschäftigtenzahl wie z.B. der französische Staatskonzern Aerospatiale.

Im 2. Basisprogramm für die westdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1974 bis 1978 wurde die weitere Konzentration vorbereitet: „Die Struktur der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie ist mit den gegenwärtigen meist zu kleinen Unternehmensdimensionen, den insgesamt zu großen personellen Kapazitäten und starker Streuung der Betriebe den Aufgaben noch nicht optimal angepaßt. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß der Prozeß der internen Konsolidierung und Rationalisierung nach den Konzentrationen Ende der 60ger Jahre noch nicht abgeschlossen ist." (Bundesdrucksache 7/2986 vom 13.12.74) Zu diesem Zweck werden jährlich 3 Mrd. DM in die Luft- und Raumfahrtindustrie gepumpt. Beispielsweise wurden 90% der Entwicklungskosten vom Airbus durch den Staat getragen. Jährlich wurden seit 1971 um 3 Mrd. DM in militärische Luftfahrttechnik und Entwicklungsvorhaben gesteckt. (Alle Angaben nach Bundesdrucksache 7/2986)

Man sieht, es geht der westdeutschen Kapitalistenklasse nicht allein darum, die Luft- und Raumfahrtindustrie für den imperialistischen Konkurrenzkampf fit zu machen, sondern die Sanierung der Luftfahrtindustrie und die Gründung eines einheitlichen Luftfahrtkonzerns sind Teile der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus.

„Europa als wirtschaftlicher und politischer Faktor braucht", schreibt die Bundesregierung, „eine eigenständige, leistungsfähige Luft- und Raumfahrtindustrie, insbesondere aus verteidigungspolitischen, technologisch volkswirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Gründen." Schon ganz sich als Herren über Europa fühlend werden die Ziele abgesteckt. Außenwirtschaftlich: Für den imperialistischen Handelskrieg braucht die Bourgeoisie eine eigene Luftflotte, immer größer und schneller müssen die Flugzeuge sein, um die Zirkulationszeit des Kapitals zu verkürzen. „Umlaufzeit und Produktionszeit", schreibt Marx im Kapital, Bd. 2, „schließen sich wechselseitig aus. Während seiner Umlaufzeit fungiert das Kapital nicht als produktives Kapital und produziert daher weder Ware noch Mehrwert." Wie sehr gerade die westdeutsche Bourgeoisie sich das zu Herzen nimmt, ist aus der Tabelle zu ersehen. Gegenüber den USA zeigt sich das Verhältnis zwischen Supermacht und imperialistischen Ländern der zweiten Welt.

Flugkilometer (in Mio.)

	1950	1960	1965	1975
USA	759,0	1606,4	2178,0	360,05
Frankr.	48,0	124,4	122,2	252,0
GB	77,6	208,7	236,7	316,0
BRD	9,6	101,8	191,5	450,0

Technologisch-volkswirtschaftlich: Das zusammengeballte know-how bei den Flugzeugfirmen ist ein Garant für die verschärfte Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse. So werden Industrieroboter bei VFW entwickelt. Solche Projekte dienen auch dazu, die Zirkulationszeiten des Kapitals zu verkürzen, so die Entwicklung der Magnetschwebebahn bei MBB. Verteidigungspolitisch: Bis weit in den Warschauer Pakt hinein können mittels MRCA in Baumwipfelhöhe westdeutsche Interessen vertreten werden.

Nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze geht es, wie der Bremer Senat weiszumachen versucht, sondern um hundsgewöhnliche Expansion.

General Motors schließt Werk in Argentinien

z.and.Rom. Der amerikanische Automobilkonzern General Motors schließt seine Zweigwerke in Argentinien. Das bedeutet die direkte Entlassung von 4000 Arbeitern und Angestellten und mindestens weiteren 20000 aus den Zuliefer- und Ersatzteilbetrieben und den Vertretungen. Gleichzeitig haben Chrysler, Ford, Renault und Citroen die Drosselung der Produktion und drastische Senkung der Beschäftigtenzahl angekündigt. In der Transportmittel- und Landmaschinenindustrie haben bei Betrieben wie John Deere, Massey Ferguson und Deutz schon Massenentlassungen stattgefunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die argentinische Regierung Maßnahmen zum Schutz der nationalen Wirtschaft vor der Überschwemmung des Marktes mit Waren aus den imperialistischen Ländern ergriffen. Die Imperialisten haben daraufhin verstärkt Kapital nach Argentinien exportiert, um die Arbeiterklasse dort direkt auszubeuten. Jetzt verschafft die Regierung Videla durch die Aufhebung der Schutzzölle den Imperialisten die Möglichkeit, mit in anderen Ländern billiger produzierten Waren die Ausplünderung des Landes auch über den Warenexport voranzutreiben. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter Argentiniens hat gegen die Schließung von General Motors Kampfmaßnahmen für das ganze Land beschlossen. Die Entlassungen sollen verhindert werden. Die argentinische Regierung hat Verhandlungen abgelehnt.

Französische Automobilmonopole auf Expansionskurs

Peugeot kauft Chrysler Europa / Schlacht um den Weltmarkt / Die Forderungen der Renault-Arbeiter stehen

z.gek.Brüssel. Nach mehrmonatigen Geheimverhandlungen hat die Peugeot-Citroen-Gruppe, das zweite französische Automobilmonopol neben Renault, die Übernahme aller europäischen Fabriken des Chrysler-Konzerns, des drittgrößten Automobilmonopols der USA, bekanntgegeben. Es handelt sich um Werke in Frankreich selbst (Simca), Großbritannien (Sunbeam) und in Spanien, in denen 76500 Arbeiter 1977 knapp 800000 Autos den Kapitalisten gebaut haben. Chrysler erhält für diese Fabriken einen Anteil von 16 % der Aktien der Peugeot-Gruppe und den Sitz eines stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden. Peugeot ist nach dieser Transaktion mit 2,3 Mio. Fahrzeugen Jahresproduktion (1977) zum größten europäischen Automobilmonopol geworden, vor der Volkswagen AG mit 2,2 Mio. Wagen. Die Verbindung mit Chrysler, nach den Worten des Chrysler-Generaldirektors „der Beginn enger und dauerhafter Beziehungen zwischen beiden Unternehmen", soll Peugeot überdies „die Möglichkeit eines wuchtigen Einstiegs in den amerikanischen Markt sowie in den Sektor für Nutzfahrzeuge verschaffen". So sieht die Financial Times von London aus die Lage.

Als „modernes bagno" haben die Arbeiter der Régie Renault in ihren letzten Streiks im Juni die Fabriken

ren westdeutschen. Mit diesem Zwangshebel setzen sie z.T. enorme Produktionssteigerungen durch. An den großen Pressen im Renault-Werk Flins, wo die letzte Streikbewegung für Streichung der unteren Lohngruppen und eine allgemeine Lohnerhöhung von 300 frs. ihr Zentrum hatte, hatten die geschäftsführenden Bourgeois dieses Staatsmonopols zuvor eine 25%-ige Steigerung des Ausstoßes an Karrosserieteilen für den neu auf den Markt geworfenen R 18 erzwungen.

Die französischen Automobilkonzerne haben mit solcher Schweißauspressung ihren Konkurrenten Jahr für Jahr beharrlich Marktanteile abgenommen. In den letzten Monaten speziell hat der Unternehmungsgeist der in Automobil machenden Glücksritter französischer Nation direkt Züge von „Weltpolitik" angenommen. Allein im Verlauf der letzten beiden Monate
– hat Citroen (im Juni) mit dem Bau einer Fabrik für Getriebe in Zwickau in der DDR begonnen, Teil des in Entstehung begriffenen neuen Automobilkomplexes der DDR. Der Typ der dort produzierten Getriebe – ab 1981 pro Jahr 675000 – bedeutet eine Vorentscheidung für Wagen französischer Bauart.
– hat Renault (ebenfalls im Juni) den Abschluß eines Vertrags mit Rumä-

sollen zusätzlich ausgebeutet werden.
– wird, wenige Tage vor der Übernahme der europäischen Werke, auch die Chrysler-Niederlassung in Südafrika durch Peugeot übernommen, als zweiter Angelpunkt seiner „Afrikapolitik", die sich auf ein weiteres Werk in Nigeria stützt.

Die Schlacht um den Weltautomobilmarkt wird sich jedoch auf den Märkten der größten imperialistischen Länder selbst entscheiden. Die Ausdehnung des Weltmarkts auf 41 Mio. Fahrzeuge 1977, nach dem tiefen Einbruch 1974/75, verdeckt gegenwärtig noch, welche unerhörte Schärfe der Kampf um die Neuaufteilung des Weltautomobilmarkts bereits angenommen hat. Hierauf eben zielen die Abkommen und Kapitalverflechtungen, die die beiden französischen Automobilmonopole mit den beiden kleineren US-Monopolen aufgenommen haben: Peugeot mit Chrysler, Renault schon vor Wochen durch einen Kooperationsvertrag mit American Motors, dessen Fabrik in Wisconsin auf die Produktion von R 18 umgestellt werden soll. Parallel hat Renault Verträge mit Mack, einem Hersteller schwerer LKW, vor allem für die US-Armee, und mit Bendix, einem der größten Elektro-Konzerne der USA, zur gemeinsamen Entwicklung und Produktion neuer Autoelektronik, abge-

etwa 22 % des Weltmarkts abgesäbelt haben, planen ihrerseits den Sprung aufs amerikanische und europäische Festland, mit eigenen Fabriken in Kalifornien und in Belgien. Eine unbekannte Größe sind noch die Kalküls der russischen Sozialimperialisten, die jenseits des Ural ganze Automobilstädte aus dem Boden stampfen, mit Millionenkapazitäten.

Lohnsenkung ist mehr als je wesentliches Kampfmittel der Monopole. Ohne eine einzige Forderung der Streikenden vom Juni erfüllt zu haben, hat die Renault-Direktion ab Mitte Juli die Werke nach einem abgestuften Ferienplan geschlossen, und gleichzeitig eine Reihe von Abkommen, 20 insgesamt, über die verschiedensten Einzelfragen den Gewerkschaften zur Unterzeichnung „à la carte" vorgelegt, soll heißen: zur freien Auswahl, wer was unterzeichnet oder nicht. Ein Angebot auf Lohn war weiterhin nicht dabei. Die Front für die Streichung der unteren Lohngruppen haben sie mit einem Angebot von zusätzlichen Prämien für die schlechtestbezahlten Arbeiter je nach „Zuverlässigkeit", „Fleiß", „Betriebszugehörigkeit" etc. aufzuspalten versucht. Nicht nur die halbwegs gelben Gewerkschaften FO, CFTC, CGC haben einige dieser Abkommen unterschrieben, sondern auch

VW plant LKW-Produktion in Brasilien

z.kea. Bei VW do Brasil, der Tochterfirma der Volkswagen AG in Brasilien, werden möglicherweise bald auch Klein-LKWs produziert. Der VW-Konzern will die Vorteile des „Billiglohnlandes" Brasilien jetzt auch bei der LKW-Produktion nutzen. VW do Brasil beutet gegenwärtig rund 40000 Arbeiter aus. Der Durchschnittslohn beträgt 770 DM brutto. Es ist das das Vierfache des staatlich festgesetzten Mindestlohnes, was VW den brasilianischen Arbeitern zahlen muß. Aber gegenüber Westdeutschland ist der Unterschied groß. Laut Angaben sind das für VW 15% Lohn„kosten" in Brasilien gegenüber 25% in der BRD. Da lohnen sich sogar Rückimporte nach Westdeutschland: zwei Drittel der Motoren für die westdeutsche Produktion des VW-Passat kommen aus Brasilien in die BRD. Schmückers „Vorwärtsstrategie" erweist sich als Doppelangriff auf alle VW-Arbeiter: während in den westdeutschen Werken gerade neue Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, will das VW-Imperium in den sogenannten Billiglohnländern noch größere Arbeitermassen seiner Ausbeutung unterwerfen. Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker schlagen ihrerseits diesen Angriff zurück: Erst letzte Woche hat die brasilianische Regierung Maßnahmen getroffen zur Beschränkung des ausländischen Kapitals, welches über Auslandskredite in ihr Land drängt. Das Streben Brasiliens nach nationaler Unabhängigkeit nützt auch den westdeutschen VW-Arbeitern.

Französische Automobilmonopole auf Expansionskurs

Peugeot kauft Chrysler Europa / Schlacht um den Weltmarkt / Die Forderungen der Renault-Arbeiter stehen

z.gek.Brüssel. Nach mehrmonatigen Geheimverhandlungen hat die Peugeot-Citroen-Gruppe, das zweite französische Automobilmonopol neben Renault, die Übernahme aller europäischen Fabriken des Chrysler-Konzerns, des drittgrößten Automobilmonopols der USA, bekanntgegeben. Es handelt sich um Werke in Frankreich selbst (Simca), Großbritannien (Sunbeam) und in Spanien, in denen 76500 Arbeiter 1977 knapp 800000 Autos den Kapitalisten gebaut haben. Chrysler erhält für diese Fabriken einen Anteil von 16 % der Aktien der Peugeot-Gruppe und den Sitz eines stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden. Peugeot ist nach dieser Transaktion mit 2,3 Mio. Fahrzeugen Jahresproduktion (1977) zum größten europäischen Automobilmonopol geworden, vor der Volkswagen AG mit 2,2 Mio. Wagen. Die Verbindung mit Chrysler, nach den Worten des Chrysler-Generaldirektors „der Beginn enger und dauerhafter Beziehungen zwischen beiden Unternehmen", soll Peugeot überdies „die Möglichkeit eines wuchtigen Einstiegs in den amerikanischen Markt sowie in den Sektor für Nutzfahrzeuge verschaffen". So sieht die Financial Times von London aus die Lage.

Als „modernes bagno" haben die Arbeiter der Régie Renault in ihren letzten Streiks im Juni die Fabriken dieses Konzerns angeprangert. Die „bagnos" waren die berüchtigten Zwangsarbeitslager, in denen die herrschenden Klassen Frankreichs jahrhundertelang die Gesetzesbrecher der unterdrückten Klassen lebendig begraben haben. In ihren „modernen bagnos" lassen die französischen Automobilkapitalisten zu Löhnen schuften, die deutlich unter denen z.B. in deutschen Automobilfabriken liegen. So lag der *Durchschnitts*-Stundenlohn Anfang 1977 mit rund 8,00 DM mehr als ein *Drittel* unter dem vergleichbaren westdeutschen. Mit diesem Zwangshebel setzen sie z.T. enorme Produktionssteigerungen durch. An den großen Pressen im Renault-Werk Flins, wo die letzte Streikbewegung für Streichung der unteren Lohngruppen und eine allgemeine Lohnerhöhung von 300 frs. ihr Zentrum hatte, hatten die geschäftsführenden Bourgeois dieses Staatsmonopols zuvor eine 25%-ige Steigerung des Ausstoßes an Karrosserieteilen für den neu auf den Markt geworfenen R 18 erzwungen.

Die französischen Automobilkonzerne haben mit solcher Schweißauspressung ihren Konkurrenten Jahr für Jahr beharrlich Marktanteile abgenommen. In den letzten Monaten speziell hat der Unternehmungsgeist der in Automobil machenden Glücksritter französischer Nation direkt Züge von „Weltpolitik" angenommen. Allein im Verlauf der *letzten beiden Monate*

– hat Citroen (im Juni) mit dem Bau einer Fabrik für Getriebe in Zwickau in der *DDR* begonnen, Teil des in Entstehung begriffenen neuen Automobilkomplexes der DDR. Der Typ der dort produzierten Getriebe – ab 1981 pro Jahr 675000 – bedeutet eine Vorentscheidung für Wagen französischer Bauart.

– hat Renault (ebenfalls im Juni) den Abschluß eines Vertrags mit *Rumänien* über die Verdoppelung der Kapazität der Fabrik in Pitesti bekanntgegeben. Außer dem Dacia, der auf der Grundkonstruktion des R 12 beruht, soll hier auch die Produktion des neuen R 18 und eines daraus entwickelten Lieferwagens aufgenommen werden, insgesamt 185000 Wagen ab 1980.

– wird (im Juli) bekannt, daß Renault als Teil seiner „iberischen Strategie" ein neues Montage- und Motorwerk in Setubal, *Portugal* aufzumachen gedenkt, zusätzlich zum schon bestehenden Werk in Guarda. 7000 Arbeiter sollen zusätzlich ausgebeutet werden.

– wird, wenige Tage vor der Übernahme der europäischen Werke, auch die Chrysler-Niederlassung in *Südafrika* durch Peugeot übernommen, als zweiter Angelpunkt seiner „Afrikapolitik", die sich auf ein weiteres Werk in Nigeria stützt.

Die Schlacht um den Weltautomobilmarkt wird sich jedoch auf den Märkten der größten imperialistischen Länder selbst entscheiden. Die Ausdehnung des Weltmarkts auf 41 Mio. Fahrzeuge 1977, nach dem tiefen Einbruch 1974/75, verdeckt gegenwärtig noch, welche unerhörte Schärfe der Kampf um die Neuaufteilung des Weltautomobilmarkts bereits angenommen hat. Hierauf eben zielen die Abkommen und Kapitalverflechtungen, die die beiden französischen Automobilmonopole mit den beiden kleineren US-Monopolen aufgenommen haben: Peugeot mit *Chrysler*, Renault schon vor Wochen durch einen Kooperationsvertrag mit *American Motors*, dessen Fabrik in Wisconsin auf die Produktion von R 18 umgestellt werden soll. Parallel hat Renault Verträge mit *Mack*, einem Hersteller schwerer LKW, vor allem für die US-Armee, und mit *Bendix*, einem der größten Elektro-Konzerne der USA, zur gemeinsamen Entwicklung und Produktion neuer Autoelektronik, abgeschlossen.

Die Konkurrenz treibt zur Eile. Die US-Monopole, die 40 % des Weltmarkts kontrollieren, davon General Motors allein 20 % und Ford weitere 13 %, rüsten mit Investitionen von insgesamt 65 Mrd. Dollar in den kommenden Jahren ihre Fabriken in den USA weitgehend um auf die Produktion kompakterer, sparsamerer, auf dem Weltmarkt verkäuflicher Modelle. Die japanischen Monopole Toyota und Nissan, die sich binnen 10 Jahren etwa 22 % des Weltmarkts abgesäbelt haben, planen ihrerseits den Sprung aufs amerikanische und europäische Festland, mit eigenen Fabriken in Kalifornien und in Belgien. Eine unbekannte Größe sind noch die Kalküls der russischen Sozialimperialisten, die jenseits des Ural ganze Automobilstädte aus dem Boden stampfen, mit Millionenkapazitäten.

Lohnsenkung ist mehr als je wesentliches Kampfmittel der Monopole. Ohne eine einzige Forderung der Streikenden vom Juni erfüllt zu haben, hat die Renault-Direktion ab Mitte Juli die Werke nach einem abgestuften Ferienplan geschlossen, und gleichzeitig eine Reihe von Abkommen, 20 insgesamt, über die verschiedensten Einzelfragen den Gewerkschaften zur Unterzeichnung „à la carte" vorgelegt, soll heißen: zur freien Auswahl, wer was unterzeichnet oder nicht. Ein Angebot auf Lohn war weiterhin nicht dabei. Die Front für die Streichung der unteren Lohngruppen haben sie mit einem Angebot von zusätzlichen Prämien für die schlechtestbezahlten Arbeiter je nach „Zuverlässigkeit", „Fleiß", „Betriebszugehörigkeit" etc. aufzuspalten versucht. Nicht nur die halbwegs gelben Gewerkschaften FO, CFTC, CGC haben einige dieser Abkommen unterschrieben, sondern auch die sozialdemokratisch geführte CFDT, bis auf das zuletzt genannte über die Einführung von Nasenprämien. Die CGT, die größte Gewerkschaft, hat jedoch nichts unterschrieben, sondern fordert reguläre Tarifverhandlungen im September. Die Revisionisten in der CGT-Führung sind schlau. Um sich der Bourgeoisie als letzter Rettungsanker anzubieten, müssen sie zunächst mit der Bewegung mitgehen. Ob der Anker hält, wird der September zeigen. Die Forderungen der Arbeiter jedenfalls stehen.

VW plant LKW-Produktion in Brasilien

z.kea. Bei VW do Brasil, der Tochterfirma der Volkswagen AG in Brasilien, werden möglicherweise bald auch Klein-LKWs produziert. Der VW-Konzern will die Vorteile des „Billiglohnlandes" Brasilien jetzt auch bei der LKW-Produktion nutzen. VW do Brasil beutet gegenwärtig rund 40000 Arbeiter aus. Der Durchschnittslohn beträgt 770 DM brutto. Es ist das das Vierfache des staatlich festgesetzten Mindestlohnes, was VW den brasilianischen Arbeitern zahlen muß. Aber gegenüber Westdeutschland ist der Unterschied groß. Laut Angaben sind das für VW 15% Lohn„kosten" in Brasilien gegenüber 25% in der BRD. Da lohnen sich sogar Rückimporte nach Westdeutschland: zwei Drittel der Motoren für die westdeutsche Produktion des VW-Passat kommen aus Brasilien in die BRD. Schmückers „Vorwärtsstrategie" erweist sich als Doppelangriff auf alle VW-Arbeiter: während in den westdeutschen Werken gerade neue Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, will das VW-Imperium in den sogenannten Billiglohnländern noch größere Arbeitermassen seiner Ausbeutung unterwerfen. Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker schlagen ihrerseits diesen Angriff zurück: Erst letzte Woche hat die brasilianische Regierung Maßnahmen getroffen zur Beschränkung des ausländischen Kapitals, welches über Auslandskredite in ihr Land drängt. Das Streben Brasiliens nach nationaler Unabhängigkeit nützt auch den westdeutschen VW-Arbeitern.

Die Gebrauchtwagenpreise klettern wie nie zuvor

z.chk. „Das bisher höchste Halbjahresergebnis bei Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen" meldet das „Handelsblatt". Der niedrige Lohn zwingt immer mehr Arbeiter sich – wenn überhaupt – ein gebrauchtes Auto zu kaufen; der Gebrauchtwagenhandel entwickelt sich rapide. Insgeamt 2,9 Mio. Kraftfahrzeuge haben im 1. Halbjahr 1978 ihren Besitzer gewechselt. Dies nutzen die Automobilkapitalisten, um die Preise für Gebrauchtwagen schwungvoll in die Höhe zu treiben. So ist das Angebot von Gebrauchtwagen für weniger als 1600 DM, von denen zwischen 1972 und 1974 noch jeweils eine halbe Million verkauft wurden, im Jahre 1977 auf 250000 gesunken. In der Preisklasse unter 4000 DM wurden in den letzen 6 Jahren sogar über 6 Mio. Gebrauchtwagen verkauft. Auch dort ist das Angebot erheblich zurückgegangen. Das größte Angebot an Gebrauchtwagen besteht mittlerweile in der Preisklasse über 4000 DM. In dieser Kategorie wurden 1972 rund 330000 Wagen gehandelt, 1978 waren es bereits mehr als 1,2 Millionen. Ebenso hat sich das Angebot in den noch höheren Preisklassen vergrößert: während in der Preisklasse über 12000 DM 1972 rund 25000 Wagen gehandelt wurden, liegen die Verkaufszahlen 1977 schon bei rund 450000 Gebrauchtwagen. Nach Angabe der Deutschen Treuhand GmbH ist der Durchschnittspreis für Gebrauchtwagen im Jahr 1977 auf 5600 DM gestiegen.

laub eine äußerst gefährliche Angelegenheit ist, die zu Schockerlebnissen und ähnlichem führen kann. Dieser Freizeitzuwachs, Urlaubstage, die sich die Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse erkämpft hat, am besten, er würde – jedenfalls für die Arbeiterklasse – gestrichen. Wie weit sie diese notwendige Erholungszeit, die der Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren, bereits gestrichen haben, zeigt eine Untersuchung, die von den Tourismus-Kapitalisten durchgeführt worden ist. 8 Millionen Arbeiter haben noch nie Urlaub gemacht, im letzten Jahr mußten 11 Millionen durcharbeiten. Fast die Hälfte aller Arbeiter konnten nicht verreisen. Jeder vierte Mann und jede dritte Frau haben vor 5 Jahren zum letzten Mal Urlaub gemacht. 82% der Bauern, 40% der Rentner konnten in den letzten 5 Jahren nicht wegfahren oder waren noch nie im Urlaub. Sozusagen ein Schlachtbulletin der Wirkung der Lohnsenkungen, der Verengung der Reproduktionsbasis der Arbeiterfamilien, die ihnen die Kapitalistenklasse in den letzten Jahren aufgenötigt hat.

Kriegsbeschädigtenrente an „Rückfall" gebunden

z.hek. Das Ehrenbergministerium ist auf die sinnige Idee gekommen, den Opfern des letzten imperialistischen Weltkrieges die Rente zu streichen. Das Bundessozialgericht hat die passende Begründung: „Nach angemessener Bewährungszeit", „wenn keine Rückfälle zu erwarten sind". Nach 33 Jahren oder mehr wird festgestellt: der Gesundheitszustand ist blendend, die Rente kann gestrichen werden. Eine bestechende Logik. In einem Alter, wo viele Arbeiter Anträge auf Erwerbsunfähigkeits- oder anderen Renten stellen, weil der „natürliche" Verschleiß im Arbeitsprozeß ungeheure Wirkung auf die Gesundheit gezeitigt hat. „Das gleiche gilt auch dann, wenn der medizinische Befund gleichgeblieben ist". Auf die Spitze getrieben, aber durchaus „rechtens": Eine Diagnose, die 33 Jahre auf Amputation eines oder mehrerer Beine lautet, schützt nicht vor Entzug der Kriegsopferrente! Ob es dermaßen unverschämt „begründet" werden sollte, sind sich die „Sozialrichter" im Zweifel. Einstweilen haben sie den „Fall" an die unteren Gerichtsebenen zurückverwiesen.

Kontaktsperregesetz nicht verfassungswidrig

z.vom. So entschied letzte Woche das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerden dreier Inhaftierter, die während der Zeit der Schleyer-Entführung in Vorwegnahme des Kontaktsperregesetzes in vollständiger Isolation, ohne jeden Kontakt untereinander und mit der Außenwelt gehalten wurden. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen gäbe es keine Möglichkeit, den „Schutz vor politischer Erpressung" mit Mitteln zu erreichen, die die betreffenden Gefangenen „weniger belasten". Zur vollständigen Entrechtung und Unterdrückung kann demnach die imperialistische Bourgeoisie zu jedem Mittel greifen, ohne dies zuvor durch ihr Parlament abgesegnet zu haben, das Ausnahmerecht wird legalisiert.

„Gesundheitswesen krankt an zuviel Ärzten"

z.joh. Die bürgerliche Presse resümiert ein Rechenexempel des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen. Dies Institut hat verkündet: im Jahre 2000 gäbe es 257000 Ärzte, mehr als doppelt soviel wie heute. Die Ärzteeinkommen müßten so gesenkt werden, daß kaum einer mehr Medizin studieren wolle, raten die Experten zur Verhinderung der „Katastrophe". Die jetzt vorgekommenen Beitrags„senkungen" bei den Krankenkassen, die den Arbeitern und Angestellten gerade ein paar Mark bringen, sind auf den weiteren Angriff auf den Lohnstandard gemünzt. Der Hunger des BRD-Imperialismus auf die Versicherungsgelder als Kapitalquellen ist dadurch in keiner Weise gebremst. Im Gegenteil. Als Wachhunde für diese Kapitalspender sollen die Kassenärzte scharf gemacht werden. Um sie dazu zu bringen, wird die Konkurrenz geschürt. Der Plan bei der Ärzteberechnung ist: lieber weniger, aber stramme Agenten der Kostendämpfung.

Vatikan: Ordensleute fester unter die Bischofsfuchtel

z.and.Rom. Nachdem sie Papst Paul unter die Erde gescharrt haben, bleibt den über 100 Kardinälen, die sich in Rom versammelt haben, knapp zwei Wochen Zeit, den geeigneten Nachfolger auszukungeln. Ab dem 25. August ist Wahl. Die deutschsprachige Wochenausgabe des „Osservatore Romano“ hat in der Trauernummer die schon im April verfaßten „Grundsätze und Richtlinien für die Beziehungen zwischen Bischöfen und Ordensleuten in der Kirche“ veröffentlicht, unterzeichnet von den Papstkandidaten Kardinal Baggio, Präfekt für die Kongregation der Bischöfe, und Kardinal Pironio, Präfekt für die Kongregation der Ordensleute und Säkularinstitute, die die Tätigkeit der Priester überwachen. Er kommt aus Argentinien. Mit den „Grundsätzen und Richtlinien“ soll die „Bestimmung der Kirche zur christlichen Sendung“ gesichert werden. „Diese Pflicht zur Mission wird heute um so drängender, als die kulturellen Bedingungen sich im Zeichen zweier Merkmale entwickeln, nämlich des Materialismus, der sich auch in traditionell christlichen Gegenden breit macht, und des zunehmenden internationalen Austausches, durch den alle Völker, auch die nichtchristlichen, leicht miteinander in Berührung kommen können.“ Mission, um der Arbeiterklasse und den Volksmassen die Köpfe mit religiösem Zeug zu vernebeln, diese Pflicht soll auch „leicht“ den „nichtchristlichen“ Völkern der Dritten Welt gegenüber wahrgenommen werden können, ihrer Unterwerfung unter den „internationalen Austausch“ auf dem Fuß folgend. Die Ordensleute aber zumindest kommen mit dem Kampf gegen den Gang der Geschichte nicht gut zurecht. Der Mitgliederschwund, bei den 24 größten Mönchsorden von 1975 163556 auf 1977 151863 um 11693 „Väter und Brüder“, macht dem Vatikan Sorgen. Der Bischof, der die Aufgabe hat, „die Treue der Ordensleute zu ihrer Berufung lebendig zu halten“, muß für eine entsprechende Ausbildung sorgen: „Die Erneuerung der pastoralen Praxis erfordert eine eingehende Kenntnis aller Dinge, die das menschliche und religiöse Leben am Ort ausmachen ...“ Gehorsam den Bischöfen, in festem Gottvertrauen und die Wirklichkeit „theologisch reflektierend“ sollen die Pfaffen ihrer Missionspflicht nachkommen.

Willkommener Reformschaden

z.brp. Die Kirchen rechnen mit einem Kirchensteuerausfall von 750 Mio. DM für 1979, weil die Kirchensteuer an die Höhe der Lohn- und Einkommenssteuer gekoppelt ist. Sie beträgt 9% bzw. 8% in Hamburg und Bremen. Die Bundesregierung rechnet wegen ihres Steuerpakets mit einem Steuerausfall von 7 Mrd. DM für 1979. Auch wenn die Pfaffen viel von Wundern daherschwätzen, 9% von 7 Mrd. DM macht nicht 750 Mio. DM aus, sondern nur 630 Mio. DM. Mag sein, daß sie mit mehr Kirchenaustritten rechnen, die 1973 251837, 1974 299389 und 1975 238009 betragen haben. Aber damit kalkuliert ein Pfaffe nicht, das geht gegen sein Geschäft. Sie haben es bei den Politi-

Die Westberliner Bauarbeiter erstreikten einen Teilerfolg

Viele sind mit dem Ergebnis unzufrieden

z.edb. Vom 2. bis 15. August streikten die Westberliner Bauarbeiter. Dieses war ihr erster Streik seit 1956. Es ging um die Übernahme des Bundesrahmentarifvertrages (BRTV) für Westberlin, was die Westberliner Baukapitalisten ablehnten und kurz vor Annahme des Hamburger Schlichtungsspruches der Gewerkschaft mitteilten. Kernpunkt ihrer Ablehnung war der § 7. Die Gewerkschaftsführung ist schon vor dem Streik auf den Kompromiß von 2,20 DM Fahrtkostenerstattung und 3 DM Wegezeitvergütung heruntergegangen. In der Einigung, die am siebten Streiktag erfolgte, kam dann 3 DM insgesamt für jeden Bauarbeiter, Polier und Schachtmeister, unabhängig von der Entfernung der Baustelle vom Betrieb bzw. der Zeit, die derjenige auf der Baustelle zubringt, heraus. Ein Überbrückungsgeld von 300 DM gab es für die Bauarbeiter, für die Poliere und Schachtmeister 150 DM. In der Urabstimmung hat sich dann auch gezeigt, daß die Bauarbeiter damit nicht zufrieden waren. 47% waren für die Annahme, 53% dagegen und somit für die Weiterführung des Streiks. 75% wären allerdings laut Satzung dazu notwendig gewesen.

Bericht vom Streikverlauf

Die ersten Streikhelfertrupps berichteten, daß sich viele Kollegen noch auf der Baustelle in die Aufnahmelisten der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden eintrugen, sich anschließend in die Reihen der Streikhelfertrupps einreihten und die Baustelle verließen. Im Tiefbau gab es allerdings von Anfang an die größten Schwierigkeiten. Bei den täglichen Besprechungen der Streikhelfertrupps nach ihren Einsätzen auf den Tiefbaustellen wurden die Probleme erörtert und herausgearbeitet, wo die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu suchen seien. Vielen war klar, daß die Schwierigkeiten in der großangelegten Spaltung unter den Kollegen zu suchen sei. Zum Teil gibt es Baustellen, die sich zu 80% aus Hilfsarbeitern zusammensetzen.

Schon von Anfang an hatten die Streikhelfer und Streikposten die Erfahrung gemacht, daß viele Arbeiter im Tiefbau den Entlassungsdrohungen der Baukapitalisten nicht standhielten.



Die Streikauseinandersetzungen spitzten sich am Tage der Kompromißverhandlungen zu und es wurde über wirkungsvollere Methoden gegen die Streikbrecher beraten. Der Vorschlag, Streikketten zu bilden, fand große Zustimmung.

Sie selber mußten lange Zeit das Elend der Arbeitslosigkeit ertragen. Das mangelnde Vertrauen in die Gewerkschaft und der elend niedrige Lohn der Hilfsarbeiter im Tiefbau waren Gründe dafür, daß die Streikfront hier nicht hundertprozentig stand. Den Streikbrechern wurde keine Ruhe gegönnt.

Als der Bausenator Harry Ristock als Vermittler von der Gewerkschaftsführung anerkannt wurde, ahnte man schon nichts Gutes, Ristock ist selbst Bourgeois. Am zweiten Verhandlungstag erreichte der Streik seinen Höhepunkt. Es wurden plakatierte Autokonvois zusammengestellt in einer Stärke von etwa 20 Mann. Es kam zu plakatierten Umfriedungsmauern einiger Baufirmen und -stellen von nicht weniger als 300 m, vor den Augen einiger Geschäftsführer, die mit Fotoapparat bestückt, sich vor Empörung nicht mehr bändigen konnten. Sie mußten unverrichteter Dinge den Plakattrupps weichen. Andere Trupps sind in die Stadtteile gegangen und haben Flugblätter zu ihrem gerechten Kampf vor Kaufhäusern und U-Bahnhöfen verteilt, um der bürgerlichen Hetze gegen den Streik entgegenzutreten. Die Bauarbeiter in ihrem Streik zu isolieren, hatten die Kapitalisten nicht geschafft.

Bei mehreren Streikposten gab es heftige Auseinandersetzungen darüber, daß man endlich andere Saiten aufziehen müßte, um den Streikbrechern wirksamer als bisher zu begegnen. Dabei beriefen sich einige Kollegen auf das energische Auftreten der streikenden amerikanischen Bergarbeiter im Frühjahr dieses Jahres, die sich zum Teil mit Karabinern genötigt sahen, den Streikbrechern den Weg zu versperren. Beim Versuch, Ketten zu bilden, um Baufahrzeugen die Auffahrt zu verweigern, versuchten einige sozialdemokratische Funktionäre beschwichtigend einzuschreiten mit dem Hinweis, man sollte jetzt während der Verhandlungen nichts eskalieren, damit die Fronten sich nicht verhärten.

Die Kollegen waren anderer Auffassung. *„Gerade jetzt muß hart durchgegriffen werden, damit die da oben wissen, wo es lang geht. Denen muß Dampf unterm Hintern gemacht werden.“*

„Wir haben es geschafft“ – so das Flugblatt der Gewerkschaftsführung über den ausgehandelten Kompromiß, das am nächsten Tag verteilt wurde. Dies stieß auf heftige Empörung. *„Für 80 Pfennig haben wir nicht gestreikt.“* So viel auf dem Boden zertretene Flugblätter hat es während des ganzen Streiks nicht gegeben. *„Was nützt es, wenn der BRTV ‚grundsätzlich‘ übernommen worden ist, wir uns aber tatsächlich mit 3 DM begnügen sollen, wo doch in Westdeutschland bereits zwischen 5 DM und 10 DM üblich sind. Diese Rechnung geht nicht auf.“* Die Mehrheit stimmte gegen diesen Kompromiß.

In den Diskussionen während der Urabstimmung wurde nochmals festgehalten, daß die Gewerkschaftsarbeit besser organisiert werden muß, um den Informationsmangel aufzuheben, damit die nächsten Kämpfe besser organisiert werden können, vor allem in Hinblick auf die noch ausstehenden Akkordtarifverträge der Maurer, Putzer, Eisenflechter und Zimmerleute. Dafür liefert das Urabstimmungsergebnis eine gute Grundlage.

Lärmschutz: Vorwand für Miet- und Gebührenerhöhungen

r.trg. In Bonn streiten die Parteien zur Zeit um einen Gesetzentwurf zur Straßenlärmschutzverordnung, der „Grenzwerte für die Lärmbelästigung festlegen soll“. Die Kämpfe der Volksmassen für bessere Reproduktionsbedingungen zwingen den Staat zu diesem Manöver. Jahrzehntelang haben die Baukapitalisten in Billigbauweise Wohnsilos für die Volksmassen aus dem Boden gestampft, die dünne Wände und mangelnde Lärmschutzisolierung haben. Um ihre Güter möglichst billig über Land zu transportieren, hat die Bourgeoisie den LKW-Verkehr immens ausgebaut. Jetzt ist der Lärm unerträglich geworden. Die Volksmassen, die schon durch den Lärm am Arbeitsplatz gesundheitlich geschädigt wurden, sind immer weniger in der Lage, sich ausreichend zu reproduzieren; besonders Nacht- und Schichtarbeiter.

Tag und 55 dB in der Nacht. In Mischgebieten liegen sie bei 70/60 dB. Matthöfer hält die „Lärmschutz-Philosophie“ seiner Parteifreunde für falsch. „Es muß nach einem mehr ‚aktiven‘ Lärmschutz gesucht werden, der bei der Lärmquelle – den Fahrzeugen – und nicht den Straßen ansetzt.“ Er läßt offen heraus, daß die Volksmassen, die den Lärm ja angeblich selbst verschulden, auch für die Kosten der Beseitigung aufzukommen hätten. Die Autos der Volksmassen sind laut Matthöfer das Hauptübel. Keineswegs der gestiegene LKW-Verkehr der Kapitalisten. Und der Hamburger Bialas (FDP) hat auch schon einen Vorschlag: Der Verkehr müsse eingeschränkt werden. Man kennt das schon, z.B. vom Sonntagsfahrverbot. Die Kontrolle über die Volksmassen soll ausgebaut werden, ihre Bewegungsfreiheit – über die sie durch ein Auto verfügen – soll be-

alle öffentlichen Straßen ausgedehnt, müßte Hamburg 450 Mio. DM dafür aufwenden. Wo dieses Geld herzunehmen ist, sagt die FDP: Sie will die Mineralölsteuer um 1 Pfg. erhöhen. Das reicht der Bourgeoisie noch nicht, trifft es doch nur die Autofahrer. Die Bourgeoisie will die Kosten insgesamt auf die Volksmassen abwälzen. Verkehrsberuhigte Zonen will sie als „Lärmschutz“ schaffen und als großartige Tat ausgeben. Für die Bevölkerung heißt das Mieterhöhung. Das haben die Mieter in der Telemannstraße 27 in Eimsbüttel schon zu spüren bekommen. Durch Anpflanzung von drei Bäumen und ein paar Büschen hat der Staat aus einer Straße zwei Sackgassen gemacht. Die Mieter müssen in diesem Jahr 600 DM mehr Müllgebühren bezahlen. Die Kosten der Müllbeseitigung berechnet der Staat nach dem Aufwand, und dieser sei angeblich ge-

Hamburger Mietenspiegel zählen solche „Ruhezonen“ dann zur guten Wohnlage, was dem Hauseigentümer eine Mieterhöhung bis zu 20% ermöglicht.

Dort, wo der Straßenlärm durch sogenannte „verkehrsberuhigte Zonen“ nicht eingedämmt werden kann, sollen die Wohnungskapitalisten mittels Investitionsgeldern für verbesserten Lärmschutz künftig stärker gefördert werden. In Wohngebäuden, die 1956 errichtet worden sind, und in die isolierverglaste Fenster nachträglich eingebaut worden sind, kann der Kapitalist seine Kosten mit 10% über zehn Jahre abschreiben. Die „Wohnqualität“ steigt, da die eingebauten Fenster zur Wertverbesserung zählen, was zur Folge hat, daß die Mieten auch hier steigen.

Neben den Bau- und Häuserkapita-

nen, ihrer Unterwerfung unter den „internationalen Austausch“ auf dem Fuß folgend. Die Ordensleute aber zumindest kommen mit dem Kampf gegen den Gang der Geschichte nicht gut zurecht. Der Mitgliederschwund, bei den 24 größten Mönchsorden von 1975 163556 auf 1977 151863 um 11693 „Väter und Brüder“, macht dem Vatikan Sorgen. Der Bischof, der die Aufgabe hat, „die Treue der Ordensleute zu ihrer Berufung lebendig zu halten“, muß für eine entsprechende Ausbildung sorgen: „Die Erneuerung der pastoralen Praxis erfordert eine eingehende Kenntnis aller Dinge, die das menschliche und religiöse Leben am Ort ausmachen ...“ Gehorsam den Bischöfen, in festem Gottvertrauen und die Wirklichkeit „theologisch reflektierend“ sollen die Pfaffen ihrer Missionspflicht nachkommen.

Willkommener Reformschaden

z.brp. Die Kirchen rechnen mit einem Kirchensteuerausfall von 750 Mio. DM für 1979, weil die Kirchensteuer an die Höhe der Lohn- und Einkommenssteuer gekoppelt ist. Sie beträgt 9% bzw. 8% in Hamburg und Bremen. Die Bundesregierung rechnet wegen ihres Steuerpakets mit einem Steuerausfall von 7 Mrd. DM für 1979. Auch wenn die Pfaffen viel von Wundern daherschwätzen, 9% von 7 Mrd. DM macht nicht 750 Mio. DM aus, sondern nur 630 Mio. DM. Mag sein, daß sie mit mehr Kirchenaustritten rechnen, die 1973 251837, 1974 299389 und 1975 238009 betragen haben. Aber damit kalkuliert ein Pfaffe nicht, das geht gegen sein Geschäft. Sie haben es bei den Politi-

kern der bürgerlichen Parteien abgeguckt: Große Löcher in die Luft zu malen, um die wahren Wirkungen einer Maßnahme zu verschleiern und um Begründungen zu haben, anderweitig kräftig zuzulangen und den Lohn der Arbeiter insgesamt zu drücken.

Der EKD-Finanzier Nuyken kündigt an: Schon heute „sind wir an der Grenze der Haushalte angelangt, um eine Steigerung der Personalkosten mitzumachen“. Sein Vorschlag: „Abbau aller Tätigkeiten, für die keine Rechtsverpflichtung“ besteht. (Wirtschaftswoche, 11.8.1978) Welcher Art diese Tätigkeiten sind, führt die Westberliner evangelische Kirche vor: Statt wie sonst üblich die Löhne und Gehälter der Arbeiter wie im öffentlichen Dienst zum 1. Februar zu erhöhen, sind sie dieses Jahr erst im Sommer erhöht worden. Lohngelder von 2,7 Mio. DM hat sich die Westberliner Kirche mit diesem Coup angeeignet. Statt ein volles 13. Monatseinkommen zu zahlen, will sie jetzt nur 1000 DM zahlen. 300 Ausbildungsplätze und 15% der hauptamtlich Beschäftigten sollen eingespart werden und stattdessen soll kostenlos die Arbeitskraft von ABM-Arbeitern ausgesaugt werden, Löhne von 17 Mio. DM will sich die Westberliner Kirche auf diese Weise einverleiben.

Papst Paul gab sich stets bescheiden, selbst im Tode trug er geflickte Schuhe. In diesem Geist soll ein großer Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter das Existenzminimum gedrückt, die Arbeiterklasse durch höhere Kirchensteuerlast und erhöhte Gebühren z.B. für Kindergartenplätze geschröpft werden.

der Baustelle in die Aufnahmelisten der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden eintrugen, sich anschließend in die Reihen der Streikhelfertrupps einreihten und die Baustelle verließen. Im Tiefbau gab es allerdings von Anfang an die größten Schwierigkeiten. Bei den täglichen Besprechungen der Streikhelfertrupps nach ihren Einsätzen auf den Tiefbaustellen wurden die Probleme erörtert und herausgearbeitet, wo die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu suchen seien. Vielen war klar, daß die Schwierigkeiten in der

der Arbeitslosigkeit ertragen. Das mangelnde Vertrauen in die Gewerkschaft und der elend niedrige Lohn der Hilfsarbeiter im Tiefbau waren Gründe dafür, daß die Streikfront hier nicht hundertprozentig stand. Den Streikbrechern wurde keine Ruhe gegönnt.

Als der Bausenator Harry Ristock als Vermittler von der Gewerkschaftsführung anerkannt wurde, ahnte man schon nichts Gutes, Ristock ist selbst Bourgeois. Am zweiten Verhandlungstag erreichte der Streik seinen

kattrupps weichen. Andere Trupps sind in die Stadtteile gegangen und haben Flugblätter zu ihrem gerechten Kampf vor Kaufhäusern und U-Bahnhöfen verteilt, um der bürgerlichen Hetze gegen den Streik entgegenzutreten. Die Bauarbeiter in ihrem Streik zu isolieren, hatten die Kapitalisten nicht geschafft.

Bei mehreren Streikposten gab es heftige Auseinandersetzungen darüber, daß man endlich andere Saiten aufziehen müßte, um den Streikbrechern wirksamer als bisher zu begeg-

promiß.

In den Diskussionen während der Urabstimmung wurde nochmals festgehalten, daß die Gewerkschaftsarbeit besser organisiert werden muß, um den Informationsmangel aufzuheben, damit die nächsten Kämpfe besser organisiert werden können, vor allem in Hinblick auf die noch ausstehenden Akkordtarifverträge der Maurer, Putzer, Eisenflechter und Zimmerleute. Dafür liefert das Urabstimmungsergebnis eine gute Grundlage.

Lärmschutz: Vorwand für Miet- und Gebührenerhöhungen

r.trg. In Bonn streiten die Parteien zur Zeit um einen Gesetzentwurf zur Straßenlärmschutzverordnung, der „Grenzwerte für die Lärmbelästigung festlegen soll“. Die Kämpfe der Volksmassen für bessere Reproduktionsbedingungen zwingen den Staat zu diesem Manöver. Jahrzehntelang haben die Baukapitalisten in Billigbauweise Wohnsilos für die Volksmassen aus dem Boden gestampft, die dünne Wände und mangelnde Lärmschutzisolierung haben. Um ihre Güter möglichst billig über Land zu transportieren, hat die Bourgeoisie den LKW-Verkehr immens ausgebaut. Jetzt ist der Lärm unerträglich geworden. Die Volksmassen, die schon durch den Lärm am Arbeitsplatz gesundheitlich geschädigt wurden, sind immer weniger in der Lage, sich ausreichend zu reproduzieren; besonders Nacht- und Schichtarbeiter.

Die „Umweltpolitiker“ in der SPD-Fraktion fordern für das neue Gesetz Dezibel-Werte für Wohnmischgebiete, die jeweils 10 Dezibel (dB) unter den Höchstwerten des Gesetzentwurfs liegen. Im Gesetzentwurf der Regierung liegen die Grenzwerte in reinen Wohngebieten bei 65 dB am

Tag und 55 dB in der Nacht. In Mischgebieten liegen sie bei 70/60 dB. Matthöfer hält die „Lärmschutz-Philosophie“ seiner Parteifreunde für falsch. „Es muß nach einem mehr ‚aktiven‘ Lärmschutz gesucht werden, der bei der Lärmquelle – den Fahrzeugen – und nicht den Straßen ansetzt.“ Er läßt offen heraus, daß die Volksmassen, die den Lärm ja angeblich selbst verschulden, auch für die Kosten der Beseitigung aufzukommen hätten. Die Autos der Volksmassen sind laut Matthöfer das Hauptübel. Keineswegs der gestiegene LKW-Verkehr der Kapitalisten. Und der Hamburger Bialas (FDP) hat auch schon einen Vorschlag: Der Verkehr müsse eingeschränkt werden. Man kennt das schon, z.B. vom Sonntagsfahrverbot. Die Kontrolle über die Volksmassen soll ausgebaut werden, ihre Bewegungsfreiheit – über die sie durch ein Auto verfügen – soll be-

schnitten werden. Mit „Schutz“ für die Massen hat diese neue Reform nichts zu tun.

Das Verkehrsministerium schätzt das Gesamtaufkommen für Lärmschutz allein nur an den bestehenden Straßen (Bundesfernstraßen) auf 142 Mio. DM. Würde der Lärmschutz auf

alle öffentlichen Straßen ausgedehnt, müßte Hamburg 450 Mio. DM dafür aufwenden. Wo dieses Geld herzunehmen ist, sagt die FDP: Sie will die Mineralölsteuer um 1 Pfg. erhöhen. Das reicht der Bourgeoisie noch nicht, trifft es doch nur die Autofahrer. Die Bourgeoisie will die Kosten insgesamt auf die Volksmassen abwälzen. Verkehrsberuhigte Zonen will sie als „Lärmschutz“ schaffen und als großartige Tat ausgeben. Für die Bevölkerung heißt das Mieterhöhung. Das haben die Mieter in der Telemannstraße 27 in Eimsbüttel schon zu spüren bekommen. Durch Anpflanzung von drei Bäumen und ein paar Büschen hat der Staat aus einer Straße zwei Sackgassen gemacht. Die Mieter müssen in diesem Jahr 600 DM mehr Müllgebühren bezahlen. Die Kosten der Müllbeseitigung berechnet der Staat nach dem Aufwand, und dieser sei angeblich ge-

stiegen. Außerdem sind den Anwohnern dort eine große Anzahl von Parkplätzen verloren gegangen. Dadurch sind die Anwohner gezwungen, „falsch“ zu parken oder weite Wege zu ihrem Auto zurückzulegen. Dies nutzt die Polizei, um die Arbeiter mit Bußgeldbescheiden zu schikanieren. Im

Hamburger Mietenspiegel zählen solche „Ruhezonen“ dann zur guten Wohnlage, was dem Hauseigentümer eine Mieterhöhung bis zu 20% ermöglicht.

Dort, wo der Straßenlärm durch sogenannte „verkehrsberuhigte Zonen“ nicht eingedämmt werden kann, sollen die Wohnungskapitalisten mittels Investitionsgeldern für verbesserten Lärmschutz künftig stärker gefördert werden. In Wohngebäuden, die 1956 errichtet worden sind, und in die isolierverglaste Fenster nachträglich eingebaut worden sind, kann der Kapitalist seine Kosten mit 10% über zehn Jahre abschreiben. Die „Wohnqualität“ steigt, da die eingebauten Fenster zur Wertverbesserung zählen, was zur Folge hat, daß die Mieten auch hier steigen.

Neben den Bau- und Häuserkapita-

listen macht der Staat den größten „Reibach“. In Hamburg z.B. ist der Hamburger Senat der größte Hauseigentümer. Er holt sich also über die Mieten die Investitionen zurück und verschärft darüber hinaus mittels Miet- und Gebührenerhöhungen die Ausplünderung der Volksmassen.

Forschung für den Profit der Hotelkapitalisten

Harz soll zum Kurgebiet werden/ Für die Volksmassen wird es teuer

r.sab. Am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig läuft zur Zeit ein Forschungsprojekt an zur Entwicklung eines „Zentralprogramms für den Harzer Fremdenverkehr“. Die Leitung hat Prof. Wilhelm, der es schon seit Jahren versteht, über Privataufträge Geld für die eigene Tasche heranzuschaffen. Das macht er über Gutachten und Untersuchungen für das Land Niedersachsen, Gemeinden (z.B. Bad Sachsa) und Fremdenverkehrsverbände, hauptsächlich zum Fremdenverkehr im Harz. Er selber ist im Beirat des Harzer Fremdenverkehrsverbandes und dort in der Abteilung Marketing. So wurde am Institut z.B. eine „Statistische Analyse des Wochenendverkehrs im Harz“, bezahlt vom Land, für den Harzer Fremdenverkehrsverband erstellt. In diesen Untersuchungen werden Diplomarbeiten von Studenten, die entweder nicht bezahlt werden oder als billige Hilfskräfte eingesetzt werden, verarbeitet. Dementsprechend können Diplomarbeiten nur je nach Auftragslage gemacht werden.

Auf den Fremdenverkehr im Harz und damit auf die Profite der einheimischen Hotelkapitalisten hat die Vorbereitung und Durchführung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes Auswirkungen gehabt. In vielen Orten im Harz machte noch 1975 der Kurbetrieb ca. 70% des Fremdenverkehrs aus, in Bad Harzburg waren 1975 sogar 85% der Urlauber Kurgäste, in Wildemann 81%, in Bad Grund 95%. Jetzt war ein Rückgang um 3% bei der Zahl der Kurgäste und um 7% bei den Gesamtübernachtungstagen zu verzeichnen. Dies ist ein direktes Ergebnis der Verweigerung von Kuren durch die Versicherungen. So wurde z.B. von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Zahl der Kuraufenthalte insgesamt in der BRD von 277000 auf 267000, also um 7,4% gekürzt. 1977 wurden 7800 Betten in Kurheimen gestrichen, 1978 sollen es 1500 bis 2000 sein, in den zwei Jahren ist das eine Kürzung um 34,2%.

Die Hotelkapitalisten bangen um ihre Profite. Also müssen Wissenschaftler ran, um Konzepte zu entwickeln, die den Hoteliers die Taschen füllen. Im Januar hat Prof. Wilhelm auf der Hauptversammlung des Deutschen Bädervereins sein neues Konzept unter der Überschrift „Urlaub im Kurort – Ausweg aus der Krise?“ vorgestellt. Bei ihren Untersuchungen mußten die Wissenschaftler erstmals feststellen, daß die Volksmassen „nur“ in den Harz fahren, um zu wandern, spazieren zu gehen, Ski zu laufen usw. 90% der Harzurlauber wollen sich auf diese Weise erholen. Demgegenüber gehen nur 10% „Vergnügungen“ nach. Die Wünsche der Harzbesucher nach Verbesserung der Erholungsmöglichkeiten liegen dementsprechend nach Wilhelms Umfrage auch bei Vorschlägen wie „allgemein niedrigere Preise“, „niedrigere Liftpreise“, Verbesserung der Wanderwege usw. Nur ca. 5% wünschten Verbesserung der „Vergnügungsmöglichkeiten“, der Prozentsatz lag bei von Bourgeois am meisten verseuchten Orten wie z.B. Bad Harzburg am höchsten. Darüberhinaus wirkt es sich auf die Profite der Hotelbesitzer aus, daß die meisten Harzbesucher nur für einen Tag kommen und nicht übernachten.

Wilhelms Untersuchungen gehen nun dahin, herauszubekommen, wie die Massen in die Kurorte zu bekommen sind und dort auch mehrere Nächte bleiben. Dabei wird erstmal, wie im Rahmenplan für den Naturpark Harz, der unter Mitarbeit von Wilhelm erstellt wurde, an dem Bedürfnis der Volksmassen, sich in der Natur zu erholen, angesetzt (Ausbau von Naturlehrpfaden, Trimmplätzen usw.). Das entscheidende Mittel sollen aber „qualitativ hochwertige Freizeiteinrichtungen“ in Großanlagen sein. Vorbild ist das Maritim-Hotel in Braunlage mit 550 Betten. Diese Freizeiteinrichtungen müssen in der Lage sein, „den Urlauber auch über die gesamte Dauer des Aufenthalts beschäftigen zu können“ (Wilhelm), das sollen dann Reit- und Tenniskurse, Auftritte von Künstlern, Folkloreveranstaltungen, die von „Animateuren“ gezielt angeboten werden, sein. Es ist anzunehmen, daß bei Einsatz dieser Mittel die „Animateure“ unter sich und ihresgleichen bleiben und sich die Volksmassen dieser Gängelung nicht unterwerfen.

Zielpunkte der „Steuerharmonisierung“ in der EG

z.scc.Brüssel. In Artikel 99 der Römischen Verträge versicherten sich die Finanzbourgeoisien der damals sechs EWG-Mitgliedsstaaten, zu prüfen, „wie die Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und die sonstigen indirekten Steuern ... im Interesse des Gemeinsamen Marktes harmonisiert werden können“. Sie prüften – und beschlossen, zuerst allgemein die Mehrwertsteuer als eine besondere Form der Umsatzsteuer einzuführen, die bis dahin lediglich in Frankreich existiert hatte. Vorzüge vor allen anderen Formen der Umsatzsteuer hatte die Mehrwertsteuer gleich in zweierlei Hinsicht:

Erstens ist sie „in hohem Maße überwälzungsfördernd“. Während bei der früher üblichen kumulativen Umsatzsteuer der vollständige Verkaufsumsatz eines jeden Kapitalisten besteuert wurde, können die Kapitalisten heute bei jeder Ware, die sie kaufen, die im Bruttopreis enthaltene Mehrwertsteuer als Vorsteuer abziehen und sie untereinander zu Nettopreisen zahlen. Die Volksmassen als „Endverbraucher“ zahlen die Bruttopreise und können der Mehrwertsteuer nicht entweichen.

Zweitens hatten die EG-Kapitalisten samt und sonders kein Interesse daran, sich durch unterschiedliche Umsatzsteuersysteme und womöglich doppelte Besteuerung in der Expansion auf die Märkte der EG-Konkurrenten behindert zu sehen. Mit der Vereinheitlichung des Umsatzsteuersystems – der ersten „Harmonisierung“ - erläßt ihnen ihr Staat jeweils die Mehrwertsteuer auf die Waren, die sie exportieren, und schlägt sie auf die importierten Waren drauf (KVZ 1/78).

Es versteht sich – *drittens* – aus der Räuberlogik der Imperialisten, daß der „Harmonisierungs“erfolg von Anfang an in einem fetten Wachstum des Postens „Umsatzsteuern“ bestand. So lag in Großbritannien, das die Mehrwertsteuer mit dem EG-Beitritt 1973 einführte, die Mehrwertsteuerausbeute 1974 gleich um mehr als 80 % über der der ihr vorhergehenden Verkaufssteuer im Jahre 1972.

An dieser Stelle sei uns eine Zwischenbemerkung gestattet: Eine Woche Beschäftigung mit den Steuerstatistiken der EG-Staaten hat nicht ausgereicht, das Gestrüpp der Steuersysteme so zu durchforsten, daß ein wirklicher *Vergleich* der je verschieden ausgefeilten Ausplünderungsinstrumente, eine vergleichende Untersuchung etwa der Steuern aus Lohn mit ihren verschiedenen Bestandteilen, das Ergebnis gewesen wäre. Der Grund liegt weniger in den historisch bedingten, teilweise erheblichen Unterschieden der Steuersysteme, als vielmehr in der Tatsache, daß sich die Imperialisten nach bestem Wissen und Gewissen bemühen, die Herkunft der Steuern zum überwiegenden Teil aus Lohn durch willkürlich scheinende Kategorien und die Zusammenfassung völlig verschiedener Steuerarten zu verschleiern. So ist es uns insbesondere nicht möglich gewesen, die Lohnsteuern zu ermitteln bzw. aus dem Posten „Einkommenssteuern“ herauszukristallisieren, ein Ärgernis, das es uns vorerst noch unmöglich gemacht hat, bei weiteren Berechnungen über Ausmaß und Last der Mehrwert- und anderen indirekten Steuern vom Netto-Salair der Arbeiterbevölkerung auszugehen.

Trotz dieser Einschränkung ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Einführung der Mehrwertsteuer Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre erst den *Beginn* einer gewaltigen „Harmonisierungs“jagd markiert. Unterschiedlich hoch sind nach wie vor die Mehrwertsteuersätze; unterschiedlich die indirekten Steuern nach ihrer Höhe und dem räuberischen Erfindungsgeist ihrer Urheber; unterschiedlich ausgefeilt ist nicht zuletzt die Lohnsteuerfalle. Welcher Imperialist wird eine liebgewonnene, weil einträgliche Steuer aufgeben? Welcher eine unergiebige nicht brennend gern durch eine ergiebige ersetzen? Der Drang nach Ausweitung der staatlichen Ausplünderung findet sein Motto in der „Steuerharmonisierung“: der höchste Steuersatz, die widerlichste Steuer zur Ausplünderung der Volksmassen in Europa! Die folgende Tabelle, obwohl unvollständig um die Lohnsteuern, läßt dennoch den Stand der Steuerausplünderung im Jahre 1976 deutlich werden und eine „harmonisierte Steuersituation“ nach dem Geschmack der Imperialisten erahnen.

Tabelle 1:

Steuerausplünderung in der EG, Stand 1976 (in Mio. DM)

Land	Bevölk. in 1000	Anteil d. Lohnabhängigen	Bruttosozialprodukt (1)	Einkommen aus unselbst. Arbeit (2)	Tatsächl. Sozialbeiträge (3)	Gesamtsteuern	Mehrwertsteuern	Verbrauchssteuern
BRD	61832	85,1	1123200	582850	150090	282318	36559	34338
F	52743	82,3	802696	435651	140481	204401	77582	19182
I	55827	73,1	391890	247201	59595	83526	6599	16006
NL	13660	85,5	224818	122239	39254	64515	15523	6289
B	9801	83,9	172258	85967	22464	48996	12140	4460
GB	56043	92,6	556360	372528	39594	164109	17445	26354

(1) Umgerechnet in DM nach durchschnittlichen Devisenkursen 1976)
(2) 1975; umgerechnet nach Devisenkursen 1975
(3) Umfaßt Bruttolöhne, Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten, sog. Sozialleistungen
(4) Umfassen Sozialversicherungsbeiträge der Lohnabhängigen, der Kapitalisten, sog. Sozialleistungen
Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1977; Statistische Jahrbücher der EG-Staaten; Eurostat, Steuerstatistik 1970-1976; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 77/78

Frankreich

Die französischen Imperialisten, die die Mehrwertsteuer rund 15 Jahre erprobt hatten, bevor die EG-Imperialisten sie allgemein einführten, haben dieses Instrument am schärfsten geschliffen und zur Hauptform der staatlichen Ausplünderung entwickelt:

Normalsatz: 17,6 %

Tabelle 2

Indirekte Steuern in der EG

Frankreich	Italien	GB	Niederlande	Belgien	Dänemark	BRD
Mineralöl	Mineralöl	Mineralöl	Mineralöl	Mineralöl	Benzin	Mineralöl
Tabak	Tabak	Tabak	Tabak	Tabak	Tabak	Tabak
Alkohol	Alkohol	Alkohol	Alkohol	Alkohol	Alkohol	Branntwein
Alkoholausschank	–	–	–	–	–	–
Bier	Bier	Bier	Bier	Bier	Bier	Bier
Nichtalkohol.	–	–	Nichtalkohol.	Nichtalkohol.	–	Getränke
Mineralwasser	–	–	–	–	Mineralw.	–
Wein/Sekt	–	Wein	Wein/Sekt	Wein/Sekt	Wein	Sekt
Streichhölzer	Streichhölzer	Streichh.	–	–	Streichh.	Streichh.
Zucker	Zucker	–	Zucker	Zucker	Süßwaren	Zucker/Eis
Kakao/Schokol.	Kakao	–	–	–	Schokolade	–
Kaffee	Kaffee	–	–	–	Kaffee	Kaffee
Tee	–	–	–	–	–	Tee
Unbedenklichkeit auf Fleisch	–	–	–	–	–	–
Speiseöl	Speiseöl	–	–	–	–	–
Wohnsteuer	Wohnsteuer	–	–	–	–	–
Versicherung	–	–	Versicherung	Versicherung	–	Versicherung
Vergnügung	Vergnüngung	–	Vergnügung	Vergnügung	Vergnügung	Vergnügung
Glücksspiele	Glücksspiele	Glücksspiele	Glücksspiele	–	Glücksspiele	Glücksspiele
Mietverträge	–	–	–	–	–	–
Briefmarken	Briefmarken	Briefmarken	–	–	Briefmarken	–
Auto	Auto	Auto	Auto	Auto	Auto	Auto
Waldprodukte	–	–	–	–	–	–
–	Bananen	–	–	–	–	–
–	Elektrizität	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	Brikett	–
–	–	–	–	–	Kosmetika	–
–	–	–	–	–	Radio/TV	–
–	–	–	–	–	Schallplatten	–
–	–	–	–	–	Lampen	Leuchtmittel
–	–	–	–	–	–	Salz
–	–	–	–	–	–	Essigsäure

Erhöhter Satz: 20,0 %
Luxus: 33,3 %
Ermäßigter Satz: 7,0 %

Zum 1.1.77 hat die französische Bourgeoisie den „Normalsatz“ von 20 auf 17,6 % gesenkt. Zum einen, weil die Kleinbourgeoisie, die ja von der Mehrwertsteuer am härtesten betroffen wird (vgl. KVZ 1/78), seit Jahren gegen die unerträglichen Steuerlasten rebellierte. So berichtete die Presse vor gut einem Jahr über zunehmende Handgreiflichkeiten der Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden gegen die Steuereintreiber, die zur Überprüfung ins Haus kommen, vor allem, nachdem die Steuern in kürzester Zeit drei kleinen Händlern buchstäblich den Hals zugeschnürt hatten. Zum anderen holten die Finanzbourgeois die Senkung des „Normalsatzes“ durch eine gleichzeitige Erhöhung der Straßengebühren und der Mineralölsteuern wieder heraus. Nicht zuletzt aber kündigt dieser Schritt an, wo der „harmonisierte“ Mehrwertsteuer„normal“satz der EG zukünftig liegen soll: bei rund 18 %. In dieser Höhe liegen ebenfalls die Sätze in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden.

Im übrigen hat die Senkung des Steuersatzes keineswegs zu einer Steuerentlastung geführt. Bei einem durchschnittlichen Monatsbruttolohn eines französischen Arbeiters von 2500 FF 1976 betrug die durchschnittliche Mehrwertsteuerlast einer Lohnabhängigenfamilie 613 FF – im Monat. 1977 war sie bereits auf 642 FF gestiegen. Hinzu kommen zahllose indirekte Steuern (Tabelle 2), die eine lohnabhängige Familie im Durchschnitt 1976 um weitere 114 FF im Monat, 1977 um 137 FF beraubten. Die Straßengebühren sind dabei nicht mitgerechnet. Der Posten „Einkommenssteuer“, der sowohl den Hauptposten der Steuern aus Profit wie die Lohnsteuern umfaßt, ist demgegenüber mit 36,5 % (1976) an den Gesamtsteuereinnahmen gering (BRD: 41,8 %). Man wird nicht fehlen in der Annahme, daß die französischen Imperialisten die Hauptbetreiber der *Lohnsteuer*„harmonisierung“ sind.

Italien

Die internationale Finanzbourgeoisie, vertreten durch den Internationalen Währungsfonds, treibt den italienischen Staatsapparat aus Sorge um die Rückzahlung ihrer Kredite zur schnellen und gründlichen „Harmonisierung“. Mit umgerechnet 1500 DM Steuerlast pro Einwohner (BRD: 4566 DM) 1976 ist ihr das Maß noch längst nicht ausgeschöpft. Mit Regierungsdekret vom Februar 1977 erhöhte die italienische Regierung die Mehrwertsteuersätze um einen bis drei Punkte auf:

Normalsatz/ 13 %
Luxus: 35 %
Ermäßigter Satz: 9 %

Im gleichen Jahr wurden die Kraftfahrzeugsteuern, die Mineralölsteuern und die Straßengebühren erhöht. Für die italienische Arbeiterklasse, mit Löhnen weit unter denen der westdeutschen Arbeiter, bedeutet jeder Schritt „Steuerharmonisierung“ rasche, die Existenz angreifende Verelendung. 1976 kam ein Automobilarbeiter (dessen Lohn um einiges über dem Landesdurchschnitt liegt), nachdem ihm von seinem Bruttolohn ca. 14 % an Lohnsteuern und Sozialversicherung abgezogen wurde, auf einen Monats-Nettolohn von ca. 294260 Lire (ca. 1120 DM). Davon mußte er, *vor* der Erhöhung, 8700 Lire an Mehrwertsteuern auf seinen Konsum und den seiner Familie zahlen. Die nachfolgende Mehrwertsteuererhöhung hat die Lebenshaltungskosten um ein bis zwei Prozent erhöht – eine erneute Anhebung ist bereits im Gespräch, ebenso wie eine Erhöhung der direkten Steuern.

Niederlande

Während die niederländische Finanzbourgeoisie mit hoher Lohnsteuerausplünderung – 1976 durchschnittlich 449 hfl pro Lohnabhängigen, bei einem Durchschnittsmonatslohn von 1811 hfl – mit zu den Zugpferden der Lohnsteuer„harmonisierung“ gehört, setzt sie vor allem auf eine kräftige Erhöhung des Plünderungspostens „Verbrauchssteuern“. Diese machen heute „nur“ ca. 7,6 % der Gesamtsteuern aus (BRD: 23,9 %).

Belgien

Die belgischen Bourgeois haben bereits mächtig „harmonisiert“: mit Mehrwertsteuerausbeuten, die vergleichsweise nur knapp unter denen der französischen Imperialisten liegen, mit indirekten Steuern, die sich an den Spitzenergebnissen der westdeutschen Imperialisten orientieren, und mit Lohnsteuern, die sich mit allen anderen messen können, erreichen sie das höchste Pro-Kopf-Steuer-Ergebnis in der EG: umgerechnet 4991 DM (1976).

Großbritannien

Man mag sich geradezu wundern, wie es der britischen Finanzbourgeoisie gelingt, bei äußerst niedrigen Bruttolöhnen der englischen Arbeiterklasse so viel Steuern herauszupressen. Bei einem durchschnittlichen Bruttolohn von monatlich 274 Pfund (1976) bleiben gleich 20,1 % als Lohnsteuer in den Klauen des bürgerlichen Staates hängen; dem Arbeiter zum Leben bleiben 219 Pfund, umgerechnet 997,60 DM. Davon muß er zahlen 12 Pfund an Mehrwertsteuern monatlich und 22,75 Pfund an anderen indirekten Steuern. Seit 1973 sinkt der absolute Verbrauch der englischen Volksmassen an Nahrungsmitteln und Kleidung, von einer Verschlechterung der Qualität ganz zu schweigen.

BRD

Für die westdeutsche Arbeiterklasse wird die „Steuerharmonisierung“, ging's allein nach dem guten Willen der Bourgeoisie, vor allem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, zum zweiten eine Ausweitung der indirekten Steuern bedeuten. Die westdeutschen Imperialisten können sich nicht nur meisterlicher Fähigkeiten in der Lohnsteuerausplünderung, sondern auch einer geradezu beispiellosen Brutalität in der Erhebung indirekter Steuern, d.h. Steuern auf den Konsum der Volksmassen, rühmen. Mit über 1300 DM jährlich an indirekten Steuern pro Lohnabhängigenfamilie liegen die westdeutschen Imperialisten 1976 vor den britischen mit umgerechnet über 1200 DM und den belgischen mit knapp 1000 DM an der Spitze.

Wir haben versucht, die im Zuge der „Steuerharmonisierung“ beabsichtigte Lastenerhöhung quantitativ zu erfassen. Wir haben den amtlichen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt zugrunde gelegt, den *damals gültigen* Mehrwertsteuersatz von 11 bzw. 5,5 % abgezogen und den jeweils höchsten *aktuell gültigen* Satz innerhalb der EG hinzuaddiert. Wir haben *nicht* hinzuaddiert die zahlreichen indirekten Steuern, die die westdeutschen Imperialisten noch nicht erheben, die einer oder mehrere ihrer Konkurrenten aber erheben, da die jeweiligen Sätze nicht genau zu ermitteln waren. Das Ergebnis deutet also eine „vollendet harmonisierte Steuersituation“ nur an. Das aber deutlich.

	Vorher	Nachher
Nahrungs- u. Genußmittel	583,13	608,02
Kleidung, Schuhe	176,61	189,53
Wohnung	306,88	306,88
Elektrizität, Gas	102,46	102,46
Sonstige Haushaltsführung u.a. Möbel, Haushaltsgeräte	174,27	188,00
Verkehr, Nachrichten	280,21	306,71
Körper-, Gesundheitspflege	58,35	65,71
Bildung, Unterhaltung	185,44	193,29
Persönl. Ausstattung	83,41	87,05
	1950,74	2047,65

„Alter Zopf ab“ – Weißbrot in Frankreich 20% teurer

z.emp.Brüssel. Bereits im April hatte die Regierung Barre den staatlich kontrollierten Brotpreis, der nur noch für Weißbrot bestand, um 8 bis 9 % erhöht. Die jetzige Erhöhung nach der Freigabe der Brotpreise beträgt durchschnittlich 10 %, in den großen Städten 15 bis 20 %. Vor allem die Brotfabriken haben erhöht, denn die 43000 kleinen Bäckereien sind im Augenblick überwiegend wegen Urlaubs geschlossen. Damit beträgt allein die Brotpreiserhöhung in diesem Jahr schon 16 bis 24 %. Seit 1975 ist der Preis des „pain parisien“ (400 gr.) von 1,20 auf 2,10 FF gestiegen. Die Preisfreigabe ist ein politischer Angriff der Bourgeoisie, denn die staatliche Preisfestlegung war eine Errungenschaft der Volksmassen in der Revolution von 1791, auch wenn sie seither immer mehr ausgehöhlt worden ist. Zynisch kommentiert der ZDF-Korrespondent: „Heute ist die Brotpreiserhöhung kein Grund mehr, auf die Barrikaden zu gehen, denn wenn die Franzosen noch vor Jahren pro Kopf und Tag ein Kilo Brot verzehrten, so sind es jetzt nur noch durchschnittlich 166 Gramm. Die Eßgewohnheiten haben sich drastisch geändert.“ (heute, ZDF, 14.8.) Die „Eßgewohnheiten“ haben sich schon seit Jahr und Tag geändert. Drastisch zurückgegangen ist durch die Teuerung nämlich auch der Prokopfverbrauch von Gemüse, von 129 auf 114 kg jährlich, und bei Wein, von 111 auf 98 kg (1968–75). Die französische Regierung verspricht den kleinen Bäckern demagogisch Erleichterung der drückenden Konkurrrenz durch die Preisfreigabe. Sie können sich aber teure Maschinerie nicht leisten und den Brotpreis auch nicht beliebig heraufsetzen. Schon jetzt beträgt ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit 54 Stunden. Den Profit werden allein die Lebensmittelkapitalisten in die Scheuer fahren, die den Mehlpreis dieses Jahr schon zweimal erhöht haben. Während der Erzeugerpreis der Bauern für Weichweizen 1975–76 um 9,9 % stieg, haben die großen Mühlen und Konzerne den Marktpreis um 14,9 % erhöht. Die französischen Backwarenkapitalisten haben bisher nur einen Anteil von 7 % des Umsatzes auf dem Brotmarkt von 13 Mrd. FF, in Großbritannien dagegen 80 % und in der BRD 50 %. (L'Express, 14.8.) Das soll sich ändern.

Schwarzer Tabak – immer „beliebter

z.had. Eine 65prozentige Erhöhung ihres Umsatzes melden die Feinschnitthersteller, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mosert über „Änderungen in den Rauchgewohnheiten“, die höchst unvernünftig, weil gesundheitsschädlich sind, die „Bildzeitung“ gibt Flankenschutz in ihrer Serie über die „großen Männerkrankheiten“: etwas Schlimmeres als Rauchen gibt es kaum noch. Es ist die Hauptursache der Herz- und Kreislaufkrankheiten. Kein Wunder, daß so viele daran sterben. Nicht einmal die drastische Erhöhung der Zigarettensteuer, die doch schließlich nur das Wohl der Massen verfolgt, indem sie den Arbeiter von der Zigarette losbringen soll, hat zur „Vernunft“ bei den Massen geführt. Nein, jetzt rauchen sie das noch üblere Kraut vom Bahndamm, den schwarzen Krausen und ähnliche Gifte. Wenn man die horrenden Kosten der Krankenversicherung für solche „Gesundheitsdraufgänger“ bedenkt, kann man schon in Empörung ausbrechen. Selbst zahlen, das müßten die Kettenraucher, anstatt die „Solidargemeinschaft“ der Versicherten ihre eigene Unvernunft ausbaden zu lassen. Und der Bourgeois sitzt im Intercity und raucht genüßlich seine „Al Capone“ für 1,50 DM, seine Kreislaufstörungen rühren vom gestrigen Gelage mit den Vorstandsmackern des Konzerns her. Und er stirbt vielleicht ausnahmsweise auch mit 60, weil er in seinem Mercedes 600 in angetrunkenem Zustand auf der Autobahn in die verkehrte Richtung gefahren ist. Es sind derer nicht allzu viele, man merkt's am Konsum teurer Zigarren und Pfeifentabake: „Die deutsche Industrie ist mit der Entwicklung am Pfeifentabakmarkt nicht zufrieden ... die Konsumenten decken ihren Bedarf auf Auslandsreisen ..“ Der „Trend“ der Arbeiter zum Feinschnitt und zum Selbstdrehen der Zigaretten ist inzwischen so nachhaltig, daß der Konsum über dem von 1969 liegt. 1970 betrug er gerade die Hälfte des heutigen.

Umwälzung der BASF-Belegschaft

Ludwigshafen/Pfalz. Von 1972 bis '77 haben 20361 Arbeiter und Angestellte die BASF verlassen. Das sind 40%. Auf 10 Jahre hochgerechnet würden alle Arbeiter und Angestellte ausgewechselt sein.

Intensivierung der Arbeit im Tiefdruck geplant

Stuttgart. Laut „Deutscher Drucker" 24/78 haben Untersuchungen im Auftrag der Druckkapitalisten ergeben, daß mit der heute erreichten Technik (175 cm Bahnbreite) die Umdrehungszahl von Tiefdruck-Maschinen sich von 30000 U/h auf 40000 U/h steigern läßt. Die Kapitalisten rechnen vor, daß sie damit z.B. bei einer Zeitschriftenauflage von 1,5 Mio. die Druckzeit von 59 Std auf 44 Std senken und bei 7 Mann Maschinenbesatzung 105 Mann-Stunden einsparen würden. Durch solche Maßnahmen würden Arbeitstempo und Lärm für die Arbeiter zunehmen.

Mörderische Akkordarbeit ist Ursache von Frühgeburten

Mannheim. In der Strumpffabrik ELBEO arbeiten 330 Akkordarbeiterinnen. 1976 wurden 28 Kinder von Frauen aus dieser Fabrik geboren. 1977 waren es 15. Bis zum 1.7.78 waren es 4 Kinder. Vom Juni 1976 bis heute wurden 12 Fehlgeburten und 11 drohende Frühgeburten registriert. Letztere Zahlen kann man getrost verdoppeln, dann stimmen sie annähernder. Bei ELBEO wechselt in 2 Jahren schier die ganze Belegschaft, weil es keine Frau bei den mörderischen Arbeitsbedingungen länger als 2 Jahre aushält.

IG-Metall-Großkundgebung geplant

Hagen. Die IG-Metall-Führung bereitet, laut ihrem letzten Funktionärsrundschreiben eine Großkundgebung „gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung" in Dortmund am 14.10.78 vor. Die IG-Metall Verwaltungsstelle Hagen soll 400 Mann organisieren.

Ambulanter Hilfsdienst für 3,50 DM pro Stunde

Recklinghausen. Der Arbeiter-Samariter-Bund Recklinghausen hat 6 Zivildienstleistende sich beschafft für „ältere Mitbürger", für Haushaltshilfe, Arztbesuche, Einkäufe usw. Eine Stunde kostet für die „älteren Mitbürger" 3,50 DM. Der Arbeiter-Samariterbund kriegt die Arbeitskraft der Zivildienstpflichtigen praktisch kostenlos und macht so ein nettes Geschäft.

Mit 64 reif zum Sterben Brief der AOK Gelsenkirchen

Hildesheim. Nachdem in einer Klinik Antrag auf Kostenverlängerung für die Behandlung eines kranken Rentners gestellt wurde, kam folgende Antwort von der AOK Gelsenkirchen: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir können Ihrem Antrag auf Kostenverlängerung über den 9.8.1978 hinaus leider nicht entsprechen. Wir betrachten die stationäre Rehabilitation eines 64jährigen Mannes, die ein Jahr und vier Monate gedauert hat, jetzt endgültig als beendet. Mit freundlichen Grüßen"

Frau bei den mörderischen Arbeitsbedingungen länger als 2 Jahre aushält.

IG-Metall-Großkundgebung geplant

Hagen. Die IG-Metall-Führung bereitet, laut ihrem letzten Funktionärsrundschreiben eine Großkundgebung „gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung" in Dortmund am 14.10.78 vor. Die IG-Metall Verwaltungsstelle Hagen soll 400 Mann organisieren.

Ambulanter Hilfsdienst für 3,50 DM pro Stunde

Recklinghausen. Der Arbeiter-Samariter-Bund Recklinghausen hat 6 Zivildienstleistende sich beschafft für „ältere Mitbürger", für Haushaltshilfe, Arztbesuche, Einkäufe usw. Eine Stunde kostet für die „älteren Mitbürger" 3,50 DM. Der Arbeiter-Samariterbund kriegt die Arbeitskraft der Zivildienstpflichtigen praktisch kostenlos und macht so ein nettes Geschäft.

Mit 64 reif zum Sterben Brief der AOK Gelsenkirchen

Hildesheim. Nachdem in einer Klinik Antrag auf Kostenverlängerung für die Behandlung eines kranken Rentners gestellt wurde, kam folgende Antwort von der AOK Gelsenkirchen: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir können Ihrem Antrag auf Kostenverlängerung über den 9.8.1978 hinaus leider nicht entsprechen. Wir betrachten die stationäre Rehabilitation eines 64jährigen Mannes, die ein Jahr und vier Monate gedauert hat, jetzt endgültig als beendet. Mit freundlichen Grüßen"

Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an den Schulen

Rüsselsheim. Im vergangenen Jahr war in Rüsselsheim ein arbeitsloser Lehrer per ABM eingestellt. Für das kommende Schuljahr sind für sämtliche Grund-, Haupt- und Realschulen je ein ABM-Vertrag vorgesehen. Vorwiegend zur besonderen Betreuung ausländischer und „sozial schwächerer" Schüler. Verschärfte Kontrolle der Schüler einerseits, weitere Spaltung der Kollegien im Lohngefüge ist der Inhalt dieser Maßnahme.

Mehrarbeit verweigert

Karlsruhe. Als Beamte seien sie zur Mehrarbeit verpflichtet. Mit diesem Hinweis auf das Beamtenrecht „begrüßte" die Direktorin des Humboldtgymnasiums auf der Eröffnungskonferenz des neuen Schuljahres die Kollegen. Eine pauschale Überstundenverweigerung stelle ein Dienstvergehen dar und könne als solches geahndet werden. Dieser massive Einschüchterungsversuch verfing jedoch bei vielen Kollegen nicht. Als in den darauf folgenden Tagen einzelne Kollegen Überstunden aufgehalst bekommen sollten, lehnten mehrere entschieden ab, diese Mehrarbeit zu leisten.

Kein Sicherheitsgurt – keine Lohnfortzahlung

Karlsruhe. Falls ein Arbeiter oder Angestellter durch einen Verkehrsunfall arbeitsunfähig wird und er keinen Sicherheitsgurt angelegt hatte, wollen ihm die Kapitalisten wegen Eigenverschulden" die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall streichen. Das kann man einem Aushang des Kapitalistenverbands Gesamtmetall bei Siemens in Karlsruhe entnehmen.

Hamburger Hafen – Tor zur Warenoffensive nach Osten – Kapitalexport folgt

r.obj. Als Hansestadt hat Hamburg für die westdeutschen Imperialisten Tradition bei der Eroberung des Ostens.

„Hamburg ist ein vielseitiges Dienstleistungszentrum, ein bedeutender Industriestandort und ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Die geographische Lage zum osteuropäischen Hinterland ist außerordentlich günstig. Die wirtschaftlichen Beziehungen Hamburgs zu den Staaten Osteuropas bauen daher wesentlich auf diesen Funktionen und Gegebenheiten auf. (...) Insbesondere aber ist es der Hafen, der durch die hohe Abfahrtsdichte seiner Liniendienste, durch moderne Umschlagsanlagen und durch schnelle Abfertigung, sowie durch eine ausgebaute Hinterlandsverbindung so attraktiv ist, daß wir trotz des starken Ausbaus der Ostseehäfen innerhalb des RGW in weiten Bereichen wettbewerbsfähig geblieben sind. (...) An der Spitze der östlichen Transitkunden stehen traditionell die CSSR, Polen und Ungarn."

So der jetzige Finanzsenator Hamburgs, Dr. W. Nölling, bei der Eröffnung der Hamburger Wirtschaftstage in Prag am 10.10.1977.



Seit vier Wochen befinden sich die 44 Besatzungsmitglieder des portugiesischen Frachters MS „Rocadas" mit den Seeleuten aller anderen portugiesischen Schiffe weltweit im Streik. Es geht um die Durchsetzung einer Lohnforderung von 3000 Escudos (ca. 120 DM) Festgeld für alle Dienstgrade an Bord. Der Streik gegenüber den drei großen Staatsreedereien CTM, CNN und SAPONATA wird direkt gegen die portugiesische Regierung geführt, und der Ausgang ist bis zu deren Neubildung noch ungewiß.

Die Sowjetunion hält die RGW-Staaten fest im Griff. Die westdeutschen Imperialisten wollen diese Staaten abspalten und für ihre Profite ausbeuten. Mit der Verschuldung dieser Staaten über Warenlieferungen wird die Aufweichung betrieben. Hamburg dient als Tor für diese Offensive. Von 1967 bis 1976 stieg die Ausfuhr Westdeutschlands über Hamburg in den „Ostblock" von 58000 t im Wert von 290 Mio. DM auf 318000 t im Wert von 2120 Mio. DM. (Der Wert pro t erhöhte sich von 5000 DM auf 6.670 DM). Die Einfuhr vergrößerte sich von 938000 t auf 2,6 Mio. t und stieg im Wert von 282 Mio. DM auf 1,1 Mrd. DM an. (Der Wert pro t erhöhte sich von 300 DM auf 430 DM). Billige Rohstoffe wie Öl und Kohle aus dem Osten werden gegen teure Fertigwaren wie Maschinen und Stahl getauscht.

Mit über 18 Mrd. DM sind die RGW-Staaten bei den Banken und Industriekapitalisten verschuldet. Die Gesamtschulden einschließlich der Verpflichtungen aus den Warenlieferungen sollen sich auf 150 Mrd.DM belaufen. Die Kreditierung wird als Druckmittel für „Kooperationsverträge" oder „Lizenzverträge" mit den RGW-Staaten benutzt: „Die westlichen Partner erhalten im Austausch ...die Möglichkeit, die Resultate der Produktion – Roh- und Brennstoffe, Maschinen und Ausrüstungen, sowie Arbeitskraftreserven zu nutzen." (Außenhandel Nr. 4/1977)

Diese Verfügung über Produktionsmittel ist verdeckter Kapitalexport zur Ausbeutung dieser Länder. Wohin die Pläne der westdeutschen Imperialisten gehen, deuten die Statistiken Hamburgs zum „Güterverkehr nach Verkehrsbezirken" an. Polen und die Sowjetunion tauchen dort gar nicht erst auf, es heißt: „Deutsche Ostgebiete, zur Zeit polnisch", „Dt. Ostgebiete z.Z. sowjetisch", „Danzig" und „Memelland".

Westdeutscher Außenhandel mit den RGW-Staaten über den Hamburger Hafen (in 1000 t; Wertangaben in Mio. DM in Klammern)

	1967		1971		1973		1975		1976	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
RGW*	58	938	221	2092	336	2137	419	1955	318	2591
	(290)	(282)	(427)	(470)	(848)	(748)	(2176)	(806)	(2121)	(1111)
davon:										
Polen	38	125	42	222	176	361	206	320	116	522
	(117)	(89)	(104)	(98)	(221)	(122)	(504)	(105)	(268)	(175)
UdSSR	10	696	169	1465	134	1442	149	1395	188	1887
	(154)	(120)	(309)	(272)	(602)	(492)	(1630)	(581)	(1810)	(835)
Anteil I	9,7%	12,3%	12,2%	14,1%	17,8%	19,9%	32,4%	20,5%	27,9%	21,1%
Anteil II	2,3%	2,7%	2,9%	3,3%	5,1%	4,5%	9,5%	3,8%	8,8%	4,1%

(*RGW ohne DDR; Anteil I: Anteil an der Gesamttonnage der westdeutschen Ausfuhr über Hamburg nach Europa; Anteil II: Anteil an der Gesamttonnage der westdeutschen Ausfuhr über Hamburg in die Welt; Quelle: Statistiken des Hamburger Senats)

Wozu Ehrenberg die „Sommerpause" nutzt

„Varianten" eines beispiellosen Plünderfeldzuges

z.anb. Schlägt man in der Reichsversicherungsordnung (RVO) nach unter dem Stichwort „Gesetz über den Finanzausgleich", weil man durch das „Handelsblatt" auf die prekäre Lage der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) aufmerksam geworden ist, die jährlich Milliarden an „Finanzausgleich" an die Arbeiterrentenversicherung zahlen muß, so steht dort unter der Überschrift *§ 1 – 15 : „Vom Abdruck wurde abgesehen."*

Im Grundsatzwerk der Regierung zur „Sozialen Sicherung" findet man immerhin dem Sinn nach die in der RVO „fehlenden" Richtlinien: „... *wurde 1969 beschlossen, daß automatische Ausgleichszahlungen zwischen*

legen, daß es doch erst richtig kritisch werde, wenn die Ausgaben eines Monats nicht mehr durch das „Vermögen" gedeckt seien.

Um das gleich klarzustellen, diese Heuchler verschweigen von vornherein, daß die Schwankungsreserven absolut *nichts* mit dem tatsächlichen *Vermögen* der Versicherungskassen zu tun haben; der größte Brocken ist längst von der Finanzbourgeoisie in Kapital verwandelt und „gewinnbringend" angelegt. Es handelt sich um die Mindestreserve, die die Parasiten der Arbeiterklasse soeben noch zugestehen, um den Betrug nicht vollends offensichtlich werden zu lassen.

Nun also: die Lage sei nicht so ernst,

rat im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zum 21. RAG ausgekocht hat, so fällt auf, daß von 2 „Varianten" ausgegangen wird.

Entwicklung der Schwankungsreserven der Rentenversicherung *(nach Gutachten des Sozialbeirats)*

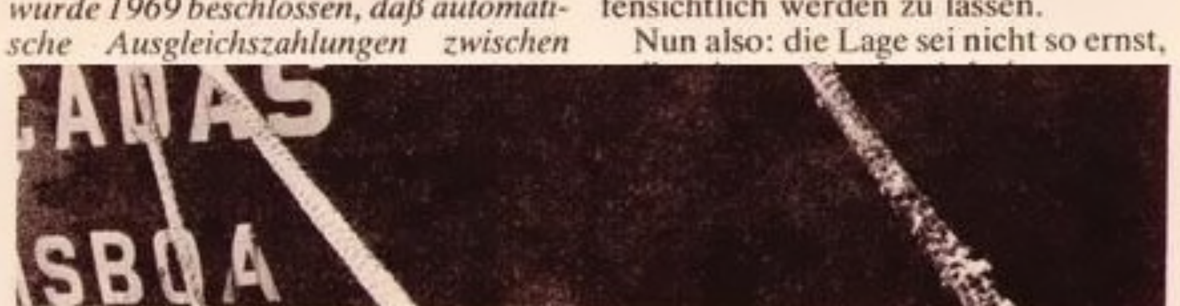
Jahr	Variante I in Mrd. DM	Variante I inMonats-ausgab.	Variante II in Mrd. DM	Variante II inMonats-ausgab.
1977	25,3	3,3	25,3	3,3
1978	15,3	1,9	15,4	1,8
1979	10,4	1,2	12,7	1,4
1980	8,9	1,0	12,7	1,4
1981	12,7	1,4	15,3	1,7
1982	16,5	1,8	17,4	1,8

Krankenversicherungsbeitrag „scheinbar unmerklich" als Abzug von den jeweiligen Anpassungssätzen gleich einbehalten werden.

Beide „Varianten" sind auf einen Raubzug von 40 Mrd. DM bis 1981 berechnet, das „Loch", das durch steigende Ausgaben verursacht sei. Abgesehen von der Unverschämtheit der Ehrenbergs und Schmidts, ihre eigenen Plünderungen als „steigende Ausgaben" zu titulieren, muß man ihnen zugute halten, daß sie keineswegs die Bedeutung der Beziehung zwischen Renten und Löhnen unterschätzen. Im Gegenteil. Wenn sie die Bruttolohnbezogenheit der Renten mit dem 21. RAG vorübergehend über den Haufen

	1967		1971		1973		1975		1976	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
RGW*	58	938	221	2092	336	2137	419	1955	318	2591
	(290)	(282)	(427)	(470)	(848)	(748)	(2176)	(806)	(2121)	(1111)
davon:										
Polen	38	125	42	222	176	361	206	320	116	522
	(117)	(89)	(104)	(98)	(221)	(122)	(504)	(105)	(268)	(175)
UdSSR	10	696	169	1465	134	1442	149	1395	188	1887
	(154)	(120)	(309)	(272)	(602)	(492)	(1630)	(581)	(1810)	(835)
Anteil I	9,7%	12,3%	12,2%	14,1%	17,8%	19,9%	32,4%	20,5%	27,9%	21,1%
Anteil II	2,3%	2,7%	2,9%	3,3%	5,1%	4,5%	9,5%	3,8%	8,8%	4,1%

(*RGW ohne DDR; Anteil I: Anteil an der Gesamttonnage der westdeutschen Ausfuhr über Hamburg nach Europa; Anteil II: Anteil an der Gesamttonnage der westdeutschen Ausfuhr über Hamburg in die Welt; Quelle: Statistiken des Hamburger Senats)



Seit vier Wochen befinden sich die 44 Besatzungsmitglieder des portugiesischen Frachters MS „Rocadas" mit den Seeleuten aller anderen portugiesischen Schiffe weltweit im Streik. Es geht um die Durchsetzung einer Lohnforderung von 3000 Escudos (ca. 120 DM) Festgeld für alle Dienstgrade an Bord. Der Streik gegenüber den drei großen Staatsreedereien CTM, CNN und SAPONATA wird direkt gegen die portugiesische Regierung geführt, und der Ausgang ist bis zu deren Neubildung noch ungewiß.

Wozu Ehrenberg die „Sommerpause" nutzt

„Varianten" eines beispiellosen Plünderfeldzuges

z.anb. Schlägt man in der Reichsversicherungsordnung (RVO) nach unter dem Stichwort „Gesetz über den Finanzausgleich", weil man durch das „Handelsblatt" auf die prekäre Lage der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) aufmerksam geworden ist, die jährlich Milliarden an „Finanzausgleich" an die Arbeiterrentenversicherung zahlen muß, so steht dort unter der Überschrift § 1 – 15 : „Vom Abdruck wurde abgesehen."

Im Grundsatzwerk der Regierung zur „Sozialen Sicherung" findet man immerhin dem Sinn nach die in der RVO „fehlenden" Richtlinien: „... wurde 1969 beschlossen, daß automatische Ausgleichszahlungen zwischen

legen, daß es doch erst richtig kritisch werde, wenn die Ausgaben eines Monats nicht mehr durch das „Vermögen" gedeckt seien.

Um das gleich klarzustellen, diese Heuchler verschweigen von vornherein, daß die Schwankungsreserven absolut nichts mit dem tatsächlichen Vermögen der Versicherungskassen zu tun haben; der größte Brocken ist längst von der Finanzbourgeoisie in Kapital verwandelt und „gewinnbringend" angelegt. Es handelt sich um die Mindestreserve, die die Parasiten der Arbeiterklasse soeben noch zugestehen, um den Betrug nicht vollends offensichtlich werden zu lassen.

Nun also: die Lage sei nicht so ernst,

rat im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zum 21. RAG ausgekocht hat, so fällt auf, daß von 2 „Varianten" ausgegangen wird.

Krankenversicherungsbeitrag „scheinbar unmerklich" als Abzug von den jeweiligen Anpassungssätzen gleich einbehalten werden.

Beide „Varianten" sind auf einen Raubzug von 40 Mrd. DM bis 1981 berechnet, das „Loch", das durch steigende Ausgaben verursacht sei. Abgesehen von der Unverschämtheit der Ehrenbergs und Schmidts, ihre eigenen Plünderungen als „steigende Ausgaben" zu titulieren, muß man ihnen zugute halten, daß sie keineswegs die Bedeutung der Beziehung zwischen Renten und Löhnen unterschätzen. Im Gegenteil. Wenn sie die Bruttolohnbezogenheit der Renten mit dem 21. RAG vorübergehend über den Haufen

beiden Versicherungszweigen erfolgen müssen, wenn das Vermögen des einen Versicherungszweiges zwei Monatsausgaben im voraufgegangenen Kalenderjahr abzüglich der Bundeszuschüsse unterschreitet und das des anderen Versicherungszweiges 4 Monatsausgaben überschreitet."

Mit dieser Maßnahme solle die „*Zahlungsfähigkeit der Arbeiterrentenversicherung ohne Belastung des Kapitalmarkts sichergestellt werden*". 13 Mrd. DM habe die BfA 1977 im Rahmen dieser „Finanzverpflichtung" an die Arbeiterrentenversicherung gezahlt, 23% ihrer gesamten Ausgaben. Ohne sie hätte sie ein Plus von 3,8 Mrd. DM aus ihrem Haushalt erzielt. Und darüber hinaus ihre eigene Schwankungsreserve nicht um nahezu ein Drittel auf 19,6 Mrd. DM „abschmelzen" müssen.

Nun zeichne sich aber ein Ende dieser Finanzverpflichtung der BfA ab. 1979 sollen noch einmal 5 Mrd. DM „ausgeglichen" werden, 1980 ist Schluß, weil dann die eigene Schwankungsreserve auf 1,5 Monatsausgaben reduziert sei, die gesetzlich festgelegte Mindestgrenze. Die einfache Folge für die Arbeiterrentenversicherung ist, daß sie in massive „Liquiditätsprobleme" fällt, ein Umstand, für den sich die Bundesregierung mit der „Absicherungsklausel" im 21. Rentenanpassungsgesetz bereits „außergewöhnliche Maßnahmen" offengehalten hat.

Um letztere geht es, aber keineswegs erst 1980. Eher nach der „Sommerpause" des Parlaments. Und die Gründe sind auch andere, als hiernach zu erkennen ist. Die bürgerliche Presse winkt ab; wenn man an „Krisenstimmung" denke, so solle man sich überlegen, daß es doch erst richtig kritisch werde ...

weil es immerhin der Arbeiterrentenversicherung „besser" gehe. Ihre eigenen Schwankungsreserven habe man nicht in dem Umfang „abschmelzen" müssen, wie zunächst befürchtet, statt 1,2 Monatsausgaben sind 1979 nun doch noch 1,4 an Rücklagen vorhanden.

Der Verband der Rentenversicherungsträger führt in seinem neuesten Bericht für 1977 an, daß Anfang 1977 die Reserven noch 3,3 Monatsausgaben betrugen, während des Jahres dann 10,5 Mrd. DM aus der Schwankungsreserve entnommen werden mußten, so daß Ende 1977 noch 2,0 Monatsausgaben vorhanden waren. 1978 sei das Verhältnis hingegen „besser", die Rücklagen nähmen „weniger rasch" ab, lediglich um weitere 8,4 Mrd. auf verbleibende 11,6 Mrd. DM, besagte 1,4 Monatsausgaben.

Zurückgeführt wird diese „Besserung" der Finanzlage auf die gesunkene Zahl an Neurenten; 1977 stieg ihre Zahl um 88000 weniger als im Vorjahr. „*Gleichzeitig sank das Durchschnittsalter der Rentenempfänger 1977 auf 59,8 Jahre bei den Arbeitern (1976: 61,1) und 61,8 bei den Angestellten (1976: 62,8).*" Gewaltige Umwälzungen in der Zahl der Frührentner, die die Profitschinderei ausgeblutet hat, stecken hinter diesen Zahlen, ehe sich der *gesamte* Durchschnitt des Zugangsalters um 1 Jahr senkt, man denke nur an die Bourgeoisgreise!

Daß eine abgefeimte Absicht hinter der Propaganda über die „weniger stark abnehmenden Reserven" der Rentenversicherung versteckt ist, ahnt man. Schaut man sich die beistehende Tabelle an, die der Expertenklüngel der Finanzbourgeoisie, der Sozialbeirat im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zum 21. RAG ausgekocht hat, so fällt auf, daß von 2 „Varianten" ausgegangen wird.

Entwicklung der Schwankungsreserven der Rentenversicherung *(nach Gutachten des Sozialbeirats)*

Jahr	Variante I in Mrd. DM	Variante I inMonats-ausgab.	Variante II in Mrd. DM	Variante II inMonats-ausgab.
1977	25,3	3,3	25,3	3,3
1978	15,3	1,9	15,4	1,8
1979	10,4	1,2	12,7	1,4
1980	8,9	1,0	12,7	1,4
1981	12,7	1,4	15,3	1,7
1982	16,5	1,8	17,4	1,8
1984	26,0	2,5	23,0	2,1
1986	38,3	3,2	30,3	2,5
1988	51,1	3,8	37,0	2,7
1990	63,1	4,1	41,6	2,7
1992	67,7	4,2	41.8	2,5

Variante I unterstellt Maßnahmen, wie sie das 21. RAG vorsieht, also: „Erhöhung" der Renten 1979 um 4,5%, 1980 und 1981 um 4%, sowie Erhöhung des Beitragssatzes 1981 um 0,5%. Bei dieser Variante spitzt sich die Finanzlage der Rentenversicherung 1979 und 1980 zu, weil dann die Rücklagen nur noch *eine* Monatsausgabe umfassen, und der Sozialbeirat gibt offenherzig zu, daß diese Minirücklage nicht einmal flüssig zu machen sei, wenn sie gebraucht wird. Der Vorteil der riskanten Planung liegt an den horrenden Steigerungssätzen in den folgenden Jahren, ein lockender Anreiz für weitere Plünderungsunverschämtheiten. *Variante II* wird von der Hälfte der Sozialbeiratsmitglieder als „*besser*" beurteilt; sie ist tatsächlich eine „alternative" *Strategie*, je nachdem, wie sich die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter entwickeln:

Anstelle der Aufhebung der Bruttolohnbezogenheit Rentenanpassung wie bislang nach der durchschnittlichen Lohnerhöhung der letzten drei Jahre, die dem Kalenderjahr vorausgehen – und bei den seit 1975 erfolgten Lohnsenkungen ist das ein reizvolles Geschäft – Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für die Rentner von 2% ab 1.1.1979, der sich dann 1980 auf 4% und 1981 auf 5,5% erhöhen soll. Da jeder Bourgeois weiß, daß das von den jetzigen Renten ohne Lebensgefahr nicht zu zahlen ist, soll der

geworfen haben, dann nur, um die Beziehung Lohn – Rente „auf einem neuen Niveau zu fixieren" (Sozialbeirat). Die Variante I der Parasiten bewährt sich nämlich so lange, wie die Lohnentwicklung tatsächlich den Vorausberechnungen der Regierung entspricht, das sind 6% „Steigerung" für 1979, 6,2% für 1980 bis 1982. Sollte es den Kapitalisten aber gelingen, den Lohn *unter* diese Marke zu drücken, und sie haben es heißen Herzens vor, so taucht die Gefahr auf, daß die Schwankungsreserven bis zum Punkt des Ruins der Rentenversicherung „zusammenschmelzen".

Die Finanzbourgeoisie müßte also Teile des Kapitalstocks, den sie gestohlen hat, liquide machen, um die Zahlung der Renten sicherzustellen. Das behagt ihr überhaupt nicht. Sie sinnt auf ein Verfahren, wie *trotz sinkender Schwankungsreserven durch Lohnsenkungen* die Kapitalgeberfunktion der Rentenkassen gesteigert werden kann, und zwar, da der zügellosen Beitragserhöhung nach ihren eigenen Angaben Grenzen gesetzt sind, durch Ausgabenkürzung. „*Im Falle geringerer Entgeltsteigerungen könnten die Rentenerhöhungen nach der Variante II auch niedriger ausfallen, als nach dem Konzept der Bundesregierung (Variante I). In diesem Falle wäre allerdings für die Jahre ab 1980 auch die Gefahr vermindert, daß die Schwankungsreserve die Grenze einer Monatsausgabe unterschreitet ... In dieser Flexibilität bzw. der Aufrechterhaltung eines Zusammenhanges zwischen Renten und Aktiveinkommen sehen die Vertreter der Variante II den Vorteil dieser Lösung.*" (Gutachten des Sozialbeirats, S. 6)

Kooperative „Etruria“ besetzt 210 ha Land

Die Agrarier antworten mit Strafanzeigen

z.ulg.Rom. 50 km nordwestlich von Rom, an der Küstenautobahn nach dem Hafen Civitavecchia, liegt der Badeort S. Severa. Jenseits der Autobahn, ein kurzes Stück die steinige Schotterstraße landeinwärts, sind ein paar rote Fahnen in den Boden gesteckt. Etwas weiter ist der schwere, trockene Boden frisch gepflügt. Ein zusammengezimmerter Tisch, ein paar Stühle für Versammlungen, gerade wird aus Wellblech eine provisorische Behausung aufgebaut. Wir sind da, auf dem von der Kooperative „Etruria“ besetzten Land.

Am 22. Juli haben sie das Land besetzt, erzählt ein alter Funktionär der Landarbeitergewerkschaft. 210 ha, ein erster Schritt nur zu den insgesamt 2100 ha, die die Großagrarier Morani und Guerra seit 40 Jahren gepachtet haben. Das Land hier, insgesamt 18000 ha, gehört dem Pio Istituto di S. Spirito. Früher eine Pfründe des katholischen Krankenhauses S. Spirito in Rom, seit der Übernahme des Krankenhauses durch den Staat Eigentum der Region Latium. Das „fromme Institut“ ist nicht der einzige Großgrundbesitzer hier in der Gegend. Ganz in der Nähe gehören der „schwarzen Prinzessin“ Pallavicini, eine der faschistischen Gönnerinnen des Bischofs Lefevre, 545 ha, der römischen Adelsfamilie Torlonia weitere 703 ha. Wenn sie keine Kinder hatten, haben Leute dieser Sorte ihr Land früher dem „frommen Institut“ vererbt, „um schneller ins Paradies zu kommen“, bemerkt der alte Funktionär. Eine große Plantage bewirtschaftet das Institut selbst, das übrige Land ist verpachtet, 1520 ha an Morani, 580 ha an Guerra, der Rest an kleine Pächter, die sich auf Flecken von 5, 7 oder 10 ha durchschlagen, oft mit 15köpfigen Familien. Die Agrarier, sie selbst leben in der Stadt, lassen das Land von Unterpächtern unklarer Rechtsstellung, die die Hälfte des Ertrags an die Großpächter abliefern müssen, und von Landarbeitern bebauen. 8000 Lire im Jahr (20 DM) pro Hektar mußten die Agrarier bisher an Pacht zahlen. Da warf auch extensiver Weizenanbau und Weidewirtschaft noch hohen Profit ab, obwohl der fruchtbare Vulkanboden gut zum Gemüseanbau geeignet ist. Die Kooperative will Artischocken anbauen, Kohl und Melonen. Bei Artischocken sind hier mindestens drei, oft sogar vier Ernten im Jahr möglich, erzählt der alte Landarbeiter.

Sandro, Mitte 20, Sohn eines Kleinbauern aus der Gegend und Vorstandsmitglied der Kooperative, erzählt, wie es zu der Besetzung gekommen ist. Auch nach der „Agrarreform“ der Christdemokraten vor 25 Jahren drückt der Landmangel die kleinen Bauern im „Comprensorio“, wie das „Reform“-gebiet nordwestlich von Rom heißt. Erst recht für die Söhne reicht das Land nicht mehr aus. Anfang des vorigen Jahres haben sie sich zum ersten Mal versammelt, größtenteils Bauernsöhne aus der Gegend, und beschlossen, Land zu besetzen, um eine neue Genossenschaft zu gründen. Arbeitslose Landarbeiter stießen hinzu. Die Agrarier haben durch Änderung der Kulturen und Einführung von neuen Maschinen oft von 100 Landarbeitern 90 oder 95 arbeitslos gemacht. Über die „Legga dei Disoccupati“, die Arbeitslosenliga der Gewerkschaftsbünde, haben sie sich mit arbeitslosen Jugendlichen in Rom und Civitavecchia, auch arbeitslosen Hochschulabgängern, in Verbindung gesetzt, um sie für die Beteiligung an der geplanten Kooperative zu gewinnen. Sogar ein leibhaftiger Philosophieprofessor, ebenfalls arbeitslos, ist Mitglied der Genossenschaft, hatte der Landarbeiterfunktionär lächelnd berichtet. Am 17. Oktober letzten Jahres wurde die neue Kooperative mit 34 Gründungsmitgliedern formell gegründet, heute übersteigt die Zahl der Mitglieder und Aufnahmeanträge bereits 100. Die neugegründete Genossenschaft forderte, ihr die bisher von den beiden Agrariern gepachteten 2100 ha zu übergeben, Regierung und Region sollten die Anschaffung der nötigen Maschinen, des Saatguts usw. finanziell unterstützen.

Im November wird die erste Demonstration auf dem geforderten Land durchgeführt. Im April endlich müssen sich die beiden Agrarier zu Verhandlungen bequemen. Am 21. Juli der erste Teilerfolg: Am Sitz der Regionalregierung unterschreiben Guerra und Moranis Tochter einen Vertrag, nach dem sie 10% ihres Landes dem Pio Istituto zurückgeben, damit es an die Kooperative vergeben werden kann. Tags darauf nimmt die Kooperative das Land in Besitz und beginnt mit dem Pflügen. Bis zum September müssen die nötigen Arbeiten durchgeführt sein, damit nicht noch ein weiteres Jahr ins Land geht, bis zum ersten Mal geerntet werden kann.

Ein neuer Pachtvertrag mit dem Pio Istituto ist Voraussetzung für die bereits zugesagte Bewilligung von Geldern durch die Region. Um den sofortigen Abschluß des Vertrages zu erzwingen, wird das Land besetzt gehalten. Das Institut vertröstet die Kooperative auf September. So bestärkt, werden die Agrarier frech. Morani behauptet, seine Tochter sei zur Rückgabe seiner 158 ha an das Institut gar nicht bevollmächtigt gewesen und erstattet Strafanzeige. Der örtliche Carabinieri-Offizier erscheint und stellt die Personalien der auf dem besetzten Land Anwesenden fest. Guerra reicht gegen die Landbesetzung Zivilklage ein, bis zum Abschluß eines neuen Pachtvertrages behalte er die Verfügung über das Land, für die Nutzung der Wasserstelle und für den „Schaden“, der dem ehemaligen christdemokratischen Stadtrat durch das Aufstellen roter Fahnen entstanden ist, verlangt er Ersatz. Die Kooperative denkt nicht daran zu weichen. Mit verstärkten Kräften wird die begonnene Bestellung der Felder fortgesetzt.

Woher sollen die nötigen Maschinen beschafft werden? Einige Bauern haben ihre Traktoren zur Verfügung gestellt, aber auf die Dauer geht das nicht, und die Maschinen sind auch zu klein. Die Stellung von Maschinen und von Mitteln für die nötigen Investitionen muß Bestandteil des Pachtvertrags mit dem Pio Istituto sein, ist die Forderung. Außerdem ist in der Gegend eine Sammlung begonnen worden zur finanziellen Unterstützung der Kooperative.

Und die Absatzprobleme? Bisher, antwortet Sandro, waren die Kleinbauern oft von 23 bis 2, 3 Uhr auf dem Generalmarkt in Rom, um ein paar Kisten Wasser- oder Honigmelonen zu schlechten Preisen zu verkaufen. Um 6 Uhr waren sie dann wieder zurück. Jetzt wird man auf die Dauer einen Lastwagen kaufen können und viel auch unter Umgehung des römischen Generalmarkts über die Konsumgenossenschaften und direkt in der Gegend absetzen. Ein anwesender Vertreter der Arbeitskammer, der Provinzleitung des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, sagt zu, daß die Gewerkschaft den Absatz gerade in der Anfangszeit unterstützen wird. „Alle Agrarier sollen sich darüber im klaren sein“, erklärt ein Vertreter des Kleinbauernverbandes Confcoltivatori, „daß die Bauernbewegung vor diesen Anzeigen nicht kapitulieren wird, sondern dadurch nur gestärkt wird“ – im September wird die Confcoltivatori in der ganzen Gegend einen Kampftag gegen das Pio Istituto durchführen.

Maschinengemeinschaft: Die Bauernarbeit verlangt Kooperation

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse stehen dagegen

z.brp. Auf der Internationalen Landwirtschaftsschau im Mai dieses Jahres wurden Traktoren vorgeführt, die für fast alle Arbeiten, die bei Ackerbaubetrieben anfallen, zu nutzen sind. Versehen mit einigen Zusatzgeräten kann der Traktor eingesetzt werden beim Mähen, Häckseln, Schwaden, Spritzen, Eggen, Drillen, Düngen, Rasenmähen, Zetten, Grubbern, Hacken, Pflanzen, Häufeln, Walzen, Lüften, zum Transportieren von Ballen, Silagen und Rundballen. Ausgestellt wurden Mähdrescher mit mehr als sieben Metern Schnittfläche. Schon ein Mähdrescher mit 6,50 Meter Arbeitsbreite hat eine Dreschleistung von 16 Tonnen in der Stunde. Zuckerrübenmaschinen mit Tagesleistungen von sechs bis sieben Hektar sind heute im Einsatz.

Das ist ein großer Fortschritt in der Entfaltung der Produktivkräfte, gemessen am Aufwand von Zeit und Arbeitskraft, der erforderlich ist, wenn zum Beispiel die Zuckerrüben mit der Hand aufgelesen, abgestrunkt und verladen werden müssen. In der Steigerung der Hektar-Erträge spiegelt sich die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit wider.

Hektarerträge bei Sommerweizen

Jahr	Anbaufläche in ha	Hektarertrag in Doppelzentner	Gesamtertrag in Tonnen
1935	53300	20,9	112000
1951	82480	25,9	213870
1952	60801	24,6	149526
1957	155179	27,7	430202
1958	108635	26,8	291257
1964	176335	32,7	578763
1965	141627	29,6	419785
1967	186335	37,6	700496
1970	222900	41,0	914400
1974	235900	43,3	1021300
1975	332100	41,6	1381100
1976	228300	35,9	818500

Quelle: Statistische Jahrbücher

Die gesteigerten Hektarerträge spiegeln die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit wider; die Einbrüche zeigen die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion.

Worüber die Bourgeoisie – offensichtlich aus gutem Grund – keine Statistik führt, ist, daß sich hinter diesen Zahlen ein scharfer Klassengegensatz verbirgt: Der Hektarertrag ist unterschiedlich, derart, ob der Bauer viel Grund und Boden besitzt und damit in der Lage ist, eine große zusammenhängende Fläche zu bewirtschaften, oder ob er nur eine kleine Parzellenlandwirtschaft betreiben kann.

Abgesehen davon, daß der kleine Bauer sich nur durch Verschuldung beim Finanzkapital Maschinerie kaufen kann, denn er kann weder aus Verpachtung von Boden noch aus der Ausbeutung von Landarbeitern Profit ziehen, oft ist für ihn der Einsatz von Maschinerie überhaupt nicht möglich.

Die Anzahl der Schlepper zum Beispiel hat in den letzten Jahren von 797423 Stück 1960 auf 1253800 Stück 1974 zugenommen. Dabei hatten die Betriebe unter 10 ha 1971 nur einen Schlepper der untersten Leistungskraft bis 24 PS, in der Größenklasse bis 20 ha wurde überwiegend ein Schlepper von 25 bis 34 PS verwandt. Bei Betrieben mit 20 bis 50 ha gab es vorwiegend zwei Schlepper, 50 bis 100 ha drei Schlepper und in den Betrieben mit mehr als 100 ha wurden die großen Schlepper über 51 PS eingesetzt, durchschnittlich vier Stück.

Kann sich der kleine Bauer nur den einfachsten Schlepper leisten, bedeutet das, daß er mehr Arbeitszeit aufwenden muß als seine Konkurrenten, kauft er sich einen großen leistungsstarken Schlepper, verschuldet er sich und muß ebenfalls mehr Arbeitszeit aufwenden, um zu höheren Erträgen zu kommen. Außerdem kann er dann den großen Schlepper auf seinem Stück Land nicht voll ausnutzen.

Bei den Mähdreschern, den Kartoffellegemaschinen und -Sammelrodern, den Zuckerrüben-Sammelköpfrodern sieht es genauso aus. Der kleinste Mähdrescher von 2,10 Meter Arbeitsbreite kostet heute 21000 DM. Rationell eingesetzt werden kann er erst ab einer Betriebsgröße von 22 ha, darunter ist es für den Bauern günstiger, das Mähdreschen von einem Lohnunternehmer erledigen zu lassen.

Investitionen für Maschinen und Geräte in DM/ha

Jahr	Vollerwerbsbetriebe	Nebenerwerbsbetriebe
1975/76	400	417
1976/77	416	420

Die Entfaltung der Produktivkräfte wird durch das Privateigentum an Grund und Boden gefesselt. Für die kleinen und mittleren Bauern bedeutet der private Grundbesitz ihre Ruinierung, wo hingegen er für die Großagrarier die Voraussetzung ihrer Existenz ist. Durch den Privatbesitz an Grund und an Produktionsmitteln können sie sich die Früchte fremder Arbeit aneignen. Der Einsatz der Maschinerie in der Landwirtschaft bedeutet für sie erhöhte Ausbeutung der Landarbeiter und erhöhten Profit.

Um ihrer Ruinierung zu entgehen, haben die kleinen und mittleren Bauern teilweise das Privateigentum an ihren Produktionsmitteln aufgehoben und besitzen gemeinschaftlich Maschinen und Geräte, die auch gemeinschaftlich genutzt werden. Mähdrescher werden zu 81,8% gemeinschaftlich genutzt, Kartoffel-Sammelroder zu 75% und Zuckerrüben-Sammelköpfroder zu 79,7%. (In diesen Zahlen ist die gesamte gemeinschaftliche Benutzung der Maschinen enthalten, als Genossenschaftseigentum, Eigentum von kapitalistisch betriebenen Maschinenringen, Eigentum mehrerer Betriebe, Eigentum eines Lohnunternehmers.) Die Anbaufläche, die mit den in Nachbarschaftshilfe oder im gemeinsamen Besitz mehrerer Betriebe befindlichen Maschinen bearbeitet wird, ist jedoch gering: Mähdreschfläche 697000 ha (13% der Gesamtanbaufläche), Kartoffelfläche 61300 ha (11% der Gesamtanbaufläche) und bei den Zuckerrüben 88700 ha (28% der Gesamtanbaufläche). Es sind die kleinsten Bauern, die die Kooperation praktizieren und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion Rechnung tragen. Voll entfalten kann sich die gesellschaftliche Produktion, wenn auch der Privatbesitz an Grund und Boden aufgehoben wird.



In der Kampagne „Lernen von Dadschai“ haben die Volksmassen in der Volksrepublik China große Anstrengungen unternommen, um den Aufbau der Industrie auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft voranzutreiben. In den Arbeiterbrigaden werden allseitig ausgebildete Fachkräfte unterrichtet. So zeigt das Bild Arbeiter der Traktorenbrigade von Dadschai, die den Maschinenpark beständig kontrollieren, ausbessern und instandsetzen.

haben Leute dieser Sorte ihr Land früher dem „frommen Institut“ vererbt, „um schneller ins Paradies zu kommen“, bemerkt der alte Funktionär. Eine große Plantage bewirtschaftet das Institut selbst, das übrige Land ist verpachtet, 1520 ha an Morani, 580 ha an Guerra, der Rest an kleine Pächter, die sich auf Flecken von 5, 7 oder 10 ha durchschlagen, oft mit 15köpfigen Familien. Die Agrarier, sie selbst leben in der Stadt, lassen das Land von Un-
Über die „Legga dei Disoccupati“, die Arbeitslosenliga der Gewerkschaftsbünde, haben sie sich mit arbeitslosen Jugendlichen in Rom und Civitavecchia, auch arbeitslosen Hochschulabgängern, in Verbindung gesetzt, um sie für die Beteiligung an der geplanten Kooperative zu gewinnen. Sogar ein leibhaftiger Philosophieprofessor, ebenfalls arbeitslos, ist Mitglied der Genossenschaft, hatte der Landarbeiterfunktionär lächelnd berichtet. Am
ten. Das Institut vertröstet die Kooperative auf September. So bestärkt, werden die Agrarier frech. Morani behauptet, seine Tochter sei zur Rückgabe seiner 158 ha an das Institut gar nicht bevollmächtigt gewesen und erstattet Strafanzeige. Der örtliche Carabinieri-Offizier erscheint und stellt die Personalien der auf dem besetzten Land Anwesenden fest. Guerra reicht gegen die Landbesetzung Zivilklage ein, bis zum Abschluß eines neuen Pachtvertrages behalte er die Verfü-
vinzleitung des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, sagt zu, daß die Gewerkschaft den Absatz gerade in der Anfangszeit unterstützen wird. „Alle Agrarier sollen sich darüber im klaren sein“, erklärt ein Vertreter des Kleinbauernverbandes Confcoltivatori, „daß die Bauernbewegung vor diesen Anzeigen nicht kapitulieren wird, sondern dadurch nur gestärkt wird“ – im September wird die Confcoltivatori in der ganzen Gegend einen Kampftag gegen das Pio Istituto durchführen.

Maschinengemeinschaft: Die Bauernarbeit verlangt Kooperation
Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse stehen dagegen

z.brp. Auf der Internationalen Landwirtschaftsschau im Mai dieses Jahres wurden Traktoren vorgeführt, die für fast alle Arbeiten, die bei Ackerbaubetrieben anfallen, zu nutzen sind. Versehen mit einigen Zusatzgeräten kann der Traktor eingesetzt werden beim Mähen, Häckseln, Schwaden, Spritzen, Eggen, Drillen, Düngen, Rasenmähen, Zetten, Grubbern, Hacken, Pflanzen, Häufeln, Walzen, Lüften, zum Transportieren von Ballen, Silagen und Rundballen. Ausgestellt wurden Mähdrescher mit mehr als sieben Metern Schnittfläche. Schon ein Mähdrescher mit 6,50 Meter Arbeitsbreite hat eine Dreschleistung von 16 Tonnen in der Stunde. Zuckerrübenmaschinen mit Tagesleistungen von sechs bis sieben Hektar sind heute im Einsatz.
Das ist ein großer Fortschritt in der
Abgesehen davon, daß der kleine Bauer sich nur durch Verschuldung beim Finanzkapital Maschinerie kaufen kann, denn er kann weder aus Verpachtung von Boden noch aus der Ausbeutung von Landarbeitern Profit ziehen, oft ist für ihn der Einsatz von Maschinerie überhaupt nicht möglich.
Die Anzahl der Schlepper zum Beispiel hat in den letzten Jahren von 797423 Stück 1960 auf 1253800 Stück 1974 zugenommen. Dabei hatten die Betriebe unter 10 ha 1971 nur einen Schlepper der untersten Leistungskraft bis 24 PS, in der Größenklasse bis 20 ha wurde überwiegend ein Schlepper von 25 bis 34 PS verwandt. Bei Betrieben mit 20 bis 50 ha gab es vorwiegend zwei Schlepper, 50 bis 100 ha drei Schlepper und in den Betrieben mit mehr als 100 ha wurden die großen
nen. Der Einsatz der Maschinerie in der Landwirtschaft bedeutet für sie erhöhte Ausbeutung der Landarbeiter und erhöhten Profit.
Um ihrer Ruinierung zu entgehen, haben die kleinen und mittleren Bauern teilweise das Privateigentum an ihren Produktionsmitteln aufgehoben und besitzen gemeinschaftlich Maschinen und Geräte, die auch gemeinschaftlich genutzt werden. Mähdrescher werden zu 81,8% gemeinschaftlich genutzt, Kartoffel-Sammelroder zu 75% und Zuckerrüben-Sammelköpfroder zu 79,7%. (In diesen Zahlen ist die gesamte gemeinschaftliche Benutzung der Maschinen enthalten, als Genossenschaftseigentum, Eigentum von kapitalistisch betriebenen Maschinenringen, Eigentum mehrerer Betriebe, Eigentum eines Lohnunternehmers.) Die Anbaufläche, die mit den in Nachbarschaftshilfe oder im gemeinsamen Besitz mehrerer Betriebe befindlichen Maschinen bearbeitet wird, ist jedoch gering: Mähdreschfläche 697000 ha (13% der Gesamtanbaufläche), Kartoffelfläche 61300 ha (11% der Gesamtanbaufläche) und bei den Zuckerrüben 88700 ha (28% der Gesamtanbaufläche). Es sind die kleinsten Bauern, die die Kooperation praktizieren und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion Rechnung tragen. Voll entfalten kann sich die gesellschaftliche Produktion, wenn auch der Privatbesitz an Grund und Boden aufgehoben wird.

Mindestpreise für Tomaten durchgesetzt

z.ulg.Rom. Nach jahrelangem Kampf haben die italienischen Bauernverbände im Juli erstmals einen nationalen Aufkaufvertrag für Tomaten mit den Nahrungsmittelkonzernen abschließen können. In den letzten Sommern hatten die Bauern immer einen Teil der Ernte vernichten müssen, um die von den Konzernen diktierten Preise nicht noch weiter stürzen zu lassen. In den Hauptanbaugebieten für Tomaten in Süditalien hatten die Bauern alljährlich mit Demonstrationen und Straßenblockaden, dem sogenannten Tomatenkrieg, gegen die elend niedrigen Preise protestiert. In dem jetzt abgeschlossenen Vertrag wurden Mindestpreise zwischen 79 und 133,5 Lire (20 bis 33 Pfennig) pro Kilo für die verschiedenen Qualitäten festgesetzt. Das ist durchschnittlich 20 Prozent mehr als im letzten Jahr bezahlt wurde. Die Kapitalisten mußten sich verpflichten, zu diesen Preisen alle angebotenen Tomaten aufzukaufen. Aufgehalten ist die Ruinierung der Kleinbauern mit dem Vertrag freilich nicht. Die Konzerne können sich für die nach dem Vertrag aufgekauften Tomaten 60 Lire/kg aus dem EG-Agrarfonds, also aus der Steuer, erstatten lassen. In Apulien, wo Tomaten auf großen Plantagen von Landarbeitern für Hungerlöhne angebaut werden, verkaufen die Agrarier gleich hektarweise „vom Feld“, damit die Subvention eingestrichen werden kann, möglichst noch für nie geerntete Tomaten. Der Extraprofit wird geteilt.

Bergbauernvernichtungsprogramm in Österreich

z.pek.Wien. Mit der „neuen Milchmarktordnung“, am 1. Juni in Kraft getreten, wird der Milchpreis für die Bergbauern weiter gesenkt (vgl. KVZ 22/78, S.9). Ihr Zorn ist groß. Die österreichische Regierung reagiert mit der Propagierung ihres „Bergbauern-Sonderprogramms“. Es soll die Bergbauern „unterstützen“, tatsächlich ihren Ruin beschleunigen. Der „einmalige Zuschuß“ von höchstens 3500 öS (ca. 500 DM) ist ohnehin daran gebunden, daß 80 % der Felder Hanglagen sind; in Oberösterreich bekommen den Zuschuß so nur zehn Prozent der Bergbauern. Nach den Richtlinien ist „für Bergbauernbetriebe mit entsprechender Hanglage eine Beitragsgewährung für Motormäher, selbstfahrende Heuerntemaschinen, kombinierte Geräte sowie Motorkarren möglich“. Dieser „Beitrag“, der höchstens zwanzig Prozent der Anschaffungskosten ausmacht, ist gebunden an die Aufnahme eines „Agrarinvestitionskredits“, den die Staatsmacht gewährt, über die Banken auszahlen läßt, die wiederum dem Bauern einen Zins von fünf Prozent abverlangen. Derart in die Kreditschlinge geraten, muß sich der Bauer schriftlich verpflichten, „seine landwirtschaftlichen Kulturflächen in der bisherigen, ortsüblichen und zeitgemäßen Form zu bewirtschaften“ und „die Verbesserungen bzw. Neueinrichtungen planmäßig durchzuführen“. Bei sinkenden Einnahmen aus der Milchproduktion, steigenden Düngemittel- und Maschinenpreisen sind diese Bedingungen kaum einzuhalten. Bei Nichterfüllung aber fällt der Hof der Bank zur Verpfändung anheim.

gramm in Österreich
z.pek.Wien. Mit der „neuen Milchmarktordnung“, am 1. Juni in Kraft getreten, wird der Milchpreis für die Bergbauern weiter gesenkt (vgl. KVZ 22/78, S.9). Ihr Zorn ist groß. Die österreichische Regierung reagiert mit der Propagierung ihres „Bergbauern-Sonderprogramms“. Es soll die Bergbauern „unterstützen“, tatsächlich ihren Ruin beschleunigen. Der „einmalige Zuschuß“ von höchstens 3500 öS (ca. 500 DM) ist ohnehin daran gebunden, daß 80 % der Felder Hanglagen sind; in Oberösterreich bekommen den Zuschuß so nur zehn Prozent der Bergbauern. Nach den Richtlinien ist „für Bergbauernbetriebe mit entsprechender Hanglage eine Beitragsgewährung für Motormäher, selbstfahrende Heuerntemaschinen, kombinierte Geräte sowie Motorkarren möglich“. Dieser „Beitrag“, der höchstens zwanzig Prozent der Anschaffungskosten ausmacht, ist gebunden an die Aufnahme eines „Agrarinvestitionskredits“, den die Staatsmacht gewährt, über die Banken auszahlen läßt, die wiederum dem Bauern einen Zins von fünf Prozent abverlangen. Derart in die Kreditschlinge geraten, muß sich der Bauer schriftlich verpflichten, „seine landwirtschaftlichen Kulturflächen in der bisherigen, ortsüblichen und zeitgemäßen Form zu bewirtschaften“ und „die Verbesserungen bzw. Neueinrichtungen planmäßig durchzuführen“. Bei sinkenden Einnahmen aus der Milchproduktion, steigenden Düngemittel- und Maschinenpreisen sind diese Bedingungen kaum einzuhalten. Bei Nichterfüllung aber fällt der Hof der Bank zur Verpfändung anheim.

Sudan und Mozambique gegen Betrug der Zuckermonopole

z.mat.Liverpool. Der britische Lonrho-Konzern wird an der Planung des Kenana-Zuckerkomplexes im Sudan nicht mehr beteiligt sein. Bis Mai 1977 war Lonrho für den Aufbau dieses größten afrikanischen Zuckeranbau- und Verarbeitungskomplexes (vgl. KVZ 32/78) verantwortlich. Dabei waren die Baukosten für die über 32000 Hektar umfassende Anlage von 125 auf 600 Millionen US-Dollar gestiegen. Seit die sudanesische Regierung Lonrho das Projekt entzogen hatte, hatte der Konzern alles darangesetzt, die Leitung wiederzubekommen. In einem in Khartum geschlossenen Abkommen wird jetzt festgehalten, daß Lonrho seine 5,5prozentige Kapitalbeteiligung behalten darf, von der Baudurchführung aber endgültig ausgeschlossen bleibt. Die Regierung von Mozambique hat vor einer Woche in London in einem Vertrag durchgesetzt, daß die britischen Besitzer der Sena-Zuckerplantage die Produktion in vollem Umfang wieder aufnehmen. Unter portugiesischer Herrschaft erbrachte die Plantage jährlich 173000 Tonnen, die Produktion für das laufende Jahr wird auf 45000 Tonnen geschätzt. Während das Zuckerrohr auf den Feldern verfault, haben die britischen Besitzer 7000 Arbeiter entlassen. Die Auslieferung neuer Maschinen wurde vom Zuckerkonzern Tate und Lyle immer wieder verzögert. Mit dem Ausfall der Zuckerexporteinnahmen wollten die Imperialisten das landwirtschaftliche Genossenschaftsprogramm Mozambiques zu Fall bringen. Die drohende Enteignung hat jetzt bewirkt, daß sie sich zu voller Produktion verpflichten mußten.

Siemens will 17jährige Jugendliche „mobil“ machen

Dortmund. Von den 32 Lehrlingen der Stufenausbildung als Elektroanlageninstallateure wurden von Siemens jetzt nur 10 Lehrlinge in die Aufbaustufe übernommen. Noch im vorigen Jahr konnten einige nach der 1. Stufe als Facharbeiter in Dortmund anfangen. In diesem Jahr wurden alle nicht übernommenen Lehrlinge gekündigt. Jetzt bekam ein 17jähriger, der arbeitslos ist und noch ein Jahr berufsschulpflichtig, einen Schrieb von Siemens ins Haus, in dem ihm eine Stelle in Berlin angeboten wurde. Die Siemenskapitalisten setzen darauf, daß solche noch berufsschulpflichtige Jugendliche ihre Arbeitskraft nur schwer verkaufen können, der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft ist aber groß, weil man von 500 DM Arbeitslosengeld nicht leben kann bzw. vom Lohn der Eltern mitleben muß.

Streik gegen die Versetzung des Lehrers Siebrecht

Dortmund. Seit Schulbeginn streiken an der Hangeney-Grundschule in Dortmund-Marten die Eltern und Schüler der Klasse 4a. Sie fordern die sofortige Rücknahme der Versetzung des Klassenlehrers H. Siebrecht. Der Lehrer war versetzt worden, weil er den „Schulfrieden“ störe und mit den Eltern „kollaboriere“. Eine Elterninitiative hatte schon vor Monaten die Entfernung der Rektorin Kemper und zweier weiterer Lehrerinnen gefordert. Einige Eltern haben Strafanzeige gegen die Lehrerinnen gestellt. Sie werfen ihnen vor, die Kinder geschlagen zu haben. Die Schulaufsicht versucht, die Eltern mit Strafandrohung und polizeilicher Vorführung der Kinder unter Druck zu setzen. Die Schulleiterin versucht zu spalten, indem sie an der ganzen Schule Chaos stiftet. Die CDU, die sich eingemischt hat, will die Eltern mit dem Versprechen kaufen, der Lehrer Siebrecht könne an die Schule zurückkehren, wenn sie ihre Strafanzeigen zurückzögen. Die Eltern setzen inzwischen den Streik fort.

Kultusminister Herzog für Mehrarbeit der Lehrer

Freiburg. „Nachdem die Lehrerverteilung für die Gymnasien beendet und derzeit das Nachrückverfahren in Gang ist, hat Kultusminister Prof. Dr. Herzog darauf hingewiesen, daß sich trotz aller Anstrengungen der Landesregierung die Unterrichtssituation an den Gymnasien zum kommenden Schuljahr noch nicht entspannt hat ... Das bedeutet, daß gegenüber der zusätzlichen Lehrerverteilung im Januar 1978 gewisse Engpässe in Kauf genommen werden müßten ... Bei dieser Sachlage hält Herzog es für notwendig, an den Gymnasien weiterhin mit Überstunden zu arbeiten ... jeder Beamte (ist) verpflichtet, Mehrarbeit dann zu leisten, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern. Für den Schulbereich bleibt es bei dem Erlaß vom 30. Juni 1977, wonach die Anordnung von Mehrarbeitsunterricht auch zur Abdeckung des unbedingt notwendigen Unterrichtsangebotes möglich und erforderlich ist ... Die Lehrer seien verpflichtet, einer in diesem Rahmen gegebenen Anweisung Folge zu leisten.“ (Aus: Staatsanzeiger Nr. 58 vom 22.7.78)

rung der Kinder unter Druck zu setzen. Die Schulleiterin versucht zu spalten, indem sie an der ganzen Schule Chaos stiftet. Die CDU, die sich eingemischt hat, will die Eltern mit dem Versprechen kaufen, der Lehrer Siebrecht könne an die Schule zurückkehren, wenn sie ihre Strafanzeigen zurückzögen. Die Eltern setzen inzwischen den Streik fort.

Kultusminister Herzog für Mehrarbeit der Lehrer

Freiburg. „Nachdem die Lehrerverteilung für die Gymnasien beendet und derzeit das Nachrückverfahren in Gang ist, hat Kultusminister Prof. Dr. Herzog darauf hingewiesen, daß sich trotz aller Anstrengungen der Landesregierung die Unterrichtssituation an den Gymnasien zum kommenden Schuljahr noch nicht entspannt hat ... Das bedeutet, daß gegenüber der zusätzlichen Lehrerverteilung im Januar 1978 gewisse Engpässe in Kauf genommen werden müßten ... Bei dieser Sachlage hält Herzog es für notwendig, an den Gymnasien weiterhin mit Überstunden zu arbeiten ... jeder Beamte (ist) verpflichtet, Mehrarbeit dann zu leisten, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern. Für den Schulbereich bleibt es bei dem Erlaß vom 30. Juni 1977, wonach die Anordnung von Mehrarbeitsunterricht auch zur Abdeckung des unbedingt notwendigen Unterrichtsangebotes möglich und erforderlich ist ... Die Lehrer seien verpflichtet, einer in diesem Rahmen gegebenen Anweisung Folge zu leisten.“ (Aus: Staatsanzeiger Nr. 58 vom 22.7.78)

Bibliothekarstudenten fordern Ausbildungsentgelt

Westberlin. An der Freien Universität, Institut für Bibliothekarwissenschaften, fordern die Bibliothekarstudenten Ausbildungsentgelt. Sie müssen während ihrer Ausbildung verschiedene Praktika ableisten, je nach Studienrichtung (für öffentliche oder wissenschaftliche Bibliotheken). Für beamtete Studenten gelten dabei noch besondere Bedingungen. Gemeinsam ist jedoch allen die schlechte Bezahlung (z.B. Studiengang öffentliche Bibliotheken: Beamte erhalten 800 DM, „freie“ Studenten 265 DM) und daß sie dem Beamtenstatus unterworfen sind. Dagegen gibt es Kampf. So fordert die Institutsgruppe: 700 DM Ausbildungsentgelt! Weg mit dem Beamtenstatus!

Kostenlose Vernutzung studentischer Arbeitskraft

Bielefeld. In den Diplom- und Staatsexamensarbeiten lassen die Physikprofessoren die Studenten kostenlos für ihre Forschungen arbeiten. So haben Staatsexamenskandidaten z.B. die Aufgabe, einen Mikroprozessor für die Steuerung eines atomphysikalischen Experiments des Professors zu bauen oder die Elektronik für einen Versuchsaufbau fertigzustellen. Lehrerstudenten haben für diese Aufgabe vier Monate Zeit. Von einem Achtstundentag kann man dabei nicht ausgehen. Bei bestimmten Versuchen muß auch am Wochenende oder feiertags gearbeitet werden. Auch Nacht- und Schichtarbeit kommt vor. Diplomstudenten wird neben Handlangerarbeiten qualifiziertere Arbeit abverlangt. Deshalb wird den Studenten vor Beginn der Diplomarbeit eine wissenschaftliche Hilfsstelle gegeben zwecks Einarbeitung.

Sitzengeblieben – verschärfte Auslese und die Freiheit, „von selbst zu gehen“

Am Schulanfang sorgt der Lehrkörper für die nötigen Gemeinheiten

r.gih. Das niedersächsische Kultusministerium hat sich jetzt eine neue Versetzungsordnung ausgedacht, mit der es mehr Schüler von der Schule runter in den industriellen Ausbeutungsprozeß befördern will. Richtiger muß man diesen Erlaß Sitzenbleiberordnung nennen. Seit diesen Zeugnissen gilt, daß man schon mit einer Fünf sitzenbleiben kann, wenn man keinen Ausgleich hat, d.h. mindestens in zwei Hauptfächern eine Drei oder besser hat. Bisher wurde man mit einer Fünf immer versetzt. Bei zwei Fünfen mit Ausgleich wird man jetzt nur noch versetzt, wenn mindestens zwei Drittel des Lehrerkollegiums sich dafür aussprechen. Bisher mußten sich zwei Drittel der Lehrer gegen Versetzung aussprechen, damit man sitzenblieb.

Diese Sitzenbleiberordnung hatte sofort ihre Auswirkung. Im Göttinger Otto-Hahn-Gymnasium blieben mehrere Schüler mit einer Fünf sitzen. Aber nicht nur durch solche Erlasse, sondern insgesamt werden die Noten gedrückt, und mehr Schüler bleiben sitzen. Im Westberliner Lily-Braun-Gymnasium sind ca. 25% der Abiturienten durchgefallen, im Schillergymnasium waren es 12%, davon einer zum zweiten Mal. In der Großen Schule in Wolfenbüttel sind in drei 9. Klassen insgesamt zehn Schüler sitzengeblieben, ca. 10%. Noch vor vier Jahren waren es erheblich weniger. Untersucht man die Sitzenbleiberquote, ist festzustellen, daß die meisten Schüler in der 8./9./10. Klasse aussortiert werden und dann wieder beim Abitur. Vor allem vom Gymnasium gehen in der 8./9. Klasse viele Schüler „freiwillig“ auf die Realschule. Wenn man zweimal sitzengeblieben ist, muß man sowieso die Schule verlassen. Damit haben die Kapitalisten es dann erreicht, daß eine ganze Reihe von Schülern drei Jahre früher von der Schule kommt. Auf den Gymnasien ist die nächste große Aussiebesperre die 10. Klasse. Das Sitzenbleibenlassen hat da schon gewirkt.

In den 9. Klassen, in denen zehn Schüler sitzengeblieben sind, überlegen sich einige schon, daß sie nach der 10. Klasse abgehen, und fangen jetzt schon mit der Lehrstellensuche an. Das wird auch darüber betrieben, daß man jede zweite Stunde zu hören kriegt, wie schwer die Sekundarstufe II (Reformierte Oberstufe) wird, und mit *den* Noten sei das nicht zu schaffen und so weiter und so fort.

In den letzten fünf Jahren kann man schon genau beobachten, worauf die Kapitalisten hinaus wollen. So hat sich die Zahl der Sitzenbleiber, derjenigen, die Fünfen haben, und der Abgänger innerhalb einer Realschulklasse in Westberlin von der 7. bis zur 10. Klasse verdoppelt, wobei einige, die durch Sitzenbleiben dazugekommen sind, schon mitgezählt sind, und drei davon haben den Abschluß dieses Jahr nicht geschafft. Für solche Fälle hat die Bourgeoisie noch was Besonderes in petto: Will man die 10. Klasse bzw. 9. Klasse Hauptschule nochmal machen, weil man sitzengeblieben ist, muß man das extra beantragen. Über solche Bevormundung und Schikane versucht die Schulaufsicht zu verhindern, daß man die Klasse wiederholt. Man merkt, daß die Bourgeoisie kein Interesse daran hat, daß man was lernt. Sie will billige Lohnarbeiter. Die drei aus der 10. Klasse sind dann auch gleich abgegangen, wie es auch die meisten anderen Schüler machen, einfach weil man die Nase von der Schule sowieso voll hat.

Nach den Ferien fängt die Schulaufsicht gleich wieder mit den Schikanen an. Nach sechs Wochen Ferien ist die Disziplin, sich den Lehrstoff eintrichtern zu lassen, erst mal hin. Mit Mühen soll sie von den Lehrern wieder hergestellt werden. Die Anzahl der Tadel und Eintragungen im Klassenbuch steigt nach den Ferien sprunghaft an. Neben diesen Unterdrückungsmaßnahmen, um die nötige „Arbeitsbereitschaft“ wieder herzustellen, soll das Notensystem gleich von Anfang an wieder als Knüppel benutzt werden. Diejenigen, die sitzengeblieben sind, dienen den Lehrern als „Schauobjekt für schlechte Leistung“. Sie werden dann auch besonders oft rangenommen im Unterricht, um ihre „Unfähigkeit“ zu beweisen; was eine Frechheit ist angesichts der verschärften Auslese, wo schon vorher festgelegt ist, wieviele sitzenbleiben sollen. Gleichzeitig soll damit die gesamte Klasse unter Druck gesetzt werden, daß man die geforderten Leistungen erbringen muß, um die Klasse zu schaffen.

Und damit der Schulunterricht nach den Ferien nahtlos weitergeht und man für die Ferien auch die richtige Beschäftigung hat, haben sich einige Lehrer eine besondere Methode ausgedacht. Sie lassen gleich 14 Tage nach den Ferien Klassenarbeiten schreiben und sagen das schon vor den Ferien an. So versuchen sie, gleich in den ersten 14 Tagen Stoff reinzupauken.

Ihre Schwierigkeiten, die Auslese durchzusetzen, sind groß. In Braunschweig beschwerten sich mehrere Eltern über die Verschlechterung der Sportnoten. Durch den Einspruch der Eltern auf der Zeugniskonferenz wurde verhindert, daß mehrere Schüler den Eintrag „stört den Unterricht durch provozierendes Verhalten“ in die Kopfnoten erhielten. Die Schulabgänger der 9. Klasse der Nibelungenschule in Braunschweig verbrannten spontan ihre Schulsachen vor dem Schultor. Auch im neuen Schuljahr wird es keine Ruhe geben. Die Aufgabe wird sein, den Zusammenschluß gegen die Fünfen und Sechsen und das Sitzenbleiben weiter zu organisieren.

Wie Alt-Juso Roth und Willy Brandt die Jugendarbeitslosigkeit mit Zwangsarbeit bekämpfen wollen

z.güb. Schwunghaft betreiben die Kapitalisten ihre Rationalisierung – und keiner sage, das schaffe keine Arbeitsplätze. Das schafft Arbeitsplätze mit typischen Merkmalen: Eingerichtet für den 24-Stunden-Betrieb, ohne geistigen Inhalt, dafür aber äußerster Intensität der Arbeit, wie sie nur noch von jungen unverbrauchten Arbeitern und Arbeiterinnen erbracht werden kann.
Im Mai 1978 waren 234 100 der unter 25-jährigen und 77 000 der unter 20-jährigen arbeitslos gemeldet. Die letztere Zahl ist nur deswegen so „niedrig“, weil Viele sich ohne Aussicht auf Vermittlung oder wenigstens Arbeitslosenhilfe erst gar nicht registrieren lassen.
Dringend verlangen die Kapitalisten, daß ihnen diese Arbeitskraft zur Vernutzung zu jedem Preis und jeder Bedingung zugeführt werde. Das meinen sie mit der Forderung nach Streichung ausbildungshemmender Vorschriften. – Ihr Wohlwollen erwirbt sich auch, wer ihnen die Jugendlichen unter dem Vorwand der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zutreibt.
Wolfgang Roth, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Jugendarbeitslosig-
beitsamt) aufzufordern, zusammen mit den Jugendämtern und den freien Trägern der Jugendhilfe (Kirche, aber auch Junge Union und Jusos) sich mit denjenigen Jugendlichen zu befassen, die arbeitslos bleiben und das Angebot der Arbeitsämter nicht wahrnehmen.“
„Das Grundrecht eines jeden auf Arbeit“ entpuppt sich als der Kontrollbesuch des Jugendamtsbeamten zuhause, die Registrierung und Vorladung zum Arbeitsamt zwecks Intelligenztest und Verhör. Damit die Überwachung lückenlos wird, fordern die Sozialdemokraten,
„die Schulen zu veranlassen, sämtliche Schulabgänger den Arbeitsämtern mitzuteilen.“
Der Zweck der ganzen Registrierung und Überwachung ist die Einführung eines lückenlosen Systems der Zwangsarbeit.
„Gleichzeitig sind die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß die arbeitslosen Jugendlichen und insbesondere die ohne beruflichen Abschluß von diesen Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen. Die Annahme oder Ablehnung einer Bildungsmaßnahme muß im Arbeitsförderungsgesetz nach den gleichen Kriterien geregelt werden, wie die Annahme oder Ablehnung eines Arbeitsplatzes.“ (Aus dem
als staatliche Pläne für Arbeitslager, ohne Schutz der Arbeiter gegen die dort praktizierten Übungen. Jede Verweigerung wie Streik bedeutet u.U. jahrelanger Entzug von Arbeitslosengeld. Vor wenigen Wochen wurde bekannt gegeben, daß Jugendliche , die von der Schule kommen, auch Anspruch auf BAFöG haben sollen. Zum Leben reicht das überhaupt nicht, wohl aber dazu, die Ehrenberg'sche Arbeitsgesetzgebung – die Androhung des Entzuges des Arbeitslosengeldes – erst richtig wirksam zu machen.
Ein Schwerpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen liegt darauf:
„Die Bereitschaft von Mädchen, eine Ausbildung in Männerberufen anzustreben ... durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.“ Und: „Beschäftigungsverbote für Frauen, die auf Vorurteilen über die psychische und körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen bestehen, zu beseitigen.“
Das klingt den Kapitalisten wohl in den Ohren. Eh schon immer waren etwa die Siemens-Kapitalisten der Auffassung, daß das Löten kleinster Teile unter dem Mikroskop dem Sinn der Frauen zum Feinen und Zierlichen regelrecht entgegenkommt, und deswegen die Einstufung in Lohngruppe 2 oder 3 für diesen Genuß fast schon
Die Kapitalisten spekulieren darauf, die Arbeitskraft auf Kosten der Arbeiterversicherungen ganz umsonst zu erhalten.
„Ferner werden alle Anstrengungen begrüßt, die durch tarifvertragliche und gesetzliche Maßnahmen Teilzeitarbeitsplätze schaffen.“
Ist die Arbeiterjugend so glücklich zur richtigen Arbeit an den richtigen Platz gekommen, und der Rechtlosigkeit unterworfen, soll die ganze Klasse den Großangriff auch noch bezahlen:
„Das System der einzelbetrieblichen Finanzierung muß durch ein überbetriebliches Finanzierungsmodell ersetzt werden“. „Die Tarifvertragsparteien werden in ihrem Bemühen unterstützt, durch Manteltarifverträge mitbestimmte Branchenfonds für die regelmäßige Berufsausbildung zu schaffen.“
Demagogisch nennt Roth das „Solidarbeitrag in Form einer Arbeitsmarktabgabe aller Erwerbstätigen“. Herausgelockt werden soll das Geld unter dem Vorwand, die arbeitslosen Jugendlichen aus ihrer „sozialen Isoliertheit zu erlösen“ und der „Herabwürdigung ihrer Persönlichkeit“ Einhalt zu gebieten.
Bereits haben die Sozialdemokraten

geblieben, ca. 10%. Noch vor vier Jahren waren es erheblich weniger. Unter-
zenbleiben dazugekommen sind, schon mitgezählt sind, und drei davon haben
dann auch besonders oft rangenommen im Unterricht, um ihre „Unfähig-
gegen die Fünfen und Sechsen und das Sitzenbleiben weiter zu organisieren.

Wie Alt-Juso Roth und Willy Brandt die Jugendarbeitslosigkeit mit Zwangsarbeit bekämpfen wollen

z.güb. Schwunghaft betreiben die Kapitalisten ihre Rationalisierung – und keiner sage, das schaffe keine Arbeitsplätze. Das schafft Arbeitsplätze mit typischen Merkmalen: Eingerichtet für den 24-Stunden-Betrieb, ohne geistigen Inhalt, dafür aber äußerster Intensität der Arbeit, wie sie nur noch von jungen unverbrauchten Arbeitern und Arbeiterinnen erbracht werden kann.

Im Mai 1978 waren 234 100 der unter 25-jährigen und 77 000 der unter 20-jährigen arbeitslos gemeldet. Die letztere Zahl ist nur deswegen so „niedrig“, weil Viele sich ohne Aussicht auf Vermittlung oder wenigstens Arbeitslosenhilfe erst gar nicht registrieren lassen.

Dringend verlangen die Kapitalisten, daß ihnen diese Arbeitskraft zur Vernutzung zu jedem Preis und jeder Bedingung zugeführt werde. Das meinen sie mit der Forderung nach Streichung ausbildungshemmender Vorschriften. – Ihr Wohlwollen erwirbt sich auch, wer ihnen die Jugendlichen unter dem Vorwand der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zutreibt.

Wolfgang Roth, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Jugendarbeitslosigkeit“ beim Parteivorstand der SPD, hat zusammen mit Willy Brandt ein „Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ vorgelegt.

Das Aktionsprogramm beginnt mit:

„Wir Sozialdemokraten haben auf unserem Hamburger Parteitag 1977 das Recht auf Arbeit in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt“,

und endet mit dem Vorschlag:

„Die Selbstverwaltungsgremien (das Arbeitsamt) aufzufordern, zusammen mit den Jugendämtern und den freien Trägern der Jugendhilfe (Kirche, aber auch Junge Union und Jusos) sich mit denjenigen Jugendlichen zu befassen, die arbeitslos bleiben und das Angebot der Arbeitsämter nicht wahrnehmen.“

„Das Grundrecht eines jeden auf Arbeit“ entpuppt sich als der Kontrollbesuch des Jugendamtsbeamten zuhause, die Registrierung und Vorladung zum Arbeitsamt zwecks Intelligenztest und Verhör. Damit die Überwachung lückenlos wird, fordern die Sozialdemokraten,

„die Schulen zu veranlassen, sämtliche Schulabgänger den Arbeitsämtern mitzuteilen.“

Der Zweck der ganzen Registrierung und Überwachung ist die Einführung eines lückenlosen Systems der Zwangsarbeit.

„Gleichzeitig sind die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß die arbeitslosen Jugendlichen und insbesondere die ohne beruflichen Abschluß von diesen Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch machen. Die Annahme oder Ablehnung einer Bildungsmaßnahme muß im Arbeitsförderungsgesetz nach den gleichen Kriterien geregelt werden, wie die Annahme oder Ablehnung eines Arbeitsplatzes.“ (Aus dem Kapitel „Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche nach abgeschlossener Berufsausbildung“)

Unter solche Bildungsmaßnahmen fällt durchaus auch „Arbeit in einer staatlich eingerichteten Übungsfirma“ oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie „ Erdarbeiten, Durchforstungsarbeiten, Wegehaltungsarbeiten, Erstellung von Grünanlagen“ usw.

Solche „Übungsfirmen“ sind nichts als staatliche Pläne für Arbeitslager, ohne Schutz der Arbeiter gegen die dort praktizierten Übungen. Jede Verweigerung wie Streik bedeutet u.U. jahrelanger Entzug von Arbeitslosengeld. Vor wenigen Wochen wurde bekannt gegeben, daß Jugendliche , die von der Schule kommen, auch Anspruch auf BAFöG haben sollen. Zum Leben reicht das überhaupt nicht, wohl aber dazu, die Ehrenberg'sche Arbeitsgesetzgebung – die Androhung des Entzuges des Arbeitslosengeldes – erst richtig wirksam zu machen.

Ein Schwerpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen liegt darauf:

„Die Bereitschaft von Mädchen, eine Ausbildung in Männerberufen anzustreben ... durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.“ Und: „Beschäftigungsverbote für Frauen, die auf Vorurteilen über die psychische und körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen bestehen, zu beseitigen.“

Das klingt den Kapitalisten wohl in den Ohren. Eh schon immer waren etwa die Siemens-Kapitalisten der Auffassung, daß das Löten kleinster Teile unter dem Mikroskop dem Sinn der Frauen zum Feinen und Zierlichen regelrecht entgegenkommt, und deswegen die Einstufung in Lohngruppe 2 oder 3 für diesen Genuß fast schon Übermut der Geschäftsleitung im Lohnzahlen darstellt.

Daß die Augen dieser Frauen nach zehn Jahren kaputt sind, kann nicht abgestritten werden, wodurch ein Nachschubproblem entsteht.

Der sozialdemokratische Parteivorstand fordert also:

„Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur kurzfristigen Beschäftigung arbeitsloser Frauen verstärkt zu entwickeln.“

Die Kapitalisten spekulieren darauf, die Arbeitskraft auf Kosten der Arbeiterversicherungen ganz umsonst zu erhalten.

„Ferner werden alle Anstrengungen begrüßt, die durch tarifvertragliche und gesetzliche Maßnahmen Teilzeitarbeitsplätze schaffen.“

Ist die Arbeiterjugend so glücklich zur richtigen Arbeit an den richtigen Platz gekommen, und der Rechtlosigkeit unterworfen, soll die ganze Klasse den Großangriff auch noch bezahlen:

„Das System der einzelbetrieblichen Finanzierung muß durch ein überbetriebliches Finanzierungsmodell ersetzt werden“. „Die Tarifvertragsparteien werden in ihrem Bemühen unterstützt, durch Manteltarifverträge mitbestimmte Branchenfonds für die regelmäßige Berufsausbildung zu schaffen.“

Demagogisch nennt Roth das „Solidarbeitrag in Form einer Arbeitsmarktabgabe aller Erwerbstätigen“. Herausgelockt werden soll das Geld unter dem Vorwand, die arbeitslosen Jugendlichen aus ihrer „sozialen Isoliertheit zu erlösen“ und der „Herabwürdigung ihrer Persönlichkeit“ Einhalt zu gebieten.

Bereits haben die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung nach Taten gerufen. Die CDU hat ebenfalls ein Programm vorgelegt zur „Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation“. Es eilt den Bourgeoispolitikern. Der Ausverkauf der jugendlichen Arbeitskraft geht ihnen zu langsam. Die Sozialdemokraten haben jetzt für die Bundesregierung erneut zu einem Angriff auf die Schutzrechte der Arbeiterjugend ausgeholt.

Bürgerliche Lügen verpackt in Schlagerform

Akademischer Rat Universität Göttingen: Kritik ist „eindimensionale Sicht der Wirklichkeit“

r.rog. Die Examensarbeit von zwei Genossen des KSB Südostniedersachsen am Fachbereich Germanistik untersuchte die von der Bourgeoispresse wegen ihres „Strebens nach Originalität, Realität und Qualität“ (Spiegel) begrüßten neuen deutschen Schlagertexte. Musik, „die schönste Nebensache der Welt“, erwies sich als ideologischer Krückstock einer Politik, die alle Hebel in Bewegung setzen muß, um sich in krisenhafter Lage zu bewähren, also das rettende Ufer in Sachen Ausbeutung und Höchstprofit zu erreichen. Die vom Klassenstandpunkt geführte Untersuchung ist dem Gutachter Dr. Göbel die Note „noch ausreichend“ wert. Seine Begründung: Die Verfasser hätten „eine eindimensionale Sicht der Wirklichkeit“ und würden mit einer „assoziativen und willkürlichen Methode“ nur Behauptungen aufstellen. Entscheidend sei, jeden Text in seiner Vielschichtigkeit zu betrachten, wie das Individuum angesprochen werden soll, aber nicht die Untersuchung der Tatsachen. Ein Beispiel soll zeigen, welcher Standpunkt hier eingenommen werden soll.

Der 1974 herausgebrachte Schlager „Ich mag so gern am Fließband stehn“ kritisiert mit dem Mittel der Ironie die Fließbandarbeit:

„Ich mag so gern am Fließband stehn, ...
Es bleibt nie stehn und fließt so schön, ...
und alles was ich mies fand, zerfließt für mich am Fließband.“

Der Text bezieht sich dabei auf tatsächliche Erfahrungen der Arbeiterklasse im kapitalistischen Produktionsprozeß; die mörderischen Akkordzeiten, die zwingen, „wie ein Irrer reinzuhaun“, der körperliche Verschleiß durch immer kürzere Taktzeiten, „so richtig schön erbarmungslos und rhythmisch“, werden als Elend am Fließband besungen.

Daran anknüpfend, daß die kapitalistische Anwendung der Maschinerie nur Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats ist, sie den Arbeiter zum Anhängsel der Maschinerie macht, wird der Arbeiter selbst als elendlichstes Geschöpf dargestellt. Dies kann nur gelingen, indem eine andere mit der Entwicklung der Industrie einhergehende Erfahrung des Proletariats verschwiegen wird: Die Arbeiter kooperieren im Produktionsprozeß, sehen, daß sie die produzierende Klasse sind, daß es in ihrer Hand liegt, den „schönen Fluß“ eines Bandes zu unterbrechen, und der Zusammenschluß der Arbeiter zum Beispiel die Taktzeiten vergrößern kann.

Unter dem Motto der notwendigen Vielfältigkeit einer Untersuchung soll diese Wirklichkeit außer acht gelassen werden. Wie der Schlager will Göbel das Individuum und sein Verhältnis zum gewaltigen Apparat betrachtet wissen. Wie der Arbeiter die Einschränkung seiner subjektiven Wirkungsmöglichkeiten durch das Fließband empfindet, hätte dann unbedingt verhandelt werden sollen. Ausgeliefert an die großen Maschinen erscheinen dann die Arbeiter ohne gemeinsame Interessen. Den Studenten, die nicht direkt erfahren, daß die Verkehrsform der Arbeiter im Produktionsprozeß die der Kooperation und nicht der Konkurrenz ist, soll der Blick dafür, daß die Arbeiterklasse ständig Koalitionen gegen die Bourgeois bildet, daß sie, als produktive Klasse, einzig in der Lage ist, die die Produktivkräfte fesselnden Produktionsverhältnisse zu sprengen, unbedingt versperrt werden. Die Befreiung des Arbeiters von der tatsächlich mörderischen Ausbeutung und den entsprechenden Arbeitsbedingungen läßt sich, folgt man dem Lied und der Methode des bürgerlichen Wissenschaftlers, nicht erreichen, denn die Arbeiterklasse ist dumpf und reaktionär, freiwillig unterwirft sie sich der Produktion, „wo alles so vertraut und so bekannt ist“. Es ist nicht verwunderlich, daß der Angriff auf diese Auffassung mit „noch ausreichend“ bewertet worden ist. Mit Göbels Begründung, die Arbeit sei ihm nicht „intersubjektiv vermittelbar“, liegt der Willkürakt offen auf der Hand.

Dankenswerte Offenheit der „Europäischen Wehrkunde“

z.jük. Ein gewisser Heinz Brill von der Militärzeitschrift „Europäische Wehrkunde“ hat über den „Kommunistischen Bund Westdeutschland und die Militärfrage“ geschrieben. Er spricht Warnungen aus:

„Die Aktivitäten des vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gesteuerten Soldaten- und Reservisten-Komitees als ‚pubertären Quatsch‘ abzutun, hält der Verfasser aufgrund eigener Erfahrungen und vor allem nach der Lektüre wichtiger Schriften des KBW zu ‚militärpolitischen Fragen‘ für verhängnisvoll. Entgegen mancher Kritik liegt es dem Verfasser auch fern, das ‚gestörte Verhältnis‘ des KBW zu unserer Gesellschaft unnötig aufzuwerten.

Vielmehr hält er es für geboten – nach Kenntnisnahme der vom KBW vertriebenen ‚revolutionären Literatur zum praktischen Handeln‘ – vor Unterschätzung zu warnen und an Hand der gesichteten Literatur die Darstellung für jedermann nachprüfbar zu machen. Denn die oben erwähnten Aktivitäten des SRK gewinnen erst dann ihren richtigen Stellenwert, wenn man sie in die strategischen und taktischen Ziele des KBW und damit die ‚maoistische Generallinie‘ einzuordnen versucht.“

Mit obengenannten Zitaten meint Brill einige Absätze aus der ‚Volksmiliz‘ über ein Agitationswochenende der SRKs Westberlin und Südostniedersachsen im Harz, wo 230 Genossen gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus Aktionen durchführten, mit Platzkonzerten, Agitation und Umzügen in verschiedenen Städten. Der Artikel von Brill zeichnet sich dadurch aus, daß der Mann eine ziemliche Flasche ist beim Studieren von Dokumenten sowie wenig Vertrauen in die Kraft seiner eigenen Klasse, der imperialistischen Bourgeoisie, hat. Über die „Entstehung der revolutionären Ideen des KBW zur Militärfrage“ schreibt er folgendes zusammen:

„Während das ‚Programm und Statut des KBW‘ von Anfang an keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß als ‚unerläßliche Vorbedingung‘ einer ‚sozialistischen Revolution‘ die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur angestrebt wird, tritt die ‚Militärfrage‘ auffallend zurück. Es wird lediglich davon gesprochen, daß die Polizei und das stehende Heer durch die allgemeine Volksbewaffnung (Volksmiliz) ersetzt werden soll. Erst in den speziellen ‚Leitsätzen zur Militärfrage‘ gibt der KBW klarer zu erkennen, warum die ‚Kommunisten sich mit der Militärfrage befassen müssen‘.

Gleich im ersten Absatz, der als eine Art Präambel angesehen werden kann, heißt es: ‚Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern können.‘

Trotz unmißverständlicher Bejahung physischer Gewaltanwendung bei der Durchsetzung politischer Ziele bleiben jedoch ‚Programm‘ und ‚Leitsätze‘ des KBW in ihren Formulierungen noch vage. Eine ‚Präzisierung‘ sollte allerdings nicht lange auf sich warten lassen. Um dem ‚unpraktischen Gerede von bewaffnetem Aufstand‘‘ ein Ende zu setzen, wurde im Oktober 1977 vom ‚Zentralen Komitee des KBW‘ die Schrift ‚Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg‘ herausgegeben. Von allen genannten Schriften ist diese – bezüglich einer ‚Anleitung für das praktische Handeln‘ – nicht nur die aufschlußreichste, sondern auch die abenteuerlichste. In ihr ist das oft diskutierte ‚Ob‘ zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Waffengewalt angewendet werden soll, anscheinend völlig durch die Frage nach dem ‚Wie‘ verdrängt worden.“

Brill hat im weiteren einige Passagen aus dem Kapitel „Kann der imperialistische Krieg verhindert werden“ herausgegriffen, vornehmlich die, die sich mit dem bewaffneten Aufstand befassen. Zuvor hat Brill in einem Absatz seines Artikels über „Infiltration von Bundeswehr und Polizei“ voller Schrecken festgestellt, daß der KBW „nicht vergessen (hat), daß die bolschewistische Machtergreifung in Rußland nicht zuletzt einer gelungenen Infiltration der Zarenarmee zu verdanken war.“ Brills Einschätzung ist folgende: Wenn die Massen unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei die Strategie des bewaffneten Aufstandes ergreifen, dann werden sie auch erfolgreich sein. Das hat man überall gesehen. Allein schon das in den Mund zu nehmen durch den KBW ist also gefährlich. Deshalb appelliert Brill auch nicht auf die Kraft der Bourgeoisie, den Aufstand abzuwenden, sondern setzt auf den Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung selber. Er schreibt:

„Trotz dieser bereits recht weit gediehenen abenteuerlichen Vorstellungen räumt das Zentrale Komitee des KBW ‚in Anbetracht der augenblicklichen Lage‘ (S. 12) immerhin ein, falle es schwer, ‚sich mit der Aufgabe der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes vertraut zu machen, fällt es schwer, darin irgend eine Erfolgsaussicht zu erblicken‘. Dann folgt sogar im nächsten Satz bei wohlwollender Interpretation ein erster (wenn auch versteckter) Hinweis auf Erwägung einer möglichen Resignation: ‚Da der gesetzmäßige Gang der Geschichte die Aufgabe auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird von der Tagesordnung der Geschichte entfernt, wer sich sträubt, sie zu erfüllen‘.“

„Wohlwollende Interpretation“ macht aus einem Hinweis auf das Schicksal des Opportunismus keinen, wenn auch noch so versteckten Hinweis auf mögliche Resignation, sondern zeigt, auf was die Reaktionäre ihre Hoffnung verlegen müssen, sobald die bewaffnete Revolution einmal als Mittel der Befreiung theoretisch begriffen und als praktische Aufgabe aufgeworfen wird.

Eine Einschätzung von dankenswerter Offenheit des Herrn Rezensenten. Sie gibt Aufschluß über den Stand der Bourgeoismeinungen und die Wirkungen der revolutionären Arbeit unter den Massen und in der Armee, und ist für jeden Revolutionär, der an der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zum Zwecke der sozialen Revolution des Proletariats arbeitet, eine Ermutigung.

Die Supermächte müssen in einem Friedensvertrag die Souveränität beider deutscher Staaten anerkennen

Die erste Konferenz der Blockfreien fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt, also wenige Wochen nach dem Bau der Mauer in Berlin. Nahezu alle Redner nahmen Stellung zur Frage der Spaltung Deutschlands:

Kwame Nkrumah, Ghana
Es ist natürlich unbedingt notwendig, unsere Meinung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu äußern. Wenn jedoch dieses Problem von den Deutschen selbst ohne jede äußere Einmischung gelöst werden soll, dann möchten wir wohl aufrichtig unserer Meinung Ausdruck geben, daß dies in vollkommener Scheidung vom Kalten Krieg geschehen müßte; mit anderen Worten, Westdeutschland muß sich aus der NATO zurückziehen und Ostdeutschland aus dem Warschauer Pakt.

Bandaraneike, Ceylon
Die Spannungen, die in den letzten Jahren in verschiedenen Teilen der Welt entstanden sind, liegen in dem Widerstreit der Interessen der beiden Machtblöcke begründet. Am sichtbarsten ist dieser Widerstreit in Deutschland. Hier haben wir den Fall zweier Regierungen, die beide an gegensätzliche Militärblöcke gebunden und von der Politik ihrer stärkeren Verbündeten abhängig sind. ... Außerdem müßten die Großmächte dem Abzug sämtlicher fremden Truppen aus ihren deutschen Sektionen und der Entmilitarisierung Deutschlands zustimmen.

Sukarno, Indonesien
Nein, die friedliche Koexistenz kann und soll den Status Quo keineswegs verewigen. Sie muß es jedem Volk überlassen, sich nach eigenem Gutdünken zu entwickeln, frei von jedem Druck und jeder Eimischung von außen.

Wendete man diese Prinzipien auf Deutschland und auf Westberlin an, dann möchte ich als sicher annehmen, daß die heutigen scharfen Spannungen dadurch eine Milderung erfahren würden ... man lasse die Deutschen selbst über ihr Schicksal entscheiden ... Der gesunde Menschenverstand fordert gleichermaßen, daß Westberlin nicht zum Schauplatz von Feindseligkeiten der Großmächte oder zum Schauplatz des Zusammenpralls gegensätzlicher Ideologien wird. Die Bevölkerung Westberlins muß sich selbst überlassen bleiben und ihr Leben ohne Einmischung von außen regeln.

Modibo Keita, Mali
Das deutsche Volk ist durch seine Wiederaufrüstung nur zum Spielzeug jener Kräfte geworden, die an einer Spaltung und Verunsinnigung Deutschlands interessiert sind. Doch die Lösung dieses Problems könnte das deutsche Volk selbst leicht finden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen: Verzicht auf jede weitere Beteiligung an irgendeinem Militärpakt; völlige Neutralisation durch allgemeine Entmilitarisierung.

Kwame Nkrumah, Ghana
Erstens wir haben uns für die allgemeine und vollständige Abrüstung einzusetzen;
zweitens, das Bestehen zweier deutscher Staaten muß anerkannt werden;
drittens, die Großmächte sind aufzufordern, den Friedensvertrag mit Deutschland unverzüglich zu unterzeichnen ...
Die nächste Spielart der Deutschlandfrage – das Problem Westberlin – sollte keinerlei Schwierigkeit bereiten ... Wozu also die Aufregung um Westberlin? ...
Die derzeitigen Grenzen Deutschlands bestehen nunmehr schon seit sechzehn Jahren. Jeder Versuch, sie ändern zu wollen, würde zu unnützer Herausforderung und damit zu einem internationalen Zusammenstoß Anlaß geben.

Besatzermanöver in Hildesheim Tiefflieger über Wohngebiete

Hildesheim. Überfallartig wurde in der bürgerlichen Presse zwei Tage vorher ein Manöver der britischen Besatzer angekündigt. Vom 14. bis 25.8., in der Zeit zwischen 8.30 und 16.00 Uhr befinden sich das Jaguar-Geschwader aus Brüggen und das Harrier-Geschwader aus Gütersloh im Einsatz. Im Tiefflug (80 m Höhe) wird der Osterberg angegriffen, dabei Nordstadt und Himmelsthür überflogen. Der stellvertretende Hildesheimer Standortälteste, Oberstleutnant Rawohl, schließt „Lärmbelästigungen“ nicht aus. Alle zwei Stunden sollen die Maschinen über die Stadt heulen. Doch wer läßt sich das schon gefallen? An Fabrikmauern, Brücken, Trafohäuschen, Einkaufszentren und Bushaltestellen ist zu lesen: „Besatzertruppen raus! BRD raus aus der NATO!“

Kp-Chef läßt Nationalhymne auswendig lernen

Göttingen, Zietenkaserne. Der Kp-Chef der 2./44 hat befohlen, daß die gesamte Kompanie den Text der deutschen Nationalhymne auswendig lernt. Er will das auch überprüfen. Unter den Mannschaften ist über den deutschnationalen Charakter dieser Hymne diskutiert worden.

300 englische Soldaten belagern Dorf im Landkreis Northeim

Northeim. 5 Wochen lang werden 300 englische Soldaten mit 20 Brückenlegepanzern vor dem Dorf Hollenstedt bei Northeim trainieren. Sie haben sich in einer „Zeltstadt“ vor dem Dorf eingerichtet. Seit Ende der 60er Jahre kommen die Engländer regelmäßig nach Hollenstedt, „um in dem für sie idealen Gelände zwischen dem Edesheimer Mühlengraben, der Leine und der Rhume den Einsatz ihrer überschweren Brückenlegepanzer zu trainieren. Die Landwirte sehen dem „Einfall“ der Engländer mit gemischten Gefühlen entgegen. Ortsbürgermeister Krause gestern gegenüber der „Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen“: „Die kommen immer wie ein Blitz aus heiterem Himmel, ohne Vorwarnung.“ (Northeimer Neueste Nachrichten, 16.8.78).

Im Herbst 30 Manöver der NATO

München. Vom Nordkap bis Ostanatolien will die NATO 30 Manöver zu Wasser, zu Lande und in der Luft in den nächsten 3 Monaten mit mehreren hunderttausend Soldaten durchführen. Bereits am vergangenen Dienstag traf über den Atlantik in der BRD die Vorhut der amerikanischen Reforgertruppen (Reforger bedeutet: return of forces to Germany – Rückkehr von Streitkräften nach Deutschland) ein. Reforger entspricht einem 1967 abgeschlossenen Vertrag, in dem sich der US-Imperialismus das Recht gesichert

Northeim. 5 Wochen lang werden 300 englische Soldaten mit 20 Brückenlegepanzern vor dem Dorf Hollenstedt bei Northeim trainieren. Sie haben sich in einer „Zeltstadt“ vor dem Dorf eingerichtet. Seit Ende der 60er Jahre kommen die Engländer regelmäßig nach Hollenstedt, „um in dem für sie idealen Gelände zwischen dem Edesheimer Mühlengraben, der Leine und der Rhume den Einsatz ihrer überschweren Brückenlegepanzer zu trainieren. Die Landwirte sehen dem „Einfall“ der Engländer mit gemischten Gefühlen entgegen. Ortsbürgermeister Krause gestern gegenüber der „Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen“: „Die kommen immer wie ein Blitz aus heiterem Himmel, ohne Vorwarnung.“ (Northeimer Neueste Nachrichten, 16.8.78).

Im Herbst 30 Manöver der NATO

München. Vom Nordkap bis Ostanatolien will die NATO 30 Manöver zu Wasser, zu Lande und in der Luft in den nächsten 3 Monaten mit mehreren hunderttausend Soldaten durchführen. Bereits am vergangenen Dienstag traf über den Atlantik in der BRD die Vorhut der amerikanischen Reforgertruppen (Reforger bedeutet: return of forces to Germany – Rückkehr von Streitkräften nach Deutschland) ein. Reforger entspricht einem 1967 abgeschlossenen Vertrag, in dem sich der US-Imperialismus das Recht gesichert
hat, alljährlich Heeres- und Luftwaffenverbände in die BRD einzufliegen. Im August und September sollen 13000 US-Soldaten mit 37000 Tonnen Gerät eingeflogen werden. Beim Überqueren des Atlantik werden die Transportschiffe von Marineeinheiten mehrerer NATO-Staaten begleitet, die hierbei kriegsmäßigen Konvoi-Einsatz üben. Ein wesentliches Element ist die Übernahme von Waffen und Fahrzeugen aus den in Europa angelegten Depots. (Süddeutsche Zeitung, 17.8.) Den Höhepunkt der Manöver in der BRD wird das Großmanöver „Blaue Donau“ im fränkischen Raum zwischen 17. und 22.9. darstellen. Drei Divisionen und die Corpstruppen des II. Corps, Verbände des Territorialkommandos Süd und alliierte Truppen sind beteiligt. „Im Übungsraum wird am 19. September eine Division angreifen und den Übergang über die Donau erzwingen. Der 21. September bringt den Kampf in der Tiefe des Verteidigungsraums aller Divisionen.“ (Amberger Zeitung 17.8.) Direkt verbunden wird damit die NATO-Luftwaffenübung „Cold Fire“, bei der Bundeswehr und alliierte Verbände eingesetzt werden. „Die Verteidigung (Abwehr eines Angriffs möglichst schon im grenznahen Bereich) spielt bei diesen Unternehmen eine gewichtige Rolle.“ (Süddeutsche Zeitung, 17.8.) Am 4. September beginnt das bisher größte Manöver von Seestreitkräften seit Bestehen der NATO. An der Übung unter der Bezeichnung „Northern Wedding 78“ nimmt laut ddp die Mehrzahl der See- und Luftstreikräfte der Bundesmarine teil. Das Manöver mit rund 150 Überwassereinheiten, 22 U-Booten und 800 Flugzeugen sowie Hubschraubern dauert bis zum 19. September. Über 3000 Marine-Soldaten aus 40 Einheiten der BRD-Kriegsflotte kommen zum Einsatz bei dieser „Versorgungs- und Verstärkungsübung“.

Münchhausen von 1943 wird aufgewärmt
Braucht die Bourgeoisie neue Wunderwaffen?

Filmkritik

r.scd. Die Lügengeschichten des Baron
militärische Macht ungebrochen sei.
Reise, ist ein Land in Überfluß. Wein
nos bringt, so drückt das ihr nicht erlo-

Jahren in verschiedenen Teilen der Welt entstanden sind, liegen in dem Widerstreit der Interessen der beiden Machtblöcke begründet. Am sichtbarsten ist dieser Widerstreit in Deutschland. Hier haben wir den Fall zweier Regierungen, die beide an gegensätzliche Militärblöcke gebunden und von der Politik ihrer stärkeren Verbündeten abhängig sind. ... Außerdem müßten die Großmächte dem Abzug sämtlicher fremden Truppen aus ihren deutschen Sektionen und der Entmilitarisierung Deutschlands zustimmen.

Sukarno, Indonesien
Nein, die friedliche Koexistenz kann und soll den Status Quo keineswegs verewigen. Sie muß es jedem Volk überlassen, sich nach eigenem Gutdünken zu entwickeln, frei von jedem Druck und jeder Eimischung von außen.

Wendete man diese Prinzipien auf Deutschland und auf Westberlin an, dann möchte ich als sicher annehmen, daß die heutigen scharfen Spannungen dadurch eine Milderung erfahren würden ... man lasse die Deutschen selbst

die Lösung dieses Problems könnte das deutsche Volk selbst leicht finden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen: Verzicht auf jede weitere Beteiligung an irgendeinem Militärpakt; völlige Neutralisation durch allgemeine Entmilitarisierung.

Kwame Nkrumah, Ghana
Erstens wir haben uns für die allgemeine und vollständige Abrüstung einzusetzen;
zweitens, das Bestehen zweier deutscher Staaten muß anerkannt werden;
drittens, die Großmächte sind aufzufordern, den Friedensvertrag mit Deutschland unverzüglich zu unterzeichnen ...
Die nächste Spielart der Deutschlandfrage – das Problem Westberlin – sollte keinerlei Schwierigkeit bereiten ... Wozu also die Aufregung um Westberlin? ...
Die derzeitigen Grenzen Deutschlands bestehen nunmehr schon seit sechzehn Jahren. Jeder Versuch, sie ändern zu wollen, würde zu unnützer Herausforderung und damit zu einem internationalen Zusammenstoß Anlaß geben.

meine Volksbewaffnung (Volksmiliz) ersetzt werden soll. Erst in den speziellen ‚Leitsätzen zur Militärfrage‘ gibt der KBW klarer zu erkennen, warum die ‚Kommunisten sich mit der Militärfrage befassen müssen‘.

Gleich im ersten Absatz, der als eine Art Präambel angesehen werden kann, heißt es: ‚Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern können.‘

Trotz unmißverständlicher Bejahung physischer Gewaltanwendung bei der Durchsetzung politischer Ziele bleiben jedoch ‚Programm‘ und ‚Leitsätze‘ des KBW in ihren Formulierungen noch vage. Eine ‚Präzisierung‘ sollte allerdings nicht lange auf sich warten lassen. Um dem ‚unpraktischen Gerede von bewaffnetem Aufstand‘‘ ein Ende zu setzen, wurde im Oktober 1977 vom ‚Zentralen Komitee des KBW‘ die Schrift ‚Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg‘ herausgegeben. Von allen genannten Schriften ist diese – bezüglich einer ‚Anleitung für das praktische Handeln‘ – nicht nur die aufschlußreichste, sondern auch die abenteuerlichste. In ihr ist das oft diskutierte ‚Ob‘ zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Waffengewalt angewendet werden soll, anscheinend völlig durch die Frage nach dem ‚Wie‘ verdrängt worden.“

Satz bei wohlwollender Interpretation ein erster (wenn auch versteckter) Hinweis auf Erwägung einer möglichen Resignation: ‚Da der gesetzmäßige Gang der Geschichte die Aufgabe auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird von der Tagesordnung der Geschichte entfernt, wer sich sträubt, sie zu erfüllen‘.“

„Wohlwollende Interpretation“ macht aus einem Hinweis auf das Schicksal des Opportunismus keinen, wenn auch noch so versteckten Hinweis auf mögliche Resignation, sondern zeigt, auf was die Reaktionäre ihre Hoffnung verlegen müssen, sobald die bewaffnete Revolution einmal als Mittel der Befreiung theoretisch begriffen und als praktische Aufgabe aufgeworfen wird.

Eine Einschätzung von dankenswerter Offenheit des Herrn Rezensenten. Sie gibt Aufschluß über den Stand der Bourgeoismeinungen und die Wirkungen der revolutionären Arbeit unter den Massen und in der Armee, und ist für jeden Revolutionär, der an der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zum Zwecke der sozialen Revolution des Proletariats arbeitet, eine Ermutigung.

Münchhausen von 1943 wird aufgewärmt
Braucht die Bourgeoisie neue Wunderwaffen?

Filmkritik

r.scd. Die Lügengeschichten des Baron von Münchhausen wurden erstmals 1786 veröffentlicht. Es handelt sich um überlieferte Märchen, die der Freiherr Hieronymus von Münchhausen zu Bodenwerder vermengt mit eigenen Erlebnissen und Lügen zum besten gab und die von Zeitgenossen festgehalten wurden. Seitdem unzählige Male veröffentlicht, dienten und dienen sie der Bourgeoisie dazu, die wahren Verhältnisse mit alten und neuen Lügengeschichten auf den Kopf zu stellen und für ihre Propaganda zu nutzen. Im ersten Weltkrieg tritt Münchhausen in dem von der Kriegszeitung der 10. k.u.k. Armee veröffentlichten Buch „als hochdekorierter k.u.k. Offizier auf. Bei seinen Kriegsabenteuern spielen modernes Kriegsgerät und Waffen eine wichtige Rolle.“ (Bibliographie). Die Verfilmung 1943, die zur Zeit wieder aufgepäppelt in den Kinos läuft, diente als ideologische Maßnahme, eine erneute Offensive in der Sowjetunion einzuleiten, nachdem die deutsche Armee bereits schwere Niederlagen einstecken mußte.

Als Goebbels den Film 1942 in Auftrag gab, war der Vormarsch der deutschen Armee ins Stocken geraten und die sowjetische Armee bereitete den Gegenangriff, der dann Ende 1941 stattfand, vor. Noch von den anfänglichen militärischen Erfolgen besoffen, aber bereits der Schwierigkeit bewußt – das war die Lage, als die Dreharbeiten begannen.

Bei der Premiere am 16. Juli 1943 hatte sich das Blatt vollkommen gewendet. Im Februar 1943 gaben die Reste der 6. deutschen Armee, die in Stalingrad eingeschlossen waren, auf. Je größer die Schläge, die die deutsche Wehrmacht einstecken mußte, desto größer wurde die Propaganda, daß die militärische Macht ungebrochen sei. Ihre Niederlagen versuchte die Bourgeoisie mit einer Offensive am 5. Juli gen Kursk wettzumachen. Verwundete, Flaksoldaten und Rüstungsarbeiter waren Ehrengäste der Premiere. Sie und die Frontsoldaten waren der Kern, der gewonnen werden mußte. Die Verfilmung stellt den Krieg – der historische Hintergrund ist der Krieg zwischen dem zaristischen Rußland unter Katharina der Großen und der Türkei – als großes Abenteuer von Helden dar. Münchhausen auf der Seite der Zarin flieht auf einer Kanonenkugel ins türkische Lager und steigt aus den brennenden Trümmern unversehrt hervor. Die Kriegsgefangenschaft ist ein wahres Schlemmerleben an der Seite des dummen und gefräßigen Sultans, dem der kluge Deutsche mit Rat und Tat zur Seite steht. Die überlieferte Geschichte, daß er nach dem Belgrader Frieden 1735 aus der Gefangenschaft entlassen wird, ist umgestrickt. Er flieht, gestützt auf Wunderwaffen. Ein weitschießendes Gewehr („damit schieße ich von Braunschweig einen Spatz vom Straßburger Dom“) symbolisiert die Luftwaffenrakete V I, mit der England beschossen wurde. Ein Schnelläufer, der das weitentwikkelte Nachrichtenübertragungssystem und die schnelle Beweglichkeit der Truppen darstellt, steht für die technische Überlegenheit, mit der die Unbesiegbarkeit Deutschlands propagiert wurde. Mit einem Ballon landet er auf dem Mond. Die Mondmenschen sterben in kurzer Zeit, ein Tag ist wie ein Jahr auf der Erde, und die Toten lösen sich mystisch in Rauch auf, der ins All entfleucht. Eine Todesart, die die Nazis bereits tausendfach an den Juden praktiziert hatten.

Rußland, die erste Station seiner Reise, ist ein Land in Überfluß. Wein fließt aus den Brunnen, das Brot hängt an den Bäumen. Er wird feierlich in „Petersburg“ empfangen. Petersburg, 1924 umbenannt in Leningrad, wurde 1941 von deutschen Truppen angegriffen, der Vormarsch konnte aber gestoppt und die Stadt 900 Tage verteidigt werden. Der Wunsch der Bourgeoisie, diese Stadt einzunehmen, blieb ein Traum. Wenn die Bourgeoisie diesen Film heute wieder in die Kinos bringt, so drückt das ihr nicht erloschenes Interesse an der Sowjetunion, Türkei und Italien aus, deren Einverleibung sie vorbereitet. Durch einfache Wiederholung alter Filme werden sie dabei wenig Erfolg haben. Nicht nur den Krieg und die Knechtung hat die Arbeiterklasse nicht vergessen, sondern auch die Propaganda, mit der die Bourgeoisie ihre Ziele verfolgte. Eine Neuverfilmung mit Curd Jürgens in der Hauptrolle ist also zu empfehlen.

Jugendfeuerwehrlager für den imperialistischen Krieg



r.mak. Über 600 Jugendliche der freiwilligen Jugendfeuerwehr aus dem Kreis Göttingen (1233 Mitglieder) und 25 holländische Jungfeuerwehrleute haben an den „Aktivferien“ im Feuerwehrzentrum Potzwenden teilgenommen. Das Programm sah vor, die Jugendlichen neben der körperlichen Ertüchtigung auch militärisch auszubilden; Orientierungsmärsche mit Karte und Kompaß, Nachtwanderungen. Mit Filmvorführungen der Polizei, Hubschrauberlandung und Vorträgen wie „Der Beruf des Polizeibeamten“ sollten die Jugendlichen für den staatlichen Gewaltapparat gewonnen werden. Über diese Art der „Jugendpflege“ waren Landrat Bruns (SPD) und andere hohe Vertreter des Landkreises Göttingen äußerst zufrieden.

Anhaltende Kämpfe der Volksmassen im Iran

z.and.Rom. In über 20 Städten im Iran finden seit Tagen Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks der Volksmassen statt. Die Regierung hat die Armee in Alarmzustand versetzt. Vier Städte, darunter Isfahan, die zweitgrößte Stadt des Landes, wurden unter Kriegsrecht gestellt. Weit über hundert Menschen sind bei den Kämpfen von Polizei und Armee getötet worden. Um die Bewegung zu spalten, hat der Schah „umfassende Demokratisierungsmaßnahmen“ angekündigt. Gleichzeitig sollen „alle für die Unruhen Verantwortlichen“ in Isfahan verhaftet worden sein, und in Shiras sind 113 Menschen dem Militärgericht übergeben worden, weitere 96 den Zivilgerichten. Die Kämpfe der Massen richten sich gegen die Ausplünderung des rohstoffreichen Iran durch die Imperialisten und die Politik des Schahregimes, das ihnen dabei Vorschub leistet. Der Iran ist das am höchsten verschuldete Land der OPEC, die Inflationsrate liegt bei durchschnittlich 20 Prozent. Obwohl Agrarland, muß der Iran heute Nahrungsmittel in großem Umfang importieren. Die Massen fordern die Anerkennung der 1906 gegen die englischen und russischen Imperialisten durchgesetzten bürgerlich-demokratischen Verfassung, und sie beziehen sich auf die großen Kämpfe gegen die Landreform, die 1962 als Plünderfeldzug gegen die landlosen Bauern durchgeführt wurde und den imperialistischen Monopolen ermöglicht hat, große Landgebiete aufzukaufen und dort das iranische Volk als Landarbeiter auszubeuten.

Seychellen: Keine Hafenrechte für Kriegsschiffe

z.hah. Der Präsident der Republik Seychellen, Albert Rene, hat erklärt, „daß die Regierung prüfe, ihre Häfen für die Kriegsflotten solcher Staaten zu schließen, die im Indischen Ozean ihre militärische Stärke demonstrieren“. Damit hat er in die Welt gesetzte Behauptungen wie Hoffnungen zunichte gemacht, daß die Seychellen der Stationierung von U-Booten der sozialimperialistischen Supermacht zugestimmt hätten. Die Seychellen müssen sich der Versuche beider Supermächte erwehren, sie zu einem Stützpunkt ihres Kampfes um Weltherrschaft zu machen. Sie liegen in der Mitte des Indischen Ozean zwischen der ostafrikanischen und indischen Küste; die Schiffahrtslinien von den erdölproduzierenden Ländern des Arabischen Golfes nach den USA und Westeuropa führen an ihnen vorbei. Die Regierung plant den Bau eines großen Containerhafens, womit die Seychellen eine Schlüsselstellung als Umschlags- und Umladeplatz für die Transporte nach Ostafrika wie Indien erhalten. Gegen die imperialistischen Pressionen hat Präsident Rene festgestellt: der Kampf zwischen den Supermächten in Afrika ist heute sehr stark, die Spannungen im Indischen Ozean wachsen. „Wir erklären eindeutig, daß wir in keinem Fall den Supermächten die Benutzung unseres Territoriums erlauben werden.“ Die Seychellen wünschen „absolut blockfrei“ zu bleiben, Unterstützung werden sie nur „von kleineren und mittleren Ländern annehmen“. Deshalb wird die Zusammenarbeit mit der OPEC entwickelt: bereits 1977 unter-

Mit dem „Friedensgipfel“ zu neuen Aggressionen

Neue Wehrsiedlungen der Zionisten angekündigt / „Entflechtungsabkommen“ läuft aus

z.mat. Am 5. September sollen unter der Oberaufsicht Jimmy Carters in Camp David neue Gespräche zwischen Präsident Sadat und Zionistenchef Begin stattfinden. Diese Konferenz sei „nicht einberufen, weil die Friedensaussichten gut wären, sondern weil im Gegenteil die Risiken größer geworden sind.“ Niemand soll sich also Illusionen machen, wenn sich Carters „letzte Friedensinitiative“ am Ende als Auftakt zu einem neuen Krieg entpuppt. „Es hat eine sichtliche Verlangsamung der Bewegung zum Frieden gegeben. Die Polemiken nahmen zu. Es war klar, daß die Parteien, anstatt sich auf den Frieden zuzubewegen, sich von ihm entfernten.“

Israel ist von den Imperialisten noch während des zweiten Weltkriegs als ihr Brückenkopf zur Beherrschung des arabischen Raums gewaltsam geschaffen worden. Seine ganze Existenz ist undenkbar ohne Expansion und auf periodisch angezettelte Kriege gegründet. Die Imperialisten selbst bereiten sie vor. Wenn sich die Carter-Regierung gegenwärtig Sorgen um die Erhaltung des Friedens macht, dann nur deshalb, weil ihre Vorbereitungen nicht wie geplant gelaufen sind. Die Absicht, Sadat zur Abtretung eroberten Landes zu bewegen, ist gescheitert. Die arabischen Länder konnten ihre Einheit wieder festigen. Ohne Spaltung der arabischen Länder jedoch, das ist imperialistische Schulweisheit, enden alle Kriegsabenteuer in elenden Niederlagen.

Daß die Imperialisten Ägypten zum Ziel ihrer Spaltungsbemühungen machen, kommt nicht von ungefähr. Ägypten, militärisch stärkster Gegner der israelischen Expansion, ist bei den imperialistischen Banken mit 1,4 Milliarden US-Dollar verschuldet. 67,7% davon müssen noch in diesem Jahr zurückgezahlt werden. Da es nicht wie andere arabische Länder über größere Öleinkommen verfügt, wird es zur Rückzahlung seine Bankguthaben benutzen müssen, die sich gerade auf die nötige Milliarde US-Dollar belaufen. Die Banken wird das nicht daran hindern, das Land auf seine „sinkende Kreditfähigkeit“ hinzuweisen. Das schafft eine gute Lage, so rechnen die US-Imperialisten, für einen nachhaltigen Einbruch in die Front der arabischen Länder.

Ende September läuft das Entflechtungsabkommen für den Sinai ab, mit dem die USA 1975 Radarstationen und Militärtechniker „zur Überwachung der Pufferzone“ auf dem Sinai stationieren konnten. Mit einem Bein ist die US-Armee also schon auf dem Sinai. Man versteht, weshalb Carter das Treffen Begin-Sadat noch im September angesetzt hat: Die Drohung, bei der Erneuerung des Abkommens das zweite Bein nachzuziehen, wenn sich die Gäste in Camp David nicht einigen können, soll voll auf der Konferenz lasten. „Gewagt“ nennen alle bürgerlichen Zeitungen Carters Konferenzplan und reden davon, ohne Druck auf Israel werde es übel ausgehen. In Wahrheit ist der Plan exakt darauf berechnet, größtmöglichen Druck auf Ägypten auszuüben.

Dabei ist auch Israel seine Rolle zugeteilt worden. Kaum war der Termin der Konferenz bekannt, teilte ein Sprecher der israelischen Regierung mit, daß der Plan, fünf neue Wehrsiedlungen in den besetzten Gebieten des Jordan-Tals zu errichten, von einer Ministerkommission gebilligt worden ist. Einen Tag später wurden diese Pläne „eingefroren“ und ihre Wiederaufnahme vom Ergebnis der Gespräche in Camp David abhängig gemacht.

80 Wehrsiedlungen seit 1967

Von den fünf neuen Wehrsiedlungen sind drei in der Umgebung von Jericho geplant. Jericho ist die größte arabische Stadt in den besetzten Gebieten, sie ist bereits von mehreren Wehrdörfern eingekreist. Da sie für eine direkte Vertreibung ihrer Einwohner zu groß ist, soll sie durch ein Netz von israelischen Wehrsiedlungen erdrosselt werden. Eine weitere Siedlung soll im Zentrum des Jordan-Tals bei Jiflik errichtet werden, eine fünfte im Norden bei dem schon bestehenden Wehrdorf Mehula. Etwa 80 Wehrsiedlungen sind seit 1967 auf dem Westufer des Jordan, den Golan-Höhen, dem Sinai und im Gaza-Streifen errichtet worden, 21 davon im Jordan-Tal. Mit einer Gesamtbesiedlung von knapp 7000 sind die Dörfer reine Vorposten des israelischen Militärs.

„Kein Zentimeter arabischen Bodens wird aufgegeben“, hatte Sadat vor drei Wochen gesagt. Die Konferenzvorbereitung der Imperialisten besteht in der Ankündigung neuer zionistischer Siedlungen und der Androhung weiterer US-Truppen zur „Entflechtung“. So vorbereitet, will Carter dann Gespräche „im Rahmen der Entschließung 242 des Weltsicherheitsrates“ der Vereinten Nationen führen lassen und selbst die Aufsicht übernehmen oder einen passenden Vorschlag dazu machen. Diese Resolution, auf die auch die Sowjetunion immer wieder zurückkommt, ist von der PLO und den arabischen Staaten beharrlich abgelehnt worden. Zwar fordert sie den Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten und die Auflösung aller israelischen Siedlungen, sie enthält aber auch das „Recht Israels auf garantierte Grenzen“ und die Schaffung „normaler Beziehungen“ zwischen Israel und den arabischen „Nachbarn“.

Wie kann es normale Beziehungen geben zwischen dem palästinensischen Volk, dem das Land gehört, und seinen Verbündeten, der arabischen Regierung, und dem imperialistischen Vorposten Israel, der unter Vertreibung der Palästinenser von den Imperialisten gewaltsam geschaffen worden ist? Das Ziel der palästinensischen Revolution ist die Errichtung eines demokratischen Palästina und nicht die Erfüllung der Resolution 242.

Arabische Länder stärken gemeinsame Front

Carters Konferenz ist ein verzweifeltes „Rettungsunternehmen“ für den israelischen Statthalterstaat, hat die algerische Regierungszeitung Ash Shaab zu den Plänen der US-Regierung geschrieben. Die kuwaitische Zeitung Al-Anbaa stellt fest: „Alle Treffen werden überflüssig sein, solange Israel nicht dem Rückzug aus allen besetzten arabischen Gebieten zustimmt und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkennt.“ Alle möglichen Vorschläge hat Begin entwickelt, um diese Forderungen vom Tisch zu bekommen. Mit seinem Plan einer fünfjährigen Übergangsperiode unter israelischer Verwaltung zur Ausarbeitung zukünftiger anderer Möglichkeiten will er seinen Teil dazu beitragen, Ägypten aus der Front der arabischen Länder herauszubrechen. Die Antwort darauf hat Sadat vor wenigen Tagen auf einer Sitzung des Vorbereitungsausschusses zur Gründung einer neuen Regierungspartei gegeben. Ägypten ist nicht bereit, sagte er, die Interessen der übrigen arabischen Länder zu umgehen und einen Separatfrieden zu schließen, und es lehnt auch entsprechende Vorschläge der Sowjetunion entschieden ab.

Um den imperialistischen Manövern zur Spaltung der arabischen Länder die Grundlage zu entziehen, stärken die arabischen Staaten ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als erstes Land hat jetzt Ägypten einen Kredit zum Ausgleich der Handelsbilanz über 17,5 Millionen US-Dollar von der gemeinsamen arabischen Bank Arab Monetary Fund erhalten. Den Kredit muß es im Lauf von drei Jahren zurückzahlen, der Zinssatz beträgt anfangs 3,75%, im dritten Jahr 4,75%. Unter OECD-Imperialisten gelten 7,25% als Mindestzinssatz für Exportkredite. „Gentlemen's agreement“ nennen sie das. Die Gentlemen werden sich an den arabischen Ländern die Zähne ausbeißen.

Unerfreuliches für Lambsdorff in Indien

Kapitalexport in „Niedriglohngebiet“ soll steigen / Siemens-Arbeiter seit 8 Monaten im Streik

z.hef. Lambsdorff ist jetzt in Indien. Die westdeutschen Imperialisten haben ihren Fachmann für Risikokapital geschickt, immerhin ist er Direktor der Victoria-Rückversicherungs-AG. Aber gegen das, was die Profite der Imperialisten in Indien bedroht, die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen und das Unabhängigkeitsstreben der Nation, dagegen gibt es keine Versicherung.

Siemens gehört zu den 30 größten in Indien operierenden ausländischen Monopolen. Mehr als 4500 Arbeiter werden bei drei Tochtergesellschaften ausgebeutet. Am 3. August wurde die

die Tatsache dienen, daß der frühere Vorsitzende Arbeitsminister des betreffenden Bundesstaates geworden ist.

Am 24.12. teilte die AEW den Kapitalisten mit, daß ihre Mitglieder in den Streik treten würden, falls die Gewerkschaft nicht anerkannt würde. Am 5.1. begann der Streik. Das Werk wurde teilweise besetzt, es gab Kämpfe mit der Polizei. Am 20.1. konnten die Kapitalisten auf niedriger Stufe die Pro-

Willkür der Siemens-Imperialisten im ganzen Land hervorrief. Der Streik geht weiter.

Der Aufschwung der Klassenkämpfe in Indien (s. KVZ 26, S. 13) stört die westdeutschen Imperialisten empfindlich. Sie hatten nie so viel in Indien zu verlieren wie jetzt, und sie wollen ihre Stellung dort ausbauen. Zwar ist ihr prozentmäßiger Anteil am Warenexport nach Indien in den letzten Jahren gesunken (von 9,8%

men eine große Triebkraft.

Aber die westdeutschen Imperialisten haben die Warenexporte gut genutzt für die Vorbereitung einer grossen Kapitalexportoffensive. Zwischen 1964 und 1973 allein haben sie ihre Kapitalanlagen in Indien versechsfachen können (zum Vergleich: Die US-Imperialisten haben sie verdreifacht, die britischen Imperialisten konnten sie nur um 27% steigern). Seit 1973 stiegen die Kapitalexporte noch schneller, so daß die BRD-Imperialisten heute mit 175 Mio. DM vierte in der Rangfolge der Profiteure sind, nach den beiden Supermächten und

Seychellen: Keine Hafenrechte für Kriegsschiffe

z.hah. Der Präsident der Republik Seychellen, Albert Rene, hat erklärt, „daß die Regierung prüfe, ihre Häfen für die Kriegsflotten solcher Staaten zu schließen, die im Indischen Ozean ihre militärische Stärke demonstrieren“. Damit hat er in die Welt gesetzte Behauptungen wie Hoffnungen zunichte gemacht, daß die Seychellen der Stationierung von U-Booten der sozialimperialistischen Supermacht zugestimmt hätten. Die Seychellen müssen sich der Versuche beider Supermächte erwehren, sie zu einem Stützpunkt ihres Kampfes um Weltherrschaft zu machen. Sie liegen in der Mitte des Indischen Ozean zwischen der ostafrikanischen und indischen Küste; die Schiffahrtslinien von den erdölproduzierenden Ländern des Arabischen Golfes nach den USA und Westeuropa führen an ihnen vorbei. Die Regierung plant den Bau eines großen Containerhafens, womit die Seychellen eine Schlüsselstellung als Umschlags- und Umladeplatz für die Transporte nach Ostafrika wie Indien erhalten. Gegen die imperialistischen Pressionen hat Präsident Rene festgestellt: der Kampf zwischen den Supermächten in Afrika ist heute sehr stark, die Spannungen im Indischen Ozean wachsen. „Wir erklären eindeutig, daß wir in keinem Fall den Supermächten die Benutzung unseres Territoriums erlauben werden.“ Die Seychellen wünschen „absolut blockfrei“ zu bleiben, Unterstützung werden sie nur „von kleineren und mittleren Ländern annehmen“. Deshalb wird die Zusammenarbeit mit der OPEC entwickelt: bereits 1977 unter-

stützte der OPEC-Sonderfonds die unabhängig gewordene Republik mit einem Kredit zur Bekämpfung des Zahlungsbilanzdefizits und 1978 mit einem Kredit für das Wohnungs- und Sozialprogramm der Regierung.

Malaysia entzieht US-Konzern Ölkonzession

z.hah. PETRONAS, die staatliche Erdölgesellschaft Malaysias, hat dem US-Konzern „Continental Oil Corporation“ die Konzession entzogen, die ihm Anfang der siebziger Jahre für die Erforschung und Erschließung der Ölvorkommen vor der Ostküste der malaysischen Halbinsel gewährt worden war. Malaysia ist in Südostasien nach Indonesien der zweitgrößte Erdölproduzent geworden, die Einnahmen aus dem Ölexport machen inzwischen ein Siebtel am Gesamtexportwert aus. Die US-Imperialisten wollten von PETRONAS zur Gründung der Fördergesellschaft Bedingungen erpressen, die kaum beschränkte Plünderung und Profit aus den Ölvorkommen sichern. Eben dagegen hatte die malaysische Regierung festgelegt, daß bei Gesellschaften 70% der Anteile in malaysischer Hand sein müssen und ausländisches Kapital nur mit 30% beteiligt sein darf. Mit dem „Gesetz zur Entwicklung der Ölwirtschaft“ wurde ausländischen Konzernen die Auflage gemacht, Aufträge für Ausrüstungen zur Ölproduktion an malaysische Unternehmen zu erteilen, um Malaysia vom Zwang, diese zu importieren oder imperialistischen Monopolen teure Gebühren zu zahlen, zu befreien. Mit Verschleppung der Erschließungsarbeiten und Verhandlungen wollte der US-Konzern diese Bestimmungen beseitigen. Der Entzug der Konzession ist die richtige Antwort.

Einheit wieder festigen. Ohne Spaltung der arabischen Länder jedoch, das ist imperialistische Schulweisheit, enden alle Kriegsabenteuer in elenden Niederlagen.

Daß die Imperialisten Ägypten zum Ziel ihrer Spaltungsbemühungen machen, kommt nicht von ungefähr. Ägypten, militärisch stärkster Gegner der israelischen Expansion, ist bei den imperialistischen Banken mit 1,4 Milliarden US-Dollar verschuldet. 67,7% davon müssen noch in diesem Jahr zurückgezahlt werden. Da es nicht wie andere arabische Länder über größere Öleinkommen verfügt, wird es zur Rückzahlung seine Bankguthaben be-

mit, daß der Plan, fünf neue Wehrsiedlungen in den besetzten Gebieten des Jordan-Tals zu errichten, von einer Ministerkommission gebilligt worden ist. Einen Tag später wurden diese Pläne „eingefroren“ und ihre Wiederaufnahme vom Ergebnis der Gespräche in Camp David abhängig gemacht.

80 Wehrsiedlungen seit 1967

Von den fünf neuen Wehrsiedlungen sind drei in der Umgebung von Jericho geplant. Jericho ist die größte arabische Stadt in den besetzten Gebieten, sie ist bereits von mehreren Wehrdörfern eingekreist. Da sie für eine direkte Vertreibung ihrer Einwohner zu groß ist, soll sie durch ein Netz von israeli-

ler israelischen Siedlungen, sie enthält aber auch das „Recht Israels auf garantierte Grenzen“ und die Schaffung „normaler Beziehungen“ zwischen Israel und den arabischen „Nachbarn“.

Wie kann es normale Beziehungen geben zwischen dem palästinensischen Volk, dem das Land gehört, und seinen Verbündeten, der arabischen Regierung, und dem imperialistischen Vorposten Israel, der unter Vertreibung der Palästinenser von den Imperialisten gewaltsam geschaffen worden ist? Das Ziel der palästinensischen Revolution ist die Errichtung eines demokratischen Palästina und nicht die Erfüllung der Resolution 242.

zur Spaltung der arabischen Länder die Grundlage zu entziehen, stärken die arabischen Staaten ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als erstes Land hat jetzt Ägypten einen Kredit zum Ausgleich der Handelsbilanz über 17,5 Millionen US-Dollar von der gemeinsamen arabischen Bank Arab Monetary Fund erhalten. Den Kredit muß es im Lauf von drei Jahren zurückzahlen, der Zinssatz beträgt anfangs 3,75%, im dritten Jahr 4,75%. Unter OECD-Imperialisten gelten 7,25% als Mindestzinssatz für Exportkredite. „Gentlemen's agreement“ nennen sie das. Die Gentlemen werden sich an den arabischen Ländern die Zähne ausbeißen.

Unerfreuliches für Lambsdorff in Indien

Kapitalexport in „Niedriglohngebiet“ soll steigen / Siemens-Arbeiter seit 8 Monaten im Streik

z.hef. Lambsdorff ist jetzt in Indien. Die westdeutschen Imperialisten haben ihren Fachmann für Risikokapital geschickt, immerhin ist er Direktor der Victoria-Rückversicherungs-AG. Aber gegen das, was die Profite der Imperialisten in Indien bedroht, die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen und das Unabhängigkeitsstreben der Nation, dagegen gibt es keine Versicherung.

Siemens gehört zu den 30 größten in Indien operierenden ausländischen Monopolen. Mehr als 4500 Arbeiter werden bei drei Tochtergesellschaften ausgebeutet. Am 3. August wurde die

die Tatsache dienen, daß der frühere Vorsitzende Arbeitsminister des betreffenden Bundesstaates geworden ist.

Am 24.12. teilte die AEW den Kapitalisten mit, daß ihre Mitglieder in den Streik treten würden, falls die Gewerkschaft nicht anerkannt würde. Am 5.1. begann der Streik. Das Werk wurde teilweise besetzt, es gab Kämpfe mit der Polizei. Am 20.1. konnten die Kapitalisten auf niedriger Stufe die Pro-

Willkür der Siemens-Imperialisten im ganzen Land hervorrief. Der Streik geht weiter.

Der Aufschwung der Klassenkämpfe in Indien (s. KVZ 26, S. 13) stört die westdeutschen Imperialisten empfindlich. Sie hatten nie so viel in Indien zu verlieren wie jetzt, und sie wollen ihre Stellung dort ausbauen. Zwar ist ihr prozentmäßiger Anteil am Warenexport nach Indien in den letzten Jahren gesunken (von 9,8%

men eine große Triebkraft.

Aber die westdeutschen Imperialisten haben die Warenexporte gut genutzt für die Vorbereitung einer grossen Kapitalexportoffensive. Zwischen 1964 und 1973 allein haben sie ihre Kapitalanlagen in Indien versechsfachen können (zum Vergleich: Die US-Imperialisten haben sie verdreifacht, die britischen Imperialisten konnten sie nur um 27% steigern). Seit 1973 stiegen die Kapitalexporte noch schneller, so daß die BRD-Imperialisten heute mit 175 Mio. DM vierte in der Rangfolge der Profiteure sind, nach den beiden Supermächten und

Siemens India Ltd., bei der die Siemens AG einen Aktienanteil von 51% hat, von dem Arbeitsgericht der Stadt Thane verurteilt, die fristlosen Entlassungen von 950 Arbeitern des Werkes Kalwa zurückzunehmen. Siemens hatte den Arbeitern Ende Juli Entlassungsschreiben geschickt, in denen die Kündigung mit Wirkung vom 25. Juli mitgeteilt wurde. „Wegen Ihrer hartnäckigen und verstockten Weigerung, Ihrer Pflicht zu der Ihnen mitgeteilten Zeit nachzukommen, sind Sie des ungebührlichen Verhaltens schuldig, nämlich: Nichtbeachtung von zumutbaren und rechtmäßigen Anweisungen Ihrer Vorgesetzten und Untergrabung der Disziplin.“

Das „ungebührliche Verhalten“ ist die unverschämte Bezeichnung der Imperialisten für den Streik der Arbeiter zur Durchsetzung des gewerkschaftlichen Organisationsrechts. Ende 1977 hatte sich die Mehrheit der Arbeiter der „Association of Engineering Workers“ (Gewerkschaft der technischen Arbeiter) angeschlossen. Die AEW ist Mitglied des Gewerkschaftsdachverbandes INTUC. Die Siemens-Kapitalisten erklärten, in dem Betrieb sei nur die schon länger bestehende „Vereinigung der Siemens-Beschäftigten“ rechtmäßig. Was die Kapitalisten gern als „zwischengewerkschaftlichen Disput“ hinstellen wollen, ist in Wirklichkeit der erbitterte Kampf der Arbeiter für den Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation, die tatsächlich ihre Interessen vertritt. Zur Erhellung des Charakters der „Vereinigung der Siemens-Beschäftigten“, mit deren Führung die Kapitalisten leichtes Spiel hatten, mag



Die Studenten im indischen Bundesstaat Maharashtra haben in einer mehrwöchigen Kampagne die Rücknahme der Studiengebühren-Erhöhung durchgesetzt. Unser Bild zeigt eine Demonstration von mehr als tausend Studenten in Bombay am 2. August. In der Woche zuvor war es der Polizei nicht gelungen, die Demonstrationen wie geplant niederzuknüppeln. Am 8. August besetzten die Studenten in Bombay die Universitätsverwaltung. Am 9. August nahm die Staatsregierung die Erhöhungen „für den jetzigen Zeitpunkt“ zurück, nachdem es auch in anderen Städten große Aktionen gegeben hatte. Die Studenten fordern die vollständige Zurücknahme der Erhöhungspläne, keinerlei Verfolgung der beteiligten Studenten und die Streichung teurer Auslandsreisen von hohen Universitätsbeamten und Professoren, mit deren gestiegenen Gehältern und Spesenunkosten die Erhöhungen unter anderem begründet worden waren.

duktion mit angeheuerten Streikbrechern wieder beginnen. Die über 1000 Streikenden blieben fest, weder Drohungen noch Arbeitsaufforderungen konnten sie vom Streik abbringen.

Die Imperialisten mußten zugeben, daß sie bisher bereits einen Umsatzrückgang von 30 Mio. Rupien erlitten. Die Arbeitsgerichtsentscheidung gegen die fristlosen Entlassungen ist Ergebnis dieser Entschlossenheit und der Empörung, die die unverschämte

1966/67 auf 6% 1976/77). In absoluten Zahlen ist der Export gestiegen, nur hat sich die imperialistische Konkurrenz mehr vom Zuwachs sichern können. Auch bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbprodukten aus Indien haben die westdeutschen Imperialisten nicht die gewünschten Fortschritte machen können. Lambsdorffs Aufgabe ist es, hier für Besserung zu sorgen. Dabei ist die Gier nach den kürzlich gefundenen Bauxitvorkom-

der früheren Kolonialmacht Großbritannien.

Im Ausbau dieser Stellung liegt Lambsdorffs Hauptaufgabe. Passend gab die Indisch-westdeutsche Handelskammer bekannt, daß die Zahl der „gemeinsamen Projekte“ jetzt 430 betrage, von denen 18,2% im Bereich der industriellen Maschinerie, 13,4% auf dem Gebiet der Pharmazie und Chemie und 13% auf dem Gebiet der Elektromaschinerie liegen. 1977 schlossen die westdeutschen Imperialisten Verträge über 55 „gemeinsame Projekte“ ab, nur übertroffen von Großbritannien (59) und vor den USA (54) und der Schweiz (23) sowie Japan (20).

Wenn der Wirtschaftsminister der BRD Indien besucht, geht es nicht nur um Indien selbst. Das „Handelsblatt“ findet, daß „die Rolle Indiens als eines der größten und zugleich gemäßigten Vertreters der Entwicklungsländer in der Debatte um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung nicht gerade gering ist“. Lambsdorff will Terrain sondieren und Spaltungsversuche vorbereiten. Was heißt hier „gemäßigt“? Indien vertritt unmißverständlich die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, und als Schritt die Einrichtung der Rohstoffonds – heftig bekämpft von den westdeutschen Imperialisten. Indien unterstützt die PLO, Indien hat kurz nach der „internen Lösung“ in Zimbabwe diese verurteilt und seine Unterstützung der Patriotischen Front bekräftigt – „gemäßigt“? Jeder dieser Schritte ist gegen die imperialistische Unterdrückung des Landes durchgesetzt worden und wiegt damit um so schwerer.

Sozialimperialistische Methoden des ungleichen Tauschs

Staudämme, gezahlt mit Uruguays Holz, Fisch, Kohle, Kupfer, Blei ...

z.gug. „Cuenca" ist spanisch und bedeutet: Wasserbecken eines großen Flusses. „Cuenca del Plata" heißt so viel wie Wassereinzugsgebiet des Plata-Flusses. Die Cuenca del Plata ist eines der größten wasserführenden Flußbecken der Erde, nach dem Amazonas, dem Yennissei, Kongo und Amur das fünftgrößte und in Südamerika das zweitgrößte mit einer ungefähren Fläche von 3,2 Mio. qkm.

Fünf Länder liegen ganz oder teilweise in diesem Gebiet: Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Bolivien. Hier befinden sich die größten Städte Lateinamerikas: Buenos Aires, Porto Alegre, Rio de Janeiro, Montevideo, Asuncion, La Paz.

Das Gebiet ist ein außerordentlich fruchtbares Agrarland. In Bolivien, Paraguay, Nordargentinien und im Rio de la Plata gibt es große Wälder und dementsprechend Holzverarbeitung. In El Muntun (Bolivien) liegt die größte Eisenlagerstätte der Welt. In der Cuenca del Plata sind außerdem reiche Vorkommen an Kohle, Kupfer, Blei, Nickel, Zink, Uran, Gold und Silber.

Die Flüsse Parana, Paraguay, Uruguay einschließlich ihrer Nebenflüsse bilden ein weitverzweigtes Netz, das große Möglichkeiten für den Ausbau eines Wasserverkehrsnetzes bietet und vor allem ein riesiges Potential zur Gewinnung von Energie aus Wasserkraft ist.

In den letzten Jahren machen die lateinamerikanischen Länder verstärkte Anstrengungen, anstelle des Erdöls, das sie hauptsächlich von den US-Imperialisten importieren müssen, ihr reiches Potential an Wasserkraft zu nutzen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Imperialisten zu lockern und den Aufbau einer nationalen Industrie voranzutreiben.

Bei der uruguayischen Stadt Salto Grande am Uruguay-Fluß, der an dieser Stelle die Grenze zu Argentinien bildet, wurde von der uruguayischen Regierung bereits vor 90 Jahren der Bau eines Staudamms geplant. Uruguay ist vollständig abhängig vom Erdölimport. Mit dem Bau des Staudamms könnte der größte Teil des Energiebedarfs des Landes gedeckt werden. Dazu sollen zwei Wasserkraftwerke von 1890 Megawatt mit einer jährlichen durchschnittlichen Erzeugung von 6600 kWStd. errichtet werden.

Zudem würde durch den dadurch entstehenden künstlichen See von einer Fläche von 70000 ha und acht Meter Tiefe die Fischwirtschaft einen Aufschwung erhalten und einen Teil der Ernährungsprobleme des Landes lösen helfen. Der zusätzliche Fischfangertrag wird auf 7000 t pro Jahr geschätzt. Gleichzeitig wäre der Staudamm Ausgangspunkt zur Bewässerung des Landes und zur Schiffbarmachung des Uruguay in seiner gesamten Länge.

Obwohl der Staudammbau schon so lange geplant ist, wurde mit der Umsetzung der Planung erst 1973 begonnen. Der Grund für die jahrelangen Verzögerungen ist in den Verhinderungsversuchen der US-Imperialisten zu suchen. Für den Bau dieses Staudamms benötigt die Regierung von Uruguay Kredite, die ihnen die US-Imperialisten jedoch verweigerten. Sie bewilligten nur Kredite für thermoelektrische Anlagen, die mit US-Erdöl betrieben werden. Um trotzdem den Bau zu beginnen und durchzusetzen, haben die Regierungen von Uruguay und Argentinien 1973 die Comision Tecnica Mixta (CTM) gegründet.

Schon 1966 begannen die Sozialimperialisten mit dem Staudammbau eine Chance zu wittern, ihren Einfluß auf die Länder Lateinamerikas auszudehnen. Unter Ausnutzung der Tatsache, daß die US-Imperialisten versuchten, den Staudammbau zu verhindern, boten sie großzügige Hilfe an: langfristige Kredite, die etwas billiger waren als bei anderen Imperialisten, sowie die Lieferung von Maschinen und Experten. So gaben die Sozialimperialisten von den geschätzten 1,11 Mrd. US-Dollar Gesamtkosten 59 Mio. US-Dollar Kredit. Die Turbinen der Wasserkraftwerke werden von den Sozialimperialisten geliefert. Die Sozialimperialisten sind scharf auf die Rohstoffvorkommen in der Cuenca del Plata, auch auf die reiche Landwirtschaftsproduktion. Zudem bietet das umfangreiche Wassernetz und das weitverzweigte Eisenbahnnetz den Zugang ins Herz der Rohstofflager der Anrainerstaaten. Auch militärisch gesehen ist Uruguay von höchstem Interesse für die Sozialimperialisten. Die Plata-Mündung ist geeignet für Tiefseehäfen und damit ein idealer Stützpunkt im Südatlantik.

Die selbstlose Hilfe der Sozialimperialisten entpuppt sich bei näherer Betrachtung als intensive Bemühung, die Länder unter ihre Abhängigkeit zu bringen. Prof. Dr. h.c. Sergej Tjulpanow, der zu den bekanntesten und höchstdotierten Politik-Wissenschaftlern der neuen Bourgeoisie der UdSSR zählt, schreibt in seinem Werk „Die politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern":

„Hierbei müssen, genau wie der Außenhandel, auch alle anderen wirtschaftlichen Beziehungen eine *solide ökonomische Basis* haben, damit ein stabiles Wachstum gesichert ist. Das erfordert, daß Anleihen in der Regel auf kommerzieller Basis gewährt werden müssen, daß die Tätigkeit der Betriebe, die mit Hilfe sozialistischer Staaten errichtet wurden, nach einer gewissen Zeit den Rückfluß der Aufwendungen garantieren muß."

Die Rückzahlung der von den Sozialimperialisten gewährten Kredite soll nicht in Devisen erfolgen, sondern durch den Export der traditionellen Produkte dieser Länder, wie Fleisch, Leder, Wolle, was auch nicht ein besonderes Entgegenkommen der Sozialimperialisten gegenüber diesen Ländern ist, sondern die einseitig ausgerichteten Wirtschaften dieser Länder verewigen soll, damit sich die Sozialimperialisten daran bereichern können.

So schreibt der bewußte Sergej Tjulpanow:

„Für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern ist ferner die objektive Tatsache förderlich, daß die Wirtschaftsstruktur der UdSSR und mehrerer anderer sozialistischer Staaten sowie der Entwicklungsländer sich weitgehend ergänzt ... Gleichzeitig eröffnet der wachsende sozialistische Weltmarkt günstige Perspektiven für den Absatz traditioneller Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer, die in den sozialistischen Ländern entweder gar nicht oder nur in ungenügendem Umfang erzeugt werden."

Die Sozialimperialisten haben ihren Handel mit den lateinamerikanischen Ländern in den letzten Jahren erheblich erhöht, insbesondere den Handel mit Argentinien, Brasilien, Bolivien und Peru, wobei Argentinien, Brasilien und Bolivien in der Cuenca del Plata liegen.

1975 waren die Sozialimperialisten der Hauptabnehmer argentinischer Produkte. In einem argentinisch-russischen Wirtschaftsabkommen hatte sich Argentinien für die Gewährung eines Kredits der Sozialimperialisten von 600 Mio. US-Dollar, rückzahlbar in zehn Jahren mit einem Zinssatz von 4,5%, zur Lieferung von 90000 t Fleisch und 1,5 Mio. Hektoliter Wein verpflichten müssen.

Direkten Einfluß auf den Staudammbau verschaffen sich die Sozialimperialisten unter Einsatz der revisionistischen Parteien in Argentinien und Uruguay. So preist z.B. ein Manuel Andrade Ambrosoni, Revisionist und Mitglied der CTM, die „uneigennützige Hilfe der sozialistischen Macht". Die Ausschreibung des Staudammbaus wurde an die US-Firma Main vergeben, in deren Teilhaberfirmen in Uruguay mehrheitlich Mitglieder der revisionistischen KP Uruguays sind. 1976 hat dann folglich die CTM unter Absprache mit Main und Teilhabern das Angebot der russischen Firma ENERGOMACHEXPORT für einen Kredit für Maschinenlieferungen über 50Mio. US-Dollar vergeben. Mit den russischen Maschinen kommen die „Experten" der Sozialimperialisten nach Argentinien und Uruguay. Der bereits mehrfach zitierte Ökonom der Sozialimperialisten: „Gemischte Betriebe, an denen die sozialistischen Länder und die Nationalstaaten beteiligt sind, können als eine wichtige Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durchaus im beiderseitigen Interesse ausgenutzt werden. Bei dieser Form könnten bestimmte Rechte und Pflichten der Spezialisten festgelegt werden, die der sozialistische Staat für die Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes ernennt."

Von vornherein haben die Sozialimperialisten die Absicht, sich mit den Krediten und den Maschinen für den Staudammbau Argentiniens und Uruguays in diesen Ländern einzunisten und sich in die inneren Angelegenheiten dort zu mischen. Dabei machen sie gemeinsame Sache mit allen anderen Imperialisten. „Ein neues und höchst interessantes Phänomen in der Kommerzialisierung von sowjetischem technischem Material", schreibt N. Gladkow, Experte des russischen Außenhandels, in seinem Aufsatz ‚Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und Lateimaerika' zu dem Staudammbau von Salto Grande, „ist die Zusammenarbeit zwischen sowjetischen, westeuropäischen, nordamerikanischen und einheimischen Firmen. Unsere Anlagen wurden durch das Material der betreffenden Firmen ergänzt. Augenblicklich beschränkt sich der Bereich dieser Zusammenarbeit auf den Energiesektor, aber es gibt allen Grund anzunehmen, daß dieser Bereich in Zukunft ausgedehnt wird."
(nach Material aus: Bolet:n Uruguay, Nov./Dez. 1977)

Harte Kritik Ungarns an UdSSR

z.pek. „Es ist keine Freude für uns, einen Fünfjahrplan zu akzeptieren, in dem die Steigerung des Nationaleinkommens 30 – 32 %, der Eigenverbrauch aber nur 22 – 24 % aufweist, da wir den Produktionsüberschuß als Kompensation für unsere Einkäufe ins Ausland exportieren müssen", erklärte der stellvertretende ungarische Ministerpräsident Istvan Huszar (Ungarischer Pressedienst, 31.7.78). „Ausland" – das ist die sozialimperialistische Supermacht. Sie hat diktiert: „Die Ausfuhr von Industrieprodukten ist um 11 %, jene nach den sozialistischen Ländern im besonderen um 11 – 12 % zu steigern ..., was über dem Niveau des im Fünfjahrplan für 1978 vorgesehenen Warenaustauschverkehrs liegt." Betrug 1970–1975 die jährliche Steigerung des Gesamtexports Ungarns in den RGW, also v.a. die UdSSR, zehn Prozent, so 1977 18,5 %. Ungarn muß hochqualifizierte Industrieprodukte liefern: „z.B. Omnibusse, Automatisierungsmittel, Nachrichtenmittel, Rechentechnik, Portal- und Schwimmkräne", importiert aus der UdSSR v.a. Erdöl, Eisenerz. Die Abhängigkeit Ungarns von Energie- und Rohstofflieferungen der UdSSR ist von der Supermacht gewaltsam herbeigeführt worden: im derzeitigen Fünfjahrplan Ungarns ist bei „Energieträgern und Elektroenergie" ausschließlich Import verzeichnet, hingegen es 1970 eine nahezu ausgeglichene Export-/Importbilanz hatte. Die im Rahmen des Fünfjahresplans vorgesehene „Kooperation im Landmaschinenbau" zwischen der Supermacht und Ungarn sieht so aus, daß die in Ungarn gebauten Erbsenerntemaschinen zum großen Teil an die Sowjetunion abgeliefert werden mußten. Über die Erbsenernte in Ungarn hingegen berichtete die „Neue Zeitung" am 7.6.: „Man mußte wieder zur Sense greifen." Die Sensenfabrik Szentendre mußte ihren Export drosseln, „weil der Bedarf im Inland größer als erwartet sein wird". Das Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Produkten, v.a. Obst, Gemüse und Wein, an die UdSSR ist derart hochgeschraubt worden, daß Ungarn zusätzlich bei westlichen imperialistischen Ländern diese einkaufen muß. Angesichts der mit Zahlen gespickten sowjetischen Publikationen über die „Aufgaben und Aussichten des ungarisch-sowjetischen Handels" stellt die ungarische Zeitung „Neuer Spiegel" bissig fest: „Unser tägliches Brot ist die Statistik, aber dieses Brot ist nicht immer sehr bekömmlich."

„Arbeiterbrigaden" im RGW unterwegs
z.hah. Die Treffen mit den Minister- und Staatspräsidenten der europäischen RGW-Länder Ende Juli/Anfang August auf der Krim hat Breschnew benutzt, um diese eindringlichst daran zu erinnern, daß die
der sozialimperialistischen Zwangsgewerkschaft, im gemeinen Jargon der Ausbeuter als „Berufsgeheimnisse" bezeichnet: „Die Mitglieder der sozialistischen Brigaden, die in sozialisti-
Kämpfe gegen das Völkergefängnis der Neuen Zaren
z.krk. 30000 Menschen der abchasischen Nationalität in der Sowjetunion demonstrierten am 21. Mai dieses Jahres in Suchumi am Schwar-
kraft ist.
In den letzten Jahren machen die lateinamerikanischen Länder verstärkte Anstrengungen, anstelle des Erdöls, das sie hauptsächlich von den US-Imperialisten importieren müssen, ihr reiches Potential an Wasserkraft zu nutzen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Imperialisten zu lockern und den Aufbau einer nationalen Industrie voranzutreiben.
Bei der uruguayischen Stadt Salto Grande am Uruguay-Fluß, der an dieser Stelle die Grenze zu Argentinien bildet, wurde von der uruguayischen Regierung bereits vor 90 Jahren der Bau eines Staudamms geplant. Uruguay ist vollständig abhängig vom Erdölimport. Mit dem Bau des Staudamms könnte der größte Teil des Energiebedarfs des Landes gedeckt werden. Dazu sollen zwei Wasserkraftwerke von 1890 Megawatt mit einer jährlichen durchschnittlichen Erzeugung von 6600 kWStd. errichtet werden.
Zudem würde durch den dadurch entstehenden künstlichen See von einer Fläche von 70000 ha und acht Me-
als bei anderen Imperialisten, sowie die Lieferung von Maschinen und Experten. So gaben die Sozialimperialisten von den geschätzten 1,11 Mrd. US-Dollar Gesamtkosten 59 Mio. US-Dollar Kredit. Die Turbinen der Wasserkraftwerke werden von den Sozialimperialisten geliefert. Die Sozialimperialisten sind scharf auf die Rohstoffvorkommen in der Cuenca del Plata, auch auf die reiche Landwirtschaftsproduktion. Zudem bietet das umfangreiche Wassernetz und das weitverzweigte Eisenbahnnetz den Zugang ins Herz der Rohstofflager der Anrainerstaaten. Auch militärisch gesehen ist Uruguay von höchstem Interesse für die Sozialimperialisten. Die Plata-Mündung ist geeignet für Tiefseehäfen und damit ein idealer Stützpunkt im Südatlantik.
Die selbstlose Hilfe der Sozialimperialisten entpuppt sich bei näherer Betrachtung als intensive Bemühung, die Länder unter ihre Abhängigkeit zu bringen. Prof. Dr. h.c. Sergej Tjulpanow, der zu den bekanntesten und höchstdotierten Politik-Wissenschaftlern der neuen Bourgeoisie der UdSSR
objektive Tatsache förderlich, daß die Wirtschaftsstruktur der UdSSR und mehrerer anderer sozialistischer Staaten sowie der Entwicklungsländer sich weitgehend ergänzt ... Gleichzeitig eröffnet der wachsende sozialistische Weltmarkt günstige Perspektiven für den Absatz traditioneller Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer, die in den sozialistischen Ländern entweder gar nicht oder nur in ungenügendem Umfang erzeugt werden."
Die Sozialimperialisten haben ihren Handel mit den lateinamerikanischen Ländern in den letzten Jahren erheblich erhöht, insbesondere den Handel mit Argentinien, Brasilien, Bolivien und Peru, wobei Argentinien, Brasilien und Bolivien in der Cuenca del Plata liegen.
1975 waren die Sozialimperialisten der Hauptabnehmer argentinischer Produkte. In einem argentinisch-russischen Wirtschaftsabkommen hatte sich Argentinien für die Gewährung eines Kredits der Sozialimperialisten von 600 Mio. US-Dollar, rückzahlbar in zehn Jahren mit einem Zinssatz von 4,5%, zur Lieferung von 90000 t
triebes ernennt."
Von vornherein haben die Sozialimperialisten die Absicht, sich mit den Krediten und den Maschinen für den Staudammbau Argentiniens und Uruguays in diesen Ländern einzunisten und sich in die inneren Angelegenheiten dort zu mischen. Dabei machen sie gemeinsame Sache mit allen anderen Imperialisten. „Ein neues und höchst interessantes Phänomen in der Kommerzialisierung von sowjetischem technischem Material", schreibt N. Gladkow, Experte des russischen Außenhandels, in seinem Aufsatz ‚Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und Lateimaerika' zu dem Staudammbau von Salto Grande, „ist die Zusammenarbeit zwischen sowjetischen, westeuropäischen, nordamerikanischen und einheimischen Firmen. Unsere Anlagen wurden durch das Material der betreffenden Firmen ergänzt. Augenblicklich beschränkt sich der Bereich dieser Zusammenarbeit auf den Energiesektor, aber es gibt allen Grund anzunehmen, daß dieser Bereich in Zukunft ausgedehnt wird."
(nach Material aus: Bolet:n Uruguay, Nov./Dez. 1977)
Die im Rahmen des Fünfjahresplans vorgesehene „Kooperation im Landmaschinenbau" zwischen der Supermacht und Ungarn sieht so aus, daß die in Ungarn gebauten Erbsenerntemaschinen zum großen Teil an die Sowjetunion abgeliefert werden mußten. Über die Erbsenernte in Ungarn hingegen berichtete die „Neue Zeitung" am 7.6.: „Man mußte wieder zur Sense greifen." Die Sensenfabrik Szentendre mußte ihren Export drosseln, „weil der Bedarf im Inland größer als erwartet sein wird". Das Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Produkten, v.a. Obst, Gemüse und Wein, an die UdSSR ist derart hochgeschraubt worden, daß Ungarn zusätzlich bei westlichen imperialistischen Ländern diese einkaufen muß. Angesichts der mit Zahlen gespickten sowjetischen Publikationen über die „Aufgaben und Aussichten des ungarisch-sowjetischen Handels" stellt die ungarische Zeitung „Neuer Spiegel" bissig fest: „Unser tägliches Brot ist die Statistik, aber dieses Brot ist nicht immer sehr bekömmlich."

„Arbeiterbrigaden" im RGW unterwegs



z.hah. Die Treffen mit den Minister- und Staatspräsidenten der europäischen RGW-Länder Ende Juli/Anfang August auf der Krim hat Breschnew benutzt, um diese eindringlichst daran zu erinnern, daß die RGW-Staaten ihr Ablieferungssoll an die Supermacht nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen haben. Verlangt hat der Sozialimperialist eine neuerliche Steigerung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse, nachdem schon 1977 die Tribute dank „Steigerung der Arbeitsproduktivität" übererfüllt wurden. Dazu wird die Entsendung von „Arbeiterbrigaden" als „effektive neue Form der Zusammenarbeit" verstärkt, von den sozialimperialistischen Zeitungen „Prawda" und „Trud" aufgrund „eines gründlichen Studiums der Erfahrungen von 1977" propagiert.

Die imperialistische Räubermacht bestimmt vom Interesse des „ausländischen Verbrauchers" den Zweck ihres Einsatzes: „Steigerung der Produktion, Verbesserung der Erzeugnisqualität, vorfristige Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, überplanmäßige und vorfristige Lieferungen von Ausrüstungen und Ersatzteilen", die es diesem „Verbraucher" ermöglichen, „neue Produktionskapazitäten vorfristig in Betrieb zu nehmen, die Produktion zu vergrößern und zu beschleunigen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zusätzliche Einsparungen zu erzielen."

Der „Brigadeaustausch zum Nutzen aller" dient in Wirklichkeit ausschließlich dem Profit der sozialimperialistischen Supermacht: ihre Brigaden kundschaften in den RGW-Ländern fortgeschrittenere Produktionsmethoden aus und sorgen dafür, daß die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft grenzen- und rücksichtlos vorangetrieben wird.

Um „brüderliche Zusammenarbeit der Werktätigen" geht es ebensowenig, sondern um den Versuch, die Arbeiter in Konkurrenz zueinander zu setzen, um ein Höchstmaß an Profit auszupressen: „Brigaden des Automobilwerkes SIL (UdSSR) arbeiteten ebenfalls im IFA-Werk in Ludwigsfelde. Die gemeinsam mit den Kollegen aus der DDR ausgearbeiteten Bedingungen des sozialistischen Wettbewerbs waren sehr streng. Grundwert der Tagesleistungen, für die ein Arbeiter, der sie erfüllte, Anspruch auf einen der ersten Plätze erheben konnte, war 170 Prozent."

Um „Arbeiterbrigaden" handelt es sich schon gar nicht - die Neuen Zaren schicken ausgesuchtes Antreiberpack gegen die Belegschaften und in die Betriebe der RGW-Staaten: „Die Brigaden bestehen meist aus Bestarbeitern, aus Meistern ihres Fachs, die nicht nur die Produktionsauflagen bewältigen können, sondern bei der Arbeit auch für ihr Werk neue Erfahrungen sammeln und die eigenen weiterzugeben vermögen."

„Neue Erfahrungen sammeln" – das heißt purer Klau fortgeschrittener Produktionsmethoden durch die Sozialimperialisten, die ihrerseits „das Prinzip der unentgeltlichen Übergabe fortschrittlicher Erfahrungen und Produktionstechnologien" für „nicht zweckmäßig" erachten, also sich teuer bezahlen lassen. Für sie aber gilt: „Als eine Delegation aus dem Moskauer Nadel- und Platinenwerk einen artverwandten Betrieb in der CSSR besuchte, gewährten die tschechischen Freunde ihren sowjetischen Kollegen Einblick in einige Weiterentwicklungen der Produktion. Die Moskauer übernahmen diese Neuentwicklungen und konnten dadurch rund eine Million Rubel einsparen." Oder: Beim Besuch der Brigade des Irkutsker Werks für Kardanwellen in dem VEB-Kombinat Barkaswerke, Bezirk Karl-Marx-Stadt, „richtete sie ihr Augenmerk auf den effektiveren technologischen Prozeß bei der Bearbeitung der Kreuzstücke von Kardanantrieben. Wir haben diese Erfahrungen übernommen und führen jetzt bei uns die fortgeschritteneren technologischen Operationen aus, wodurch sich die Oualität der Teile verbessert."

„Die eigenen weitergeben" – das heißt Vorexerzieren der Peitschenschwingerei, von der „Trud", Zeitung der sozialimperialistischen Zwangsgewerkschaft, im gemeinen Jargon der Ausbeuter als „Berufsgeheimnisse" bezeichnet: „Die Mitglieder der sozialistischen Brigaden, die in sozialistische Länder fahren, haben ihren Kollegen Berufsgeheimnisse vermittelt und ihnen die neuesten Arbeitsmethoden gezeigt. So hat eine Brigade von Arbeitern aus dem Maschinenbaubetrieb „Leninski Komsomol Ukrainy' in Donezk während ihres Aufenthaltes im Schwermaschinenbaukombinat Magdeburg (DDR) einige Vorschläge zur Steigerung der Arbeitsproduktivität eingereicht."

Ohnehin ist die DDR bevorzugtes Reise- und Berichtsobjekt über die Tätigkeit dieser Antreibertrupps der sozialimperialistischen Supermacht. Angesichts der ständigen Lieferschwierigkeiten der DDR an die UdSSR hat Breschnew Honecker aufgefordert, die „großen Potenzen, die sich aus dem Bündnis zwischen der Sowjetunion und der DDR ergeben, voll auszuschöpfen." Potenzierung der Antreiberei – wie der Bericht über den Besuch der „Arbeiterbrigade des Kiewer Bekleidungswerks Smirnow- Lastotschkin" im „VEB Bekleidungswerk Vestis" in Leipzig illustriert: „Als I. Kirilez, Leiterin unserer Gruppe, Ljudmila Gawrilowna Ulisko vorstellte, sagte sie, daß sie zweifache Leninpreisträgerin sei und täglich mindestens das Anderthalbfache der Norm erfülle. Als diese Worte übersetzt wurden, zweifelten einige daran, daß sie es hier schaffen wird, den anderen soweit vorauszueilen, denn die Maschinen haben eine genau eingestellte Geschwindigkeit. Viele sahen dann Ljudmila beim Nähen zu. Ihre hohe Meisterschaft zog die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Sie war der Geschwindigkeit des Fließbands weit voraus und gab dem Meister ein Zeichen, daß sie keine Arbeit mehr hatte. Der Meister mußte für sie eine zusätzliche Beschäftigung suchen."

Kämpfe gegen das Völkergefängnis der Neuen Zaren

z.krk. 30000 Menschen der abchasischen Nationalität in der Sowjetunion demonstrierten am 21. Mai dieses Jahres in Suchumi am Schwarzen Meer gegen die Unterdrückung durch die russischen Revisionisten. Bereits im vergangenen Jahr kam es zu Demonstrationen in Bzyb, Likhni und anderen von Abchasen bewohnten Städten. Angesichts der mutigen Kampfaktionen der abchasischen Bevölkerung sahen sich die revisionistischen Machthaber gezwungen, einige ihrer Forderungen zu erfüllen, wie zum Beispiel die Gründung einer abchasischen Universität. Inzwischen sind eine größere Anzahl sowjetischer Truppen, ausgerüstet mit Maschinengewehren nach Suchumi verlegt worden. Die Sozialimperialisten haben Angst. Laut einer Meldung der „Berliner Morgenpost" vom 2.8. kam es nur einen Tag später, am 22.5., in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan in deren Hauptstadt Duschambe zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den lokalen Vertretern der russischen Sozialimperialisten. Die an der Auseinandersetzung beteiligten an die 10000 Tadschiken riefen in Sprechchören: „Kolonialisten", als russische Soldaten auf sie losgingen. Die tadschiksche SSR ist für die Sozialimperialisten von großer Wichtigkeit, einerseits wegen ihrer strategischen Lage (Tadschikistan grenzt an Indien und die Volksrepublik China) und andererseits wegen seinen Reichtümern: Es ist eines der wichtigsten Baumwollanbaugebiete in der Sowjetunion, die Viehzucht ist traditionell stark entwickelt, das Land ist berühmt für seinen Obstanbau. Hinzukommen die Bodenschätze Zinn, Blei, Zink, Wolfram, Wismut, Quecksilber, Kohle, Erdgas und Erdöl.

Gegen den wissenschaftlichen Nachweis über die kaltlächelnden Machenschaften der

Staatsanwaltschaft bringt den Oldenburger Ehrenberg-Prozeß vor den Bundesgerichtshof / Auszüge aus der



z.brp. Im Ehrenberg-Ministerium wird gerechnet. Eine Kommission soll bis 1980 Modelle für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Rentenfragen vorlegen. Der Startschuß wurde höchstrichterlich durch das Bundesverfassungsgericht erteilt. Es hatte die Klage der Witwengemeinschaft gegen die Witwenrente (60% der Rente des verstorbenen Mannes) abgelehnt, gleichzeitig aber festgehalten, daß ein „gerechterer sozialer Ausgleich" sicher nötig ist. Gerechtigkeit braucht Zeit, denn sie muß geschickt berechnet werden. Das Institut für deutsche Wirtschaft hat jetzt eine Analyse über die gerechte Witwenrente herausgebracht. Grundsatz bei der Rentenreform soll demnach die „Familiengerechtigkeit", die „Gleichheit" und die „Finanzierbarkeit" sein. Unter Familiengerechtigkeit versteht das Institut, daß bei der Rentenberechnung die gemeinsame Lebensarbeitszeit der Ehepaare berücksichtigt wird. Das heißt: Kürzung der Rente des Mannes, wenn die Frau nicht lange genug gearbeitet hat, und damit Kürzung der Rente von Mann und Frau. Für die Gleichheit ein Beispiel: „Eine Witwe, die zusammen mit ihrem Mann eine Rente von 1000 DM bezog, würde künftig statt bisher 600 DM (60% Witwenrente) durch die „abgeleiteten Ansprüche" 750 DM erhalten. Ein Witwer unter gleichen Voraussetzungen statt bisher 1000 DM auch nur 750 DM." („Welt", 16.8.78) Die Gleichheit besteht im gleichen Geldbetrag, jeweils 750 DM – nur die Witwe erhält 15% Rente mehr, der Witwer 25% weniger. Die 10%, die alleine bei diesem Betrug im Netz bleiben, machen auf die gesamten Witwenrentenzahlungen von 1977 2,8 Mrd. DM aus.

Diese neue Rentenreform ist die Fortschreibung des Ehrenberg-Programms mit dem 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz, dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, den verschiedenen Gesetzen zur Förderung der Mobilität der Arbeiterklasse und zur Durchsetzung von Zwangsarbeit. Angesichts dieser Tatsachen hatten wir nach jemandem gefragt, der behaupten wolle, Ehrenberg sei kein Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister, Erpresser und Lohndrücker, Endlöser und Sterbehelfer des Finanzkapitals.

Die Staatsschutzkammer Oldenburg konnte im Prozeß gegen Dirk Steenken das geplante Grundsatzurteil zum Schutze Ehrenbergs und seiner Geschäfte nicht sprechen. Der Kampf gegen die Maßnahmen des Ehrenberg-Ministeriums und gegen den Prozeß sowie die wissenschaftliche Analyse der Tätigkeiten des Ehrenberg-Geschäftsbereiches drängten das Gericht in die Defensvie, so daß es nicht mehr aufgrund des Staatsschutzparagraphen 90, sondern nur noch wegen Beleidigung zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilen konnte. Diese Schlappe soll durch die von der Staatsanwaltschaft beantragte Revision vor dem Bundesgerichtshof wettgemacht werden. Eine polizeiliche Vorladung gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Dokumentation über das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ist nachgeschoben worden, sicherlich werden hinter diesen Ermittlungen auch die Staatsschutzkammern stecken. Das Grundsatzurteil wird aber vom Bundesgerichtshof gesprochen werden müssen, unter direkter Federführung des Bundesministers der Justiz, um dem Finanzkapital freie Bahn für die Durchsetzung der schon eingeleiteten und weiter geplanten Maßnahmen zu verschaffen. Nach der Zustellung des Urteils im Prozeß gegen Dirk Steenken, was in etwa sechs bis acht Wochen ist, hat der Staatsanwalt nochmals vier Wochen Zeit, um seine Revision vor dem Bundesgerichtshof zu begründen. Ca. sechs Wochen später wird dann der Prozeß vor dem Bundesgerichtshof stattfinden.

Schon öfter hat die Bourgeoisie versucht, mit Terrorurteilen die Wahrheit und den Kampf zu verhindern. Es ist ihr nicht gelungen.

Erklärung gegen den Ehrenberg-Prozeß

Bremen. Wir haben erfahren, daß gegen Dirk Steenken, Mitglied der Bezirksleitung Weser-Ems des KBW, ein Verfahren vor der Staatsschutzkammer in Oldenburg eingeleitet worden ist. Er ist angeklagt, Staatsorgane verunglimpft zu haben. Angeblich hat er festgestellt, Bundesminister Ehrenberg sei aufgrund der von ihm erlassenen Gesetze ein „Schreibtischmörder".

Wir stellen dazu fest:

1.) Die Personalsituation in unserem Krankenhaus ist so, daß eine korrekte Patientenversorgung nicht möglich ist. Berechnungen des VK der ÖTV haben gezeigt, daß unser Krankenhaus nur zu 53,3% des notwendigen Personals besetzt ist. Die Auszubildenden werden als volle Arbeitskräfte auf den Stationen bedarfsdeckend eingesetzt, obwohl sie offiziell nicht auf die Planstellen angerechnet werden dürfen. Über Bettenstreichungen ... soll weiteres Personal wegrationalisiert werden. Dadurch wird die Patientenversorgung völlig unmöglich gemacht.

2.) Im Rahmen der Rationalisierungen sind im Tarifabschluß 1977 die Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege für alle Auszubildenden, die ab 1.4.77 begonnen haben, um 83,- DM gekürzt worden. Mittlerweile beträgt der Unterschied schon 96,91 DM.

3.) ... Alle gesetzlichen Maßnahmen, wie Krankenhausbedarfspläne, Krankenhausfinanzierungsgesetz, Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, dienen dazu, die notwendige Versorgung der Patienten weiter zu verschlechtern.

Wir fordern: Volle Durchsetzung der ÖTV-Anhaltszahlen! Kein bedarfsdeckender Einsatz von Auszubildenden! Weg mit dem KVKG, Krankenhausbedarfsplan, Krankenhausfinanzierungsgesetz! Kein Prozeß gegen Dirk Steenken! Wir, die Unterzeichnenden, sind bereit, vor Gericht auszusagen und unsere Aussagen durch unsere konkreten Erfahrungen zu beweisen. – (6 von 9 Mitgliedern des Ausbildungspersonalrates ZKH St.-Jürgen-Straße, Bremen)

Der Entzug von Lebensgrundlagen durch Rentenanpassungsgesetze und Kostendämpfungsgesetz

... Das Vermögen der Rentenversicherung ist in den letzten Jahren – etwa ab Mitte der 70er Jahre – gesunken. 1974 betrug es fast 50 Mrd. DM. Das war mehr als der gesamte Staatsapparat in diesem Jahr für Militär, Polizei, Bundesgrenzschutz, Justiz usw. – also für den gesamten Kern seines Unterdrückungsapparates – ausgegeben hat. Dies Vermögen ist jedoch 1977 auf rund 25 Mrd. DM geschrumpft ...

Die Politik der Bundesregierung zeigt, daß die Bourgeoisie nicht gewillt ist, diese schrumpfende Entwicklung des Rentenversicherungsvermögens hinzunehmen. Die geraubten Lohngelder, die sich in der Form des Überschusses in den Sozialversicherungen darstellen, betrachtet sie als ihr Eigentum – und sie will, daß es dieselbe Bewegung durchmacht wie ihr Kapital überhaupt: nämlich sich schrankenlos zu vermehren. 9,38 Mrd. DM Rentenvermögen wurden 1975 in der Form von Spar- und Terminguthaben bei Banken dem Finanzkapital zur Verfügung gestellt. Mit 2,2 Mrd. DM wurde

Steuern und Subventionen. Die Steuerpolitik gegenüber den Kapitalisten ist nun in diesen Jahren so gestaltet worden, daß die Nettoprofitrate bloß noch um 44%, also um fünf Prozentpunkte weniger, gesunken ist.

4. Alle diese Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes setzen sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite der Rentenversicherung an. Es ist ja auch klar: Soll schließlich das verbleibende Vermögen möglichst groß sein, müssen die Einnahmen groß und die Ausgaben klein gehalten werden. Das ist das Prinzip der kapitalistischen Versicherungsorganisation, wo es eben überhaupt nicht um optimale Versorgung

Im Rentenanpassungsbericht 1978 werden anhand von neuen Kombinationsmöglichkeiten (für die Entwicklung der Lohnerhöhungen und für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit) Modellrechnungen vorgeführt. In der „Öffentlichkeit" hat die Bourgeoisie mit den – wie der „Spiegel" das nannte – „Horrorzahlen" (z.B. 5% Lohnsteigerung, 0,5% Beschäftigungszuwachs) gearbeitet. Dabei ergibt sich für 1992 ein rechnerisches Minus von 53,3 Mrd. DM in der Rentenversicherungskasse. Das Ergebnis verändert sich allerdings drastisch bei anderen Kombinationen. Steigen die Löhne um 1% oder um 2% mehr, so ergeben sich schon Vermögen 1992 in Höhe von 46,9 bzw. 163,1

Jahr	Modell 1978 Einnahmen	Modell 1978 Ausgaben	Modell 1978 Vermögen	Modell 1975 Einnahmen	Modell 1975 Ausgaben	Modell 1975 Vermögen
1978	100	100	100	100	100	100
1985	149	134	210	145	146	negativ
1989	192	174	387	188	188	negativ

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Erklärung gegen den Ehrenberg-Prozeß

Bremen. Wir haben erfahren, daß gegen Dirk Steenken, Mitglied der Bezirksleitung Weser-Ems des KBW, ein Verfahren vor der Staatsschutzkammer in Oldenburg eingeleitet worden ist. Er ist angeklagt, Staatsorgane verunglimpft zu haben. Angeblich hat er festgestellt, Bundesminister Ehrenberg sei aufgrund der von ihm erlassenen Gesetze ein „Schreibtischmörder".

Wir stellen dazu fest:

1.) Die Personalsituation in unserem Krankenhaus ist so, daß eine korrekte Patientenversorgung nicht möglich ist. Berechnungen des VK der ÖTV haben gezeigt, daß unser Krankenhaus nur zu 53,3% des notwendigen Personals besetzt ist. Die Auszubildenden werden als volle Arbeitskräfte auf den Stationen bedarfsdeckend eingesetzt, obwohl sie offiziell nicht auf die Planstellen angerechnet werden dürfen. Über Bettenstreichungen ... soll weiteres Personal wegrationalisiert werden. Dadurch wird die Patientenversorgung völlig unmöglich gemacht.

2.) Im Rahmen der Rationalisierungen sind im Tarifabschluß 1977 die Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege für alle Auszubildenden, die ab 1.4.77 begonnen haben, um 83,- DM gekürzt worden. Mittlerweile beträgt der Unterschied schon 96,91 DM.

3.) ... Alle gesetzlichen Maßnahmen, wie Krankenhausbedarfspläne, Krankenhausfinanzierungsgesetz, Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, dienen dazu, die notwendige Versorgung der Patienten weiter zu verschlechtern.

Wir fordern: Volle Durchsetzung der ÖTV-Anhaltszahlen! Kein bedarfsdeckender Einsatz von Auszubildenden! Weg mit dem KVKG, Krankenhausbedarfsplan, Krankenhausfinanzierungsgesetz! Kein Prozeß gegen Dirk Steenken! Wir, die Unterzeichnenden, sind bereit, vor Gericht auszusagen und unsere Aussagen durch unsere konkreten Erfahrungen zu beweisen. – (6 von 9 Mitgliedern des Ausbildungspersonalrates ZKH St.-Jürgen-Straße, Bremen)

Der Entzug von Lebensgrundlagen durch Rentenanpassungsgesetze und Kostendämpfungsgesetz

... Das Vermögen der Rentenversicherung ist in den letzten Jahren – etwa ab Mitte der 70er Jahre – gesunken. 1974 betrug es fast 50 Mrd. DM. Das war mehr als der gesamte Staatsapparat in diesem Jahr für Militär, Polizei, Bundesgrenzschutz, Justiz usw. – also für den gesamten Kern seines Unterdrückungsapparates – ausgegeben hat. Dies Vermögen ist jedoch 1977 auf rund 25 Mrd. DM geschrumpft ...

Die Politik der Bundesregierung zeigt, daß die Bourgeoisie nicht gewillt ist, diese schrumpfende Entwicklung des Rentenversicherungsvermögens hinzunehmen. Die geraubten Lohngelder, die sich in der Form des Überschusses in den Sozialversicherungen darstellen, betrachtet sie als ihr Eigentum – und sie will, daß es dieselbe Bewegung durchmacht wie ihr Kapital überhaupt: nämlich sich schrankenlos zu vermehren. 9,38 Mrd. DM Rentenvermögen wurden 1975 in der Form von Spar- und Terminguthaben bei Banken dem Finanzkapital zur Verfügung gestellt. Mit 2,2 Mrd. DM wurde

Steuern und Subventionen. Die Steuerpolitik gegenüber den Kapitalisten ist nun in diesen Jahren so gestaltet worden, daß die Nettoprofitrate bloß noch um 44%, also um fünf Prozentpunkte weniger, gesunken ist.

4. Alle diese Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes setzen sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite der Rentenversicherung an. Es ist ja auch klar: Soll schließlich das verbleibende Vermögen möglichst groß sein, müssen die Einnahmen groß und die Ausgaben klein gehalten werden. Das ist das Prinzip der kapitalistischen Versicherungsorganisation, wo es eben überhaupt nicht um optimale Versorgung

Im Rentenanpassungsbericht 1978 werden anhand von neuen Kombinationsmöglichkeiten (für die Entwicklung der Lohnerhöhungen und für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit) Modellrechnungen vorgeführt. In der „Öffentlichkeit" hat die Bourgeoisie mit den – wie der „Spiegel" das nannte – „Horrorzahlen" (z.B. 5% Lohnsteigerung, 0,5% Beschäftigungszuwachs) gearbeitet. Dabei ergibt sich für 1992 ein rechnerisches Minus von 53,3 Mrd. DM in der Rentenversicherungskasse. Das Ergebnis verändert sich allerdings drastisch bei anderen Kombinationen. Steigen die Löhne um 1% oder um 2% mehr, so ergeben sich schon Vermögen 1992 in Höhe von 46,9 bzw. 163,1

Jahr	Modell 1978 Einnahmen	Modell 1978 Ausgaben	Modell 1978 Vermögen	Modell 1975 Einnahmen	Modell 1975 Ausgaben	Modell 1975 Vermögen
1978	100	100	100	100	100	100
1985	149	134	210	145	146	negativ
1989	192	174	387	188	188	negativ

die Verschuldung des Bundeshaushalts (durch Ankauf von unverzinslichen Schatzanweisungen) und mit 9,5 Mrd. DM insbesondere auch die Verschuldung der Kommunen und ein kräftiger Zinsgewinn bei den Banken finanziert. Das sind riesige Geldsummen und das Interesse des Finanzkapitals ist entsprechend ausgeprägt. Über die Bedeutung dieser finanziellen Größenordnung äußerte sich ein Bourgeoisprofessor (Paul Caesar, Sozialversicherung, Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, 40. Band, 1965, S. 19 f.) wie folgt:

„Die Sozialversicherung ist wegen ihrer einschneidenden finanziellen Auswirkungen in jedem Lande, in dem sie in allen ihren Zweigen durchgeführt ist, einer der entscheidendsten Faktoren allgemeiner Art für die Entwicklung, die Blüte oder den Verfall der Volkswirtschaft ... Die Statistiken der Sozialversicherungsträger sind – richtig überlegt – geradezu eine Art von Fieberkurve der Volkswirtschaft."

Das Interesse des Finanzkapitals an den Geldern der Sozialversicherung ist tatsächlich nur ein Beispiel dafür, wie es mit Gewalt darauf aus ist, den Staatsapparat zur Sanierung seiner sinkenden Profitrate zu benutzen. Ein Beispiel hierzu: Es läßt sich zeigen, daß die durchschnittliche Profitrate aller Unternehmen in der Bundesrepublik, im Trend betrachtet, von 1950 bis 1974 um 49% gesunken ist. Dies gilt für die Bruttoprofitrate, also die Profitrate vor der Umverteilung durch

der Versicherten, sondern allein um den Profit geht. Aber es fällt auf, daß das Schwergewicht der Maßnahmen und Pläne auf einer Kürzung der Ausgaben, also der Leistungen für die Rentner liegt. Dies ist vom Standpunkt des Finanzkapitals aus die optimale Strategie. Denn jede Einsparung an den Ausgaben für die Rentner schlägt sich direkt positiv in der Kasse nieder und hat darüberhinaus auch noch den für das Finanzkapital nützlichen Effekt, daß die Rentner als billigste Arbeitskräfte ausgebeutet und zur Spaltung und Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse insgesamt eingesetzt werden können ...

Auf der anderen Seite hätten nämlich steigende Beitragssätze – so kalkuliert die Bourgeoisie – den Effekt, tendenziell den Lohnkostenanteil für die Kapitalisten zu erhöhen und somit deren Lage in der Konkurrenz um den Höchstprofit zu verschlechtern ...

Das ist wirklich der rote Faden in der einschlägigen Propaganda der ganzen Bourgeois: Die Sozialquote muß wieder sinken. Also kurz gesagt: An erster Stelle müssen die Senkungen und Kürzungen der Ausgaben der Sozialleistungen stehen.

Diesen roten Faden haben Ehrenberg und die SPD-Regierung zum Leitfaden ihrer Gesetzgebung gemacht, und inzwischen wissen wir, aus den Erklärungen der CDU, daß sie dazu auch keine Alternative hat, sondern dieser imperialistische Kerngedanke auch ihre Maxime ist ...

Mrd. DM. Also mehr als das Dreifache des bisherigen Höchststandes des Rentenversicherungsvermögens ...

Bei der Modellrechnung des Jahres 1978 – worin also auch die Auswirkungen der Sanierungsgesetze schon eingearbeitet wurden – hat man nun nicht allein eine Anpassung der Einnahmen und Ausgaben, sondern zweierlei:

1. eine Senkung des Ausgabenniveaus unter das der Einnahmen – dies als Voraussetzung für steigende Überschüsse.

2. eine Senkung der Zuwachsraten der Ausgaben unter die der Einnahmen. Und zwar im Vergleich zur Rechnung 1975 hat man eine leichte Steigerung der Zuwachsrate bei den Einnahmen und eine starke Kürzung der Zuwachsraten bei den Ausgaben. Im Ergebnis macht das Vermögen nicht nur kein Minus, sondern es wächst weit schneller, es vervierfacht sich fast ...

6. Kürzungen von Leistungen der Rentenversicherung bedeuten einen Entzug von Lebensgrundlagen für die Rentner und für die Arbeiterklasse und Volksmassen insgesamt. Denn das Volk läßt seine Alten nicht verhungern – und auch damit kalkuliert die Bourgeoisie. Am deutlichsten wird der Entzug von Lebensgrundlagen anhand der Krankenversorgung der Rentner. Die Masse der Rentner ist ja durch lebenslange Ausbeutung bereits gesundheitlich weitgehend ruiniert und daher auf

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)



Das Ehrenbergprogramm soll über Standgerichte durchgesetzt werden
Sofortige Einstellung des Prozesses gegen Dirk Steenken!



Kommunistischer Bund Westdeutschland

Finanzbourgeoisie ist kein Juristenkraut gewachsen

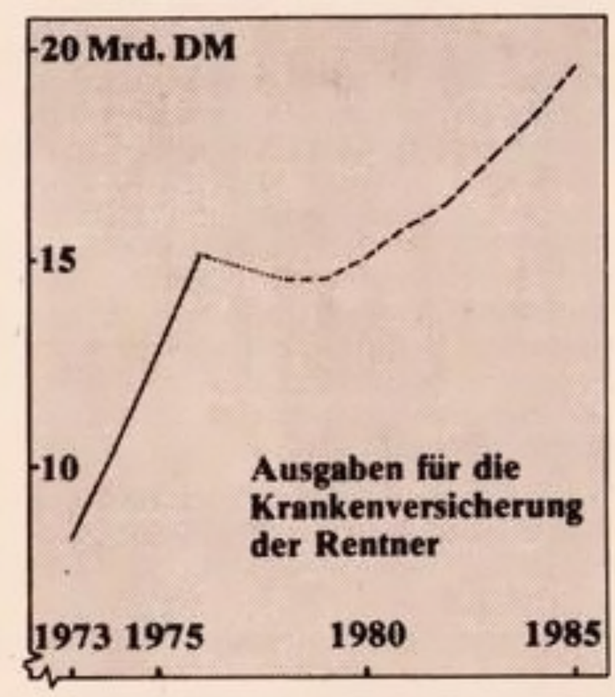
Dokumentation über Ehrenbergs Geschäfte

eine gute Krankenversorgung entscheidend angewiesen. Es läßt sich zum Beispiel ein direkter statistischer Zusammenhang zwischen der Profitmasse, die aus den Arbeitern herausgezogen wird und ihrem Krankenstand nachweisen.

Der entscheidende Angriff auf Gesundheit und Leben der Rentner ergibt sich aus der Koppelung der beiden Rentenanpassungsgesetze mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz.

1967 sollten ursprünglich die Zahlungen der Rentenversicherung in die Krankenversicherung der Rentner 11% des Rentenvolumens betragen. Das sollte zum damaligen Zeitpunkt dazu führen, daß die Rentenversicherung 80% und die Krankenversicherung 20% der tatsächlich anfallenden Krankenkosten der Rentner übernimmt. Tatsächlich stiegen die Aufwendungen für die Krankenversorgung der Rentner aufgrund des schnelleren Verschleißes ihrer Arbeitskraft weit schneller, so daß sie mit dem Satz von 11% nicht zu bestreiten waren.

1968 betrugen z.B. die Aufwendungen für die Krankenversorgung der Rentner bereits 14% des Rentenvolumens. Zwischen 1971 und 1976 wurden daher über den 11%-Zuschuß hinaus rund 16 Mrd. DM von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner bezahlt. 1977 hätte der Betrag bereits 5,8 Mrd. DM betragen müssen.

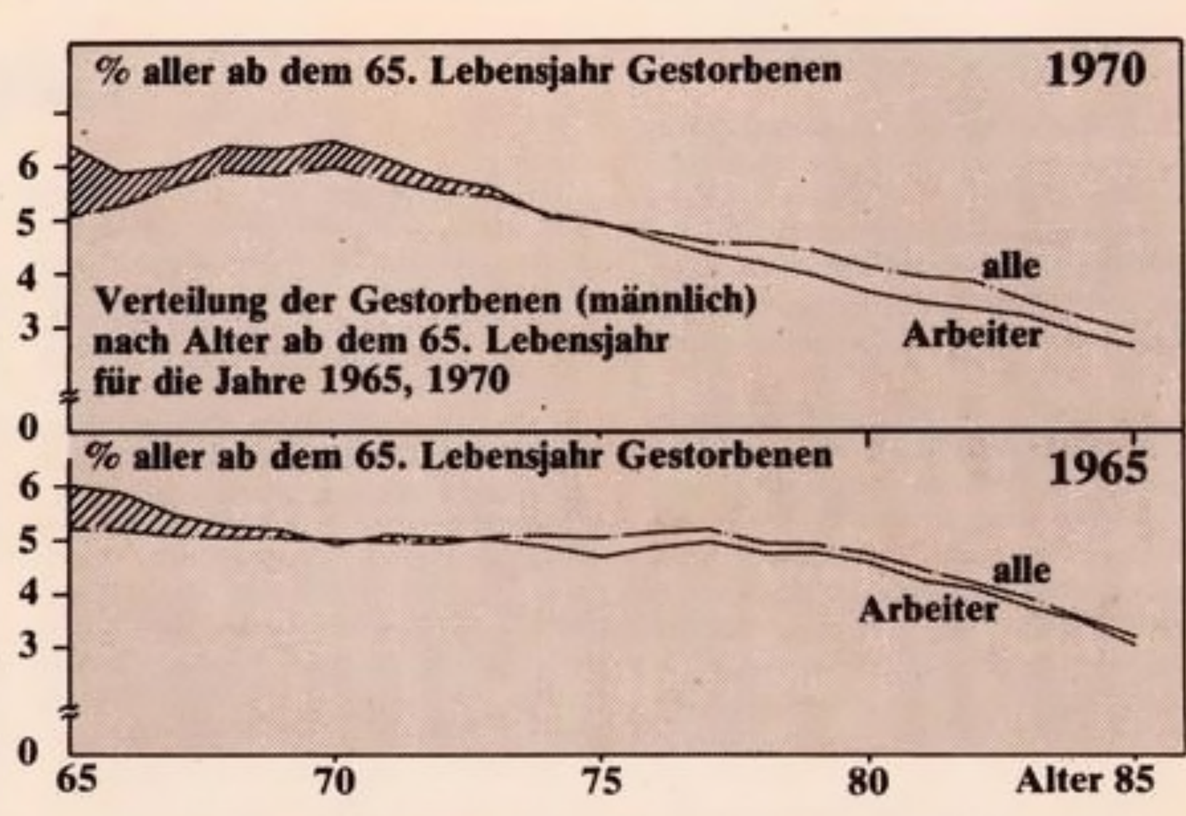


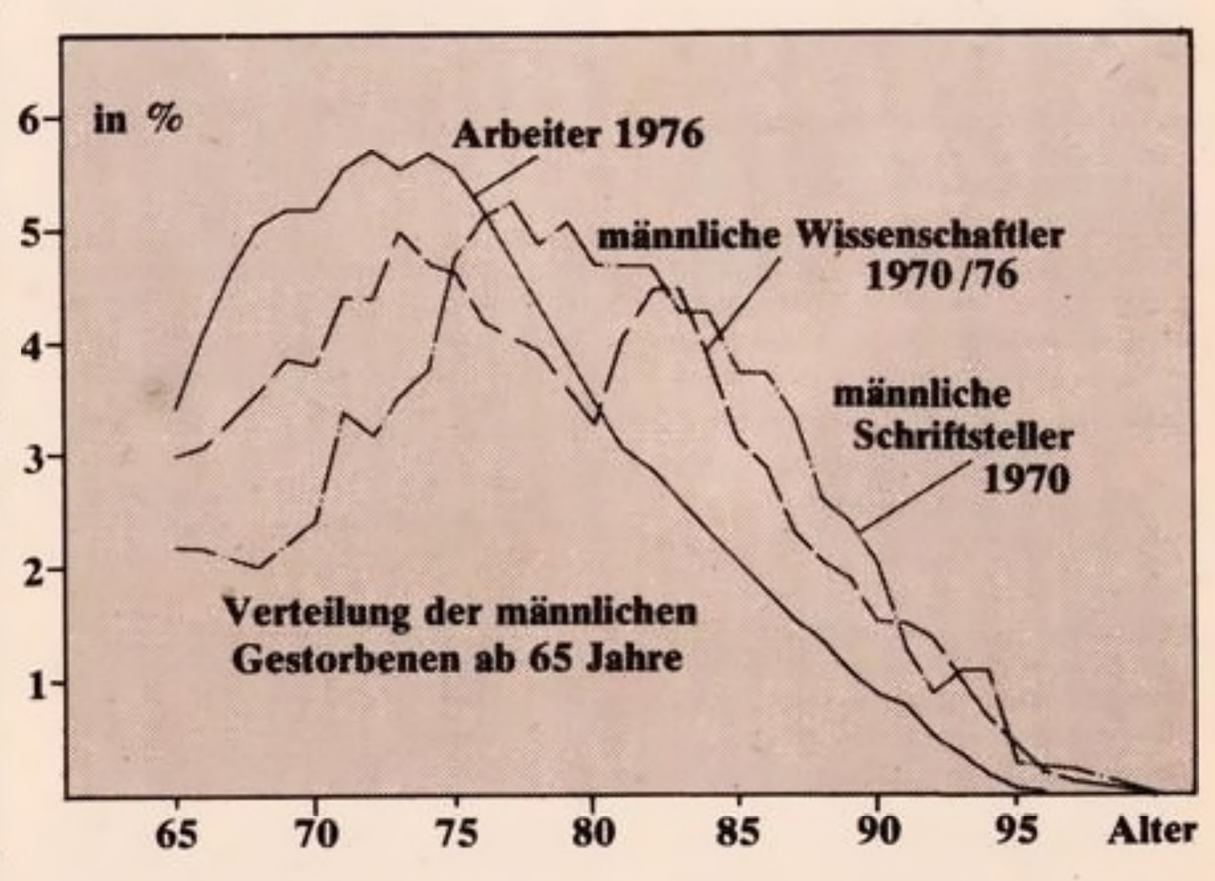
Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die entscheidenden Kürzungen an den Krankenversicherungsleistungen vorgenommen werden. Das Schaubild zeigt die bisherige Entwicklung bis 1976 der Beiträge der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner und dann – ab 1978 – die geplante Entwicklung von jeweils 11% der Ausgaben (in Wahrheit weniger, da nur der Rentenausgaben), wie sie sich aufgrund der Modellrechnungen des Rentenanpassungsberichtes 1978 (Kombination: 6% Lohnzuwachs, mittlerer Beschäftigungsstand) ergibt.

Im Rentenanpassungsbericht 1977 läßt sich die Bourgeoisie berechnen, welche Summe sie an notwendigen Versicherungsleistungen für die kranken Rentner einzusparen gedenkt. Allein für den Zeitraum von 1977 bis 1980 sollen das laut RAB 1977 31,7 Mrd. DM sein. Das ist so viel, als hätte man im Jahre 1976 jedem Rentner in der Arbeiterrentenversicherung etwa zwei Drittel seiner gesamten Rentenzahlungen ersatzlos gestrichen! Oder, noch anders ausgedrückt:

1976 wurden pro Kopf der Rentner etwa 1340 DM an Krankenversicherungsleistungen ausgegeben. Die geplanten Einsparungen für die nächsten vier Jahre machen pro Kopf der Rentner 720 DM jährlich aus! Also mehr als die Hälfte der Krankenversicherungsleistungen wird gestrichen ...

Klar ist jedenfalls: Schlägt dieser ungeheure Entzug von Finanzmitteln zur Krankenversicherung der Rentner voll auf die einzelnen kranken Rentner durch, werden die „Rentenwegfälle" – wie die Bourgeoisie den erfolgreich vollbrachten Tod von Rentnern nennt – sprunghaft in die Höhe schnellen.





Über die materielle Lage in Rentnerhaushalten

Ein Drittel aller Rentnerhaushalte lag 1974 mit seinem Einkommen bei 615 bis 940 DM. (vgl. Geissler, Die neue Soziale Frage, 1. Auflage 1975) Und knapp die Hälfte davon, nämlich 14,5% aller Rentnerhaushalte oder 1,1 Mio. Rentnerhaushalte mit 2,3 Mio. Personen lagen mit ihren Einkommen unter den Sozialhilfesätzen. Diese betrugen 1974 für Ein-Personen-Haushalte mit einem Alter von 65 Jahren 534 DM (Rheinland-Pfalz), für Zwei-Personen-Rentnerhaushalte (Rentnerehepaar) 806 DM. Von diesen 1,1 Mio. Rentnerhaushalten waren 302000 Ein-Personen-Haushalte (alleinstehende Rentner), 633000 Zwei-Personen-Haushalte und 165000 Drei-Personen-Haushalte ...

Daß sich die Lage für die Rentner seit 1974 nicht gebessert hat, daß sie sich im Gegenteil verschlechtert, zeigt folgende Untersuchung: Wir stützen uns bei der Darstellung auf Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch 1977 zur Wirtschaftsrechnung und Versorgung im Jahre 1976 und aus der Arbeits- und Sozialstatistik, welche vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung herausgegeben wird. Wir beziehen uns auf die dortigen Angaben

zialhilfeempfängern mit geringem Einkommen. Erfaßt werden überwiegend ältere Ehepaare in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr. Das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen sollte 1976 unter 1100 DM liegen." ... Die ausgabefähigen Einkommen wurden hier im Jahre 1976 mit durchschnittlich 1008,86 DM angegeben. Für den privaten Verbrauch (d.h. abzüglich Steuern, Versicherungen etc.) wurden davon ausgegeben

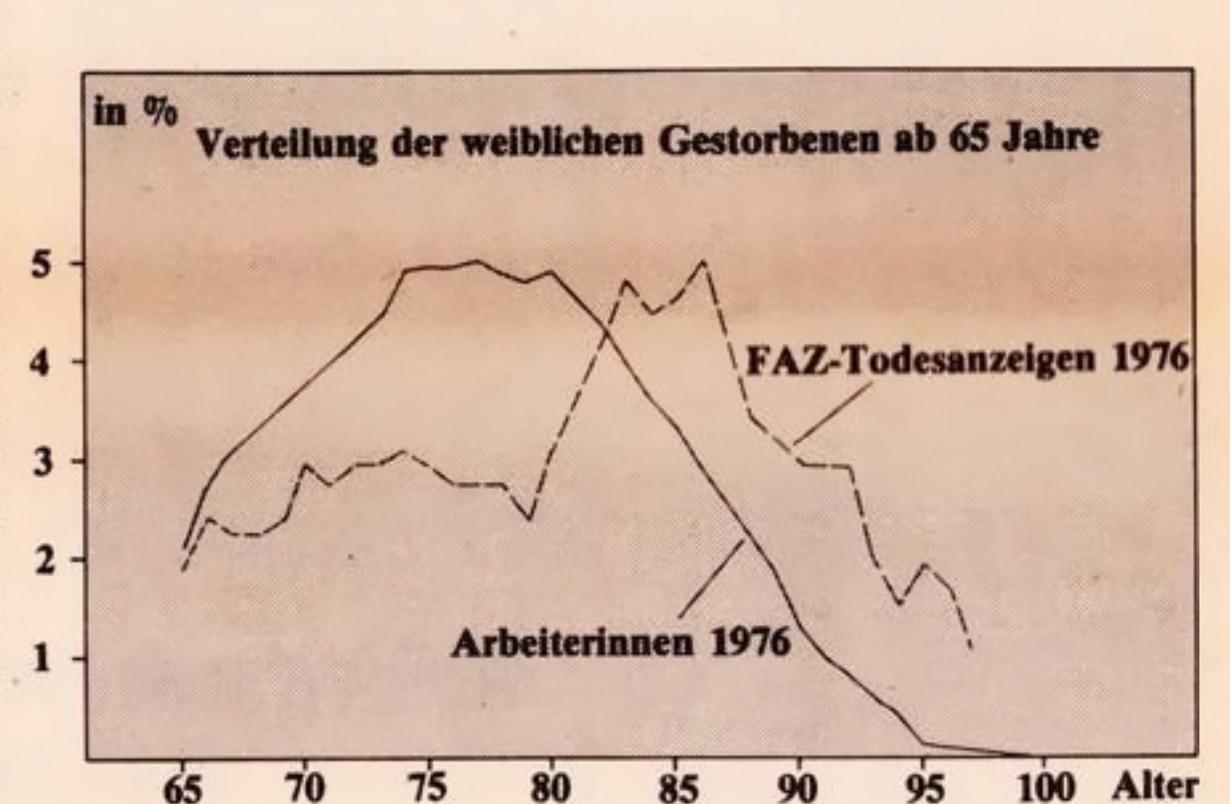
	1976 4. Vj.	1977 1. Vj.	Diff. ca.
	– alle Angaben in DM –		
insgesamt	928,00	856,34	–72
Nahrungsmittel	300,76	262,80	–38
Genußmittel	66,78	52,85	–14
Kleidung, Schuhe	67,37	68,00	–7
Wohnungsmieten	202,02	207,49	5
Elektrizität, gas, Brennstoffe	70,39	85,70	15
übrige Güter für die Haushaltsführung	77,94	61,60	–16
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	45,64	42,22	–3
Körper- und Gesundheitspflege	33,26	33,01	–
Bildung, Unterhalt.	50,19	42,38	–8

877 DM. Die Ausgaben für Nahrungsmittel wurden mit 283,50 DM im Durchschnitt monatlich angegeben. Das sind 4,71 DM pro Person und Tag.

Ein Vergleich der Ausgabenverteilung vom 4. Vierteljahr 1976 und vom 1. Vierteljahr 1977 ist hier interessant. Die Tabelle zeigt den Vergleich.

In sämtlichen Bereichen sind die Ausgaben gesunken, vor allem bei den Lebensmitteln. Wo sie allein gestiegen sind, ist Miete, Strom, Gas etc., also da, wo die Bourgeoisie sicher ist, die Preissteigerungen voll zu kassieren, wo es kein Ausweichen für die Volksmassen gibt. Daß dieses Plünderungsmittel vorrangig die ärmsten Teile des Volkes trifft, zeigt folgender Vergleich: 1976 betrug der prozentuale Anteil der Ausgaben für Wohnen, Strom, Gas etc. an den gesamten Ausgaben für den Haushaltstyp I 30,3%, für den Haushaltstyp III entsprechend 19,2%.

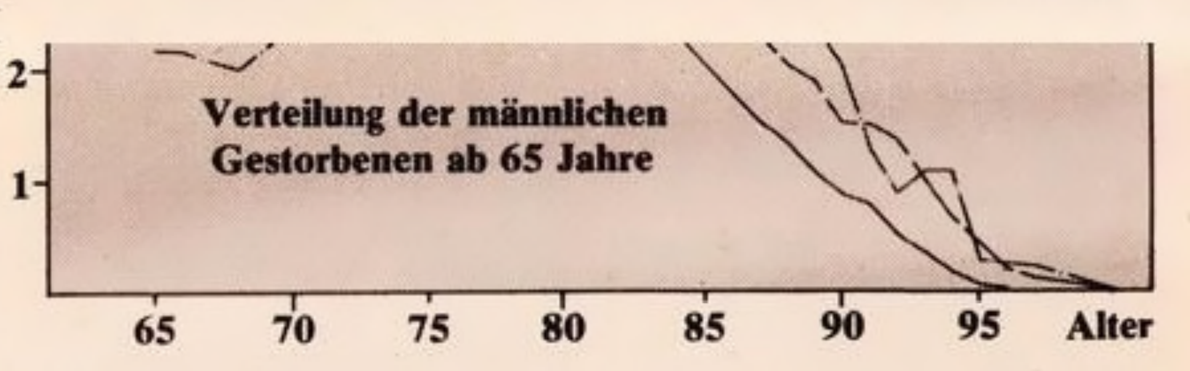
(Haushaltstyp III: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. Erfaßt werden Ehepaare mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren, in Gemeinden mit 20000 Einwohnern und mehr. 1976 soll das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 3400 und 4550 DM betragen.



wurden daher über den 11%-Zuschuß hinaus rund 16 Mrd. DM von der Ren-

ger, da nur der Rentenausgaben), wie sie sich aufgrund der Modellrechnun-

vollbrachten Tod von Rentnern nennt – sprunghaft in die Höhe schnellen.



Über die materielle Lage in Rentnerhaushalten

Ein Drittel aller Rentnerhaushalte lag 1974 mit seinem Einkommen bei 615 bis 940 DM. (vgl. Geissler, Die neue Soziale Frage, 1. Auflage 1975) Und knapp die Hälfte davon, nämlich 14,5% aller Rentnerhaushalte oder 1,1 Mio. Rentnerhaushalte mit 2,3 Mio. Personen lagen mit ihren Einkommen unter den Sozialhilfesätzen. Diese betrugen 1974 für Ein-Personen-Haushalte mit einem Alter von 65 Jahren 534 DM (Rheinland-Pfalz), für Zwei-Personen-Rentnerhaushalte (Rentnerehepaar) 806 DM. Von diesen 1,1 Mio. Rentnerhaushalten waren 302000 Ein-Personen-Haushalte (alleinstehende Rentner), 633000 Zwei-Personen-Haushalte und 165000 Drei-Personen-Haushalte ...

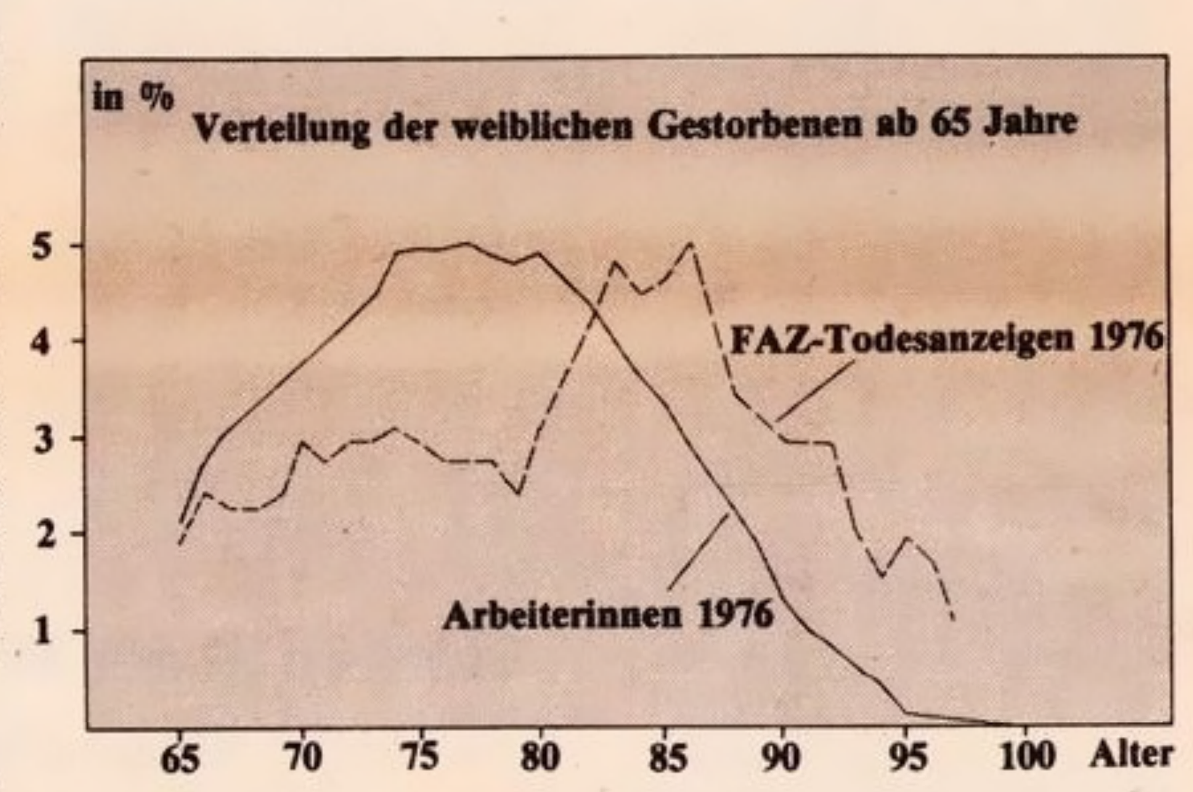
Daß sich die Lage für die Rentner seit 1974 nicht gebessert hat, daß sie sich im Gegenteil verschlechtert, zeigt folgende Untersuchung: Wir stützen uns bei der Darstellung auf Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch 1977 zur Wirtschaftsrechnung und Versorgung im Jahre 1976 und aus der Arbeits- und Sozialstatistik, welche vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung herausgegeben wird. Wir beziehen uns auf die dortigen Angaben betreffend den Haushaltstyp I: „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen. Erfaßt werden überwiegend ältere Ehepaare in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr. Das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen sollte 1976 unter 1100 DM liegen." ... Die ausgabefähigen Einkommen wurden hier im Jahre 1976 mit durchschnittlich 1008,86 DM angegeben. Für den privaten Verbrauch (d.h. abzüglich Steuern, Versicherungen etc.) wurden davon ausgegeben 877 DM. Die Ausgaben für Nahrungsmittel wurden mit 283,50 DM im Durchschnitt monatlich angegeben. Das sind 4,71 DM pro Person und Tag.

	1976 4. Vj.	1977 1. Vj.	Diff. ca.
	– alle Angaben in DM –		
insgesamt	928,00	856,34	–72
Nahrungsmittel	300,76	262,80	–38
Genußmittel	66,78	52,85	–14
Kleidung, Schuhe	67,37	68,00	–7
Wohnungsmieten	202,02	207,49	5
Elektrizität, gas, Brennstoffe	70,39	85,70	15
übrige Güter für die Haushaltsführung	77,94	61,60	–16
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	45,64	42,22	–3
Körper- und Gesundheitspflege	33,26	33,01	–
Bildung, Unterhalt.	50,19	42,38	–8
pers. Ausstattung Sonstiges	13,00	8,00	–5

Ein Vergleich der Ausgabenverteilung vom 4. Vierteljahr 1976 und vom 1. Vierteljahr 1977 ist hier interessant. Die Tabelle zeigt den Vergleich.

In sämtlichen Bereichen sind die Ausgaben gesunken, vor allem bei den Lebensmitteln. Wo sie allein gestiegen sind, ist Miete, Strom, Gas etc., also da, wo die Bourgeoisie sicher ist, die Preissteigerungen voll zu kassieren, wo es kein Ausweichen für die Volksmassen gibt. Daß dieses Plünderungsmittel vorrangig die ärmsten Teile des Volkes trifft, zeigt folgender Vergleich: 1976 betrug der prozentuale Anteil der Ausgaben für Wohnen, Strom, Gas etc. an den gesamten Ausgaben für den Haushaltstyp I 30,3%, für den Haushaltstyp III entsprechend 19,2%.

(Haushaltstyp III: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. Erfaßt werden Ehepaare mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren, in Gemeinden mit 20000 Einwohnern und mehr. 1976 soll das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 3400 und 4550 DM betragen, davon allein das Bruttoarbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes mindestens 3200 DM.)



Überblick über die Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes

Das 20. Rentenanpassungsgesetz beinhaltet:

– Eine Verschiebung der Rentenanpassung vom 1.1.78 auf den 1.1.79.

– Manipulation an der Allgemeinen Bemessungsgrundlage der Renten so, daß die Lohnsenkungen der letzten Jahre für die Kürzung der Renten dienen können.

– Eine Kürzung der Beiträge der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner auf 11% der gesamten Rentenausgaben.

– Sodann eine Beseitigung der Anpassung der Kinderzuschüsse in der Rentenversicherung; sie werden auf dem Stand von Juni 1977 eingefroren. Also erneut eine direkte Kürzung der Lebensmittel der Arbeiterklasse.

– Schließlich die Einführung von Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherungen für die Empfänger von Arbeitslosen-, Unterhalts- und Schlechtwettergeld sowie Arbeitslosenhilfe entsprechend dem jeweils zuvor verdienten Bruttoarbeitsentgelt (ab 1.1.79). Auf diese Weise will also die Bourgeoisie vermeiden, daß sich die wachsende Arbeitslosenzahl als Hemmnis für den Raub von Lohngeldern durch die Rentenversicherung auswirkt.

Es ist eine typische Taktik, durch die Streichung von Zuschüssen für einen anderen Versicherungsträger dort einen Leistungsabbau zu erzwingen. Errechnet man auf der Grundlage der offiziellen Daten (Rentenanpassungsbericht 1978) aus, welche Summe die Bundesanstalt für Arbeit ab dem 1.1.1979 an Beitragszahlungen an die Rentenversicherung für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhalts- und Schlechtwettergeldempfänger aufbringen muß, so ergibt sich für den Zeitraum von 1979 bis 1989 ein Betrag von 10,7 Mrd. DM, also jährlich etwa im Durchschnitt eine Milliarde DM. Es ist jetzt schon vorhersehbar, daß die Bourgeoisie mit dem Hinweis auf die leeren Kassen der Arbeitslosenversicherung versuchen wird, die Arbeitslosenunterstützung noch weiter einzuschränken und gleichzeitig Beitragserhöhungen durchzusetzen, um die Kapitalisten noch mehr als bisher für „arbeitsfördernde Maßnahmen" aus Versicherungsgeldern zu subventionieren.

Das Gesamtvolumen der durch das 20. Rentenanpassungsgesetz gekürzten Leistungen für die Rentner beziffert der Rentenanpassungsbericht 1977 für den Zeitraum 1977 bis 1980 auf 63 Mrd. DM. Das ist schon mehr als der bisherige Höchststand des ganzen Rentenvermögens! Über die Hälfte der gesamten Kürzungen werden an den Krankenversicherungsleistungen für die Rentner vorgenommen. Der zweite große Kürzungsposten entsteht durch die verzögerte Rentenanpassung. Die dadurch erreichte Rentenkürzung beträgt für 1978 bis 1980 15,4 Mrd. DM (Bundesarbeitsblatt, 8–9/1977, S. 301). Pro Jahr und Rentner macht das 400 bis 500 DM, die gestrichen werden.

Mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz wird diese Linie fortgesetzt:

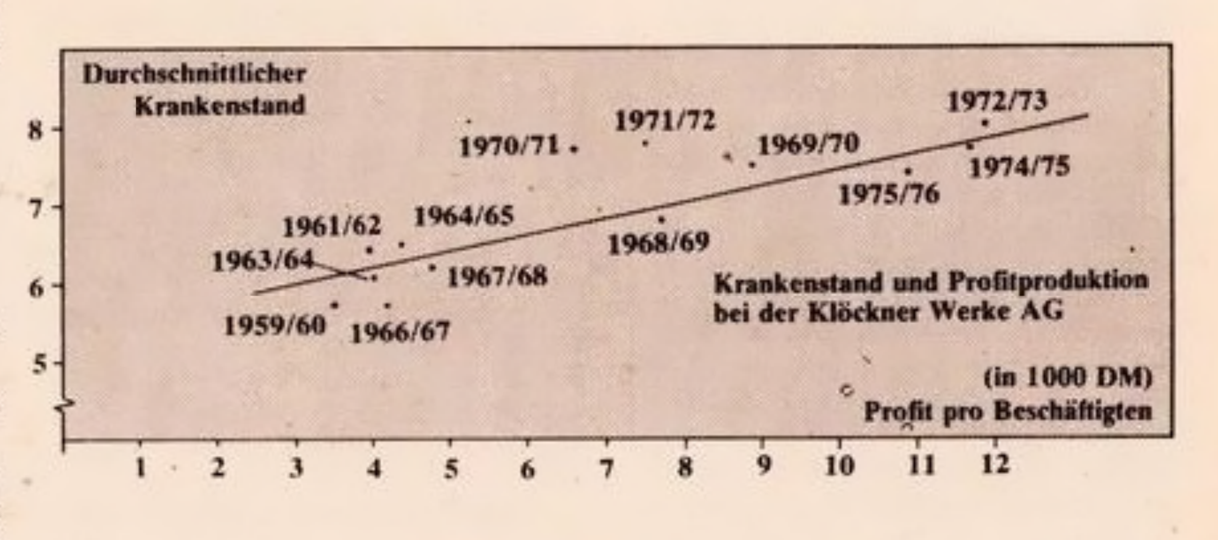
– Erstens direkte Kürzung der Renten. Hätten nach den alten Berechnungsvorschriften die Renten zum 1.7.78 um 8,5% steigen müssen, so wird die Rentenerhöhung jetzt nicht nur um ein halbes Jahr verzögert, sondern auf zunächst 4,5%, dann zum 1.1.1980 und 1.1.1981 auf 4% gekürzt.

– Sodann eine Erhöhung des Beitragssatzes von 18% auf 18,5% in der Rentenversicherung ab 1.1.81.

– Weiter eine Einführung eines Krankenkassenversicherungsbeitrages der Rentner ab 1982.

– Schließlich eine ganze Reihe weiterer Einzelmaßnahmen, die sich alle auf die Kürzung der Renten auswirken – z.B. daß beim Zusammentreffen einer Berufsunfähigkeitsrente oder Erwerbsunfähigkeitsrente mit Arbeitslosengeld die Rente bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes ruhen soll – und die Einnahmen vergrößern sollen – z.B. die Senkung der Einkommensgrenzen für sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten.

Fazit des 21. Rentenanpassungsgesetzes: Mehreinnahmen allein durch die Beitragssteigerung von 2,9 Mrd. DM (1981) und 3,6 Mrd. DM (1982); Leistungskürzungen von 1978 bis 1981 von insgesamt 32,7 Mrd. DM (21. Rentenanpassungsgesetz, S. 41). Das sind erneut jährliche Kürzungen von 600 bis 800 DM pro Rentner.



Die systematische Unterscheidung der Arbeitersterbekurve von der Gesamtkurve ist Ergebnis einer Entwicklung der Arbeitersterbekurven, die auf der Grundlage der Rentenwegfallstatistik dargestellt ist. An dem Vergleich der Sterbekurven für alle Männer mit den Sterbekurven der Arbeiter in den Jahren 1965 und 1970 sieht man, wie nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland mit der neuerlichen Herausbildung und Verschärfung des Klassengegensatzes die Arbeiter im Vergleich mit allen Männern immer schneller sterben. Die schraffierten Bereiche in der Darstellung machen das deutlich. Die entsprechende Untersuchung für 1975 hat ergeben, daß sich dieser Bereich in Höhe und Länge weiter ausdehnt.

Die allgemeine Sterbekurve teilt sich in zwei gegensätzliche Verläufe, die Arbeiterkurve biegt sich nach innen, die der Schriftsteller macht einen dicken Buckel. Der Raum dazwischen stellt die der Arbeiterklasse geraubten Lebensjahre dar, denn hätten sie auch noch Lebensbedingungen wie die Schriftsteller (nicht immer knüppeln für die Bourgeoisie, viel sitzen am offenen Fenster, spazierengehen, schlafen, so wird der Lebenswandel dieser Schriftsteller im Gelehrtenkalender beschrieben), könnten sie diese Jahre auch noch leben. (Beide Schaubilder sind entnommen aus: B. Arnold, Die ökonomische Natur des Alters, eine sozialgeschichtliche Analyse. Unveröff. Manuskript, Bremen 1978.)

Bedenkt man, daß es seit 1883 die Versicherungen in staatlicher Regie gibt, die die Arbeiterklasse vor den Unglücken des Arbeiterlebens schützen sollen, so wird klar: Diese Versicherungen halten den Prozeß nicht auf. Die Arbeiter brauchen aber Versicherungen, die sie gegen die Ausbeutungsfolgen schützen, brauchen Versicherungen, über die sie selbst bestimmen können, die bezahlt werden müssen von den Kapitalisten.

Jugendpsychiatrie

r.chs. Wer ist heute noch normal? Dem Bourgeoisgeschrei nach sind „normale Menschen" heute rar. Weil auf zunehmende Unterdrückung zunehmender Widerstand folgt, werden die Maßnahmen der Bourgeoisie, mit denen gerade dieser Widerstand gebrochen werden soll, gigantisch.

Auf den Kampf gegen die Sonderschulen reagierte die Bourgeoisie mit der Einrichtung von Sonderkindergärten, um das „Vorfeld" zu erschließen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für „Fachkrankenhäuser" zur „Versorgung psychisch anfälliger, gestörter und behinderter Kinder und Jugendlicher" auf Hochtouren. 2200 Plätze fehlten in Niedersachsen, stellt die Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendpsychiatrie" fest, die sich zusammensetzt aus Vertretern des Sozialministeriums und der verschiedenen Landeskrankenhäuser. Sie fordert u.a.: klinische Einrichtungen für Früherkennung und Frühförderung von Behinderten, für klinische Psychotherapie, Einrichtungen für Jugendliche mit ausgeprägten Störungen im Sozialverhalten, Abteilungen für besonders überwachungsbedürftige Patienten.

Das ganze soll in einem regionalen ambulant-stationären Verbundsystem organisiert werden. Sicherlich das Beispiel der Sozialstationen vor Augen hofft die Bourgeoisie, die „Behandlung" weitgehend ambulant durchführen zu können, um dann die gesamte Familie zu „behandeln".

Ausgewogene Steuerreform?

r.jod. Der SPD-Unterbezirk hat sich in der letzten Woche gegen die Steuerreform der Bundesregierung ausgesprochen. Und darüber hinaus: „Die geplante Mehrwertsteuererhöhung verschärfe die soziale Unausgewogenheit der Beschlüsse zusätzlich. Denn die Anhebung der Mehrwertsteuer müsse nicht nur von den Lohn- und Einkommenssteuerzahlern aufgebracht werden, sondern auch von denen, die kein steuerpflichtiges Einkommen hätten, etwa Arbeitslose, Studenten und Rentner." (Göttinger Tageblatt, 17.8.78)

Die führenden Göttinger Sozialdemokraten sind zumeist universitär mit dem entsprechenden Gehalt beschäftigt. Warum also diese Überlegungen? Für sie macht die Steuerreform oft bis zu 130 DM aus. Sie wollen mit dieser Erklärung gleich zwei Probleme lösen. So bangen die SPD-Spitzen um Gelder für die Göttinger Stadtsanierung – durch Fortfall der Lohnsummensteuer –, und auf der anderen Seite müssen sie dem Protest der einfachen Mitgliedschaft scheinbar nachgeben. Eigene Positionen, wie die Steuerreform auszusehen hat, konnten die sonst fixen Professoren in Form von neuen Konzeptionen nicht vorweisen. Vielleicht sollte man einen ausgewogenen Vorschlag machen, wenn die jetzige Steuerreform, wie auch schon die letzte, die höheren Verdienste bevorteilte? Was ist ausgewogen? Die Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter sind absolut. Ein Steuerfreibetrag ist deshalb passend. Er sollte bei 1500 DM liegen.

Baubeginn für US-Besatzersiedlung befohlen

r.jod. Der SPD-Unterbezirk hat sich in der letzten Woche gegen die Steuerreform der Bundesregierung ausgesprochen. Und darüber hinaus: „Die geplante Mehrwertsteuererhöhung verschärfe die soziale Unausgewogenheit der Beschlüsse zusätzlich. Denn die Anhebung der Mehrwertsteuer müsse nicht nur von den Lohn- und Einkommenssteuerzahlern aufgebracht werden, sondern auch von denen, die kein steuerpflichtiges Einkommen hätten, etwa Arbeitslose, Studenten und Rentner." (Göttinger Tageblatt, 17.8.78)

Die führenden Göttinger Sozialdemokraten sind zumeist universitär mit dem entsprechenden Gehalt beschäftigt. Warum also diese Überlegungen? Für sie macht die Steuerreform oft bis zu 130 DM aus. Sie wollen mit dieser Erklärung gleich zwei Probleme lösen. So bangen die SPD-Spitzen um Gelder für die Göttinger Stadtsanierung – durch Fortfall der Lohnsummensteuer –, und auf der anderen Seite müssen sie dem Protest der einfachen Mitgliedschaft scheinbar nachgeben. Eigene Positionen, wie die Steuerreform auszusehen hat, konnten die sonst fixen Professoren in Form von neuen Konzeptionen nicht vorweisen. Vielleicht sollte man einen ausgewogenen Vorschlag machen, wenn die jetzige Steuerreform, wie auch schon die letzte, die höheren Verdienste bevorteilte? Was ist ausgewogen? Die Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter sind absolut. Ein Steuerfreibetrag ist deshalb passend. Er sollte bei 1500 DM liegen.

Baubeginn für US-Besatzersiedlung befohlen

r.söh. Der US-General Benedict, Stadtkommandant der Besatzertruppen der US-Army in Westberlin, hat über Besatzerrecht den sofortigen Baubeginn einer Besatzersiedlung mit 250 Wohnungen auf dem Gelände des Düppeler Feldes befohlen. Seit letzter Woche ist ein Bauzaun errichtet und die Planierungsarbeiten haben begonnen. Mit diesem Besatzerbefehl wurden alle juristischen Einspruchsmöglichkeiten der Anwohner, wie sie bei Bebauung von Grünflächen noch möglich sind, außer Kraft gesetzt. Mit öffentlichen Andeutungen von Alternativplanungen hat der Senat von Westberlin seit 1975 die Anwohner betrogen, als diese gegen die damals bekanntgewordene Bauplanung protestierten. Der jetzt erfolgte Baubeginn hat keineswegs dazu geführt, daß der Kampf für die Erhaltung des Düppeler Feldes zerbrochen ist. Er hat sich ausgeweitet gegen die US-Besatzer. Er findet Unterstützung in allen Bezirken Westberlins. Die CDU versucht alles, um das Komplott zwischen Senat und US-Besatzer zur Durchsetzung des Baues zu vertuschen, indem sie von „Fehlern des Senats" spricht, wodurch den „amerikanischen Schutztruppen" keine andere Möglichkeit geblieben sei, als sich auf das Besatzerrecht zu berufen. Die US-Besatzer sollen aus der Schußlinie. Dagegen werden bei den Aktionen gegen den Bau der Besatzersiedlung Losungen gegen die Anwesenheit der Besatzertruppen in Westberlin getragen. Auf einer Versammlung in einer am Düppeler Feld liegenden Kleingartenkolonie haben bürgerliche Führer einer Initiative zur Erhaltung des Düppeler Feldes vergeblich versucht, diejenigen auszuschließen, die diesen Kampf gegen die US-Besatzer führen wollen.

Oetker – Herrscher über eine Stadt

r.ulk. Der Oetker-Konzern gehört zu den größten imperialistischen Monopolen unter den westdeutschen Monopolen überhaupt. Stammsitz des Konzerns ist Bielefeld. Eine Villa des R.A. Oetker, einschließlich Landwirtschaft, Treibhäusern und Viehzucht zwecks „biologisch-dynamischer" Ernährung des Herrn Oetker und seiner Nachkommenschaft, steht ebenfalls dort. Offiziell wird er in der Presse als „zurückhaltend", „vornehm" und „Freund der Stadt am Teutoburger Wald" vorgestellt. Tatsächlich hat es der Großbourgeois Oetker auch nicht nötig, seine Präsenz in der Stadt auf solch billige Art herauszustellen.

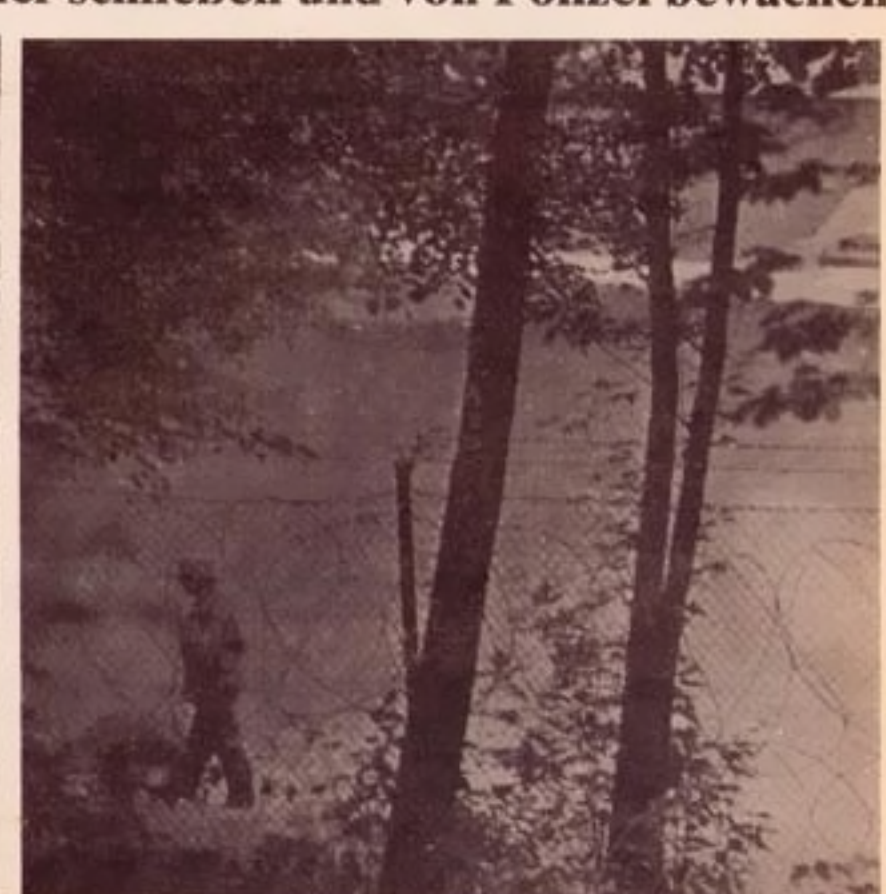
Immerhin ist Oetker und seine Familie allein in Bielefeld Besitzer von zwei Bekleidungsfabriken, drei Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaften, einer großen Druckerei mit insgesamt ca. 800 Lohnabhängigen, verschiedenen Werbe- und Verlagsgesellschaften, einer Maschinenfabrik, die Industrienähmaschinen herstellt, verschiedener Unternehmungen zwecks Abwicklung ihrer Kapitalgeschäfte, einer Bank mit einer Zweigstelle in Berlin, die zu den größten Privatbanken in Westdeutschland zählt. Hinzu kommen noch kleinere Unternehmungen zwecks Ausbildung der Funktionäre des Konzerns und anderer Kapitalisten und schließlich zwei Nahrungsmittelfabriken. Auf diesem Weg ist der Oetker-Konzern Aufkäufer von Arbeitskraft von mindestens 5900 Lohnabhängigen in Bielefeld, was ihn nach dem Staatsapparat zum größten Aufkäufer von Lohnarbeit in der Stadt macht. Doch damit ist noch nicht alles erfaßt. Über seine Beteiligung an der Karstadt AG, in deren Aufsichtsrat er sitzt, und seinen Sitz im Aufsichtsrat der Commerzbank AG, die Vertretungen der Versicherungsgesellschaft Deutscher Ring, die Brauerei Dortmunder Actien Brauerei AG und die Getränkevertretungen von Sinalco hat er per Besitz von Kapital den Zugriff auf mindestens 500 weitere Lohnabhängige. Mit den Milchwerken Bielefeld/Herford gibt es einen Kooperationsvertrag über Produktion und Vertrieb von Fertigpudding. Damit herrscht Oetker über eine große Menge unmittelbarer Mittel zur Reproduktion, die die Lohnabhängigen und ihre Familien benötigen; und betreibt neben der Ausbeutung noch die Ausplünderung auf dem Wohnungs- und Warenmarkt. Das wirkt unter den Volksmassen und macht ihn und seinen Clan nur um so verhaßter in der Stadt und macht verschiedene Anstrengungen nötig, diese Herrschaft zu verzuckern. Verbrämt werden soll das Ganze mittels Stiftungen und „Wohltaten".

Die Oetker-Halle, der einzige große Versammlungssaal in der Stadt für große Betriebsversammlungen, wo Konzerte und Vorträge des Polizei-Heeresmusikkorps stattfinden sowie regelmäßig Veranstaltungen des Bielefelder Marinevereins, soll dies vortäuschen. Über Verwendung des Gebäudes bleibt die Entscheidung der Stiftung vorbehalten. Neben dem Gebäude liegt der Oetker-Park. Sodann stiftete R.A. Oetker die Kunsthalle und setzte durch, daß sie nach seinem Stiefvater Kaselowski benannt wurde, der einer der führenden SS-Schergen war. Oetker ist Mitgründer der Gesellschaft zur Förderung der Universität Bielefeld, mit deren Hilfe er seit 1966 massiv den Aufbau der Universität betrieb. Das Kuratorium der Gesellschaft vergibt Forschungsaufträge und Mittel zur Finanzierung von Forschungsprojekten an die Universität, führt Vortragsreihen, kulturelle Veranstaltungen usw. durch. Neben diesem unmittelbaren Zugriff auf die ideologische Verkrüppelung der Studentenköpfe plündert der Oetkerkonzern die Studentenmassen noch per Mensaessen aus. Nahezu alle in der Mensa verwandten Nahrungsmittel sind Produkte von ETO, einer Nahrungsmittelfabrik des Konzerns, die die Billigstprodukte des Konzerns herstellt. Seit einiger Zeit wird der Ausbau der Autobahnverbindung von Bielefeld nach Osnabrück im Norden und nach Kassel im Süden betrieben und gleichzeitig die Autobahnverbindung in das Industriegebiet im Nordharz hergestellt. Zu beiden Autobahnen hat Oetker so offensichtlich eine eigene Autobahnauffahrt von den beiden Hauptfabriken hingebaut bekommen, daß der Damm in der Stadt allgemein „Puddingdamm" genannt wird.

Oetker ist ein Finanzkapitalist, der sowohl über Besitz an Produktionsmitteln direkt als auch indirekt über seinen Besitz an Banken und Versicherungen in Westdeutschland, Westberlin und der ganzen Welt verfügt. Überall hat er in der Stadt seine Finger drin, und so dachte dieser Schmarotzer wohl, daß er auch die Arbeiter seiner Fabriken für alles gewinnen könne. Als sein Sohn im letzten Jahr entführt wurde und Oetker 21 Millionen DM zahlte, um ihn freizukaufen, setzte er danach ein Rundschreiben in die Welt, in dem er dazu aufforderte, an die Minister und das Parlament zu schreiben und „härtere Strafen und eine schlagkräftige Polizei" zu fordern sowie „bei Mord die Strafe, die ihnen gerecht erscheint". Die Arbeiter haben stattdessen eine Unterschriftensammlung gegen diesen unverschämten Brief durchgeführt. Diese 21 Millionen sind für diesen Kapitalisten, der mit seinem Kapital immerhin einen Konzernumsatz im Jahr 1977 von 44 Milliarden erzielte, ein so schmerzlicher Verlust, daß er es den Arbeitern am liebsten vom Lohn abziehen würde. Das gelingt ihm nicht.

III. Schwimm-WM: Stobbe läßt 7 Bäder schließen und von Polizei bewachen





Nach Ansicht des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe sind die III. Schwimmweltmeisterschaften „Berlins bedeutsamstes leistungssportliches Ereignis seit den Olympischen Spielen 1936". „Nach manchen schlechten Vorkommnissen der Vergangenheit" sei die Veranstaltung auch ein gutes „Beispiel sportpolitischer Entkrampfung". Der Rückblick in den Faschismus, nicht lange vor Ausbruch des II. imperialistischen Weltkrieges, läuft diesem Herrn locker von der Zunge. Den schlechten Vorkommnissen, einen Krieg um Absatzmärkte und Rohstoffquellen angezettelt, aber verloren zu haben, sollen neue, erfolgreichere Beispiele folgen. Damit Westberlin als „Schwimmweltstadt" „weltweit in den Blickpunkt der Medien" rückt, sollten das die Massen mit der Schließung von sieben Schwimmbädern zu Akklimatisierungszwecken mitten in der Hauptferienzeit bezahlen. Der chauvinistische Coup konnte nicht so landen, wie es beabsichtigt war. Die Absatzschwierigkeiten der WM-Tickets werden beklagt. Gegen die Schließung der Sommerbäder, die sowieso zu wenig vorhanden und an heißen Tagen völlig überfüllt sind, haben sich in mehreren Stadtteilen Initiativen gebildet. In Kreuzberg mußte das Schwimmbad für den öffentlichen Badebesuch geöffnet werden. Im Tiergarten wurde die Schließungszeit des Postbades von geplanten 23 Tagen auf 12 Tage zurückgeschraubt. Und ob das so bleibt, ist auch noch nicht raus. Der Plan des Herrn Stobbe, „jedermann ein Berlin-Bild zu vermitteln, das unseren Bemühungen um Vitalität, Lebensfreude und nicht zuletzt um ein friedliches Nebeneinander entspricht", wird nicht gelingen.

Bauern in der Wilster Marsch kämpfen gegen Industriemülldeponie

Mit dem Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts ist sie noch lange nicht durchgesetzt

r.kee. In Ecklak Kanalstrich in der Wilster Marsch plant der Kreis Steinburg eine 41 ha große Mülldeponie. Dienen soll sie zu Zweidritteln der Ablagerung des Drecks der Bayer-Kapitalisten ...

nehmen der Vogelzahlen in den Randgebieten führen wird. Die Vögel sind aber notwendig zum Eindämmen der Fliegenplage bei der Viehhaltung.

Hektar für die Deponie weggenommen werden sollen, sagte nach Bekanntwerden des Urteils: „Meine Meinung ist, da hilft nur demonstrie-

zeichnet jedoch ein ganz anderes Bild. Wir warten jetzt erst einmal die schriftliche Begründung des Urteils aus Schleswig ab, erklärte Bürgermeister

was ihn nach dem Staatsapparat zum größten Aufkäufer von Lohnarbeit in der Stadt macht. Doch damit ist noch nicht alles erfaßt. Über seine Beteiligung an der Karstadt AG, in deren Aufsichtsrat er sitzt, und seinen Sitz im Aufsichtsrat der Commerzbank AG, die Vertretungen der Versicherungsgesellschaft Deutscher Ring, die Brauerei Dortmunder Actien Brauerei AG und die Getränkevertretungen von Sinalco hat er per Besitz von Kapital den Zugriff auf mindestens 500 weitere Lohnabhängige. Mit den Milchwerken Bielefeld/Herford gibt es einen Kooperationsvertrag über Produktion und Vertrieb von Fertigpudding. Damit herrscht Oetker über eine große Menge unmittelbarer Mittel zur Reproduktion, die die Lohnabhängigen und ihre Familien benötigen; und betreibt neben der Ausbeutung noch die Ausplünderung auf dem Wohnungs- und Warenmarkt. Das wirkt unter den Volksmassen und macht ihn und seinen Clan nur um so verhaßter in der Stadt und macht verschiedene Anstrengungen nötig, diese Herrschaft zu verzuckern. Verbrämt werden soll das Ganze mittels Stiftungen und „Wohltaten".





Nach Ansicht des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe sind die III. Schwimmweltmeisterschaften „Berlins bedeutsamstes leistungssportliches Ereignis seit den Olympischen Spielen 1936". „Nach manchen schlechten Vorkommnissen der Vergangenheit" sei die Veranstaltung auch ein gutes „Beispiel sportpolitischer Entkrampfung". Der Rückblick in den Faschismus, nicht lange vor Ausbruch des II. imperialistischen Weltkrieges, läuft diesem Herrn locker von der Zunge. Den schlechten Vorkommnissen, einen Krieg um Absatzmärkte und Rohstoffquellen angezettelt, aber verloren zu haben, sollen neue, erfolgreichere Beispiele folgen. Damit Westberlin als „Schwimmweltstadt" „weltweit in den Blickpunkt der Medien" rückt, sollten das die Massen mit der Schließung von sieben Schwimmbädern zu Akklimatisierungszwecken mitten in der Hauptferienzeit bezahlen. Der chauvinistische Coup konnte nicht so landen, wie es beabsichtigt war. Die Absatzschwierigkeiten der WM-Tickets werden beklagt. Gegen die Schließung der Sommerbäder, die sowieso zu wenig vorhanden und an heißen Tagen völlig überfüllt sind, haben sich in mehreren Stadtteilen Initiativen gebildet. In Kreuzberg mußte das Schwimmbad für den öffentlichen Badebesuch geöffnet werden. Im Tiergarten wurde die Schließungszeit des Postbades von geplanten 23 Tagen auf 12 Tage zurückgeschraubt. Und ob das so bleibt, ist auch noch nicht raus. Der Plan des Herrn Stobbe, „jedermann ein Berlin-Bild zu vermitteln, das unseren Bemühungen um Vitalität, Lebensfreude und nicht zuletzt um ein friedliches Nebeneinander entspricht", wird nicht gelingen.

Bauern in der Wilster Marsch kämpfen gegen Industriemülldeponie

Mit dem Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts ist sie noch lange nicht durchgesetzt

r.kee. In Ecklak Kanalstrich in der Wilster Marsch plant der Kreis Steinburg eine 41 ha große Mülldeponie. Dienen soll sie zu Zweidritteln der Ablagerung des Drecks der Bayer-Kapitalisten, die mit 365 ha den größten Industriebetrieb im Bereich des Industriezentrums Brunsbüttel darstellen. Nun soll zehn Kilometer von Bayer entfernt, nur unter dieser Bedingung hat sich Bayer in Brunsbüttel angesiedelt, die Mülldeponie gebaut werden. Welcher Art die chemischen Abfälle von Bayer sein werden, kann man nicht sagen, da Bayer eine pauschale Betriebsgenehmigung für 20 Jahre erhalten hat, ohne daß man weiß, was produziert werden soll.

Für die arbeitenden Bauern würde der Bau der Deponie ihre Existenz vernichten. Im Gebiet der Mülldeponie ist eine Grundwasserabsenkung geplant. Aufgrund des hohen Grundwasserstandes in dem Gebiet sind die Häuser auf Pfähle gebaut. Bei einer Grundwasserabsenkung entstehen an den Pfählen Lufträume, was zur Verfaulung führt. Es besteht von daher Einsturzgefahr für die Häuser. Weiter wird die Absenkung des Grundwassers eine Verwandlung der saftigen Wiesen in trockenen Ackerboden zur Folge haben. Günstige Voraussetzungen für künftige Agrarkapitalisten in diesem Gebiet.

Früher war das ganze Gebiet Hochmoor. Die Vorfahren der dort lebenden Bauern haben es zu guten Wiesen für das Milchvieh gemacht durch systematisches Umwälzen des Torfbodens. Ca. acht Meter tief sind durch die Umwälzung des Bodens Ketschergräben entstanden, die Wasser führen und das ganze Gebiet durchziehen. Grundbrüche werden unvermeidlich sein, wenn auf dem morastigen Boden 20 m hoch Müll gestapelt werden soll. Weiter sollen über dem Deponiegelände die Vögel gejagt werden, was zum Abnehmen der Vogelzahlen in den Randgebieten führen wird. Die Vögel sind aber notwendig zum Eindämmen der Fliegenplage bei der Viehhaltung.

Die Be- und Entwässerung des Landes wird von den Bauern selbst über die Sielverbände organisiert. Die Druckrohrleitungen, die die geklärten Deponieabwässer in die Elbe pumpen sollen, sollen nur bis ins Sperrwasser gehen. Aus dem Sperrwasser nehmen die Sielverbände jedoch bislang ihr Wasser. Zwangsläufig wird ein Teil der Deponieabwässer auf diese Weise wieder zur Bewässerung des Landes in die Gräben fließen. Die Bauern werden sich Viehtränken anschließen lassen müssen. Nur die Anschlußkosten betragen bereits für eine Weidetränke 400 DM. Durch die hohen Kosten wird die Ruinierung der dort produzierenden kleinen Bauern – kaum einer hat über 25 ha – entschieden vorangetrieben. Für den Ausbau der Bundesstraße 5, den Bau der Zufahrtstraße zur Deponie und der Deponie selbst sollen den dort arbeitenden Bauern große Mengen Land weggenommen werden. Von 70 ha werden z.B. 7,5 ha, von 19 ha 7,9 ha, von 10 ha Nebenerwerb 8,8 ha für die Deponie benötigt. Die Höfe werden dazu oft noch diagonal zerschnitten. Schon jetzt leben die Bauern mit ihren kleinen Landflächen kurz vor dem Ruin.

Die Bauern am Kanalstrich kämpfen deshalb um ihre Existenz gegen den Bau der Mülldeponie, deren sofortige Vollziehbarkeit am 14.8. durch das Schleswiger Verwaltungsgericht bestätigt wurde. 149 Einwender forderten schon am 25.5.77 auf dem Erörterungstermin keine Mülldeponie in Ecklak und verließen unter Protest den Erörterungstermin. Die Klage der Gemeinde und Sielverbände und einzelner Bauern am 4.8.78 vor dem Gericht in Schleswig wurde zurückgewiesen. Ein Bauer, dem siebeneinhalb Hektar für die Deponie weggenommen werden sollen, sagte nach Bekanntwerden des Urteils: „Meine Meinung ist, da hilft nur demonstrieren." Das hat man auch in Brokdorf gesehen. Die Bourgeoisie will verhindern, daß die Bauern sich über Kampfschritte einig werden. So schreibt die Norddeutsche Rundschau vom 12.8.78: „Außerhalb der Wilster Marsch wird jetzt angenommen, durch den Gerichtsbescheid sei bereits alles gelaufen und der Müll könnte schon in einem halben Jahr in Ecklak abgelagert werden ... Die Wirklichkeit zeichnet jedoch ein ganz anderes Bild. Wir warten jetzt erst einmal die schriftliche Begründung des Urteils aus Schleswig ab, erklärte Bürgermeister Otto Egge aus Nortorf." Die Bauern sollen abwarten. Das wollen sie nicht.

Einige beraten, wie sie eine Versammlung mit Landrat Brümmer und Vertretern des Kreises organisieren können, um die Herren zur Rechenschaft zu ziehen. Solidaritätsadressen von der Bürgerinitiative Kiel und der BUU Itzehoe stärken den Bauern dabei den Rücken.

Die Energieversorgungspläne der Nordwestdeutschen Kraftwerke

r.wiv. Die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), zu einem Drittel am KKW Brunsbüttel und zur Hälfte am geplanten in Brokdorf beteiligt, deckt die gesamte Stromlieferung Nordwestdeutschlands ab bis auf Hamburg (HEW), Kiel, Bremen, Neumünster und Flensburg (jeweils Stadtwerke). Die NWK befindet sich zu 67,8% im Besitz der Preußen-Elektra und diese wiederum zu 86,5% im Besitz der VEBA.

4,3 Millionen Menschen hängen am Netz der NWK. 1975 betrug die „installierte Nettokraftwerksleistung" (Bruttoleistung minus Eigenverbrauch des Kraftwerks) 2739 MW mit einer Stromabgabe von 14 Mrd. kWh (1964: 4,3 Mrd. kWh). Bis auf das KKW Stade wurde der Strom in Kohle- und Ölkraftwerken mit einer Größenordnung von 56 – 689 MW produziert. Im selben Jahr plante die NWK bis 1982 eine „Zubauleistung" von 3407 MW (zumeist „mit Partnern"; die gesamte Nettoleistung der geplanten Kraftwerke: 6110 MW); jetzt aber drei Viertel davon als Kernkraftwerke in der Größenordnung von 770 – 1290 MW. Von größeren Kraftwerkseinheiten, höheren Nutzungsgraden und niedrigeren Produktionskosten in KKWs versprechen die NWK-Kapitalisten märchenhafte Profite. Dividende der „Mutter" Preußen-Elektra 1976: 16%.

Das Leitungsnetz hatte 1975 eine Länge von 7000 km. 300 km, schätzte die NWK, kämen pro Jahr dazu. Angebunden ist dieses Netz, das ein Siebtel der Fläche der BRD bedeckt, mit einer 380 kV- und einer 220 kV-Leitung in Eitze an das Netz der Preußen Elektra, mit einer 380 kV-Leitung in Meppen an das Netz des RWE-Konzerns und mit zwei 380 bzw. 220 kV-Leitungen an das dänische Netz. Drei weitere 380 kV-Leitungen waren in Planung, davon eine nach Holland.

Die Absicht, im Rysumer Nacken bei Emden und in Cuxhaven-Altenbruch jeweils wieder „mit Partnern" 1300 MW-Kerkraftwerke hinzusetzen, taucht in der geplanten „Zubauleistung" 1975 nicht mehr auf, obwohl 1973 bereits Standortvorbescheide beantragt wurden.

Verantwortlich dafür sind ihre Erfahrungen mit den Kämpfen der Volksmassen.

„Deutschland"-Rückkehr – Nach Tradition der Kriegsmarine „Flagge gezeigt"

b.reh. Am 30.8. um 16 Uhr soll das Schulschiff „Deutschland" an der Blücherbrücke in Kiel unter großem Trara empfangen werden. Sechs Monate lang hatte die „Deutschland" westdeutsche Flagge vor folgenden Küsten gezeigt: Ägypten, Indien (178 Mio. DM westdeutscher Kapitalexport), Malaysia (47,2), Indonesien (79,3), Philippinen (17,0), Japan (290,9), Fidschi (0,1), Neuseeland (6,5), Australien (309,0), Sri Lanka (2,4) und Spanien.

Sechs Monate lang hatte die westdeutsche Bourgeoisie den Völkern dieser Länder und den imperialistischen Konkurrenten demonstriert: Wir haben Anspruch auf die Ausbeutung dieser Länder und wir werden bei der Neuaufteilung der Welt im Verlauf des kommenden Weltkrieges diesen Anspruch mit Waffengewalt einlösen. Das Schema der ganzen Übung hat Tradition. Berufener Zeuge ist der imperialistische Haudegen Korvettenkapitän a.D. Giese, der unter der Überschrift „Von der Reichsmarine zur Kriegsmarine" schreibt: „Die Tätigkeit der Seestreitkräfte hielt sich naturgemäß in den ersten Jahren (nach dem I.Weltkrieg) in sehr engen Grenzen ... Die Jahre zwischen 1926 und 1935, in denen sich die Umbenennung der Reichsmarine in Kriegsmarine vollzog, sind gekennzeichnet durch eine weitere Straffung der Organisation, die Verstärkung der Flotte durch zahlreiche Neubauten und eine rege Auslandstätigkeit der Marine".

Die rege Auslandstätigkeit der Bundesmarine wird mit großem Aufwand versucht, den Volksmassen nahe zu bringen. Daß sie dabei im Fahrwasser der reichsdeutschen Kriegsmarine fährt, wird dabei sorgsam ummäntelt. Nicht weniger als 18 Reportagen hat der NDR der „Deutschlandfahrt" gewidmet, die „Kieler Nachrichten" haben sich mit weit über 20 Artikeln und Meldungen angestrengt. Diese „Sonder"-berichterstattungen haben samt und sonders das gleiche Strickmuster – Reiseberichte und -eindrücke aus der Sicht der Offiziersmonokel: Breite und dreckige Geschichten über die Unterentwickeltheit der Länder, die angebliche Unterwürfigkeit der Eingeborenen, die Schönheit und den Reichtum dieser Gebiete, die geradezu einladen zum Kapitalexport und zum Verleben der europäischen Wintermonate in diesen Gefilden. Von der Schinderei an Bord, den terristischen Navigationen vor fremden Küsten, den Übungen mit verbündeten imperialistischen Flotten, handelt nicht einer der Berichte.

Die Bourgeoisie weiß genau: die Massen sind dagegen, daß die Imperialisten „Flagge zeigen", weil sie wissen, daß das Vorbereitung auf den Krieg bedeutet und nichts weiter.

240 Offiziersanwärter wurden in das Handwerk des Seekriegs und des Unterdrückers während der Fahrt eingewiesen. Bei den kommenden großen Herbstmanövern der NATO wird die Generalität testen, ob ihr Nachwuchs bereits in der Lage ist, die Mannschaften und den Unteroffizierskader in den beschleunigt vorbereiteten Krieg zu zwingen. 40000 Soldaten aus neun NATO-Staaten sollen Anfang September in die Übung „Northern Wedding" (Hochzeit im Norden) gejagt werden. Das Manöver ist nur Vorbereitung zu „Bold Guard 78", dem bisher größten NATO-Manöver, das sich unmittelbar ab 19. September anschließt.

weitere Straffung der Organisation, die Verstärkung der Flotte durch zahlreiche Neubauten und eine rege Auslandstätigkeit der Marine".
Die rege Auslandstätigkeit der Bundesmarine wird mit großem Aufwand versucht, den Volksmassen nahe zu bringen. Daß sie dabei im Fahrwasser der reichsdeutschen Kriegsmarine fährt, wird dabei sorgsam ummäntelt. Nicht weniger als 18 Reportagen hat der NDR der „Deutschlandfahrt" gewidmet, die „Kieler Nachrichten" haben sich mit weit über 20 Artikeln und Meldungen angestrengt. Diese „Sonder"-berichterstattungen haben samt und sonders das gleiche Strickmuster – Reiseberichte und -eindrücke aus der Sicht der Offiziersmonokel: Breite und dreckige Geschichten über die Unterentwickeltheit der Länder, die angebliche Unterwürfigkeit der Eingeborenen, die Schönheit und den Reichtum dieser Gebiete, die geradezu einladen zum Kapitalexport und zum Verleben der europäischen Wintermonate in diesen Gefilden. Von der Schinderei an Bord, den terristischen Navigationen vor fremden Küsten, den Übungen mit verbündeten imperialistischen Flotten, handelt nicht einer der Berichte.
Die Bourgeoisie weiß genau: die Massen sind dagegen, daß die Imperialisten „Flagge zeigen", weil sie wissen, daß das Vorbereitung auf den Krieg bedeutet und nichts weiter.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Sofortige Einstellung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica!

b.cum. Am Mittwoch und Donnerstag wurde von der Staatsschutzkammer Flensburg der Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Claus-Udo Monica, presserechtlich Verantwortlicher der Volksmiliz des SRK Flensburg/Westküste eröffnet. Es ist der fünfte Prozeß in einer ganzen Welle von Prozessen gegen die SRK's Holstein und Flensburg/Westküste.

In der Anklage heißt es: „In der Druckschrift wird die Bundeswehr als ein Herrschaftsinstrument der ‚Bourgeoisie' dargestellt. Diese isoliere die Soldaten in der Bundeswehr vom Volk, um sie abzurichten gegen das Volk und für den imperialistischen Krieg. Die Abrichtung erfolge durch „Schinderei und Unterdrückung'. Ferner wird in einem Artikel der Schrift, der sich in abfälliger Weise mit den Ausbildungsmethoden des Oberleutnants Arthur Schmidt befaßt, dieser unter anderem als ‚Imperialistenknecht reinsten Wassers' bezeichnet."

Neben zwei weiteren Leutnants ist dieser Schinder, der innerhalb eines Jahres drei Soldaten zum Selbstmord getrieben hat, Hauptzeuge der Anklage. In der polizeilichen Vernehmung sagte er aus: „Die Zitate – wenn auch in entstellendem Zusammenhang – stimmen. Ich sehe aber weder hierin noch in meinem Offizierssein als solchem einen Grund, mich wegen Ausübung meiner Pflicht als Imperialistenknecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist, ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid der Bundesrepublik treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen! Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm mit dem beleidigenden Ausdruck Knecht, Imperialistenknecht beleidigt werde."

Gelegenheit zu diesem Nachweis wird der Oberleutnant noch bekommen. Doch soweit ist es noch nicht. Nach zwei Verhandlungstagen ist die Anklageschrift immer noch nicht verlesen worden, das Gericht hat sich noch nicht einmal davon überzeugt, daß der Angeklagte wirklich C.U. Monica ist. „Vom Versuch der Staatsschutzkammer, dem KBW-Mitglied Claus-Udo M. den Prozeß zu machen", heißt die Überschrift zu einem frechen Artikel im Flensborg Avis vom Freitag. Die bürgerliche Presse will Druck machen und der bürgerlichen Justiz den Rücken für eine schnelle Aburteilung steifen. Zwei Prozeßtage, ohne daß mit der eigentlichen Verhandlung begonnen wurde, so hat dieser Schreiberling festgestellt, das bedeute zwei Tage Propaganda in der Stadt und Festigung des Zusammenschlusses gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse. Die Taktik des Gerichtes ist, in einem nicht öffentlichen Standgerichtsverfahren schnell zu einem hohen Urteil zu kommen. Für die über 50 Besucher des Prozesses werden nur 35 Platzkarten ausgeteilt. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen die Staatsschützer in Richterroben zu verhindern, daß weitere 20 Leute den angeklagten Genossen unterstützen. Einziger Erfolg des Gerichts: den ganzen ersten Verhandlungstag wird die Auseinandersetzung um uneingeschränkte Öffentlichkeit geführt. Auf Kundgebungen des SRK Spielmannszuges in der Stadt wird über den Stand des Prozesses berichtet und so werden laufend mehr Leute gewonnen, vor Gericht den Kampf gegen den Prozeß zu unterstützen. Mittags zieht ein Demonstrationszug von 60 Menschen vom Gericht in die Stadt.



Sauer, Vorsitzender Richter der Staatsschutzkammer Flensburg, wohnhaft in: Ochsenweg 9, Jarplund-Weding, Tel.: 04630/5286

Die Polizei versucht, den Angeklagten festzunehmen und eine Kundgebung zu zerschlagen. Das mißlingt, stattdessen werden zuletzt mehrere Kundgebungen durchgeführt.

Am zweiten Verhandlungstag versucht das Gericht, eine schärfere Gangart einzuschlagen. Die Prozeßbesucher und die Verteidigung verlangen, daß vor Weiterführung des Prozesses zwei Polizeispitzel in Zivil an die Luft gesetzt werden. Richter Sauer versucht die Situation zu retten und schließt die ganze Öffentlichkeit aus. Die anschließende Räumung durch die Polizei macht deutlich, was den Richter Sauer und die ganze Kammer überhaupt noch in ihren Sesseln sitzen läßt: der Polizeiknüppel. Ein Demonstrationszug durchs Gericht informiert die Gerichtsbeschäftigten. Die Polizei riegelt die Straße zur Stadt ab, die Demonstration biegt in ein Kaufhaus ab. Kundgebungen in der Stadt informieren ständig über den neuesten Stand der Verhandlung. Plakate werden überall verklebt. An einer erneuten Kundgebung über Mittag nehmen über 100 teil. Die Polizei kann nicht verhindern, daß zwei Demonstrationszüge vor das Gericht ziehen und den Prozeß angreifen. Kurz vor 18.00 Uhr, als die Richter sich sicherer fühlen, versuchen sie einen Leutnant als Zeugen vor der Vernehmung in der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen. „Er fährt in die Karibik und wird morgen vom Vorsitzenden kommissarisch vernommen." Die Verteidigung versucht das zu verhindern. Das Gericht setzt sich inzwischen so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht. Um 21.00 Uhr wird die Verhandlung wegen „Übermüdung des Gerichts" unterbrochen.

Am Mittwoch, den 23. August, ist der nächste Prozeßtermin. Fast 30 Resolutionen aus Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Bürgerinitiativen und anderen Zusammenschlüssen sind bisher gefaßt worden. Die Zeit bis Mittwoch kann gut genutzt werden, durch Aktionen und weitere Beschlüsse den Zusammenschluß zu vergrößern und den Druck für Einstellung des Prozesses noch erheblich zu verstärken.

„Der moderne Staat kann sich zu seinem Schutz nicht auf die klassischen und teilweise überholten Hochverratsvorschriften beschränken. Er bedarf neuer Schutzvorschriften, die seine Verteidigungslinien vorverlegen."

Zur Anwendung dieser Gesetze ist es nötig, „besonders hochwertige Richter für diese Aufgabe zu finden, die nicht jedem liegt". Dr. Rotberg, Sprecher des Justizministeriums.

Fortführung des Prozesses gegen C.U. Monica: Mittwoch, 23.8.78, 9.00 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben 22, Zimmer 58

Der KBW ruft auf zur Kundgebung gegen die Prozesse um 16.00 Uhr, bei Karstadt.

übung meiner Pflicht als Imperialistenknecht beschimpfen und beleidigen zu lassen. Ich bin kein Imperialist, ich will getreu meinem am 7.8.1969 geleisteten Eid der Bundesrepublik treu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen! Hierzu bilde ich deutsche Staatsbürger aus, so gut und gefechtsnah es geht. Ich diene einem Staat, der nachweislich nicht imperialistisch ist. Ich dulde weder, daß dieser Staat als imperialistisch beschimpft wird, noch daß ich wegen meines Dienstes an ihm mit dem beleidigenden Ausdruck Knecht, Imperialistenknecht beleidigt werde."
Gelegenheit zu diesem Nachweis wird der Oberleutnant noch bekommen. Doch soweit ist es noch nicht. Nach zwei Verhandlungstagen ist die Anklageschrift immer noch nicht verlesen worden, das Gericht hat sich noch nicht einmal davon überzeugt, daß der Angeklagte wirklich C.U. Monica ist. „Vom Versuch der Staatsschutzkammer, dem KBW-Mitglied Claus-Udo M. den Prozeß zu machen", heißt die Überschrift zu einem frechen Artikel im Flensborg Avis vom Freitag. Die bürgerliche Presse will

Sauer, Vorsitzender Richter der Staatsschutzkammer Flensburg, wohnhaft in: Ochsenweg 9, Jarplund-Weding, Tel.: 04630/5286
Vernehmung in der Hauptverhandlung in Sicherheit zu bringen. „Er fährt in die Karibik und wird morgen vom Vorsitzenden kommissarisch vernommen." Die Verteidigung versucht das zu verhindern. Das Gericht setzt sich inzwischen so offen über seine eigenen Gesetze hinweg, daß selbst der Staatsanwalt nicht mehr mitmacht. Um 21.00 Uhr wird die Verhandlung wegen „Übermüdung des Gerichts" unterbrochen.
Am Mittwoch, den 23. August, ist der nächste Prozeßtermin. Fast 30 Resolutionen aus Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Bürgerinitiativen und anderen Zusammenschlüssen sind bisher gefaßt worden. Die Zeit bis Mittwoch kann gut genutzt werden, durch Aktionen und weitere Beschlüsse den Zusammenschluß zu vergrößern und den Druck für Einstellung des Prozesses noch erheblich zu verstärken.
„Der moderne Staat kann sich zu seinem Schutz nicht auf die klassischen und teilweise überholten Hochverratsvorschriften beschränken. Er bedarf neuer Schutzvorschriften, die seine Verteidigungslinien vorverlegen."
Zur Anwendung dieser Gesetze ist es nötig, „besonders hochwertige Richter für diese Aufgabe zu finden, die nicht jedem liegt". Dr. Rotberg, Sprecher des Justizministeriums.
Fortführung des Prozesses gegen C.U. Monica: Mittwoch, 23.8.78, 9.00 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben 22, Zimmer 58
Der KBW ruft auf zur Kundgebung gegen die Prozesse um 16.00 Uhr, bei Karstadt.
Ehrenberg springt einem aus jeder Zeile entgegen
Untersuchung des Geschäftsberichtes der AOK Kreis Steinburg

Ehrenberg springt einem aus jeder Zeile entgegen

Untersuchung des Geschäftsberichtes der AOK Kreis Steinburg

b.chb. In ihrem Geschäftsbericht der AOK Itzehoe für 1977 heißt es in der Einleitung: „Leider ist die Ausgabenkurve nicht in dem Maße abgeflacht, wie es wünschenswert gewesen wäre. Während die Ausgaben bei den Ortskrankenkassen in Schleswig-Holstein nur um 5,4% gestiegen sind, erhöhten sie sich bei uns um 7,4%. Ursächlich hierfür sind die um 13,1% gestiegenen Ausgaben für Krankenhauspflege." Diese Zahl verhüllt den Feldzug, den Ehrenberg mit Hilfe der Krankenkasse gegen die Versicherten gerade auch bei der Krankenhausbehandlung im Kreis Steinburg 1977 geführt hat und weiter führt. Zum einen ist der Krankenstand von 1975 4,68%, über 1976 4,97% auf 1977 5,15% gestiegen. Die Zahl der Anträge auf vorzeitiges Altersruhegeld hat ebenfalls zugenommen, Folge der Ruinierung der Gesundheit der Arbeiterklasse durch den kapitalistischen Produktionsprozeß. Die Zahl der Arbeitsunfälle je 100 Kassenmitglieder stieg ebenfalls von 97 (1976) auf 106 (1977). Die Zahl der Tage, die die Arbeiter arbeitsunfähig geschrieben waren, sank jedoch um 4,9%, d.h. die Lohnabhängigen wurden rasch wieder in den Produktionsprozeß geworfen.

„Die jährliche Steigerungsrate für Arzneimittelaufwand, die im früheren Jahren um 154% lag, ist gegenüber den Vorjahren weiter gesunken. Die bereits im Jahr 1976 begonnene vorsichtigere Verschreibungsweise der Ärzte hat sich ... fortgesetzt. Hinzu kommt noch, daß ab 1. Juli 1977 auch die Rentner einen Arzneikostenanteil von 1 DM je Arzneimittel zu entrichten haben". Das ist die freche Begründung für die Streichung von lebenswichtigen Medikamenten, entsprechend dem Ehrenberg'schen Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. Je Behandlungsfall zahlte die AOK Itzehoe für Mitglieder 1976 28,12 DM (Steigerung um 6,1%), 1977 28,90 DM (Steigerung um lediglich 2,8%). Bei den Rentnern waren die Arzneimittelkosten 1976 noch um 6,6% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, 1977 nur um 1,9%. Insgesamt haben sich die Arzneikosten je Behandlungsfall nur um 0,5% 1977 gegenüber 1976 erhöht. Ebenso bei der zahnärztlichen Behandlung. Dort haben sich die Ausgaben je Mitglied und Rentner nur um 2,5% erhöht. Für die Rentner ist der ohnehin schon geringe Betrag der zahnärztlichen Behandlung von 26,34 DM 1976 auf 22,60 DM gesenkt worden. Bei Zahnersatz haben die Krankenkassen gleich weniger Zuschüsse für die neue Anfertigung und Erweiterung von Zahnersatz gezahlt. Etwa nach dem Motto: Wenn die Rentner eh nichts mehr zu beißen haben, brauchen sie auch keinen Zahnersatz mehr, sind die Ausgaben für Zahnersatz bei Rentnern um ganze 50 Pfennig je Rentner 1977 gestiegen.

Zu den bezahlten Hilfs- und Heilmitteln (Massagen, Bäder, Höhrgeräte, Dialysegeräte usw.) schreibt die Kasse lapidar: „Zwar sind die Preise im Berichtsjahr auch erhöht worden, doch wurde die Preiserhöhung teilweise durch eine geringere Inanspruchnahme der Leistung wieder ausgeglichen". Die Krankenhauskosten sind um 13,1% gestiegen. Die AOK jammert, sind sie es im Landesdurchschnitt doch nur um 7,9%. Man muß dazu sehen, daß der Pflegesatz des Itzehoer Krankenhauses innerhalb von einem Jahr um 11,7%, innerhalb von anderthalb Jahren um knapp 16% gestiegen ist. Die Zahl der Krankenhausfälle ist ebenfalls erheblich gestiegen (von 1976 auf 1977 um 1671, davon machen die Lohnabhängigen über 1000 aus). Die Verweildauer im Krankenhaus ist entschieden verkürzt. War ein versicherter Arbeiter 1976 im Schnitt 20,7 Tage im Krankenhaus, 1977 nur noch 16,5 Tage. Bei den Angehörigen ebenso, 1976 15 Tage, 1977 13,9. Die Rentner waren im Schnitt 25,2 Tage im Krankenhaus, 1977 nur noch 21,6 Tage. Bei den Entbindungen ist es ihnen sogar gelungen, die Kosten je Entbindung um 16,4% gegenüber 1976 direkt zu senken. Ein wesentlicher Punkt dabei sind die Krankenhauskosten. Nur im Langzeitkrankenhaus Scharlottenhöhe stieg die Verweildauer von 18,4 Tagen 1976 auf 20,2 Tage. Dorthin werden die alten Leute abgeschoben oder gleich ins Pflegeheim. Deswegen liegen sie dort länger. Der Geschäftsbericht bezieht sich auf das Jahr 1977. Seit dem 1.7.77 ist das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in Kraft. Wie man sieht, tut es seine Wirkung.

Die andere Seite des Ehrenberg'schen Gesetzes ist die Ausdehnung der Bespitzelung der Versicherten. Für die Mitglieder und Rentner in der AOK Itzehoe stiegen die Kosten für den vertrauensärztlichen Dienst von 6,19 DM 1976 auf 6,54 DM 1977. Ergebnis der Begutachtungen war, daß 32 Kollegen (1,51%) sofort wieder gesund geschrieben wurden, das Jahr zuvor nur 27 Kollegen. Gepriesen wird im Geschäftsbericht weiter, daß die AOK jetzt verstärkt mit dem Rechenzentrum in Kiel zusammenarbeitet. „Alle Daten werden nur noch in das Rechenzentrum überspielt und können dort bei Bedarf abgerufen werden. Durch diese Maßnahme soll die Betreuung der Mitglieder noch intensiver gestaltet werden". Die Versicherten werden sich bedanken und für die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten eintreten.

Veranstaltungen und Termine

Freitag, 25.8., 20 Uhr
Veranstaltung des „Komitee Südliches Afrika"
„Entwicklungshilfe – Ausplünderung der Rohstoffvorkommen und der Arbeitskraft in den Ländern der Dritten Welt, Eroberung neuer Kapital- und Warenmärkte ist das Ziel"
Kiel. Gaststätte „Wiker Post", Holtenauer Str.

Mittwoch, 23.8., 9 Uhr
Fortführung des Prozesses gegen C. U. Monica, angeklagt wegen „Wehrkraftzersetzung" und Beleidigung
Flensburg. Landgericht. Südergraben
Abfahrt: Kiel, Parkplatz Sophienblatt 7 Uhr

Freitag, 25.8., 11 Uhr
Prozeß gegen M. Lohnstein wegen „Störung" der Kreistagssitzung in Pinneberg am 21.12.1977
Pinneberg. Amtsgericht, Saal 1

Samstag/Sonntag, 26./27.8., 15 – 19 Uhr und 10 – 18 Uhr
Schulungsseminar. Grundlage ist der Text: Lenin, Staat und Revolution
Kiel. Universität, Hochhaus, Westring
Lübeck. Gaststätte „Leuschner's", Kronsforder Allee
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichsstr.

Kreisveranstaltungen des KBW

Mittwoch, 23.8., 20.00 Uhr
Kreis Pinneberg. Der Boden, auf dem die Salmonellen gedeihen: Lohnsenkung und Rationalisierung. Die Lage der Massen verschlechtert sich.
Pinneberg. Gaststätte „Renter", Damm 29

Freitag, 25.8., 20 Uhr
Kreis Steinburg. „Itzehoe ist eine der vier Städte, in denen eine Konzentration der Landesbehörden vorgesehen ist. – Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, die kommunale Gebietsreform, Rüstung zum letzten Gefecht."
Itzehoe. Gaststätte „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Mittwoch, 30.8., 19 Uhr
Kreis Segeberg. Kreiskrankenhaus Segeberg – Rationalisierung bis zur „Musterklinik".
Segeberg. Bahnhofsgaststätte

Donnerstag, 31.8., 20 Uhr
Kreis Kiel. Über die „Öffentlichen Unternehmen" plündert, unterdrückt und schikaniert der Kieler Magistrat die Volksmassen
Kiel. Ort KVZ Nr. 35

Kreis Neumünster. Industrieansiedlung Neumünster: Nachdem der Lohn enorm gesenkt wurde, sind die Kapitalisten wieder bereit zu investieren
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichsstr. 24

19.30 Uhr
Kreis Lübeck. Ausbau des Lübecker Hafens – Expansion nach Nord und Ost – aus Steuergeldern, die Massen müssen zahlen
Lübeck. Gaststätte „Leuschner's", Kronsforder Allee

Salmonellen gedeihen: Lohnsenkung und Rationalisierung. Die Lage der Massen verschlechtert sich.
Pinneberg. Gaststätte „Renter", Damm 29
Freitag, 25.8., 20 Uhr
Kreis Steinburg. „Itzehoe ist eine der vier Städte, in denen eine Konzentration der Landesbehörden vorgesehen ist. – Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, die kommunale Gebietsreform, Rüstung zum letzten Gefecht."
Itzehoe. Gaststätte „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg
Mittwoch, 30.8., 19 Uhr
Kreis Segeberg. Kreiskrankenhaus Segeberg – Rationalisierung bis zur „Musterklinik".
Segeberg. Bahnhofsgaststätte
Donnerstag, 31.8., 20 Uhr
Kreis Kiel. Über die „Öffentlichen Unternehmen" plündert, unterdrückt und schikaniert der Kieler Magistrat die Volksmassen
Kiel. Ort KVZ Nr. 35
Kreis Neumünster. Industrieansiedlung Neumünster: Nachdem der Lohn enorm gesenkt wurde, sind die Kapitalisten wieder bereit zu investieren
Neumünster. Jugendzentrum, Friedrichsstr. 24
19.30 Uhr
Kreis Lübeck. Ausbau des Lübecker Hafens – Expansion nach Nord und Ost – aus Steuergeldern, die Massen müssen zahlen

Freitag, 1.9.
Kreis Rendsburg. Lufttransportgeschwader und Marinetruppen, „Friedensflüge" und Ostseemanöver für die Expansionsabsichten der BRD-Imperialisten
Rendsburg. Raum KVZ Nr. 35

Mittwoch, 6.9., 19.30 Uhr
Kreis Lauenburg. Der Bau der Autobahn von Hamburg nach Westberlin: Expansion und Kriegsvorbereitung ist der Zweck
Mölln, Gaststätte „Eulenspiegel"

Freitag, 8.9.
Kreis Stormarn. Die Bourgeoisie versucht die Jugend, insbesondere die Arbeitslosen unter ihre Kontrolle zu bringen – Überbetriebliche Ausbildung und Neumanns Jugendschutztruppen
Ort: KVZ Nr. 35

Bereits zwei Tote beim Bau des Versicherungspalastes

b.Kiel. Bereits zwei Tote hat die Landesbrandkasse/Provinzial beim Neubau ihres Versicherungspalastes in Kiel auf dem Gewissen. 1977 starb ein Arbeiter bei den Aushubarbeiten, als etliche Tonnen Sand auf ihn stürzten. Im Mai stürzte ein Kollege 16 Meter tief ab. Er hatte Schichtende gehabt (auf dem Bau wird rund um die Uhr gearbeitet), und wollte eine Abkürzung nehmen. Dabei ist er abgestürzt, weil während der Nacht nur die Stellen ausgeleuchtet sind, an denen auch gearbeitet wird. Ein Kollege: „Die Verletzten sind gar nicht zu zählen".

Mit einem Stadtteilfest in der Mensingstraße festigen die Mieter ihren Zusammenschluß

b.fmm. Seit einem halben Jahr kämpfen jetzt die Bewohner der Mensingstraße, einer Arbeiter-Reihenhaussiedlung in Kiel-Friedrichsort um den Erhalt ihrer Wohnungen und Häuser. Die Eigentümerin, die Kieler Werkswohnungen GmbH, zu 100% in Besitz der HDW, will diese Siedlung abreißen lassen, um auf dem Gelände mehrgeschossige Mietskasernen zu errichten.

Auf einem Siedlungsfest am vergangenen Samstag konnten die Bewohner der Siedlung erneut ihre Einheit festigen und mithilfe des Festes zugleich ihre Forderungen im ganzen Stadtteil verbreiten und verankern. Das Kinderfest am Nachmittag endete mit einem Umzug von rund 70 Kindern und einigen Erwachsenen durch das Viertel, auf dem die Kinder lautstark für den Erhalt ihrer Siedlung demonstrierten.

Das von mehr als 200 Mietern und Gästen besuchte abendliche Fest wurde mit einem Theaterstück eröffnet, das die Mieter selbst verfaßt hatten und ihre Lage und ihre Ziele entwickelte. Das Stück begann mit einer Szene aus dem Alltag einer Familie und zeigte, wie der Wohnungskapitalist über Wohnungsbegehungen, Mietvertrag und Verbote die Mieter schikaniert, ausspielt und ausplündert und endet damit, daß die Mieter die Ratsversammlung, auf der der Anriß ihrer Wohnungen beschlossen werden soll, sprengen und klar zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht von der Stadt verschaukeln lassen, sondern den Erhalt ihrer Siedlungen durchsetzen werden.

Das Stück wurde mit großem Beifall aufgenommen – während es einigen anwesenden ‚Gästen' aus der Ratsversammlung und der Stadtverwaltung wohl eher kalt über den Rücken lief.

Mit dem Fest ist es den Mietern gelungen, ihre Einheit weiter zu festigen und zu verbreitern und die Kieler Werkswohnungen und ihre Handlanger in der Stadtverwaltung weiter zu isolieren. Wenn die Mieter ihre Einheit bewahren, haben sie gute Aussichten, die Pläne der Wohnungskapitalisten und der Stadt zu Fall zu bringen und ihre Siedlung zu erhalten.

„Aufwärtsentwicklung der Kieler Spar- und Leihkasse“ durch Plünderung der Massen, Lohnsenkung und Rationalisierung

b.dge. Zum Ende des Geschäftjahres 1977 konnte die Kieler Spar- und Leihkasse einen Gewinn von 5,2 Millionen ausweisen. Gegenüber 1976 mit 4,0 Millionen ist das eine Steigerung um 30%. Der Gesamtumsatz wurde um 103,4 Millionen auf 1319,4 Millionen gesteigert (alle Zahlen aus dem Geschäftsbericht 1977 der Kieler Spar- und Leihkasse). Diese Steigerung des Profits ist einerseits auf gesteigerte Ausplünderung der ‚Kunden' durch Zinsen und Gebühren zustandegekommen. Wie hoch die Zinsen der KiSpaLeiKa für Kredite gewesen sind, mögen sie in ihrem Geschäftsbericht gar nicht erwähnen.

Die Kredite haben insgesamt 867,8 Mio. DM betragen gegenüber 767,1 Mio. 1976. Nehmen wir einen Schnitt von 9% Zinsen, so sind das 60,1 Mio. DM Zinseinnahmen 1977. Dabei sind die Zinsen für die langfristigen Kredite, die zumeist die Kapitalisten betreffen, niedriger als bei den Klein- und Kurzkrediten. Kurzfristige und mittelfristige Kredite sind von 161,5 Mio. DM auf 198,2 Mio. DM gestiegen, wobei die Banken hier den Nutzen daraus ziehen, daß die Volksmassen durch die dauernden Lohnsenkungen immer mehr gezwungen sind, Kredite für Anschaffungen wie Auto, Waschmaschine usw. aufzunehmen.

Über die Gebühren holen dann die Banken die Zinsnachlässe für die Kapitalisten wieder herein. Es gibt kaum noch Betriebe, wo die Arbeiter und Angestellten nicht gezwungen sind, für die Lohnzahlung ein Konto anzulegen. Die Girokonten sind um 830 Stück gestiegen. Die Gebühr für Schecks und Lastschriften ist erst von fünfzig Pfennig auf 1 DM erhöht worden. Insgesamt sind 1977 6,9 Millionen Überweisungen und Daueraufträge abgewickelt worden, d.h. bei 25 Pfennig Gebühr 1,7 Mill. DM, und 5,9 Mill. Schecks/Lastschriften, das wären bei 50 Pfennig Gebühr 2,8 Mill. DM.

Einen Extraprofit, um den es den Banken und Sparkassen gegenüber ihren Konkurrenten geht, können sie nur durch verschärfte Auspressung der Arbeitskraft erhalten. Zufrieden meldet denn auch der Vorstand, eine „. . .günstige Entwicklung bei den Personalkosten“. Insgesamt wurden Ende 1977 laut Bericht 608 Angestellte bei der KiSpaLeiKa beschäftigt, 27 mehr als 1976. Die Auszubildenden werden da voll miteingerechnet, was 1976 immerhin 56 und 1977 58 waren. Demgegenüber wuchs die absolute Zahl der Geschäftsvorfälle von 16,2 auf 16,6 Millionen, der Umsatz von 19 Mrd. DM auf 20 Mrd. DM.

Hat der Lohnraubabschluß im letzten Jahr seine Wirkung gezeigt, so geht jetzt der Dienstherr zur weiteren Verschärfung der Antreiberei und Rationalisierung über „. . .der Einsatz von 99 Teilzeitarbeitskräften (hat sich) wieder bestens bewährt. Durch ihre Unterstützung an besonders arbeitsintensiven Tagen“, läßt der Vorstand heraus. In weniger Stunden die Arbeitskraft einer Vollzeitarbeitskraft vernutzen und den Lohn für Teilzeit bezahlen, das haben sie dabei im Sinn (genau wie die Auszubildenden voll eingeplant werden). Die meisten Teilzeitkräfte sind in BAT (Bundesangestelltentarif) 10, 9, 8 und 7, nur wenige in BAT 6 eingestuft. Ziel ist es, den Anteil der Teilzeitarbeitskräfte weiter anzuheben und mehr angelernte Hilfskräfte einzustellen. Darauf zielt auch das System bei der neuen Kassenkonzeption ab. Mit zunehmender Einführung der modernen Datenverarbeitung ist die anfallende Arbeit in Hilfsarbeiten (Servicearbeiten) und Beratertätigkeiten aufgegliedert worden. Damit soll die Konkurrenz unter den Angestellten weiter geschürt werden, die Kollegen angetrieben und durch Runtergruppierungen der Lohn gesenkt werden. Werden die ‚Berater' in den Lohngruppen 6B und 5c eingruppiert, sollen die ‚Service-Leute' mit BAT 9, 8 und 7 abgespeist werden. Um diese Lohnsenkung durchzusetzen, arbeitet der Vorstand fieberhaft an einem neuen Bewertungssystem für die Angestellten. Da die meisten Angestellten im Kundenbereich eine abgeschlossene Ausbildung haben, soll ein Punktesystem eingeführt werden, um eine Spaltungslinie hineinzutreiben. Jeder Arbeitsvorgang eines Angestellten wird durch die elektronische Bearbeitung der Geschäftsvorfälle gespeichert, so daß z.B. am Monatsende die Arbeitsleistung jedes einzelnen überprüft und verglichen werden kann. Wer dabei auf der Strecke bleibt, ist als Service-Kraft fällig und wird entsprechend herabgruppiert oder bleibt auf seiner Lohngruppe sitzen. Gleichzeitig will der Vorstand damit Personaleinsparungen in den Griff kriegen und jede Minute des Arbeitstages für seine Profitmacherei ausschöpfen.

Schon jetzt sind Überstunden und Mehrarbeit während der Urlaubszeit und bei Krankheit die Regel. Häufig fallen an Ultimotagen die Frühstücks- und Mittagspausen ins Wasser.

Mit der Verpflichtung der Angestellten auf einen ordnungsgemäßen Abschluß der Tagesgeschäfte, trotz Personalmangel, und einer Pauschalvergütung der geleisteten Überstunden (sogenanntes 14. Monatsgehalt) hat die Dienstaufsicht sich einen Hebel zur maßlosen Ausweitung der Arbeitszeit und zur Unterhöhlung des Achtstundennormalarbeitstages geschaffen. Möglich war dies nur, weil die Dienstaufsicht sich direkt über ihre DAG-organisierten Abteilungsleiter des Personalrates bemächtigen und ihn zu ihrem Organ machen konnte. Durch die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und DAG-Personalrat ist die gewerkschaftliche Strömung in der Belegschaft erstickt worden und von den Tarifkämpfen im Öffentlichen Dienst systematisch abgekapselt worden.

Gelingt es den Angestellten dagegen eine Front gegen Lohnabbau, für den Normalarbeitstag und gegen die Rationalisierung des Dienstherren zu errichten und nutzen sie dazu den Zusammenschluß in der ÖTV, die aufgebaut werden muß, werden sie den Anschluß an die kommenden Tarifkämpfe im Öffentlichen Dienst gut finden. Diese Kämpfe sind unvermeidlich. Die Kapitalisten arbeiten an ihren Plänen, um sie für sich zu entscheiden. Der deutsche Sparkassen- und Giroverband hat jetzt die Ergebnisse einer Untersuchung über Textverarbeitung (Schriftverkehr) an seine Mitglieder herausgegeben. Im Ergebnis läuft es auf Lohnsenkung hinaus. „ Leistungssteigerung durch quantitative Leistungsprämien zu erzielen“ – Abschaffung der Gehaltsgruppen zugunsten eines Akkord- und Prämiensystems heißt das übersetzt. „Entmischen der Tätigkeiten am Arbeitsplatz“ ist das zweite Ergebnis – Lohnsenkung bei gleichzeitiger Effektivierung der Arbeit.

Den Plan der Kapitalisten zu einem Fetzen Papier zu machen, wird Folge des Zusammenschlusses sein. Das neue Bewertungssystem darf nicht durchkommen.

Vertuschungsmanöver jetzt auch gerichtlich

b.Pinneberg. „Salmonellenwellen überrollten Pinneberg.“ Insgesamt seien jetzt 150 Menschen erkrankt im Kreis Pinneberg (KN, 18.8.78).

Schon in der vorletzten Woche meldete die Presse – nachdem beim „Pinneberger Tageblatt“ angerufen und auf die Zustände im Krankenhaus hingewiesen worden war – daß alles nur halb so wild sei und Dr. Maria-Ursula Portz, leitende Kreismedizinaldirektorin, hatte verbreiten lassen, *die Ursache sei nicht bekannt, aber Ansteckungsgefahr bestehe nicht mehr* (KN, 14.8.). Jetzt heißt es *„die Krankheit habe nicht ausreichend bekämpft werden können“*. Aber Dr. Rohr, Kreismedizinalrat betont: „. . .daß das Gesundheitsamt . . ., im gesamten Kreisgebiet schon *seit einigen Tagen die Situation voll im Griff habe“* (KN, 18.8.). Und der weitaus größte Teil der Erkrankten habe sich in den Mittelmeerländern infiziert – wobei es im letzten Absatz der Meldung wiederum heißt: *„Die Ursache . . . war auch gestern noch ungeklärt!“*

Nicht Energieknappheit, sondern die Hatz der Kapitalisten nach Extraprofiten durch billige Energie ist die Triebkraft für das Energieprogramm

b.kaq. „Ich verweise auf Stellungnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums und der energiewirtschaftlichen Institute. Sie besagen, daß bei einem längeren anhaltenden Baustopp in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Elektrizitätsversorgung nicht mehr sichergestellt werden kann -- ernste Argumente.“ (Stoltenberg im Spiegel 44/77)

Mit den düsteren Prognosen, daß die „Lichter ausgehen werden“ und daß die Arbeitslosenzahl weiter ansteigt, wenn nicht die Kernenergie weiter ausgebaut wird, haben die Vertreter der Energiewirtschaft und der bürgerlichen Parteien immer versucht, ihr Energieprogramm durchzusetzen.

Doch wie verhält es sich tatsächlich mit der Entwicklung des Energie und des Stromverbrauchs?

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen

von 7%, bedingt durch eine Vervierfachung des Energieverbrauchs der Haushalte von 1968 auf 1985 von 62,9 Mrd. kwh jährlich auf 288 Mrd. kwh jährlich. Für die Industrie ist in der gleichen Zeit eine 2,5-fache Steigerung des Verbrauchs von 96,6 Mrd. auf 233,0 Mrd. kwh jährlich in der Studie vorausgesagt.

Die Energieunternehmen wissen, daß die von ihnen aufgestellten Prognosen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Bereits aus dem jetzt veröffentlichten Material des statistischen Bundesamtes läßt sich ersehen, daß der Zuwachs der Industrie nur in Sprüngen den jeweiligen Rationalisierungsphasen der Krisen 68-70 um 14,5% und 72-73 mit 14,35% anstieg und sich dann von 74 auf 75 bereits wieder auf dem Abstieg mit -9,13% befand.

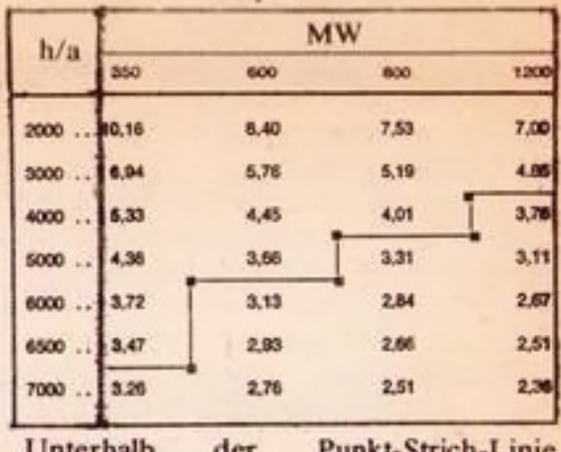
Deutlich wird hier, daß mit dem Anstieg der Reservearmee und der weite-

mit der ganzen Fäulnis des Imperialismus - von Wachstum keine Spur - nur Wachstum der Profite.

Die Steigerungen des Stromverbrauchs in den Haushalten ist darauf zurückzuführen, daß weitere Teile der Volksmassen in die Produktion gerissen wurden und dies so die zeitliche Rationalisierung des Haushaltes und der Vorratshaltung erforderte. Daß dies sich nicht in dem Maße weiterentwickelte, liegt bereits begründet in den Lohnsenkungen, der Abnahme der Zahl der Haushalte und dem stagnierenden Wohnungsbau.

Bereits 1975 läßt sich im Vergleich der Studie sehen, daß die angegebene Steigerung des Gesamtverbrauches von 36,6% mit 22,9% weit unterschritten wird und daß die dann darauf folgenden Prognosen von 37 bis 39% Hirngespinste der Bourgeoisie sind.

Stromverbrauch der Industrie in



Erzeugungskosten für Strom in Kernkraftwerken in Dpf/KWh

„Unterhalb der Punkt-Strich-Linie liegt der Bereich, in dem die Kernenergie gegenüber schwerem Heizöl wettbewerbsfähig ist.“

Lieferung von Strom, nichts wird von den tatsächlichen Produktionspreisen weitergegeben. Monopolpreis wird er-

aufgenommen – während es einigen anwesenden ‚Gästen' aus der Ratsversammlung und der Stadtverwaltung wohl eher kalt über den Rücken lief.

Mit dem Fest ist es den Mietern gelungen, ihre Einheit weiter zu festigen und zu verbreitern und die Kieler Werkswohnungen und ihre Handlanger in der Stadtverwaltung weiter zu isolieren. Wenn die Mieter ihre Einheit bewahren, haben sie gute Aussichten, die Pläne der Wohnungskapitalisten und der Stadt zu Fall zu bringen und ihre Siedlung zu erhalten.

Vertuschungsmanöver jetzt auch gerichtlich

b.Pinneberg. „Salmonellenwellen überrollten Pinneberg.“ Insgesamt seien jetzt 150 Menschen erkrankt im Kreis Pinneberg (KN, 18.8.78).

Schon in der vorletzten Woche meldete die Presse – nachdem beim „Pinneberger Tageblatt“ angerufen und auf die Zustände im Krankenhaus hingewiesen worden war – daß alles nur halb so wild sei und Dr. Maria-Ursula Portz, leitende Kreismedizinaldirektorin, hatte verbreiten lassen, die Ursache sei nicht bekannt, aber Ansteckungsgefahr bestehe nicht mehr (KN, 14.8.). Jetzt heißt es „die Krankheit habe nicht ausreichend bekämpft werden können“. Aber Dr. Rohr, Kreismedizinalrat betont: „. . .daß das Gesundheitsamt . . ., im gesamten Kreisgebiet schon seit einigen Tagen die Situation voll im Griff habe“ (KN, 18.8.). Und der weitaus größte Teil der Erkrankten habe sich in den Mittelmeerländern infiziert – wobei es im letzten Absatz der Meldung wiederum heißt: „Die Ursache . . . war auch gestern noch ungeklärt!“

pitalisten wieder herein. Es gibt kaum noch Betriebe, wo die Arbeiter und Angestellten nicht gezwungen sind, für die Lohnzahlung ein Konto anzulegen. Die Girokonten sind um 830 Stück gestiegen. Die Gebühr für Schecks und Lastschriften ist erst von fünfzig Pfennig auf 1 DM erhöht worden. Insgesamt sind 1977 6,9 Millionen Überwei-

zeitkräfte sind in BAT (Bundesangestelltentarif) 10, 9, 8 und 7, nur wenige in BAT 6 eingestuft. Ziel ist es, den Anteil der Teilzeitarbeitskräfte weiter anzuheben und mehr angelernte Hilfskräfte einzustellen. Darauf zielt auch das System bei der neuen Kassenkonzeption ab. Mit zunehmender Einführung der modernen Datenverarbeitung

und Mittagspausen ins Wasser.

Mit der Verpflichtung der Angestellten auf einen ordnungsgemäßen Abschluß der Tagesgeschäfte, trotz Personalmangel, und einer Pauschalvergütung der geleisteten Überstunden (sogenanntes 14. Monatsgehalt) hat die Dienstaufsicht sich einen Hebel

Tätigkeiten am Arbeitsplatz“ ist das zweite Ergebnis – Lohnsenkung bei gleichzeitiger Effektivierung der Arbeit.

Den Plan der Kapitalisten zu einem Fetzen Papier zu machen, wird Folge des Zusammenschlusses sein. Das neue Bewertungssystem darf nicht durchkommen.

Alle möglichen Lügen und Verdrehungen lassen sich die Herrschaften einfallen, um die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen, der Rationalisierung und der Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskräfte und die Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit zu vertuschen und nichts an den Zuständen zu ändern.

Bereits Ende 1977 hatte der Dienstherr mit der Entlassung des Assistenzarztes M. Lohnstein auf die Aufdeckung der Zustände im Kreiskrankenhaus Pinneberg und die Angriffe auf das Ehrenbergprogramm reagiert. Jetzt soll ein Prozeß stattfinden gegen M. Lohnstein, weil er im Kreistag am 21.12.1977 dazu die Abgeordneten zur Rede gestellt hatte und gegen seine Entlassung aufgetreten war („Störung der Kreistagssitzung“ nennen sie das). Ankläger ist Kreispräsident Stummer, selbst Mitbesitzer der Miederwarenfabrik „Hygiena-Reform“, wo ihm die Ausbeutung der zehn Arbeiter mindestens eine Villa in Pinneberg und ein Wochenendhaus in Dahme eingebracht hat. Stolz ist er darauf, daß er unter dem Hitler-Regime in der Luftwaffe gedient hat. Er fürchtet die Angriffe auf die Politik der Kommune im Interesse des Finanzkapitals – es ist ja auch sein persönliches Interesse – so wie das Ehrenberg'sche Mordprogramm.

Diesen Prozeß am 25.8.1978 im Pinneberger Amtsgericht (11.00 Uhr) muß man nutzen, um die Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen und die Zustände in den Krankenhäusern öffentlich weiter zu führen, um die Forderung nach Kontrolle des Gesundheitswesens und der Krankenversicherungen durch die Organe der Arbeiterklasse dem Herrn Stummer und seinen Kumpanen entgegenzuhalten und weiter zu verankern.

Nicht Energieknappheit, sondern die Hatz der Kapitalisten nach Extraprofiten durch billige Energie ist die Triebkraft für das Energieprogramm

b.kaq. „Ich verweise auf Stellungnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums und der energiewirtschaftlichen Institute. Sie besagen, daß bei einem längeren anhaltenden Baustopp in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Elektrizitätsversorgung nicht mehr sichergestellt werden kann -- ernste Argumente.“ (Stoltenberg im Spiegel 44/77)

Mit den düsteren Prognosen, daß die „Lichter ausgehen werden“ und daß die Arbeitslosenzahl weiter ansteigt, wenn nicht die Kernenergie weiter ausgebaut wird, haben die Vertreter der Energiewirtschaft und der bürgerlichen Parteien immer versucht, ihr Energieprogramm durchzusetzen.

Doch wie verhält es sich tatsächlich mit der Entwicklung des Energie und des Stromverbrauchs?

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen haben 1969 beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung eine Studie über die Entwicklung des Energie- und Stromverbrauchs im Küstenraum in Auftrag gegeben. Diese 1972 veröffentlichte Studie war Grundlage der Genehmigungs- und Gerichtsverfahren um die Kernkraftwerke.

Ausgegangen wird hierbei von einer jährlichen Stromverbrauchssteigerung von 7%, bedingt durch eine Vervierfachung des Energieverbrauchs der Haushalte von 1968 auf 1985 von 62,9 Mrd. kwh jährlich auf 288 Mrd. kwh jährlich. Für die Industrie ist in der gleichen Zeit eine 2,5-fache Steigerung des Verbrauchs von 96,6 Mrd. auf 233,0 Mrd. kwh jährlich in der Studie vorausgesagt.

Die Energieunternehmen wissen, daß die von ihnen aufgestellten Prognosen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Bereits aus dem jetzt veröffentlichten Material des statistischen Bundesamtes läßt sich ersehen, daß der Zuwachs der Industrie nur in Sprüngen den jeweiligen Rationalisierungsphasen der Krisen 68-70 um 14,5% und 72-73 mit 14,35% anstieg und sich dann von 74 auf 75 bereits wieder auf dem Abstieg mit -9,13% befand.

Deutlich wird hier, daß mit dem Anstieg der Reservearmee und der weiteren Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben durch Antreiberei und Umstellung der Produktion mit den Investitionen für Rationalisierungen auch der Stromverbrauch der Industrie ansteigt. Deutlich wird aber auch, daß mit der Entfaltung von Produktivkräften der weiteren Konzentration des Kapitals die Vernichtung von Produktivkräften einhergeht mit der ganzen Fäulnis des Imperialismus - von Wachstum keine Spur - nur Wachstum der Profite.

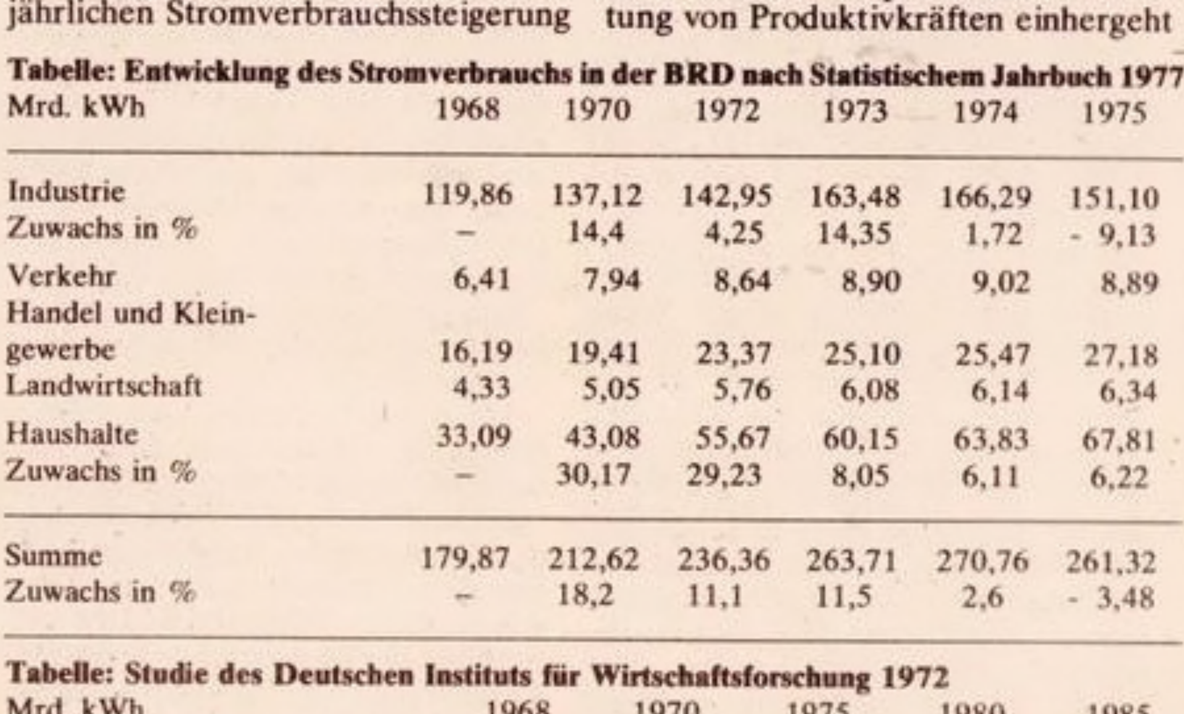


Tabelle: Entwicklung des Stromverbrauchs in der BRD nach Statistischem Jahrbuch 1977

Mrd. kWh	1968	1970	1972	1973	1974	1975
Industrie	119,86	137,12	142,95	163,48	166,29	151,10
Zuwachs in %	–	14,4	4,25	14,35	1,72	- 9,13
Verkehr	6,41	7,94	8,64	8,90	9,02	8,89
Handel und Kleingewerbe	16,19	19,41	23,37	25,10	25,47	27,18
Landwirtschaft	4,33	5,05	5,76	6,08	6,14	6,34
Haushalte	33,09	43,08	55,67	60,15	63,83	67,81
Zuwachs in %	–	30,17	29,23	8,05	6,11	6,22
Summe	179,87	212,62	236,36	263,71	270,76	261,32
Zuwachs in %	–	18,2	11,1	11,5	2,6	- 3,48

Tabelle: Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1972

Mrd. kWh	1968	1970	1975	1980	1985
Industrie	96,6	114,0	148,0	187,0	233,0
Energieindustrie	44,4	52,0	61,0	79,0	102,0
Haushalt und Kleinverbrauch	62,9	75,0	121,00	188,0	288,0
Verkehr	6,4	7,0	9,1	11,0	13,0
Summe	210,3	248,0	339,0	465,0	636,0
Zuwachs in %	–	18,0	36,6	37,1	39,5
Zum Vergleich: Zuwachs in % nach Stat. Jahrb.	–	18,2	22,9	–	–

Die Steigerungen des Stromverbrauchs in den Haushalten ist darauf zurückzuführen, daß weitere Teile der Volksmassen in die Produktion gerissen wurden und dies so die zeitliche Rationalisierung des Haushaltes und der Vorratshaltung erforderte. Daß dies sich nicht in dem Maße weiterentwickelte, liegt bereits begründet in den Lohnsenkungen, der Abnahme der Zahl der Haushalte und dem stagnierenden Wohnungsbau.

Bereits 1975 läßt sich im Vergleich der Studie sehen, daß die angegebene Steigerung des Gesamtverbrauches von 36,6% mit 22,9% weit unterschritten wird und daß die dann darauf folgenden Prognosen von 37 bis 39% Hirngespinste der Bourgeoisie sind.

Stromverbrauch der Industrie in Schleswig-Holstein
in Mio. kWh

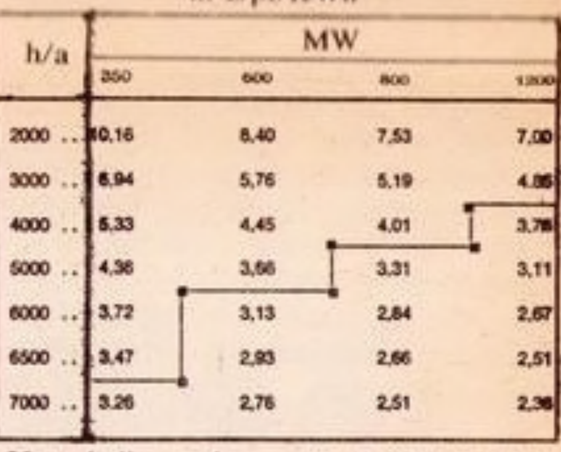
	1974	1975	1976
Grundstoffe	1182	1031	1162
Chemie	177	172	203
Schiffbau	.137	149	147
Verbrauchsgüter	282	262	300
Industrie gesamt	2140	2004	2197

Quelle: Stat. Jahrbuch Schleswig-Holstein 1976 (Betriebe über 10 Beschäftigte)
Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1977 (Betriebe über 20 Beschäftigte)

Wie an der obigen Tabelle zu sehen ist, ist auch der Energieverbrauch der Industrie Schleswig-Holstein nur in dem Maße wie in der ganzen BRD gestiegen. Ein deutlicher Zuwachs läßt sich in der chemischen Industrie erkennen, der parallel läuft mit den höchsten Investitionen im Jahre 76 mit 230 Mill. DM in Schleswig-Holstein.

An den zu erwartenden Steigerungen des Energie- und Stromverbrauchs kann das nicht liegen. Was die Kapitalistenklasse interessiert, ist die Ware Energie.Es geht um billige Energie, um gegenüber der Konkurrenz Extraprofite zu machen. Welche Untersuchungen die Kapitalisten über die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken anstellen, zeigt die folgende Tabelle.

In Abhängigkeit von der jährlichen Laufzeit der Kernkraftwerke und der Nennleistung sind die Produktionspreise errechnet, die weit unter denen der Kohle- und Ölkraftwerke (zwischen 9-14 Pf/kwh) liegen. Die Energiewirtschaft hat das Monopol auf die



Erzeugungskosten für Strom in Kernkraftwerken
in Dpf/KWh

h/a	MW 350	600	800	1200
2000 ..	10,16	8,40	7,53	7,00
3000 ..	6,94	5,76	5,19	4,85
4000 ..	5,33	4,45	4,01	3,78
5000 ..	4,36	3,66	3,31	3,11
6000 ..	3,72	3,13	2,84	2,67
6500 ..	3,47	2,93	2,66	2,51
7000 ..	3,26	2,76	2,51	2,36

„Unterhalb der Punkt-Strich-Linie liegt der Bereich, in dem die Kernenergie gegenüber schwerem Heizöl wettbewerbsfähig ist.“

Lieferung von Strom, nichts wird von den tatsächlichen Produktionspreisen weitergegeben. Monopolpreis wird erhoben, der für die Haushalte zwischen 10 und 14 Pf. pro kwh als Arbeitspreis liegt, und berechnet mit Grundpreis und Kohlepfennig auf 21-32 Pf. pro kwh ansteigt. Die Hälfte der Stromproduktion wird aber nicht über den Tarif, sondern an Sonderabnehmer geliefert. Die Tarife sind geheim, doch es ist ein offenes Geheimnis, daß sie zwischen 2-7 Pf./kwh liegen.

Die Kapitalisten wollen Extraprofite machen und dabei kommt es ihnen auf den Preis der Ware Strom an. Man versteht aber auch mit den Grenzen der Wirtschaftlichkeit das Geschreie der Bourgeoisie um die Stillegungen und die „Störfälle“. Läuft das KKW nur die Hälfte des Jahres auf Voll-Last, wie in Brunsbüttel der Fall, so ist die Grenze der Wirtschaftlichkeit bereits erreicht.

Bundesminister Hauff hat jetzt die Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke durch die Erhöhung des Sicherheitsetats von 380 Mill. auf 520 Mill. herausgebracht. „Menschliches Fehlverhalten“ soll ausgeschaltet werden. Worum es geht ist der Ausfall von Profiten, der hier drückt. Mit erhöhter Sicherheit hat das nichts zu tun. Unter dem Gesichtspunkt ist das Angebot der SPD, doch statt dem KKW Brokdorf ein Kohlekraftwerk zu verbauen, verständlich, denn für den Strompreis bleibt es sich gleich mit einem KKW, das nur die Hälfte des Jahres arbeitet.

Die „ernsten Argumente“ des Herrn Stoltenberg sind schlichter Schwindel der gekauften Bourgeois-Wissenschaftler, mit dem die Arbeiter-, Bauern- und die Volksmassen bedroht und für die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms gewonnen werden sollen.

Das Programm Nord ist die politische Grundlage der Regierung für die Beschleunigung des Bauernlegens

Die Bauern wehren sich

b.brb. Das Programm Nord wurde von der Landesregierung 1953 beschlossen. In der Kabinettserklärung vom 24.2.1953 heißt es dazu:

„Die Erschließung der notleidenden Gebiete des Landesteiles Schleswig ist eine im Interesse der Landeskultur vordringlich durchzuführende Aufgabe. Zur Lösung ist ein sogenanntes ‚Programm Nord‘ ausgearbeitet worden."

Nicht die Not der kleinen Bauern ist es, die die Landesregierung zu diesem Schritt veranlaßt hatte, sondern die „Not" des Finanzkapitals, hohe Profite auch in der Landwirtschaft zu machen und die „Not" der Industriekapitalisten, die Kosten der Lebensmittel zu senken, damit sie gegenüber den Arbeitern die Löhne drücken können. Notwendig war dazu ein Programm, das die Ruinierung der kleinen Bauern vorantreibt, das Land in den Händen der Agrarkapitalisten konzentriert und die ehemaligen eigenständigen Produzenten als „freie" Lohnarbeiter den Kapitalisten zur Profitproduktion in die Fabriken treibt. Deutlicher als aus diesem rührseligen Kabinettsausspruch wird diese Absicht, wenn man sich die Resolution ansieht, die von den EWG-Mitgliedsstaaten 1957 verabschiedet wurde. Dort heißt es: „Die Verbesserung der Agrarstruktur soll dem Kapital und der Arbeit in der europäischen Landwirtschaft Erträge bringen und erhalten, welche den Erträgen, die dieses Kapital und diese Arbeit in anderen Wirtschaftszweigen erzielen würden, vergleichbar sind.

Die ländlichen Gebiete sollen stärker industrialisiert werden, um mittels einer beruflichen Umorientierung freiwerdender landwirtschaftlicher Arbeitskräfte das Problem der Grenzbetriebe zu lösen."

Und im EWG-Vertrag heißt es: „Die Produktivität der Landwirtschaft ist durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit, zu steigern."

Unverhohlen kommt hier der Zweck zum Ausdruck: Die Kapitalisten sollen in der Landwirtschaft einen gleich hohen Profit machen wie in der Industrie (sonst würden sie dort auch gar nicht investieren).

Die Bauern und die Landarbeiter (der „Faktor Arbeit") sollen noch mehr und länger schuften als bisher.

Durchgesetzt werden soll dies durch Rationalisierung, Anwendung von Maschinen, die sich in großem Maßstab nur Agrarkapitalisten und Großbauern leisten können. Die kleinen, „unwirtschaftlichen" Bauern sollen beseitigt werden. Wie nützlich dieses Bauernlegen für industrielle Ansiedlungen sein würde, drückte 1967 Landrat Buhse von Süderdithmarschen aus: 5200 Industriebeschäftigten stünden 7700 Beschäftigte in der Landwirtschaft im Kreis Süderdithmarschen gegenüber. Wenn voraussichtlich 2000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft „ausscheiden" würden, blieben immerhin „die Voraussetzungen, um Wirtschaftsraum für eine positive Standortwahl zu präsentieren."

Von diesen Zielen ließen sich Bundes-und Landesregierung bei der Finanzierung des Programmes leiten. Von 1953 – 67 wurde das Programm Nord mit 104,6 Mio DM Investitionshilfe gefördert. 238,7 Mio DM Bundes- und 72,4 Mio DM Landessondermittel Nord. Von den 200 Mio DM, die sich die BRD-Imperialisten 1964 aus dem EWG-Fond unter den Nagel rissen, sind über 20 Mio DM dem Programm Nord zugeflossen. Für 1976 wurden weitere Ausgaben in Höhe von insgesamt 70,7 Mio DM getätigt.

Wie sich die o.g. Ziele des Finanzkapitals im Programm Nord wiederfinden, kann man in verklausulierten Worten der Schrift der Landesregierung „Schleswig-Holstein heute" entnehmen: „ – Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, – Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum, – Erhaltung und Entwicklung einer gesunden Landschaft."

Für die Erhaltung einer für das Finanzkapital „gesunden" Landschaft steht im Vordergrund die Flurbereinigung. Sie nimmt auch in der Finanzierung den größten Posten ein. Teilten sich 1953 – 66 807,4 Mio DM auf in 275 Mio DM für Flurbereinigung, 267,2 Mio DM für wasserwirtschaftliche Maßnahmen und 108,8 Mio DM für die Wasserversorgung, so sollten von 1,3 Milliarden ab 1967 aufzuwendender Gelder bereits 564,3 Mio für die Flurbereinigung ausgegeben werden, gegenüber 232,2Mio DM und 136,9 DM für die wasserwirtschaftlichen und Wasserversorgungsmaßnahmen. Allein für 1976 beliefen sich die Ausgaben schon auf 20,9 Mio. DM. 1972 hatte die Flurbereinigung von der dänischen Grenze bis südlich des Kanals fast das ganze Land ergriffen. Auf einer Abschlußveranstaltung der bei Neumünster durchgeführten Flurbereinigung schwelgte Minister Flessner davon, daß durch die staatlichen Zwangsmaßnahmen bereits mehr als ein Drittel der Landesfläche „bereinigt" worden sei. Dennoch gebe es in unserem Lande immer noch große Gebiete mit strukturellen Mängeln, die mehr als 200000 Hektar umfaßten. Deshalb sollten noch weiter Flurbereinigungen durchgeführt, eingeleitet und „fortgesetzt werden, wo dies notwendig ist und andere Maßnahmen nicht genügend durchgreifen." („Bauernblatt", 24.2.78)

Die Flurbereinigung ist das entscheidende Kettenglied, um den kleinen Bauern das Land zu rauben und den Großbauern und Agrarkapitalisten entsprechend große Flächen zur Verfügung zu stellen, die mit Landarbeitern und Maschinen profitträchtig zu bewirtschaften sind. Zur Nutzung und Verteilung muß daher der bürgerliche Staat auch den letzten Zipfel des Landes in den Griff bekommen. Jedes Amt, jede Gemeinde ist fest an die Ziele des Finanzkapitals gekettet, sie haben die Kreisentwicklungspläne strikt an den Landes- und Bundesentwicklungsplänen zu orientieren.

Wie die Stadtsanierung der wesentliche Hebel des Finanzkapitals ist, um die Städte nach seinen Interessen umzugestalten, so ist es auf dem Land die Flurbereinigung.

Die Kriegsvorbereitung ist darin eingeschlossen, wie Flessner auf der Veranstaltung in Neumünster das „öffentliche Interesse" benannte: „Für Verkehrsflächen werden bis 1985 im Bereich der Eisenbahnen, der Straßen und Wege der Binnenwasserstraßen und der zivilen Flugplätze ...etwa 210000 ha benötigt. Für die militärische Verteidigung schließlich wird ein zusätzlicher Bedarf von rund 33000 ha genannt."

Der bürgerliche Staat tritt nicht nur als Organisator dieses Programms auf, sondern auch selbst als Grundherr und Rentier. So sind von der Schleswiger Landsiedlung GmbH Rendsburg und von der Landgesellschaft in Kiel im Einvernehmen mit der Landesregierung 1952 – 65 19120 ha „Vorratsland"-Ankäufe getätigt worden. Dafür wurden 86,8 Mio. an Krediten zur Verfügung gestellt. Deutlich zeigt sich das auch beim Eidersperrwerksbau, wo 350 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entstanden sind. Wurden vor 20 Jahren solche Gebiete an Bauern mit 15 – 20 ha verpachtet, – meist an solche, die durch Flurbereinigung aus ihren alten Orten, wie z.B. Ostenfled vertrieben worden waren, so verpachtet der bürgerliche Staat jetzt solche Teile nur noch an Vollerwerbsbauern an der Eider zum stolzen Preis von 700 DM pro ha im Jahr. Deutlich sieht man an dieser Rentiertätigkeit des bürgerlichen Staates, daß für die Bauern überhaupt nichts gewonnen ist, solange das Privateigentum existiert.

Der bürgerliche Staat tritt den Bauern überall als Unterdrücker und Ausplünderer gegenüber, wie mit dem Programm Nord. Der Kampf gegen die einzelnen Maßnahmen des Programms wird von den Bauern schon seit Jahren geführt und braucht die Unterstützung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, um einen dauerhaften Zusammenschluß gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zu ihrem Sturz herzustellen.

Die Landesregierung dehnt gedeihliche Hilfe des Programms Nord auf ganz Schleswig-Holstein aus

b.ham. Das Programm Nord sollte, wie gesagt, der „Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete" gelten. Sehen wir uns an, wo diese liegen:



Programm Nord: 1953

Es handelt sich hier um Gebiete, wo der Konzentrationsprozeß des Bodens ungleich langsamer als in anderen Gebieten sich Bahn brach. Vor allem sind

abschiedet wurde. Dort heißt es: „Die

kleinen und mittleren Bauern, die von ihrer eigenen Arbeitskraft leben, herausgebildet und erhalten hatte, wo kaum Ackerbau, und wenn, wie auf der Vorgeest, nur in enger Verbindung mit Viehhaltung wegen der Humusversorgung möglich ist.

In der Wilstermarsch z.B. sind die Höfe im Durchschnitt 25 ha groß und die Kuhhalter haben durchschnittlich 27 Kühe. Von diesen Durchschnittszahlen weichen nur wenige Höfe geringfügig ab. In diesen Gebieten bilden sich daher keine Großbauern zu Agrarkapitalisten heraus wie vor allem in Ostholstein und an den Kögen der Westküste. Damit fehlt auch die objektive Grundlage der politischen Spaltung der Bauern.

Um also die kleinen Bauern zu beseitigen, die Agrarkapitalisten zu fördern und Spaltung unter den Bauern zu säen, mußte sie immer mehr Gebiete zu „von der Natur benachteiligt" erklären, denen sie ihre Hilfe angedeihen lassen muß.

Kein Wunder, daß die Landesregierung kaum ihre schmutzigen Pläne mit dem Programm Nord unter den Mas-

Maschinen, die sich in großem Maß-

Die Flurbereinigung in Bergenhusen hat die kleinen Bauern ruiniert

b.erm. Gemeinde um Gemeinde führen die Ämter für Wasserwirtschaft die Flurbereinigung durch. Wir haben das am Beispiel des Dorfes Bergenhusen in Stapelholm untersucht. Der überwiegende Teil der Ländereien besteht aus Treene- und Eider-Niederungsböden. Eingeleitet wurde dort die Flurbereinigung 1969. Endgültig abgeschlossen wurde sie erst Januar 1978, was zeigt, wie lange die Bourgeoisie braucht, um dieses Programm gegenüber den klei-

Amt für Land- und Wasserwirtschaft, von 1969 heißt es: „Die Mindestgröße für eine bäuerliche Familienwirtschaft wurde aufgrund von Strukturuntersuchungen im Raum Bergenhusen für 25 ha ermittelt." Das heißt nichts anderes, als daß es das Ziel des Amtes ist, über die Hälfte der Bauern über die Klinge springen zu lassen.

Das geht zum einen darüber, daß den Kleinbauern laut Gesetz die Zuteilung von Neuland verweigert wird. So

pflegerische" Maßnahmen, deren Kosten der Staat an und für sich so und so zu tragen hätte. Über 43,3 km Wegstrecke wurden ausgebaut, 19 km Knick gerodet, und 59 km Windschutz angepflanzt (einreihig angegeben, mehrreihig gepflanzt) und 12,5 km Gräben verrohrt. Schaut man sich die Karte an, sieht man, daß die Verrohrungen gerade auf den Feldern der großen Bauern sind, daß gerade dort die Knicks gerodet worden sind. Au-

Wie sich die o.g. Ziele des Finanzkapitals im Programm Nord wiederfinden, kann man in verklausulierten Worten der Schrift der Landesregierung „Schleswig-Holstein heute" entnehmen: „ – Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen, – Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum, – Erhaltung und Entwicklung einer gesunden Landschaft."

Für die Erhaltung einer für das Finanzkapital „gesunden" Landschaft steht im Vordergrund die Flurbereinigung. Sie nimmt auch in der Finanzierung den größten Posten ein. Teilten sich 1953 – 66 807,4 Mio DM auf in 275 Mio DM für Flurbereinigung,

nen Bauern das Land zu rauben und den Großbauern und Agrarkapitalisten entsprechend große Flächen zur Verfügung zu stellen, die mit Landarbeitern und Maschinen profitträchtig zu bewirtschaften sind. Zur Nutzung und Verteilung muß daher der bürgerliche Staat auch den letzten Zipfel des Landes in den Griff bekommen. Jedes Amt, jede Gemeinde ist fest an die Ziele des Finanzkapitals gekettet, sie haben die Kreisentwicklungspläne strikt an den Landes- und Bundesentwicklungsplänen zu orientieren.

Wie die Stadtsanierung der wesentliche Hebel des Finanzkapitals ist, um die Städte nach seinen Interessen umzugestalten, so ist es auf dem Land die Flurbereinigung.

noch an Vollerwerbsbauern an der Eider zum stolzen Preis von 700 DM pro ha im Jahr. Deutlich sieht man an dieser Rentiertätigkeit des bürgerlichen Staates, daß für die Bauern überhaupt nichts gewonnen ist, solange das Privateigentum existiert.

Der bürgerliche Staat tritt den Bauern überall als Unterdrücker und Ausplünderer gegenüber, wie mit dem Programm Nord. Der Kampf gegen die einzelnen Maßnahmen des Programms wird von den Bauern schon seit Jahren geführt und braucht die Unterstützung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, um einen dauerhaften Zusammenschluß gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zu ihrem Sturz herzustellen.

Die Landesregierung dehnt gedeihliche Hilfe des Programms Nord auf ganz Schleswig-Holstein aus

b.ham. Das Programm Nord sollte, wie gesagt, der „Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete" gelten. Sehen wir uns an, wo diese liegen:



Programm Nord: 1953

Es handelt sich hier um Gebiete, wo der Konzentrationsprozeß des Bodens ungleich langsamer als in anderen Gebieten sich Bahn brach. Vor allem sind das die reinen Grünland-Moor-Gebiete der Eider-Treene-Niederung, der Wilstermarsch und der Vorgeest, wo von kleinen und mittleren Bauern vor allem Milchviehhaltung und Ferkelsauenhaltung betrieben wird. Dieser Tatbestand, daß hier zwar kein Akkerbau in großem Maßstab betrieben werden kann, wie in Ostholstein von den Rittergutsbesitzern, die als Agrarkapitalisten den Boden von Landarbeitern mit Maschinen bewirtschaften lassen, aber relativ gut Rindviehfutter erzeugt werden kann auf Wiesen und Weiden, ist der Regierung und der Kapitalistenklasse ein Dorn im Auge. Sie spielt sich auf als Freund und Helfer der arbeitenden Bauern, vor allem in den Gebieten, die sich durch die Art des Bodens und der Entwässerung und den Produktionskampf der Produzenten bislang der Konzentration auf wenige Besitzer entzogen haben. Das Programm Nord soll einen „natürlichen" Anstrich bekommen und, weil es unvermeidlicher Ausdruck der Herrschaft der Kapitalistenklasse ist, diese Herrschaft den Massen selbst als naturgegeben, als ewig erscheinen lassen.

Waren also noch 1960 nur die oben auf der Karte von 1953 angegebenen Gebiete laut Landesregierung benachteiligt, so erklärte die Programm Nord GmbH am 3. April 1978 unter Vorsitz von Stoltenberg und Flessner auch die gesamte Wilstermarsch zum Programmgebiet. Nur Ostholstein, die Kreise Plön, Segeberg und das Hamburger Umland sind jetzt noch nicht aufgenommen.

Ausgangspunkt des Programms war also ein begrenztes Gebiet, in dem sich eine ziemlich einheitliche Struktur von kleinen und mittleren Bauern, die von ihrer eigenen Arbeitskraft leben, herausgebildet und erhalten hatte, wo kaum Ackerbau, und wenn, wie auf der Vorgeest, nur in enger Verbindung mit Viehhaltung wegen der Humusversorgung möglich ist.

In der Wilstermarsch z.B. sind die Höfe im Durchschnitt 25 ha groß und die Kuhhalter haben durchschnittlich 27 Kühe. Von diesen Durchschnittszahlen weichen nur wenige Höfe geringfügig ab. In diesen Gebieten bilden sich daher keine Großbauern zu Agrarkapitalisten heraus wie vor allem in Ostholstein und an den Kögen der Westküste. Damit fehlt auch die objektive Grundlage der politischen Spaltung der Bauern.

Um also die kleinen Bauern zu beseitigen, die Agrarkapitalisten zu fördern und Spaltung unter den Bauern zu säen, mußte sie immer mehr Gebiete zu „von der Natur benachteiligt" erklären, denen sie ihre Hilfe angedeihen lassen muß.

Kein Wunder, daß die Landesregierung kaum ihre schmutzigen Pläne mit dem Programm Nord unter den Massen verbreitet. Nur zuweilen kann die bürgerliche Journalistenmeute ihren Übermut nicht bremsen, wie die „Wilstersche Zeitung" vom 17.5.78 unter der Überschrift „Investitionsklima günstig wie nie. Trend zu landwirtschaftlichen Großbetrieben hält an".



Programm Nord: Juli 1978

Stolz wird dort vermeldet, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 2%, das sind 650 ruinierte Höfe, gegenüber dem Vorjahr abnahm und 45% der Betriebe über 50 ha geschaffen werden konnten gegenüber 33% 1960. Die Zahl der Betriebe mit über 100 ha und mehr sei sprunghaft um 5% angestiegen. Der Kampf der Bauern gegen die Vernichtung durch das Finanzkapital und den bürgerlichen Staat wie gegen die geplante Atommülldeponie bei Ecklak (KVZ 33) setzt diesem Übermut jedesmal Dämpfer auf.

Die Flurbereinigung in Bergenhusen hat die kleinen Bauern ruiniert

b.erm. Gemeinde um Gemeinde führen die Ämter für Wasserwirtschaft die Flurbereinigung durch. Wir haben das am Beispiel des Dorfes Bergenhusen in Stapelholm untersucht. Der überwiegende Teil der Ländereien besteht aus Treene- und Eider-Niederungsböden. Eingeleitet wurde dort die Flurbereinigung 1969. Endgültig abgeschlossen wurde sie erst Januar 1978, was zeigt, wie lange die Bourgeoisie braucht, um dieses Programm gegenüber den kleinen Bauern durchzusetzen. Vor der Flurbereinigung gab es hier 58 Betriebe mit zusammen 1766 ha Nutzfläche. 1977, nach Beendigung der Flurbereinigung, waren gleichfalls 14 Bauern oder Landwirte ihrer Höfe bzw. ihrer landwirtschaftlichen Flächen „bereinigt". Die 14 ehemaligen Bauern findet man in Bergenhusen jetzt als Landarbeiter bzw. Arbeiter wieder, zum Teil haben sie heute noch Landbesitz, fünf bis 15 ha, die sie im Nebenerwerb bewirtschaften oder verpachten.

41 Bauern sind 1977 in Bergenhusen übrig geblieben. Die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche vor und nach der Flurbereinigung stellt sich folgendermaßen:

Tabelle: Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Betriebsgröße (ha)	0 – 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 66	
Anzahl der	–	30	14	11	3	1969
Bauern	4	18	11	5	3	1977

Die Statistik führt Eigentumsflächen, Pachtland ist nicht berücksichtigt. Jedoch an diesen Zahlen kann man sehen, daß die Agrarstruktur eine rein klein- bis mittelbäuerliche ist. An solch einer relativ einheitlichen Struktur ist die Bourgeoisie ganz und gar nicht interessiert, denn es birgt für sie die ständige Gefahr in sich, daß die Bauern sich zusammenschließen. Also werden die Mittelbauern in Bergenhusen, den 30 – 50 ha Betrieben Ausdehnungsvorteile durch die Flurbereinigung verschafft, so daß diese die Grundlage haben, sich auszudehnen und die Spaltung im Dorf perfekt ist. Im „umfassenden Bericht" des ehemaligen Kulturamtes Heide, heutiges Amt für Land- und Wasserwirtschaft, von 1969 heißt es: „Die Mindestgröße für eine bäuerliche Familienwirtschaft wurde aufgrund von Strukturuntersuchungen im Raum Bergenhusen für 25 ha ermittelt." Das heißt nichts anderes, als daß es das Ziel des Amtes ist, über die Hälfte der Bauern über die Klinge springen zu lassen.

Das geht zum einen darüber, daß den Kleinbauern laut Gesetz die Zuteilung von Neuland verweigert wird. So wurden in Bergenhusen lediglich 25 Betriebe mit 188 ha (durchschnittlich 7,5 ha) aus dem Vorratsland der schleswig-holsteinischen Landgesellschaft aufgestockt. Die anderen gingen leer aus. Zum anderen nutzt der Landtausch, sowie die Zusammenlegung von Flächen den kleinen Bauern wenig. Die größeren Betriebe in Bergenhusen haben ein Zusammenlegungsverhältnis von 2,9 zu eins, d.h. aus 2,9 kleinen Parzellen ist ein großes Feld zusammengelegt worden, während die kleinen Höfe von 5 – 10 ha nur ein Zusammenlegungsverhältnis von 1,5 zu eins haben. Was soll auch ein Bauer mit 10 ha, der vier Felder hat, auch noch welche zusammenlegen? Die überwiegende Mehrzahl in Bergenhusen sind kleine Ackerfutterbaubetriebe, die etwas Grasland, etwas Hackfrucht, oder Mais und Getreide haben. Dazu brauchen sie mindestens vier Landstücke. Ein großes Land von 10 ha nutzt nur dem größeren Bauern, der darauf große Maschinerie anwenden kann.

Die Gesamtkosten für die Flurbereinigung in Bergenhusen belaufen sich auf 3,96 Mio. DM. Nicht etwa das Austauschen von Land verursacht hier die Kosten. Über die Flurbereinigung werden sowohl die Trockenlegung der Treenemarsch, das Anlegen von Drainagen und Sielanschlüssen, als auch der Ausbau der Feldwege vorangetrieben. Größtenteils also „landschaftspflegerische" Maßnahmen, deren Kosten der Staat an und für sich so und so zu tragen hätte. Über 43,3 km Wegstrecke wurden ausgebaut, 19 km Knick gerodet, und 59 km Windschutz angepflanzt (einreihig angegeben, mehrreihig gepflanzt) und 12,5 km Gräben verrohrt. Schaut man sich die Karte an, sieht man, daß die Verrohrungen gerade auf den Feldern der großen Bauern sind, daß gerade dort die Knicks gerodet worden sind. Außerdem brauchen die meisten kleinen Bauern keine Drainage, weil sie sowieso zu wenig Land haben, um noch etwas zu pflügen. Jedoch die Kosten dieser Flurbereinigung werden auf alle Bauern gleichmäßig verteilt.

2271 DM kostet 1 ha flurbereinigte Fläche in Bergenhusen. Davon übernimmt der Staat bzw. das Land Schleswig- Holstein 80% der Kosten, die restlichen 20% muß der Bauer jeweils aus eigener Tasche zahlen. Von diesen 20% sind 5% sofort nach Abschluß der Flurbereinigung zu zahlen. Die übrigen 15% können auf 30 Jahre gestreckt und über ein Darlehen finanziert werden. 20% sind für einen 20 ha-Betrieb 8869,20 DM, wovon 2217 DM sofort zu zahlen sind. Bedenkt man, daß das untere Viertel der Vollerwerbsbetriebe laut Agrarbericht 1978 ein Einkommen von 6097 DM pro Jahr hat, so wird gerade die Flurbereinigung manchem Bauern das Genick brechen.

Ansetzen tut die Bourgeoisie am Interesse der Bauern an hofnahen und zusammengelegten Feldern mit der Flurbereinigung. Benutzen tut sie die Flurbereinigung zur Vernichtung vieler kleiner Bauern. Das spüren die kleinen Bauern auch und wehren sich heftig. Früher gab es einen Flurbereinigungstermin im betreffenden Dorf, auf dem die Bauern den Austausch ihrer Ländereien vorher berieten. Das ist per Gesetz wohlweislich abgeschafft worden. Jetzt legt das Amt für Land- und Wasserwirtschaft die Verteilung vorher fest und teilt den Flurbereinigungsplan auf der Versammlung den Bauern lediglich mit. So will der Staat die Kämpfe der Bauern ersticken und selbst die Landverteilung regeln.

Unter der liberalen Verpackung: Zwangsarbeit, Lohndrückerei und Kriegsvorbereitung

Programmatisches der bürgerlichen Parteien zu den hessischen Landtagswahlen

z.ges. Der Programmentwurf der CDU Hessen für die Landtagswahl 1978 umfaßt 69 Seiten DIN 5. 16 Seiten DIN 4 hat die SPD mit einem Regierungsprogramm 1978-1982 vollgeschrieben. Das Wahlprogramm der FDP Hessen zur Landtagswahl '78 nimmt 8 DIN 4-Seiten im Zeitungsdruck ein, und die DKP hat 15 DIN Seiten gebraucht, um ihr Programm für die Hessenwahlen aufzuschreiben. An Seitenumfang und Papieraufwand kann man sehen, daß die bürgerlichen Parteien dem Wahlkampf einen programmatischen Charakter geben wollen. Das ist günstig. Man muß es begrüßen, daß sich die bürgerlichen Parteien dazu gezwungen sehen, programmatische Aussagen zu machen. Das bedeutet, daß sie ideologisch unter Druck sind.

Es liegt nicht an den relativen Stimmerfolgen der grünen Listen. Die grünen Listen sind ihrerseits bloß Ausdruck dieser erfreulichen Entwicklung. Der Programmentwurf der CDU wie das Wahlprogramm der FDP, die beiden ausführlichsten programmatischen Äußerungen zum hessischen Landtagswahlkampf, sind auch bereits vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg verabschiedet worden. Der Zwang, sich programmatisch zu äußern, ist Ergebnis der insgesamt fortschrittlichen Entwicklung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik und der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien in diesem Kampf erste Verschleißerscheinungen zeigen. Daher kommt der Haufen Papier. Die bürgerlichen Parteien müssen sich ideologisch wieder aufbereiten. Sie müssen sich was einfallen lassen. Dregger z.B. tritt als Unterdrückter auf.

„Die hessische CDU ist Protestpartei. Und zwar die einzige Protestpartei, die auch in der Lage ist, etwas zu verändern. Und das wollen wir nach dem 8. Oktober tun. Wir sind keine Etablierten, wir wollen die Etablierten nach 33 Jahren endlich aus ihren verfilzten Ämtern herausholen. Und wenn man nun diesen Ausweg von Parteigründungen versucht, gerade hier in diesem Lande, dann liegt das daran, daß viele den Eindruck haben, daß diese Demokratie und daß dieses Parteiensystem aus sich selbst heraus nicht mehr zur Erneuerung in der Lage wäre. Und das ist die Schuld der FDP. Wie soll es eigentlich noch ein Bürger verstehen, daß eine Partei bei der letzten Landtagswahl hier, wie wir, zwei Drittel der Wahlkreise gewinnt, mit 47,3% stärkste Partei wird, über 20% der Wähler hinzugewinnt in zwei Wahlen, und sich in der Regierungsverantwortung nichts ändert.“

Das hört sich an wie es aussieht, wenn ein hochdotierter Oberbürgermeister seinen mit Juchte parfümierten Hintern in enge Jeans zwängt, um ‚mit den Jungen' mitzuhalten. „Die hessische CDU ist Protestpartei“. Der Mann geht davon aus, daß ohne „Protest“ nicht genug zu holen ist. Gegen was protestiert er und was will er ändern? Gleich wird sich zeigen, daß der Mann ausschließlich dagegen prote-

fortschrittlichen Entwicklung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik und der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien in diesem Kampf erste Verschleißerscheinungen zeigen. Daher kommt der Haufen Papier. Die bürgerlichen Parteien müssen sich ideologisch wieder aufbereiten. Sie müssen sich was einfallen lassen. Dregger z.B. tritt als Unterdrückter auf.

„Die hessische CDU ist Protestpartei. Und zwar die einzige Protestpartei, die auch in der Lage ist, etwas zu verändern. Und das wollen wir nach dem 8. Oktober tun. Wir sind keine Etablierten, wir wollen die Etablierten nach 33 Jahren endlich aus ihren verfilzten Ämtern herausholen. Und wenn man nun diesen Ausweg von Parteigründungen versucht, gerade hier in diesem Lande, dann liegt das daran, daß viele den Eindruck haben, daß diese Demokratie und daß dieses Parteiensystem aus sich selbst heraus nicht mehr zur Erneuerung in der Lage wäre. Und das ist die Schuld der FDP. Wie soll es eigentlich noch ein Bürger verstehen, daß eine Partei bei der letzten Landtagswahl hier, wie wir, zwei Drittel der Wahlkreise gewinnt, mit 47,3% stärkste Partei wird, über 20% der Wähler hinzugewinnt in zwei Wahlen, und sich in der Regierungsverantwortung nichts ändert.“

Das hört sich an wie es aussieht, wenn ein hochdotierter Oberbürgermeister seinen mit Juchte parfümierten Hintern in enge Jeans zwängt, um ‚mit den Jungen' mitzuhalten. „Die hessische CDU ist Protestpartei“. Der Mann geht davon aus, daß ohne „Protest“ nicht genug zu holen ist. Gegen was protestiert er und was will er ändern? Gleich wird sich zeigen, daß der Mann ausschließlich dagegen prote-

stiert, daß es der SPD nicht gelungen ist, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu brechen.

„Für die liberale Erneuerung Hessens,“ heißt das CDU-Wahlprogramm. Liberal heißt freiheitlich und freiheitlich sind alle bürgerlichen Parteien in den hessischen Landtagswahlen. „Hessen bleibt sozial und frei“, verkündet die SPD. „Arbeit Freiheit Frieden“ verspricht die DKP, und die FDP sieht sich gegenüber soviel Liberalismus gezwungen, an ihren Namen „Die Liberalen“ anzufügen, um nicht in einem Meer von Liberalismus unterzugehen. Panik ergreift die FDP vor soviel Liberalismus: „Die politische Situation hat diese Wahlen zu Schicksalswahlen gemacht.“ Diesen Liberalen steht der Liberalismus schon am Hals. Alle bürgerlichen Parteien verbreiten derzeit diesen Seich und da kann es den kleinsten leicht passieren, daß sie drin ersaufen. In der Hauptsache soll diese Flut von Liberalismus aber den Klassenkampf ertränken. Das gerade, weil die bürgerlichen Parteien ihren systematischen Angriff auf die Interessen der Massen fortsetzen wollen und dabei den wachsenden Widerstand der Massen brechen wollen. Dazu scheint ihnen der Liberalismus gut und dafür wollen sie die Wahlen nutzen.

Von Arbeit ist im Wahlprogramm der CDU an manchen Stellen der 69 Seiten die Rede, von den durch die kapitalistische Produktionsweise diktierten Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen und des Proletariats an keiner Stelle. Arbeit kommt unter dem Stichwort Sicherung der Arbeitsplätze vor. Und hinter diesem sozialliberalen Stichwort verbirgt sich gerade der Hauptangriff der Bourgeoisie auf die arbeitenden Klassen und das Proletariat. Durch Arbeitsbeschaffung versucht die Bourgeoisie, das Industrieproletariat unter solchen ideologischen, politischen und letztlich wirtschaftlichen Druck zu setzen, daß der Widerstand gegen das imperialistische Programm der Bourgeoisie schließlich doch gebrochen werden kann. Der Kern dieses Widerstandes ist das Industrieproletariat. Wem will die CDU nicht alles Arbeit beschaffen! „Die Arbeitslosigkeit ist das größte Problem der Gegenwart“, stellt sie fest. Das ist pure Heuchelei. Die Arbeitslosigkeit ist bestimmt nicht das Problem der Bourgeoisie. Sie selber kommt gut ohne eigene Arbeit aus. Nichtarbeiter zu sein, zeichnet den Bourgeois gerade aus. Sind Arbeiter aber arbeitslos und müssen folglich schauen, daß sie ihre Arbeitskraft losschlagen können, um an Lebensmittel heranzukommen, dann ist das der Bourgeoisie nicht nur recht. Ohne diese Arbeitslosigkeit könnte die Bourgeoisie ihre Profitwirtschaft gar nicht halten. Die Arbeitslosigkeit und damit Lebensmittellosigkeit von Teilen der Arbeiterklasse schafft überhaupt nur den Druck, der es den Kapitalisten erlaubt, die Lohnarbeit in den Schranken zu halten, die es erlauben, die Arbeiterklasse stets profitabel auszubeuten. Wenn der Arbeitsmarkt knapp wird, geht die Bourgeoisie deshalb sofort dazu über, Arbeitskraft zu importieren und Kapital zu exportieren, um diese Schranken zu sichern. Würde sie das nicht tun, käme die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zum erliegen und die Konkurrenz der Kapitalisten käme ungezügelt zum Ausbruch. Die Löhne würden bis zu einem Grad steigen, wo einzelne Kapitalisten die Produktion wegen mangelnden Profiten einstellen würden. Spätestens dann aber gäbe es auch wieder Arbeitslosigkeit, und die Lohnarbeit wäre wieder in die Schranken verwiesen, die sie zu Höchstprofiten ausbeutbar macht. Das Problem der Bourgeoisie ist also auf keinen Fall die Arbeitslosigkeit. Was die Kapitalisten ganz wild macht, ist, daß die bestehende Arbeitslosigkeit von Millionen und der Druck dieser Arbeitslosigkeit den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die dauernden Lohnsenkungen keineswegs gebrochen hat und die Arbeiter einen zähen und beharrlichen, kühnen und immer wieder aufopfernden Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen führen und sich dabei gegenseitig mit großer Begeisterung unterstützen. Wer erinnert sich nicht an die Masse Solidaritätserklärungen mit dem Streik der Hafenarbeiter im letzten Jahr, der auch prompt den Lohnabschluß auf 7% gehoben hat. Die Bourgeoisie erinnert sich bestimmt. Daß die Arbeitslosigkeit nicht richtig wirkt, ist das Problem der Bourgeoisie. Daß sie endlich richtig wirkt

arbeit in den Schranken zu halten, die es erlauben, die Arbeiterklasse stets profitabel auszubeuten. Wenn der Arbeitsmarkt knapp wird, geht die Bourgeoisie deshalb sofort dazu über, Arbeitskraft zu importieren und Kapital zu exportieren, um diese Schranken zu sichern. Würde sie das nicht tun, käme die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zum erliegen und die Konkurrenz der Kapitalisten käme ungezügelt zum Ausbruch. Die Löhne würden bis zu einem Grad steigen, wo einzelne Kapitalisten die Produktion wegen mangelnden Profiten einstellen würden. Spätestens dann aber gäbe es auch wieder Arbeitslosigkeit, und die Lohnarbeit wäre wieder in die Schranken verwiesen, die sie zu Höchstprofiten ausbeutbar macht. Das Problem der Bourgeoisie ist also auf keinen Fall die Arbeitslosigkeit. Was die Kapitalisten ganz wild macht, ist, daß die bestehende Arbeitslosigkeit von Millionen und der Druck dieser Arbeitslosigkeit den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die dauernden Lohnsenkungen keineswegs gebrochen hat und die Arbeiter einen zähen und beharrlichen, kühnen und immer wieder aufopfernden Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen führen und sich dabei gegenseitig mit großer Begeisterung unterstützen. Wer erinnert sich nicht an die Masse Solidaritätserklärungen mit dem Streik der Hafenarbeiter im letzten Jahr, der auch prompt den Lohnabschluß auf 7% gehoben hat. Die Bourgeoisie erinnert sich bestimmt. Daß die Arbeitslosigkeit nicht richtig wirkt, ist das Problem der Bourgeoisie. Daß sie endlich richtig wirkt,

daß nicht bloß Arbeitslosigkeit herrscht, sondern die Arbeiter für jeden Preis ihre Haut zu Markte tragen, das ist das Ziel der Bourgeoisie, um mit ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt aufräumen zu können. Arbeitsbeschaffung durch die Bourgeoisie, das bedeutet Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte auf dem Arbeitsmarkt: um den Lohn auf das Existenzminimum und wenn es geht unter das Existenzminimum eines halbwegs gesunden Arbeiters zu drücken, der Aussichten hat, 60 oder wenigstens 50 Jahre alt zu werden. Die CDU hat das sozialliberale Konzept gut begriffen und hat es in ihr Programm aufgenommen.

„Neben der konjunkturellen Arbeitslosigkeit spielt die strukturelle Arbeitslosigkeit einzelner Gruppen (Jugendliche, Frauen, Ungelernte, Behinderte, ältere Angestellte) und marktferner oder einseitig ausgerichteter Regionen eine immer größere Rolle.“

Wenn man die alle jeder Lebensmittel beraubt und rücksichtslos auf den Arbeitsmarkt treibt, dann müßte es doch endlich gelingen, den Widerstand gegen die dauernden Lohnsenkungen zu brechen. Das ist das Kalkül der Bourgeoisie. Liberal und sozial versucht das auch die CDU, die Protestpartei, an den Mann zu bringen. Es gelte „die Mobilität zwischen den Branchen und den Regionen zu fördern“; „Förderung angemessener Berufsmöglichkeiten, Berufsausbildungsbeihilfen, Arbeitsplätze und Werkstätten für Behinderte“ gelte es zu schaffen, bei ausländischen Arbeitern müsse bei „längerem Aufenthalt der Nachzug der Familie möglich sein“, denn die „hessische Wirtschaft wird unabhängig von den gegenwärtigen Schwierigkeiten auch in Zukunft ausländische Arbeitnehmer benötigen“, und in „Sorge um ältere Mitbürger“ hegt die CDU den Wunsch, „einen abrupten Übergang von einem Leben geregelter Berufstätigkeit zu unvermittelt aufgezwungener Muße wegen der damit verbundenen vielfältigen schädlichen Einflüsse auf die Persönlichkeit älter werdender Menschen zu verhindern“. Wirklich rührend! Und tatsächlich haben es diese Menschenfreunde schon geschafft, daß bei Opel, dem größten Metallkapitalisten in Hessen, behinderte Jugendliche inzwischen am Band stehen, tatsächlich haben es diese Rentnerfreunde schon erreicht, daß eine wachsende Anzahl von Rentnern durch die Niedrigkeit der Rente gezwungen ist, der „aufgezwungenen Muße“ wieder zu entfliehen und sich weiterhin dem Joch der Lohnarbeit zu unterwerfen. Es ist klar, daß sich dadurch nicht die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt, sondern die Zahl derer, die auf den Arbeitsmarkt geworfen sind. Das ist auch die Absicht. Befreit man die Programme der bürgerlichen Parteien von ihrem liberalen Rankenwerk, dann zeigt sich das als Kern ihrer Arbeitsmarktpolitik. Entsprechende Maßnahmen waren schon immer der Kern des Liberalismus. Als Verpackung hat er sich bewährt. Man muß verstehen, warum er bei der Bourgeoisie gegenwärtig so hoch im Kurs steht. Es geht nicht um Vermehrung der Arbeitsplätze, sondern um Ausdehnung der Arbeitszeit und auch nicht einfach der Arbeitszeit, sondern um Ausdehnung der Arbeitszeit, die die Arbeiter für die Kapitalisten arbeiten. Sie arbeiten um so mehr für den Kapitalisten und umso weniger für die Wiederherstellung ihrer eigenen Arbeitskraft, je niedriger die Löhne gedrückt werden können.

„Die Verwaltung dieses Mangels an Arbeitsplätzen durch Verteilung der vorhandenen Arbeitszeit auf alle erwerbswilligen

sönlichkeit älter werdender Menschen zu verhindern“. Wirklich rührend! Und tatsächlich haben es diese Menschenfreunde schon geschafft, daß bei Opel, dem größten Metallkapitalisten in Hessen, behinderte Jugendliche inzwischen am Band stehen, tatsächlich haben es diese Rentnerfreunde schon erreicht, daß eine wachsende Anzahl von Rentnern durch die Niedrigkeit der Rente gezwungen ist, der „aufgezwungenen Muße“ wieder zu entfliehen und sich weiterhin dem Joch der Lohnarbeit zu unterwerfen. Es ist klar, daß sich dadurch nicht die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt, sondern die Zahl derer, die auf den Arbeitsmarkt geworfen sind. Das ist auch die Absicht. Befreit man die Programme der bürgerlichen Parteien von ihrem liberalen Rankenwerk, dann zeigt sich das als Kern ihrer Arbeitsmarktpolitik. Entsprechende Maßnahmen waren schon immer der Kern des Liberalismus. Als Verpackung hat er sich bewährt. Man muß verstehen, warum er bei der Bourgeoisie gegenwärtig so hoch im Kurs steht. Es geht nicht um Vermehrung der Arbeitsplätze, sondern um Ausdehnung der Arbeitszeit und auch nicht einfach der Arbeitszeit, sondern um Ausdehnung der Arbeitszeit, die die Arbeiter für die Kapitalisten arbeiten. Sie arbeiten um so mehr für den Kapitalisten und umso weniger für die Wiederherstellung ihrer eigenen Arbeitskraft, je niedriger die Löhne gedrückt werden können.

„Die Verwaltung dieses Mangels an Arbeitsplätzen durch Verteilung der vorhandenen Arbeitszeit auf alle erwerbswilligen

Personen durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist nach Ansicht der CDU keine geeignete Lösung. Ohne ausreichendes Wachstum beeinträchtigt Arbeitszeitverkürzung die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und gefährdet damit zusätzliche Arbeitsplätze. Eine Chance für die Vergrößerung des Arbeitsplatzangebotes bietet vor allem die Belebung der privaten Investitionstätigkeit, die Orientierung der Tarifpartner an dem Produktivitätsfortschritt sowie eine qualifizierte Berufsausbildung. Wir müssen auf wirtschaftliches Wachstum setzen und nicht auf Mangelverwaltung.“

Ohne Wachstum der Profite aber kein Wachstum der Wirtschaft im Kapitalismus. Und der Kehrreim lautet Lohnsenkung und nochmals Lohnsenkung. Das Mittel dazu ist nicht Verkleinerung der Arbeitslosigkeit, sondern Mobilisierung der gesamten industriellen Reservearmee. Lohnsenkung und Rentensenkung, Verkürzung des Krankenhausaufenthalten und Senkung der Arbeitslosengelder, Angriff auf die Schulpflicht durch Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs, mit dem die Schranke der Schulpflicht für die kapitalistischen Ankäufer der Arbeitskraft beseitigt wird, Rentenkürzung und Schaffung von Ausbildungsplätzen durch Umwandlung von Arbeitsplätzen in Ausbildungsplätze sind alles nur Punkte ein und desselben imperialistischen Expansionsprogramms, das offen nicht ausgesprochen werden kann.

Obwohl! Der Europagedanke, ebenfalls Gemeingut aller bürgerlichen Parteien, erlaubt einige Offenheit. „Ziel der Europapolitik der CDU ist eine friedliche Ordnung in Europa, die die Spaltung des Kontinents überwindet. Die politische Einheit des freien Europa wird verstanden als ein entscheidender Beitrag zu einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.“ „Friedensordnung“ ist gut, wenn sie bloß durch Krieg erreicht werden könnte. Diese Friedensordnung schließt nicht nur ein, daß die DDR und die vom Sozialimperialismus unterdrückten Völker Osteuropas unter diese Friedensordnung gepreßt werden sollen, sondern setzt sich die Niederschlagung der sowjetischen Supermacht selbst zum Ziel. Das kann weder der BRD-Imperialismus allein noch das „freie Europa“ allein sich ernsthaft zum Ziel setzen. Illusionäre sind die CDU-Programmatiker nicht:

„Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bewahren. Die Bundeswehr trägt innerhalb der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft wesentlich zu Sicherheit und Frieden in Europa bei. Die CDU Hessen bejaht die Notwendigkeit, Wert und Aufgabe der Bundeswehr.“

Das kann man ihr abnehmen, so wie es dasteht, und braucht es keineswegs unter die leeren Wahlversprechen zu rechnen. Sowieso ist es besser, die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien nicht als leere Wahlversprechen zu lesen, sondern sie auf die Absichten zu untersuchen, mit denen sie wirklich vollstecken. Das ist keine Besonderheit der CDU. Weil wir gerade bei der Außenpolitik sind, nehmen wir ein Beispiel aus dem außenpolitischen Teil des Wahlprogramms der SPD. Hier am ehesten scheint es Differenz zu geben zwischen dem sozialliberal aufgemachten Programm der CDU und dem Programm der SPD. Diese schreibt:

„Noch nie bestand ein so enger Zusammenhang zwischen Frieden sichernder Außenpolitik und Sicherung unserer Arbeitsplätze. Die Ostverträge und die ihnen folgenden intensivierten Wirtschaftsbeziehungen mit osteuropäischen Ländern haben zugleich dazu beigetragen, Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu sichern.

Niederschlagung der sowjetischen Supermacht selbst zum Ziel. Das kann weder der BRD-Imperialismus allein noch das „freie Europa“ allein sich ernsthaft zum Ziel setzen. Illusionäre sind die CDU-Programmatiker nicht:

„Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bewahren. Die Bundeswehr trägt innerhalb der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft wesentlich zu Sicherheit und Frieden in Europa bei. Die CDU Hessen bejaht die Notwendigkeit, Wert und Aufgabe der Bundeswehr.“

Das kann man ihr abnehmen, so wie es dasteht, und braucht es keineswegs unter die leeren Wahlversprechen zu rechnen. Sowieso ist es besser, die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien nicht als leere Wahlversprechen zu lesen, sondern sie auf die Absichten zu untersuchen, mit denen sie wirklich vollstecken. Das ist keine Besonderheit der CDU. Weil wir gerade bei der Außenpolitik sind, nehmen wir ein Beispiel aus dem außenpolitischen Teil des Wahlprogramms der SPD. Hier am ehesten scheint es Differenz zu geben zwischen dem sozialliberal aufgemachten Programm der CDU und dem Programm der SPD. Diese schreibt:

„Noch nie bestand ein so enger Zusammenhang zwischen Frieden sichernder Außenpolitik und Sicherung unserer Arbeitsplätze. Die Ostverträge und die ihnen folgenden intensivierten Wirtschaftsbeziehungen mit osteuropäischen Ländern haben zugleich dazu beigetragen, Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu sichern.

Dies hat uns geholfen, die schlimmsten Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise abzufangen. Sozialdemokratische Außenpolitik macht die Arbeitsplätze sicherer.“

Es gibt den Zusammenhang zwischen „Sicherung unserer Arbeitsplätze“ und „friedenssichernder Außenpolitik“. Der Zusammenhang ist durch das Profitstreben der Bourgeoisie bestimmt. Im Ergebnis führt dieser Zusammenhang nicht zu Sicherung der Arbeitsplätze und Frieden, sondern zu Unsicherheit der Existenz und Krieg. Die Wirtschaftsbeziehungen nach Osten sollen dem Westen den Osten öffnen und erschließen. Dazu ist ein Vorsprung in der Ausbeutung notwendig, sowohl gegenüber dem Osten als auch gegenüber den westlichen Konkurrenten. Ersetzung von lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie ist die eine Seite der Medaille, Senkung des Preises der lebendigen Arbeitskraft die andere. Die Million offizieller Arbeitslosen ist durch die Ostpolitik nicht verhindert worden. Handelsexpansion nach Osten und Arbeitslosigkeit sind Ergebnis der gleichen Bourgeoispolitik. Wirtschaftliche Öffnung und Erschließung des Ostens stößt an die Schranken, die die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus zieht. Diese Schranken sind bloß durch Krieg zu überwinden. Unsicherheit der Existenz gibt es schon, Krieg wird es geben. Von Seiten des Sozialimperialismus haben diese Wirtschaftsbeziehungen ohnehin vor allem den Sinn, sich die Mittel für einen Eroberungskrieg in den Ländern auf Kredit zu beschaffen, die dann erobert werden sollen. Stellt man sich auf die Seite der westdeutschen Imperialisten, so hat man wirklich allen Grund, für die NATO zu sein. Wenn dagegen eine Partei wie die DKP gegen die NATO ist, dann bedeutet das bloß, daß sie sich innerhalb der Rivalität des US-Imperialismus und des Sozialimperialismus auf die Seite des Sozialimperialismus stellt und eine Umkehrung der imperialistischen Militärbündnisse wünscht. Dafür würde sie die SPD gerne gewinnen. Auf die Prinzipienlosigkeit der Sozialdemokratie kann die DKP dabei setzen, nicht aber auf ihre Dummheit, auf die sie spekuliert:

„Wir wenden uns gegen alle abenteuerlichen Pläne, ob sie von Alfred Dregger oder von Minister Apel stammen, die unser Land und die Nachbarländer durch weitere Aufrüstungspolitik gefährden. Wir erinnern daran, daß es auch durch die Mitwirkung sozialdemokratischer Politiker Anfang der siebziger Jahre gelungen ist, politische Verträge mit den sozialistischen Staaten zu schließen, die eine friedliche Zukunft ermöglichen und zur militärischen Abrüstung eine gute Voraussetzung bieten.“

Auf solchen unkeuschen Angeboten bleibt die DKP vorläufig sitzen. Die SPD hat ihre Tugend längst an die Meistbietenden verkauft. Das war die BRD- und nicht die DDR-Bourgeoisie, und die BRD-Bourgeoisie setzt auf die eigene Ausbeuterherrschaft und den US-Imperialismus.

Unsicherheit der Existenz und Krieg ist es, was die ausbeuterische und unterdrückerische Bourgeoispolitik verspricht und liberal verpackt. Man soll sich nicht über ‚bloße Wahlversprechen' aufregen, sondern lieber schauen, was an ihnen dran ist. Es ist mehr dran als man zunächst denkt. Das gilt sogar vom Umweltschutz, den alle bürgerlichen Parteien aufs Panier geschrieben haben. Er wird immer deutlicher ein billiger Vorwand, um die Massen zur Kasse zu bitten. Noch scheint der Vorwand so undurchsichtig, daß sich davon eigene grüne Listen eine Entrée ins Parlament versprechen. Und doch: für mehr als drei oder vier bürgerliche Parteien ist kein Platz, und statt einer einheitlichen grünen Li-

Sozialdemokratie kann die DKP dabei setzen, nicht aber auf ihre Dummheit, auf die sie spekuliert:

„Wir wenden uns gegen alle abenteuerlichen Pläne, ob sie von Alfred Dregger oder von Minister Apel stammen, die unser Land und die Nachbarländer durch weitere Aufrüstungspolitik gefährden. Wir erinnern daran, daß es auch durch die Mitwirkung sozialdemokratischer Politiker Anfang der siebziger Jahre gelungen ist, politische Verträge mit den sozialistischen Staaten zu schließen, die eine friedliche Zukunft ermöglichen und zur militärischen Abrüstung eine gute Voraussetzung bieten.“

Auf solchen unkeuschen Angeboten bleibt die DKP vorläufig sitzen. Die SPD hat ihre Tugend längst an die Meistbietenden verkauft. Das war die BRD- und nicht die DDR-Bourgeoisie, und die BRD-Bourgeoisie setzt auf die eigene Ausbeuterherrschaft und den US-Imperialismus.

Unsicherheit der Existenz und Krieg ist es, was die ausbeuterische und unterdrückerische Bourgeoispolitik verspricht und liberal verpackt. Man soll sich nicht über ‚bloße Wahlversprechen' aufregen, sondern lieber schauen, was an ihnen dran ist. Es ist mehr dran als man zunächst denkt. Das gilt sogar vom Umweltschutz, den alle bürgerlichen Parteien aufs Panier geschrieben haben. Er wird immer deutlicher ein billiger Vorwand, um die Massen zur Kasse zu bitten. Noch scheint der Vorwand so undurchsichtig, daß sich davon eigene grüne Listen eine Entrée ins Parlament versprechen. Und doch: für mehr als drei oder vier bürgerliche Parteien ist kein Platz, und statt einer einheitlichen grünen Li-

ste tauchen in Hessen einfach drei Ableger der großen bürgerlichen Parteien auf und drapieren sich grün. Farbe hat die Bourgeoisie nötig. Die CDU hat sich zur GAZ verdoppelt, die FDP zur GLU und hinter der GLH verbirgt sich der abgestandenste Sozialdemokratismus. „Umweltbewußt“ und „bürgernah“ versuchen die bürgerlichen Parteien, das Klassenbewußtsein zu unterdrücken. Schaffen sie es nicht allein, dann schaffen sie Filialen. Gegenüber allen bürgerlichen Parteien und ihren programmatischen Ergüssen läßt sich das Programm der Kommunisten in einem Satz zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums, das durch die Diktatur der Bourgeoisie verteidigt wird. Diktatur des Proletariats und Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Kommunistische Volkszeitung